STENOGRAPHISCHE BERICHTE DES PREUSSISCHEN ABGEORDNETENHAUSES ÜBER DIE...

Landtag (PRUSSIA). Haus der Abgeordneten

Digitized by Google

Digitized by Google

8073

Der

Aufstand im Königreich Polen.

Stenographische Berichte

der

Verhandlungen des Preußischen Abgeordneten-Hauses

vom 26., 27. und 28. Februar 1863.

Posen,
Verlag und Druck von Louis Merzbach.
1863.

ee 66

Digitized by Google

Digitized by Google

8073. ee. 66

Preussen - Haus der Abgeordneten.

Der

Aufstand im Königreich Polen.

Stenographische Berichte

der

Verhandlungen des Preußischen Abgeordneten-Hauses

vom 26., 27. und 28. Februar 1863.

Posen,
Verlag und Druck von Louis Merzbach.
1863.

Digitized by Google

Digitized by Google

Verzeichniß der Reden.

André. 121.
Dr. Becker. 25. 132.
Behrend. 24. 30. 31. 32. 33. 36. 40. 41. 55. 99. 114. 121. 122. 123. 124. 127. 128. 129. 130. 131. 132.
Behrend (Danzig). 164.
v. Bismarck. 31. 32. 33. 40. 53. 79. 86. 139. 148.
v. Bockum-Dolffs. 152.
v. Bonin (Genthin). 88. 153. 165. 166.
v. Carlowitz. 149.
v. Carnall. 55.
v. Cieszkowski. 124.
zu Eulenburg. 23. 31. 88.
v. Gottberg. 8. 9. 165.
Grabow. 1. 8. 9. 14. 18. 23. 53. 54. 55. 56. 57. 79. 80. 86. 87. 88. 133. 139. 148. 149. 152. 153. 164. 165. 166. 167.
Groote. 127. 128.
v. Henning. 80. 131.
v. Hoverbeck. 133. 153.
v. Itzenplitz. 54.
Kantak. 131.
Dr. Lette. 122.
Dr. Lüning. 121.
v. Mallinckrodt. 166.
Michaelis. 122.
Reichensperger (Beckum). 124.
v. Richthofen. 168.
v. Rönne. 14.
Dr. Röpell. 18.
v. Roon. 87.
v. Sänger. 36.
Schulze (Berlin). 99.
Dr. Simson. 123. 140.
v. Sybel. 2. 122. 153.
Twesten. 41.
v. Unruh. 55. 125.
v. Vincke. 46. 55. 57. 129. 132. 166.
Dr. Virchow. 55. 114.
Wachsmuth. 127.
Dr. Waldeck. 128.
Dr. Ziegert. 121.

Digitized by Google

Digitized by Google

Siebenzehnte Sitzung

am Donnerstag, den 26. Februar 1863.

Die Sitzung wird um 10 Uhr 15 Minuten durch den Präsidenten Grabow eröffnet.

Am Ministertische befinden sich die Herren Staats-Minister v. Bismarck, v Bodelschwingh, Graf v. Itzenplitz, v. Mühler, v. Selchow, Graf zu Eulenburg.

Präsident: Meine Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Wir treten nunmehr in die Tages-Ordnung, und zwar in den ersten Gegenstand derselben, den Bericht der XV. Commission über den Antrag der Abgeordneten Freiherrn v Hoverbeck und v. Carlowitz, betreffend den im Königreich Polen ausgebrochenen Aufstand. (Nr. 49 der Drucksachen.)

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete v. Sybel, welcher bereits neben mir Platz genommen hat.

Ihre Commission, meine Herren, hat den Antrag gestellt:

dem Hause die Annahme des Antrags der Abgeordneten Freiherrn v. Hoverbeck und v. Carlowitz in folgender Fassung zu empfehlen:

> Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, zu erklären: das Interesse Preußens erfordert, daß die Königliche Staats-Regierung gegenüber dem im Königreiche Polen ausgebrochenen Aufstande weder der Russischen Regierung, noch den Aufständischen irgend eine Unterstützung oder Begünstigung zuwende; demgemäß also auch keinem der kämpfenden Theile gestatte, das Preußische Gebiet ohne gleichzeitige Entwaffnung zu betreten.

Zu diesem Antrage Ihrer Commission ist ein Abänderungs-Antrag, welcher bereits gehörig unterstützt ist, von dem Herrn Abgeordneten v Bonin (Genthin) eingegangen. Derselbe lautet:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen:

die von der Commission beantragte Erklärung in nachstehender Fassung abzugeben:

> „Das Interesse Preußens erfordert, daß die Königliche Staats-Regierung, dem im Königreich Polen ausgebrochenen Aufstande gegenüber, sich lediglich auf die zum Schutz der Preußischen Landesgrenze

Digitized by Google

erforderlichen Maßregeln beschränke, jede darüber hinausgehende Einmischung vermeide, und Bewaffneten nicht gestatte, das Preußische Gebiet ohne gleichzeitige Entwaffnung zu betreten."

Dieser Abänderungs-Antrag ist bereits gedruckt in den Händen der Mitglieder des Hauses. Außerdem hat der Herr Abgeordnete Freiherr v. Vincke (Stargard) ein Amendement zu dem Antrage der Commission eingereicht, welches also lautet:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, zu erklären:
das Interesse Preußens erfordert, daß die Königliche Staats-Regierung gegenüber dem im Königreiche Polen ausgebrochenen Aufstande den Russischen Truppen nicht gestattet, das Preußische Gebiet zum Zwecke der Verfolgung der Polnischen Insurgenten zu betreten.

Dies Amendement bedarf noch der Unterstützung, und ich ersuche daher diejenigen Herren, welche dasselbe unterstützen wollen, aufzustehen. (Geschieht.)

Das Amendement ist ausreichend unterstützt. Ich eröffne nunmehr über den Antrag der Commission und die beiden gedachten Verbesserungs-Anträge der Herren Abgeordneten v. Bonin (Genthin) und Freiherrn v. Vincke (Stargard) die Discussion und ersuche die Herren Redner, sich bei dem Herrn Schriftführer zu melden. (Geschieht.)

Meine Herren! Die Rednerliste ist durch das Loos in folgender Art festgestellt worden.

Für den Commissions-Antrag haben sich einschreiben lassen:
v. Roenne (Solingen), Dr. Becker (Dortmund), Twesten, v. Hennig, (Strasburg), Duncker (Berlin), Dr. Löwe (Bochum), Dr. Waldeck, Behrend (Danzig), Schulze (Berlin), Reichensperger (Beckum), Plaßmann, v. Unruh (Elbing), v. Carlowitz, Bleibtreu und Laßwitz.

Gegen den Antrag der Commission:
v. Gottberg, v. Beughem, v. Saenger, v. Vincke (Stargard), Graf Bethusy-Huc, v. Bonin (Genthin), Dr. Roepell (Oels), Dr. Virchow, v. Bonin (Stolp), Aßmann und Dr. Simson.

Der Herr Referent wünscht das Wort; ich ertheile es ihm.

Abgeordneter v. Sybel: Meine Herren! Es war der Wunsch Ihrer Commission, daß ich den schriftlichen Bericht, der nach einer reiflichen Erwägung sich auf bestimmte und kurze Betonung der leitenden Gesichtspunkte beschränkt hat, durch einige eingehendere Ausführungen ergänzen oder erläutern solle.

Ich erlaube mir zunächst an die Worte des Berichtes anzuknüpfen, „Der Antrag redet nicht ausdrücklich von der Deckung unserer Grenzen, der Erhaltung unseres Besitzstandes, der Sicherung der bürgerlichen Ordnung, — er setzt das Alles als selbstverständlich voraus.

Meine Herren! Ihre Commission ist von dieser Ueberzeugung in jeder Hinsicht durchdrungen: Unsere östlichen Provinzen sind unser nach allseitig anerkannten Rechtstiteln, sie sind unser nach den Anlagen, welche Deutsche Einsicht, Deutsches Capital und Deutscher Fleiß dort gemacht haben. Sie sind unser und wir hoffen, sie zu behaupten. Wir wünschen unsern Mitbürgern Polnischer Zunge ein jedes menschliche, jedes bürgerliche und jedes verfassungsmäßige Recht im vollen Umfange, wie uns Allen, zu sichern, aber eben so sicher sollen unsere Deutschen Landsleute in jenen Grenzmarken des Vaterlandes wissen, daß zu ihrem Schutz und Hort das gesammte Preußische Volk bereit ist. (Bravo!)

Bei dieser Stellung, meine Herren, haben wir auch im Hinblick auf die Wechsel-

Digitized by Google

fälle vergangener Zeiten ein reines Gewissen. Es ist recht und heilsam, gerade in diesem Augenblick es mit möglichster Klarheit und Bestimmtheit auszusprechen, daß die Stellung Preußens zu der Polnischen Frage von jener Rußlands eine grundverschiedene ist. In jener ersten Theilung von 1772 nahmen wir Westpreußen, ein durch Jahrhunderte weit überwiegend Deutsches Land, welches in früheren Zeiten durch Polnische Waffengewalt uns entrissen, unter Polnischer Herrschaft von vielfacher Kränkung politischer und religiöser Rechte heimgesucht und vom großen Friedrich nicht erobert, sondern befreit worden ist. Für das Unrecht der zweiten und dritten Theilung haben wir in den schweren Jahren von 1806—1813 reichlich und verdient gebüßt. Das Wesentlichste aber ist, daß wir unsere heutige Provinz Posen nicht in Folge jener Theilungen, sondern in Folge einer Europäischen Entscheidung besitzen, eines Entscheidungsspruches, der wesentlich darin seinen Grund hatte, daß Europa es für sein eigenes Interesse erkannte, daß unsere östliche Grenze geschlossen werden sollte, und daß nicht fremde Garnisonen an der Warthe, Königsberg und Breslau umgehen und in dichter Nähe unsere Hauptstadt bedrohen konnten. So besitzen wir, was wir heute von der ehemals Polnischen Landschaft haben, mit den besten Titeln von der Welt, und wir dürfen es sagen, wir haben nicht, wie andere Mächte, diese Titel durch ihren Mißbrauch, durch ihre von uns selbst vollzogene Zerstörung verwirkt Wir stehen demnach der Frage, welche uns heute beschäftigt, der Frage, wie wir uns zu jenen Unruhen in Russisch-Polen zu verhalten haben, in voller Unbefangenheit gegenüber. Nicht mehr wie vor 1806 steht das Verhältniß so, daß der Besitz Posens uns an die Russische Allianz unter allen Bedingungen anschmiedet, und nicht mehr wie in früherer Zeit verpflichtet er uns, unter allen Bedingungen ein an Polen begangenes Unrecht sühnen zu müssen. Wir sehen in dieser Sache, wie in jeder andern, so, wie der Commissionsbericht es Ihnen bereits ausgesprochen hat, daß wir hier wie überall nur der Sympathie für den eigenen Staat, nur der Antipathie gegen die Verletzung der Preußischen Interessen zu folgen haben.

Aber, meine Herren! wenn nun unsere Position in der Polnischen Sache eine so einfache, eine zugleich so beschränkte und so reine ist, so meinen wir uns mit doppeltem Nachdrucke gegen eine Politik verwahren zu müssen, welche ohne den Schatten eines thatsächlichen Anlasses, ohne irgend eine sachliche Nöthigung, ja nach Allem, was wir bisher wissen, selbst ohne eine jenseitige Aufforderung, alle Vortheile dieser Stellung hinwegwirft. Es ist hierbei ganz gleichgültig, daß in diesem Augenblicke der Aufstand in Polen seiner Ueberwältigung nahe und demnach unsere Russische Convention für diesen Augenblick vielleicht praktisch unerheblich scheinen könnte. Bei den Zuständen in Russisch-Polen, meine Herren, kann jeder Tag neue Convulsionen bringen, und vor Allem, was unseren Staat betrifft, Europa gegenüber wirkt das Unheil der einmal geschlossenen Convention unaufhaltsam fort. Auch jetzt also, meine Herren, haben wir den dringendsten Grund zum Protest gegen eine Politik, welche angeblich zur Wahrung unserer Interessen, und zum Schutze unserer Grenzen 500 □ Meilen Deutscher Erde dem Lärmen und Leiden eines barbarisch geführten Krieges eröffnet, welche uns aus freien Stücken mit der Mitschuld an einer colossalen, von ganz Europa mit sittlicher Empörung betrachteten Menschenjagd belastet, (Sehr richtig!) welche selbst unseren Staat in alle Gefahren Rußlands hineindrängt, welche eine in den Polnischen Wäldern glimmende Insurrektion ohne Noth zur Europäischen Frage umschafft, und, das einmal geschehen, dann nach der Natur der Verhältnisse die Wucht dieser Europäischen Frage zum größeren Theil von den Schultern Ruß-

Digitized by Google

lands hinweg- und auf unsere eigenen Schultern hinüberwälzt, (Hört! Hört: Links: Sehr richtig!) eine Politik, welche inmitten eines, an sich wieder zwecklosen, immer aber bitteren Haders gegen Oesterreich, dieser Macht selbst die Brücken zur Annäherung an die Westmächte schlägt, (Sehr richtig! links.) eine Politik, welche alle diese maßlosen Opfer auch ohne die Spur einer Aussicht auf eine anderweitige Entschädigung bringt, eine Politik, welche, um dieses Bild eines fanatischen Kreuzzuges gegen den angeblichen Drachen der Revolutionen völlig zu zeichnen, zwar in unserem eigenen Lande wegen angeblichen Geldmangels unseren eigenen Veteranen der Freiheitskriege die Brocken kümmerlich zumißt, welche aber in dieser conservativen Sache die Geldmittel unseres Staates zu hunderttausenden dahin giebt, (Sehr wahr! links.) ohne die versammelte Landesvertretung einer Anfrage, ja auch nur einer Anzeige zu würdigen, (Hört! Hört!) welche damit wieder sich das Zeugniß ausstellt, daß die Essenz ihres Wesens die Nichtachtung des Rechtes ist, daß sie weder im Innern noch nach Außen handeln, weder ruhen noch wirken, ja ich möchte sagen, weder leben noch sterben kann, (Heiterkeit.) ohne die Gesetze dieses Landes zu verletzen! (Bravo! links.)

Wem, meine Herren, dieses Urtheil etwa zu hart oder nach der Lage der Sache voreilig erscheint, der möge Ihrer Commission wegen ihres unvollkommenen Wissens Mitleid schenken, der möge aber seinen Unwillen auch in dieser Beziehung an die Adresse der Königlichen Regierung richten, (Sehr gut!) welche Ihrer Commission eine jegliche Aufklärung versagt, und sie damit selbst in der Tiefe des Irrthums gelassen hat, in dem sie sich freilich in der Gesellschaft von ganz Europa befindet. (Sehr wahr!)

Von dieser entscheidenden Seite her ohne Belehrung gelassen, konnte Ihre Commission eben nicht anders, als nach ihrem Standpunkte verfahren, und von diesem Standpunkte aus hätte es ihr beinahe wie eine Beleidigung des hohen Hauses erscheinen können, wenn sie in ihren Berichten noch einen ausführlichen, eingehenden Beweis aufgenommen hätte, daß schwarz schwarz und weiß weiß ist, und daß kein Grund existirt, der zur Rechtfertigung der bisherigen Politik der Regierung angeführt werden könnte. Ich meine, daß kein Grund existirt, der hier das Princip der Nichteinmischung zu verlassen auffordern könnte.

Gestatten Sie mir, über einige Punkte, welche nach unserer Meinung nur scheinbar mit der Hauptfrage zusammenhängen, einige kurze Bemerkungen zu machen, und durch den Beweis, daß nur ein scheinbarer Zusammenhang stattfindet, die bevorstehende Verhandlung vielleicht in etwas zu vereinfachen.

Vor Allem, meine Herren, schien es uns deutlich, daß die letzte im Jahre 1857 abgeschlossene und auf 12 Jahre gültige Cartelconvention über die gegenseitige Auslieferung von Deserteuren, Militärpflichtigen und Verbrechern aller Art nicht das Mindeste zur Rechtfertigung der heutigen Vorgänge beitragen kann. Von vorn herein kann man einen starken Zweifel an der Rechtsbeständigkeit dieses Cartelvertrages hegen. Denn nach Art. 20 und 21 desselben wird unter Androhung von Strafen allen preußischen Staats-Eingesessenen verboten, Flüchtige der bezeichneten Kategorie zu verbergen, bei sich aufzunehmen, ihnen die Mittel zur weiteren Flucht zu verschaffen, ihnen Effecten, Waffen und Pferde abzukaufen. Da ein solches Beherbergen oder Abkaufen sonst in Preußen durch die Gesetze nicht verbotene Handlungen sind, so gehört dieser Vertrag, wie mir scheint, unter die Kategorie derjenigen, welche einzelnen Staats-Angehörigen Verpflichtungen auflegen und dann nach Art. 48

Digitized by Google

der Verfassung nicht eher gültig sind, als bis sie die Genehmigung der Landesvertretung erhalten haben.

Indeß, meine Herren, ich sehe von diesem juristischen Zweifel ab. Ich denke, daß es Sache des hohen Hauses sein wird, dieses Verhältniß zwischen der hohen Regierung und sich selbst noch weiter auszumachen. Der Vertrag hat indessen bis jetzt 6 Jahre bestanden, ohne daß ein Einspruch von Seiten der Volksvertretung erfolgt wäre. Die königliche Regierung wird also in der Lage sein, ihrerseits die Erwartungen erfüllen zu müssen, die sie durch den Vertrag bei der kaiserlich russischen Regierung erweckt hat. Hievon also abgesehen, ist es doch deutlich, daß diejenigen Verhältnisse, über die wir heute Beschwerde zu führen haben, sich durch jenen Cartelvertrag nicht rechtfertigen lassen.

Schon wenn es in dem ersten Artikel des Cartelvertrages heißt, daß ausgeliefert werden sollen alle nach den Gesetzen ihres Staates zum Militärdienst Verpflichteten, so würde doch eine menschlich denkende Regierung — ich will nicht einmal sagen eine menschlich fühlende — die Anwendung dieses Artikels auf die letzte polnische Recrutirung unter diejenigen Fälle rechnen, wo die Anwendung des buchstäblichen Rechtes zur tödtlichsten Verhöhnung des materiellen und sittlichen Rechtes werden müßte. (Bravo) Eine menschlich denkende Regierung würde die Unanwendbarkeit dieses Vertrages auf Verhältnisse behaupten, auf welche angewendet dieser Vertrag sofort zu einem Vertrage contra bonos mores, und folglich zu einem in sich selbst nichtigen wird. (Bravo! Sehr richtig!) Eine menschlich denkende Regierung würde unterschieden haben zwischen gewöhnlichen Zuständen, auf welche die Bestimmungen des Cartelvertrages allein berechnet waren und allein berechnet sein konnten und den Verzweiflungsausbrüchen einer bewaffneten Insurrection, auf welche sich der Vertrag nur mit einer schmerzlichen Belastung des eigenen Landes anwenden läßt. Ohne Zweifel würde sie bei der Geltendmachung einer solchen Auffassung den Beifall Europas, den Beifall des eigenen Landes und die Kraft des echten Rechtes für sich gehabt haben. Aber, meine Herren, damit nicht genug. Eben dieser Cartelvertrag spricht in Bezug auf die verderblichsten und gehässigsten Punkte der neuen Convention ein förmliches, unzweideutiges Verbot aus. Der Art. 16 dieses Vertrages bestimmt, daß die Verhaftung auf diesseitigem Gebiete nur durch die diesseitige Behörde, auf Requisition der jenseitigen in jedem einzelnen Falle, zu geschehen habe. Der Art. 18 schreibt vor, daß ein von jenseits her einen Deserteur verfolgendes Commando an der Grenze Halt zu machen und nur einen Mann vorzuschicken habe, zur Veranlassung der erforderlichen Anzeige. Wie es also keines weiteren Beweises bedarf, ist die neue Convention durchaus keine Folge, keine Consequenz, keine Ausführungsbestimmung für den alten Cartelvertrag, denn dieser erlaubt ja höchst ausdrücklich eine Ueberschreitung der Grenzen nur durch einen einzigen Mann; jene aber eröffnet die Grenze der ganzen russischen Armee. Sie ist nicht eine Consequenz des alten Vertrages, sondern die Aufhebung und der Sturz desselben. Sie sehen, meine Herren, sattsam an diesem einen Beispiele, welche Fortschritte unsere reactionäre Partei in den 6 Jahren seit 1857 gemacht hat, (sehr wahr!) und welche weiteren Fortschritte dieselbe in unserem Lande in Aussicht stellte, wenn das Land aufhörte, durch seinen einmüthig geschlossenen und ausdauernden Widerstand solche Fortschritte unmöglich zu machen. (Bravo!)

Ich darf an dieser Stelle fragen: wenn jener Satz unserer Adresse, der diese Partei als eine der Nation entfremdete Minderheit bezeichnete, zu hart gefunden ist,

Digitized by Google

hat es sich jetzt nicht durch die Thaten dieser Partei gezeigt, daß sie wenigstens dem preußischen Staate und den Interessen des preußischen Staates vollständig entfremdet ist? (Sehr wahr! links.)

Wir waren ferner der Meinung, meine Herren, daß zur Beurtheilung der heutigen Vorgänge eine unendlich oft erörterte historisch-politische Frage nicht das mindeste beizutragen habe; die Frage nämlich, ob die Herstellung eines selbständigen Polenreiches dem preußischen Interesse nützlich oder schädlich sei. Allerdings, meine Herren, ich weiß es, daß der Herr Minister-Präsident bei der Beantwortung der Interpellation des Abgeordneten Kantak das ganze System seiner auf dieser Seite entwickelten Politik eben auf den Satz stellte, daß die Herstellung eines selbständigen Polenreiches unter allen Umständen eine Gefahr, ein großer Schaden für Preußen sein würde, daß es mithin die Pflicht der preußischen Regierung sei, hier das Wort zu rufen: „principiis obsta", und unter allen Umständen die ersten Keime einer solchen Emancipation sofort zu zertreten.

Wenn uns dieser Satz von dem Ministertische selbst entgegengehalten wird, sollten wir da nicht Veranlassung haben, ihn zu erörtern? Nun, meine Herren, von vornherein begreife ich die Möglichkeit eines solchen Standpunktes bei einem preußischen Staatsmanne.

Ich würde es auch begreifen, wenn er von diesem Standpunkte aus bei den nächsten Regungen in Polen sofort alle Waffenmittel zum Schutze unseres eigenen Gebietes ansammelte und für künftige Fälle in militärischer Beziehung sich selbst schon weiter vorbereitete, wenn er so rasch wie möglich Schritte thäte, um sich mit den übrigen Großmächten Europas, mit Rußland und Oesterreich, mit England und Frankreich über die Behandlung dieser Dinge ins Einvernehmen zu setzen, vor allen Dingen, wenn er sich so rasch als möglich an die Landesvertretung wendete, um sich ihrer Zustimmung, Behufs Bereithaltung der für alle Eventualitäten erforderlichen Mittel, zu versichern. Nun, meine Herren, das würde ich begreifen, — aber von alledem ist das gerade Gegentheil geschehen. Während die Landesvertretung hier versammelt ist, stellt man ihr keine Anträge auf Bereithaltung der für eine künftige Action etwa erforderlichen Mittel; man geht einseitig in den Beziehungen zu Rußland vor, man schließt diese Convention ab, als wenn sonst keine Großmacht auf der Welt existirte, als wenn außer unserem und dem russischen Ministerium Niemand auf dem Erdboden lebte, der sich um solche wichtige Frage Europas bekümmerte. Und das Alles, meine Herren, sollen wir hier heute ruhig dahin nehmen, lediglich nach dem einfachen Satze, daß vielleicht einmal in einer nahen oder fernen Zukunft, jedenfalls aber nur bei dem Zusammentreffen einer ganzen Reihe von bisher unwahrscheinlichen Chancen, ein neues Polenreich entstehen, und dann vielleicht auch einmal unseren Grenz-Interessen gefährlich werden könnte. Der große Edmund Burke, meine Herren, ein Staatsmann, der ebenso conservativ wie liberal, und der vor allen Dingen eminent verständig war, (Heiterkeit) ein Staatsmann, den ich zu allen Zeiten ebenso sehr verehrt habe, wie mein geehrter Freund, der Herr Abgeordnete für Stargard, — Edmund Burke hat einmal gesagt, es sei nichts gefährlicher, als wenn die hohe Politik das Verhalten der berühmten Milchfrau in der Fabel nachahmt, die bekanntlich mit den zwei Groschen, die sie von ihrer Milch gewinnt, einen allmälig wachsenden Wohlstand, ein Kalb, eine Kuh, ein Gut, ein Schloß sich zu erwerben hofft, die mit diesen Bildern beschäftigt in ihrer Freude einen Sprung thut und — die Milch liegt am Boden. Aus jenen Insurgentenban-

Digitized by Google

den, welche sich einstweilen in den Wäldern von Sandomir umhertreiben, kann sich freilich eine siegreiche Armee bilden, diese kann weitere Vortheile erringen, kann ganz Polen und Volhynien und Litthauen überschwemmen und möglicher Weise den alten Thron der Jagellonen wieder aufrichten, und kann endlich möglicher Weise auf der einen Seite Kiew, auf der andern Danzig bedrohen, und bei allen diesen Bildern thut die preußische Regierung einen Sprung der Verzweiflung und sie befindet sich, glaube ich, in einem Sumpfe, der tiefer ist, als alle polnischen Moräste. (Bravo! Sensation.)

Ich habe schon früher bemerkt, wie bei uns in völliger Umkehr der realen Verhältnisse die Opposition es ist, welche den realen Verhältnissen Rechnung zu tragen sucht, und wie umgekehrt unsere praktischen Staatsmänner sich auf inhaltsleeren und doctrinären Gemeinplätzen zu tummeln lieben. (Hört!)

Wie in unserem inneren Staatsrechte das Ministerium alle staatsrechtlichen Controversen, alle staatsrechtlichen Schwierigkeiten mit dem einen Kraftworte „kein parlamentarisches, sondern königliches Regiment!" durchhaut, so setzt das Ministerium in dieser wichtigen auswärtigen Frage über alle Schwierigkeiten leichten Fußes mit dem Schreckensruf eines selbständigen gefährlichen Polenreiches hinüber. Wir waren der Meinung, meine Herren, daß dieses selbständige und gefährliche Polenreich nicht wie eine geharnischte Pallas aus dem Haupte Jupiters über Nacht hervorspringen würde; wir waren der Meinung, daß bis dahin noch mancher Tag vergehen, noch manche Katastrophe fallen würde, und daß in diesem Verlaufe der Dinge die preußische Kraft fort und fort bereit sein würde, zur rechten Stunde die Interessen des Staates in rechter Weise wahrzunehmen, und daß sie bereit sein würde, ihr Wort und im Nothfalle ihr Schwert dafür in die Wagschale zu werfen: aber es sei überhaupt eine ärmliche Art der Auffassung, bei einer Frage, wie diese, immer nur das kahle „Ob" oder „Ob nicht" zu erwägen, während es dem Staatsmanne viel wichtiger sein müsse, die Frage des „Wie" und des „Wann" in Erwägung zu ziehen. Eine Frage, wie diese, die von so mannigfachen, von so verwickelten Voraussetzungen abhängig ist, zeigt offenbar, je nach den Ereignissen in Rußland und nach dem Verhalten der Polen, je nach der Wendung der Dinge im Orient und nach den Zuständen im Westen Europas eine ganze Reihe von denkbaren Lösungen, von denen mehr als eine für Preußen abscheulich, aber auch mehr als eine für Preußen ein Segen sein könnte. Von allen Voraussetzungen jedoch, die hier zur Sprache kommen, läßt sich bis jetzt auch nicht eine mit irgend welcher Bestimmtheit bemessen, so daß also auch von dieser Seite die Politik des unparteiischen, unbetheiligten Wartens als die einzig verständige und die einzig würdige erscheinen muß. Heute, meine Herren, scheint für die Beurtheilung der polnischen Sache vom preußischen Standpunkte nicht die Frage die wichtigste, ob wir im preußischen Interesse die Herstellung Polens zu wünschen haben, sondern die Frage, ob die preußische Politik in der polnischen Sache den Eindruck großer Auffassung, reiflicher Ueberlegung und gediegener Klugheit macht, so daß man ihr zutrauen dürfte, sie werde in diesen schwierigen und verwickelten Dingen zur rechten Stunde das Rechte thun. (Sehr wahr!)

Ihre Commission, meine Herren, beklagt es nun, von diesen Anforderungen in den bisherigen Schritten der königlichen Staatsregierung das Gegentheil constatiren zu müssen. Sie vermag auf dem Wege, welchen der Abschluß der russischen Convention vorgezeichnet hat, weder Ehre noch Vortheil zu entdecken. (Ruf: Sehr richtig!)

Digitized by Google

Sie vermag dort nur die Wahl zwischen trübseligem Rückzug und unabtrebbaren Gefahren zu erkennen.

Sie sieht Preußen auf eine so abschüssige Bahn in einem Augenblicke gestoßen wo es, mehr als jemals in seiner Vergangenheit, nicht geschickt zu einer großen auswärtigen Action ist, wo durch das budgetlose Regieren des Herrn Finanzministers unser Staatshaushalt in eine tiefe Verwirrung gerathen ist, wo durch die Charakterfestigkeit des Herrn Kriegsministers unsere Armee zwar eine Menge von Soldaten, aber was sonst zu einer kriegerischen Bewegung nothwendig ist, nur in sehr dürftigem Maße besitzt — (lebhaftes Bravo!) wo durch die politische Action des Herrn Ministerpräsidenten der Staat mit einem trostlosen Zwiespalt erfüllt, und seiner besten Kraft, der hohen und freudigen Begeisterung des Volkes beraubt ist. (Ruf: Sehr wahr!)

Meine Herren! Wir hegen heute, wie vor drei Wochen, sehr geringe Hoffnung auf einen augenblicklich durchgreifenden praktischen Erfolg unserer Worte; wir sind aber heute, wie damals, der Ueberzeugung, daß es diesem Hause zustehe, unter allen Umständen das Seinige zu thun, der königlichen Staatsregierung, wenn noch Zeit zur Umkehr ist, einen dringlichen Warnungsruf zuzurufen, daß dieses Haus auf den eingeschlagenen Bahnen ihr zu folgen nicht vermag, und wenn, was Gott verhüte, die unselige Richtung unwiderruflich wäre, dann durch einen feierlichen Protest von jeder Theilnahme an derselben im Angesichte Preußens und Europas uns loszusagen! (Bravo!)

Indem ich mir, meine Herren, die nähere Erörterung der einzelnen Theile des Commissions-Antrages, sowie der gegen denselben eingebrachten Amendements für später vorbehalte, empfehle ich ihnen hiermit die Annahme des Antrags Ihrer Commission. (Bravo!)

Präsident: Meine Herren! Der Herr Abgeordnete v. Diederichs hat zu dem Abänderungs-Antrage des Herrn Abgeordneten v. Bonin (Genthin) und Genossen ein Unter-Amendement soeben eingereicht.

Er wünscht in der fünften Zeile zwischen den Worten „hinausgehende" und „Einmischung" die Worte einzufügen „Anordnung, sowie jede", so daß dann der Abänderungsvorschlag des Herrn Abgeordneten v. Bonin (Genthin) und Genossen lauten würde:

> „Das Interesse Preußens erfordert, daß die königliche Staatsregierung dem im Königreich Polen ausgebrochenen Aufstande gegenüber, sich lediglich auf die zum Schutz der preußischen Landesgrenze erforderlichen Maßregeln beschränke, jede darüber hinausgehende Anordnung, sowie jede Einmischung vermeide und Bewaffneten nicht gestatte, das preußische Gebiet ohne gleichzeitige Entwaffnung zu betreten."

Diejenigen Herren, welche das Unter-Amendement des Herren Abgeordneten v. Diederichs unterstützen wollen, bitte ich aufzustehen. (Geschieht.)

Die Unterstützung ist sehr ausreichend.

Ich ertheile nun dem Herrn Abgeordneten v. Gottberg das Wort gegen den Commissions-Antrag.

Abgeordneter v. Gottberg: Die Resolution, um die es sich handelt, ist veranlaßt durch das Verfahren der königlichen Staatsregierung gegenüber dem in Russisch-Polen ausgebrochenen Aufstande; sie ist bestimmt, diesem Verfahren eine andere

Digitized by Google

Richtschnur zu geben und enthält, insofern als die darin ausgesprochene Ansicht von der der Staatsregierung abweicht, ein Tadelsvotum gegen die Regierung.

Es ist zunächst auffallend, daß man zu einer solchen Resolution schreitet, ehe die thatsächlichen Verhältnisse genügend aufgeklärt sind. (Widerspruch.)

Es ist dies um so mehr auffallend, als man auf eine Convention Bezug nimmt, deren Inhalt nicht bekannt ist, deren Mittheilung von Seiten der Regierung gerade verweigert worden ist. (Heiterkeit.)

Es muß für einen so gewiegten Historiker, wie der Herr Berichterstatter ist, recht schwer gewesen sein, einen Bericht zu erstatten, wenn man für denselben eben so sehr wenig thatsächliche Unterlage hat. (Unruhe.)

Dann kommt man allerdings zu Behauptungen, wie wir ihnen im Commissionsbericht begegnen, wo es heißt, daß ein Gürtel von drei Meilen an der preußischen Grenze allen Greueln des Krieges ausgesetzt wäre. Ich glaube, meine Herren, ich kann mit eben so gutem Grunde wie der Herr Berichterstatter sagen, daß dies nicht der Fall ist; ich glaube, daß die thatsächlichen Verhältnisse meiner Behauptung bei weitem mehr zur Seite stehen, als der des Herrn Berichterstatters. Denn so viel man wenigstens bis jetzt gehört hat, ist von dergleichen Kriegsgreueln an unserer Grenze keine Rede, (Widerspruch) im Gegentheil haben die Maßregeln der königlichen Staatsregierung denselben bei Zeiten vorgebeugt. (Ah! Ah!)

Ich halte es im Allgemeinen für eine mißliche Sache der Volksvertretung, sich in auswärtige Angelegenheiten zu mischen, (Widerspruch) besonders in dem Augenblicke, wo die Staatsregierung sich mitten in den Verhandlungen, gewissermaßen in der Action befindet. Ich kann von einer Resolution, wie sie hier vorgeschlagen ist, für die Sache selbst hier keinen Erfolg sehen; denn vorausgesetzt selbst, die Convention wäre abgeschlossen, nun meine Herren, so effectuiren wir auch mit dieser Resolution nichts. Es wäre anders, wenn der Abschluß in Aussicht stände, und man wäre in Besorgniß, sie möchte abgeschlossen werden, dann möchte die Sache so dringlich liegen, daß die Volksvertretung, wenn sie dieser Meinung wäre, sich aussprächе. Da die Convention aber, wenigstens wie hier vorausgesetzt worden ist, (Heiterkeit links) abgeschlossen ist, so glaube ich, kann eine derartige Resolution der Volksvertretung keinen Erfolg haben. Ich möchte überhaupt der Meinung sein, daß, man mag zur Staatsregierung stehen, wie man will, man doch gerade in einer so wichtigen Sache, wenn sie sich in der Action befindet, ihre Verlegenheiten nicht noch vermehren sollte (große Heiterkeit) von Seiten der Volksvertretung . . . . . (große Unruhe.)

Präsident (den Redner unterbrechend): Ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen, sondern ihn späterhin zu widerlegen.

Abgeordneter v. Gottberg (fortfahrend): Ich glaube, daß dies der Standpunkt ist, der sich der eigenen Staatsregierung gegenüber wohl rechtfertigen läßt, und es ist sehr die Frage, ob der große Staatsmann Burke, auf den der Herr Berichterstatter Bezug genommen hat, in einer ähnlichen Lage mit solchen Angriffen gegen seine eigene Regierung aufgetreten wäre, wie wir dies heute von dem Herrn Berichterstatter gehört haben.

Ich kann auch den Patriotismus derjenigen preußischen Blätter nicht begreifen, welche auf Grund dieser ihrer Ansicht über die Convention gewissermaßen die Aeußerungen fremder Regierungen provociren und dergleichen sogar mittheilen, während

Digitized by Google

doch dergleichen Aeußerungen wahrscheinlich von den Regierungen noch gar nicht einmal ergangen sind.

In dem Commissions-Gutachten ist gesagt, daß zu der von der Commission vorgeschlagenen Resolution ein Amendement gestellt worden sei, und wir haben es auch seinem Wortlaute nach in dem Commissionsbericht gefunden. Es heißt darüber, es hätte eigentlich im Allgemeinen Uebereinstimmung in der Commission stattgefunden, es unterschiede sich der materielle Inhalt des Amendements eigentlich gar nicht von dem der Resolution. Der Unterschied sei mehr ein formeller und drücke das negativ aus, was der Antrag und die von der Commission vorgeschlagene Resolution positiv behaupte.

Nun, ich glaube, es ist doch ein sehr bedeutender Unterschied zwischen diesem Ammendement und der Resolution, es ist deshalb auch die Minorität (sieben) bei dem Amendement geblieben, diese Minorität hat sich mit der Resolution nicht einverstanden erklärt.

Schließlich hat sich allerdings diese Minorität bis auf drei vermindert; diese haben aber doch einen wesentlichen Unterschied zwischen diesem Amendement und der Resolution gefunden.

Das Gutachten nimmt für die Resolution den Standpunkt der Unparteilichkeit in Anspruch. Nun, ich glaube, meine Herren, das Amendement hätte diesen Standpunkt ebenso gut für sich vindiciren können. Denn ebenso gut, wie man es für unparteiisch erklärt, wenn man die russische Regierung in gleicher Linie mit den Aufständischen stellt und gegen Beide ein gleiches Verfahren uns empfiehlt, ebenso gut kann man es für unparteiisch halten, wenn im Amendement weder der russischen Regierung noch der Aufständischen Erwähnung geschehen ist, sondern das Amendement sich lediglich darauf beschränkt hat, das preußische Interesse zu wahren. Für mich liegt der Angriffspunkt oder der Grund, warum ich gegen die Resolution stimme, ganz besonders in dem Passus, den das Amendement ausgelassen hat, nämlich in dieser Gleichstellung der russischen Regierung mit den Aufständischen, worin sich auf der einen Seite eine gewisse Antipathie gegen Rußland und auf der andern Seite eine gewisse Sympathie für die Sache der Aufständischen findet, welche auszudrücken ich nicht im Interesse Preußens liegend finden kann. Wenn wir die revolutionären Bewegungen der neuesten Zeit ins Auge fassen, so finden wir, daß sich in der Regel auch die Polen mehr oder weniger an denselben betheiligt haben. Sie haben auch bei uns in Preußen dergleichen Bewegungen versucht. Es ist im Jahre 1831, in dem Jahre 1847 vorgekommen und es hat eine gewisse Solidarität, wenn ich mich so ausdrücken darf, zwischen der revolutionären Partei und diesen Bestrebungen der Polen bestanden. Ich brauche wohl blos auf die Vorgänge im Jahre 1848 zu verweisen, wo wir die hier gefangenen Polen, nachdem eine Freisprechung stattgefunden hatte und dieselben entlassen waren, (Unruhe in der polnischen Fraction) — ich irre mich vielleicht in Bezug auf die Freisprechung, ich weiß es nicht — mit der hiesigen revolutionären Partei haben fraternisiren sehen und gesehen, wie sie mit derselben in einem feierlichen Aufzuge durch die Straßen dieser Stadt gezogen sind. Ich glaube, bei dergleichen Vorgängen war es doch wohl geboten, daß die preußische Regierung mit einer gewissen Vorsicht die Vorgänge in dem benachbarten Königreich Polen beobachtete und daß, wenn sie einen Grad annahmen, wo es vorauszusehen war, daß sie auch für uns gefährlich sein konnten, daß sie da bei Zeiten ihre Maßregeln traf. Ich glaube, sie hatte dazu jetzt mehr Veranlassung, wie je in früheren Jahren.

Digitized by Google

Denn jetzt hat die Revolutionspartei, wenn ich mich so ausdrücken darf, ein gewisses Netz über ganz Europa gespannt, und es kann auf keinem Punkt die revolutionäre Bewegung ausbrechen, ohne daß sie auch Sympathie und Unterstützung auf dem entgegengesetzten Ende von Europa fände. Was hat denn nun die Staatsregierung aber eigentlich gethan? Hat sie wirklich einen so verzweifelten Schritt unternommen, wie von dem Herrn Berichterstatter ihr vorgeworfen worden ist? Sie hat die Reserven der Infanterie von, ich glaube, drei Armeecorps einberufen, sie hat Truppendislocationen vorgenommen und sie hat Truppen an den Grenzen concentrirt; sie hat außerdem eine Verabredung mit der benachbarten russischen Regierung in Betreff des Schutzes der Grenzen getroffen. Worin liegt da irgend etwas, was dem preußischen Interesse zuwider wäre? Bei einem so planlosen Aufstande, wie er in Russisch-Polen ausgebrochen ist — denn von einer nationalen Erhebung, meine Herren, kann man doch nicht sprechen, von so undisciplinirten, ja ich kann wohl sagen räuberischen Banden, wie wir sie dort sehen, — (große Unruhe. Oh! Oh! auf der Linken und in der polnischen Fraction) kann man doch wohl erwarten, daß sie die Grenzen überschreiten und das Eigenthum unserer Staatsangehörigen beschädigen. Wer will bei so undisciplinirten Leuten wohl dafür stehen? Das hat man auch an den Grenzen sehr wohl befürchtet; denn, so viel ich weiß, sind der königlichen Staatsregierung sehr viele Gesuche zugegangen, worin um Schutz gebeten wird. Wenn nun die Befürchtung so nahe lag, so glaube ich, wäre es unverantwortlich gewesen, wenn die königliche Regierung nicht die nöthigen Maßregeln getroffen hätte. Wenn man aber aus der früheren Geschichte weiß, daß fast jeder Aufstand in Polen auch unser Großherzogthum Posen in Mitleidenschaft gezogen hat, dann war es weitere Pflicht der Staatsregierung, hierauf ihr Augenmerk zu richten. Ja, ich halte sie sogar dafür verpflichtet, daß sie auf den eventuellen Fall ihr Augenmerk richten mußte, daß der Zweck dieser Bewegung erreicht, daß er die beabsichtigten Erfolge hatte. Der Zweck der Bewegung ist bekanntlich die Herstellung eines Polenreiches oder die Errichtung eines panslavistischen; (Widerspruch und Heiterkeit) der Zweck der Bewegung ist also die Herstellung eines Polenreiches. Meine Herren, wenn dieser Zweck wirklich erreicht werden sollte, so glaube ich, würde ein derartiger Nachbar für den preußischen Staat gerade nicht sehr erwünscht sein. Die Geschichte lehrt, daß die Polen in der Regel etwas unruhige Nachbarn gewesen sind, und ich glaube, wenn sie ein derartiges Reich gegründet haben würden, daß sie dann auch das Princip der Nationalität, worauf dasselbe basirt, zur Geltung zu bringen streben und ihr Augenmerk auf das Großherzogthum Posen richten würden. Es ist mir sehr zweifelhaft, ob die europäischen Mächte in Diesem ein eben so großes Interesse für das preußische Großherzogthum Posen an den Tag legen würden, um es uns zu garantiren, wie sie in Italien einen gewissen Kreis bei Bildung des italienischen Reiches ausgeschlossen haben. Außerdem glaube ich aber auch, daß dann die Polen bestrebt sein würden, sich nach der See auszudehnen, daß sie Westpommern zunächst, und sogar die Stadt Danzig in den Kreis ihrer Erwägungen und Bestrebungen ziehen dürften. Wir würden also statt eines ruhigen Nachbars, mit dem wir in freundlichen Beziehungen stehen, einen sehr unruhigen Nachbar bekommen, und ich glaube, es wäre die Pflicht jedes Staatsmannes gewesen, dieser Eventualität möglichst vorzubeugen, und ich kann annehmen, daß selbst diejenigen Staatsmänner in andern Staaten, die sich tadelnd gegen unsere Regierung ausgesprochen haben, vielleicht nicht anders verfahren haben würden, wenn sie an der Spitze unserer Regierung ständen. Ich sehe

Digitized by Google

auch in dem Verfahren unserer Regierung keine Verletzung des Interventions-Princips. Wir haben durchaus gar nicht die Absicht, die Russische Autorität in Polen aufrecht zu erhalten; das wird die Russische Regierung schon allein thun. Ich sehe in der Maßnahme der Preußischen Regierung nur das Bestreben, ihre Angehörigen zu schützen, und den Bestand der Preußischen Länder zu erhalten, und außerdem den Eventualitäten, die ich schon angedeutet habe, vorzubeugen. Ich wünschte, daß bei früheren Europäischen Vorkommnissen die anderen Europäischen Mächte das Nicht-interventions-Princip nicht mehr verletzt hätten, als die Preußische Regierung in der vorliegenden Sache.

Ich bin also zunächst gegen diese Resolution, weil sie ein Tadelsvotum, ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung enthält; ich bin aber zweitens gegen diese Resolution, weil sie den Ausdruck der Antipathie gegen Rußland enthält.

Es ist nicht meine Aufgabe, hier für die Russische Politik einzutreten, ich fühle mich auch nicht berufen, eine besondere Sympathie für Rußland auszudrücken; aber ich kann doch auch in dem Jahre 1863, wo wir das 50jährige Jubiläum der Befreiungskriege feiern, nicht vergessen, daß vor 50 Jahren Rußland unser treuer Verbündeter in einer schweren Zeit gewesen ist; ich kann nicht vergessen, daß wir zu Rußland in einer Zeit von über 50 Jahren in freundnachbarlichen Beziehungen gestanden haben. Rußland verlangt von uns keinen ausdrücklichen Beistand zur Bewältigung dieses Aufstandes; es verlangt von uns nicht, wie von dem Herrn Abgeordneten für Bielefeld in seiner mitunter drastischen Manier gesagt worden ist, daß unsere Truppen Gensd'armendienste leisten sollen. Das verlangt Rußland von uns nicht, — Rußland hat nur mit uns als Nachbar Verabredungen getroffen zum Schutze der Grenze.

Ich weiß nicht, wie es in Preußens Interesse liegen kann, daß wir in einer Resolution aussprechen, daß wir für die stets mit uns befreundet gewesene Russische Regierung dieselben Gefühle hegen sollen, wie für die Aufständischen; denn wenn nicht eine gewisse Antipathie darin liegen soll, so weiß ich nicht, warum Sie den Ausdruck überhaupt gebraucht haben.

Ich kann auch nicht glauben, daß Sie das nicht ebenfalls erwogen haben sollten, was ich vorhin in Beziehung auf unsere Verhältnisse zu Rußland erwähnt habe, ich kann nur meinen, Sie haben aus allgemeinen politischen Rücksichten, die sich mehr auf die innere Politik beziehen, es für Ihre Pflicht gehalten, ein derartiges Gefühl der Antipathie gegen Rußland auszusprechen. Ich freue mich gerade, daß die Preußische Regierung, unbeirrt durch die Meinung der liberalen Presse, sich auf einen eigenen Standpunkt gestellt hat, und daß sie sich nur dadurch hat leiten lassen, was sie im speciell Preußischen Interesse am nächsten dahin führen mußte, den Aufstand rasch und ohne zu große Belästigung Preußens zu unterdrücken.

Ich glaube, daß sie in diesem Falle recht eigentlich Preußische Politik und keine Russische getrieben hat, und ich glaube auch, sie wird den Vorwurf, der ihr an einer anderen Stelle gemacht worden ist, daß sie durch ihr Verfahren bei dieser Gelegenheit sich verantwortlich macht für die Maßregeln der Russischen Regierung, ich glaube, meine Herren, die wird sie ruhig hinnehmen können; die Preußische Regierung macht sich weder verantwortlich für die Maßregeln, die vorher im Königreich Polen getroffen worden sind, zur Vorbeugung des Aufstandes, noch macht sie sich verantwortlich für die Art, wie die russische Regierung ihre Armee rekrutirt.

Der Hauptgrund endlich, weshalb ich gegen diese Resolution stimme, ist, weil

Digitized by Google

ich annehme und annehmen muß, daß die Polnische Frage nicht der Grund gewesen ist, warum die Resolution gestellt worden, sondern daß sie mehr als Mittel zum Zweck gebraucht wird, daß man mit derselben eine Art von — wenn ich mich so ausdrücken darf — aufgeregter Stimmung im Lande gegen das Ministerium erzeugen will. (Ruf: „Ist schon vorhanden!“)

Ich halte es für ein neues Mittel der Opposition, für sich die Stimmung im Lande zu gewinnen und die Regierung in eine ungünstige Position zu setzen. Ich finde aber außerdem in dieser Resolution, wie ich schon vorher gesagt habe, eine Sympathie für die Sache der Aufständischen und für die Sache der Revolution, denn die Sache der Aufständischen gründet sich eben auf das revolutionäre Princip. Ich will damit keineswegs sagen, daß nun alle diejenigen, welche dieser Resolution beistimmen, auf dem Boden der Revolution ständen oder stehen wollten, (Heiterkeit.) aber, meine Herren, gerade diese gemäßigten Herren werden in allen dergleichen Fragen, wie wir es schon oft erlebt haben, von den äußersten Parteien überflügelt und mitgerissen, (Rechts: Sehr wahr!) und es sind sehr häufig die Consequenzen aus den Beschlüssen, die gezogen werden, andere, als Sie die Absicht gehabt haben, daß sie daraus gezogen werden sollten. (Sehr richtig! rechts.)

Daß der Schein einer Sympathie für die Sache der Revolution ausgedrückt ist, das werden Sie mir doch zugeben. Wenn ich hierin noch zweifelhaft gewesen sein sollte, so würden mich die bisherigen Verhandlungen in der Polnischen Frage eines Andern belehrt haben. Sie fingen mit einer Interpellation an, die von unseren Collegen Polnischer Nationalität ausging, die aber auch unterstützt war von einem großen Theil Deutscher Collegen. Die Interpellation betraf einen Erlaß des Ober-Präsidenten und des commandirenden Generals der Provinz Posen, der bestimmt war, das Leben und das Eigenthum der Einwohner des Großherzogthums Posen und der nahe an der Grenze gelegenen Provinzen zu schützen. Daß die Collegen Polnischer Nationalität Sympathie für die Sache ihrer Landsleute haben, finde ich natürlich. Man braucht deshalb noch nicht, wenn man einen Zweck als einen zu erstrebenden bezeichnet, alle ungesetzlichen Mittel zu billigen, die zur Erreichung des Zweckes gebraucht werden und deshalb auch noch nicht für den Aufstand selbst so, wie er da zur Ausführung gekommen ist, irgend welche Sympathien zu haben. Aber ich muß Ihnen gestehen, daß ich nicht begreifen kann, wie Deutsche Abgeordnete einen Erlaß zum Gegenstande ihrer Kritik machen konnten, der eben dahin ging, Deutsche zu schützen. Ich kann Dieses um so weniger begreifen, da, so viel ich weiß, die Fortschrittspartei den Namen der Deutschen Partei führt.

Auf diese Interpellation folgte eine zweite, ich glaube vom Herrn Abgeordneten Schulze ausgegangene, welche eine directe Frage an das Ministerium wegen der Convention richtete. Aus der Aeußerung des Herrn Abgeordneten für Saarbrücken habe ich entnommen, daß man eigentlich eine Beantwortung dieser Interpellation nicht erwartet hatte. Man hatte schon von Hause aus darauf gerechnet, das Ministerium würde eine solche Beantwortung ablehnen. Es war also bei der ganzen Interpellation mehr darauf abgesehen, eine Besprechung an dieselbe zu knüpfen. Diese ist dann auch erfolgt und hat eine Rede des Herrn Abgeordneten für Bielefeld gebracht, welche in Ton und Inhalt mich lebhaft an die Zeit der National-Versammlung von 1848 erinnert. Sie erinnerte mich besonders daran, weil ein gewisser Accent in dieser Rede besonders wiederholt gelegt wurde auf den Ausdruck „vor-

Digitized by Google

märzlich." Es hat dies vor meinem innern Auge (Heiterkeit.) eine Menge von trüben Bildern heraufbeschworen. (Große Heiterkeit.)

Unmittelbar nach dieser Interpellation folgte der Antrag auf diese Resolution, die jetzt zur Berathung steht. Ich glaube, die ganze Polnische Frage, wenn ich mich so ausdrücken darf, es ist das ein beliebter Ausdruck neuerdings hier geworden, culminirt gewissermaßen in dieser Resolution. Man hat durch die Worte, daß man so unparteiisch gegen die Russische Regierung, wie gegen die Aufständischen sein wolle, daß man die eine Partei wie die andre behandeln wolle, dadurch hat man meiner Ansicht nach ausgesprochen, daß man dem Princip der Revolution, welches durch die Aufständischen vertreten wäre, eine Berechtigung zugestehe, neben dem Standpunkt der legitimen Regierungen. Ich glaube daher, daß meine Voraussetzung, die ich ausgesprochen habe, richtig ist, und man wird sehr wohl begreifen, daß ich eben unter diesen Umständen nicht für die Resolution stimmen kann. Denn ich kann es nimmer im Interesse Preußens liegend erkennen, daß man auch nur den Schein annehme, als wenn man sich auf revolutionären Boden begeben wolle. Der Preußische Staat ist bisher auf Recht und Legitimität aufgebaut, und diesen Boden wünsche ich ihm zu erhalten.

Ich wünsche weder eine Revolution von Oben, noch will ich eine Revolution von Unten, beide führen zur Tyrannei und das ist ein Zustand, den ich meinem Vaterlande nicht wünsche. In unserem Vaterlande hat bisher der Grundsatz gegolten, der hier neulich schon ausgesprochen ist, wenngleich in einem anderen Sinne: Recht geht über Gewalt und über Macht! Er hat aber nicht nur früher gegolten, sondern er gilt meiner Ansicht nach noch heute, diesen Tag, und ist auch der Wahrspruch der heutigen Regierung. (Lebhafter Widerspruch links.) und ich wünsche, meine Herren, daß uns dieser Wahrspruch erhalten bleibe, und daß wir uns nun und nimmermehr auf die Bahn der Revolution drängen lassen. (Bravo! in der Fraction der Conservativen.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete v. Roenne (Solingen) hat das Wort für den Commissions-Antrag.

Abgeordneter v. Roenne (Solingen): Meine Herren! Der Herr Vorredner hat es nicht begreifen können, daß gerade die Deutsche Fortschrittspartei es gewesen sei, die die Kantakfche Interpellation unterstützt hätte, daß gerade die Deutsche Fortschrittspartei es sei, die in dieser Sache entschiedene Opposition gegen die Regierung mache; ja, meine Herren, gerade, weil wir die Deutsche Fortschrittspartei sind, haben wir gehandelt nicht blos im Sinne und Geiste Preußens, sondern im Sinne und Geiste von ganz Deutschland, von der ganzen civilisirten Welt! (Bravo! links.)

Meine Herren! Als die Regierungen Polen theilten, suchten sie nach sophistischen Gründen aller Art, diese Theilung zu rechtfertigen. Es wurde gesagt, der Zustand in Polen sei ein Zustand fortwährender Anarchie, es wurde gesagt, die Polen hätten sich vollständig unfähig erwiesen, sich selbst zu regieren, und daraus wurde die Schlußfolgerung gezogen, daß man es theilen müsse. Voltaire hat damals gesagt, wenn es in des Nachbars Haus brenne, müsse man sich einmischen. Darauf ist ihm nicht mit Unrecht entgegnet worden: Einmischen müsse man sich zum Löschen aber nicht zum Rauben und Plündern! (Sehr gut!)

Aber, meine Herren, wenn eine Regierung es unternimmt, einem Volke seine Regierung zu nehmen, was hat man dann ein Recht von ihr zu erwarten? Ohne

Digitized by Google

Zweifel, daß sie dem Volke eine bessere Regierung giebt! Was hat nun aber die Russische Regierung dem Königreich Polen gebracht? Seit einer Reihe von Jahren erblicken wir nur eine lange Reihe von Willkür- und Gewaltmaßregeln, die zuletzt ihren Höhepunkt gefunden haben in der gewaltsamen Militair-Aushebung, welche die ganze Welt mit einem Schrei der Entrüstung erfüllt hat. Als vor mehreren Jahren die Zustände in Neapel von der Art wurden, daß man unmöglich mehr der Sache ruhig zusehen konnte, als in Erfahrung gebracht wurde, daß in den dortigen Gefängnissen Tausende von unschuldigen Opfern der Politik schmachteten, und mit Grausamkeit behandelt wurden, da mischte sich England dort ein; aber wie mischte es sich ein? Es rieth der Neapolitanischen Regierung, der Stimme der Menschlichkeit Gehör zu schenken und auf andere Bahnen zu lenken, und als diese Stimme nicht gehört wurde, da brach es den diplomatischen Verkehr mit Neapel ab. Das wurde befolgt von allen übrigen Regierungen, selbst von den reactionären. Was hat dagegen jetzt in einem ganz ähnlichen Falle unsere Regierung gethan? Sie hat sich auch eingemischt, aber nicht wie England in Neapel, sondern sie hat gemeinschaftliche Sache gemacht mit der Russischen Regierung gegen deren Polnische Unterthanen.

Wir kennen allerdings den Inhalt der Convention mit der russischen Regierung nicht genau, und ich glaube, es ist unerhört, ohne Beispiel in der Geschichte, daß, während die Vertretung eines großen Volkes, die Vertretung des preußischen Volkes, den Herrn Ministerpräsidenten interpellirt über das Vorhandensein einer solchen Convention, — ich sage, es ist, glaube ich, ohne Beispiel in der Geschichte, daß, während der Herr Minister die Antwort darauf verweigert, er die Antwort auf eine ähnliche Anfrage von Seiten der englischen und französischen Regierung durch seine Botschafter in London und Paris dahin geben läßt, daß eine solche Convention geschlossen sei, deren wesentlichen Inhalt wir aus den Parlamentsverhandlungen kennen. (Hört! rechts.)

Der Herr Vorredner hat zwar gesagt, es sei nicht unsere Aufgabe, uns in auswärtige Angelegenheiten zu mischen, wir würden dadurch nur die Verlegenheiten der Regierung vermehren, wir würden dadurch nur die Aeußerungen fremder Regierungen provociren. Nun, meine Herren, die Aeußerungen fremder Regierungen haben wir gewiß nicht provocirt, denn wir sind die ersten gewesen, die den Herrn Ministerpräsidenten provocirt haben, uns Auskunft zu geben, die er verweigert hat, und erst dadurch sind die fremden Regierungen zu Aeußerungen veranlaßt worden.

Was dann die auswärtige Politik betrifft, in die wir uns jetzt nicht einmischen sollten, so habe ich das immer für einen überwundenen Standpunkt gehalten; hat doch selbst ein Schmerling im Oesterreichischen Reichsrath ihn für einen solchen erklärt, dem Reichsrathe in allen Punkten der auswärtigen Politik die nöthige Auskunft zu geben. Wie ist es auch denkbar, daß ein Staat, der im Innern Freiheit, der eine Verfassung besitzt, daß die Regierung eines solchen Staates die auswärtigen Angelegenheiten nach eigenem Gutdünken leiten könnte, auswärtige Angelegenheiten, die möglicherweise zu Opfern an Gut und Blut aller Art führen können, und die mit Erfolg nur betrieben werden können, wenn die Regierung in jeder Beziehung die Zustimmung und Sympathie des Volkes für sich hat. Die Regierung hat also, indem sie diese Convention geschlossen hat, gemeinschaftliche Sache mit der russischen Regierung gemacht.

Ja, meine Herren, ich gehe noch weiter. Die kleine Partei, welche jetzt hier

Digitized by Google

in Preußen am Ruder ist, hat nicht blos gemeinschaftliche Sache mit der russischen Regierung gegen die polnische Insurrection gemacht. Die kleine Partei, die sich seit Jahren hier bei uns allem Fortschritt entschieden widersetzt hat, hat gemeinschaftliche Sache gemacht mit einer ähnlichen reactionären Partei Rußlands, die sich auch dort den edlen und wohlgemeinten Bestrebungen des Kaisers Alexander auf alle Weise widersetzt und ihnen auf alle Weise entgegenwirkt. (Bravo!)

Diese kleine Partei will wieder ein Stück heilige Alliance machen, sie will im Namen des Christenthums ihre eigenen particularistischen Interessen fördern, (sehr wahr!) und an die Stelle der Gesammt-Interessen setzen.

Meine Herren, es ist in dem Berichte gesagt, wir dürften keine Sympathien-Politik treiben. Ich für meine Person räume gern ein, daß ich für jedes geknechtete Individuum, um so mehr für ein ganzes geknechtetes Volk die allerlebhaftesten Sympathien empfinde. Aber gern will ich diese Sympathien unterdrücken und nur die Interessen-Politik einen Augenblick beleuchten.

Meine Herren, schon auf dem Congresse zu Wien erhoben sich von vielen Seiten, nicht blos von Seiten Englands, ja im Anfange selbst von Seiten Oesterreichs sehr große Bedenken gegen die maßlosen Erweiterungen des russischen Gebietes. Es wurde gesagt, daß, indem man Rußland den größten Theil Polens überwiese, es bis auf 100 Stunden von Wien und von Berlin rücke. Ja, meine Herren, was würde man erst gesagt haben, wenn damals schon Eisenbahnen existirt hätten, wenn diese 100 Stunden, ich glaube in 30 verwandelt wären.

Man sagt, Rußland sei in diesem Augenblicke nicht zu fürchten. Es ist wahr der Krimkrieg hat den russischen Nimbus zerstört. Es ist ferner wahr, daß die Zustände im Innern Rußlands in diesem Augenblick von der Art sind, daß wir Rußland wohl auf längere Zeit nicht zu fürchten haben. Allein, meine Herren, als Politiker und Staatsmann muß man weiter sehen, denn was sind 30, 49, 50 Jahre in der Weltgeschichte? und nun nehmen Sie an, daß diese Reformen, namentlich die Emancipation der Bauern, daß diese Reformen, die jetzt angebahnt werden, erst wirklich ins Leben getreten sind, daß Rußland erst, wie Preußen, wo ja auch noch vor 50—60 Jahren die Leibeigenschaft bestand, einen freien und selbständigen Stand von Grundbesitzern bekommt; nehmen Sie an, daß alle übrigen Reformen gleichzeitig ins Leben getreten sind, was wird dann Rußland für eine Macht sein? Dann wird Rußland kein Coloß mit thönernen Füßen mehr sein; und wenn dann eine gnädige Vorsehung nicht ins Mittel tritt, Rußland nicht in seine Elemente auflöst, es in sich selbst uneinig macht, dann ist eine Universalherrschaft angebahnt.

Meine Herren, kann es denn in unserm Interesse sein, jetzt schon Schritte zu thun, die diese Zerstückelung wenn nicht unmöglich machen, so doch erschweren. Ich dächte, es wäre schlechte Politik und überlasse es Ihrem eigenen Urtheile, wenn wir jetzt dahin wirken wollten, Rußland zu helfen, die polnische Nationalität zu vernichten, Polen immer mehr in Rußland zu incorporiren. (Sehr richtig!)

Meine Herren, es ist von dem Herrn Berichterstatter gesagt worden, daß die Politik der Regierung uns in die größten und gefährlichsten Conflicte mit allen übrigen Mächten, uns an den Rand des Abgrundes bringen kann. Die Welt weiß zwar sehr wohl, daß diese Politik nicht die des preußischen Volkes ist; demungeachtet aber ist das eine Ausrede, die wir dem Auslande gegenüber nicht geltend machen können.

Das Ausland macht das ganze Volk, macht den ganzen Staat verantwortlich

Digitized by Google

für die von seiner Regierung beobachtete Handlungsweise, und darum, so wichtig es ist, daß wir jetzt hier debattiren und Beschlüsse fassen, so ist es doch auf der andern Seite beinahe noch wichtiger und jedenfalls durchaus nothwendig, daß auch das Volk sich rühre und daß das Volk nicht eher ruhe, bis es auf alle Weise es dahin gebracht hat, die Regierung auf andere Bahnen zu treiben. Ich freue mich, zu sehen, daß der Handelsstand den Anfang damit bereits gemacht, indem bereits von den Aeltesten der Kaufmannschaft Berlins und Stettins dringende Vorstellungen und Proteste an den Herrn Handelsminister ergangen sind, — dringende Proteste, worin dargelegt wird, mit welch großen und unersetzlichen Nachtheilen für Handel und Industrie diese Politik verbunden sei. Meine Herren, als im Jahre — ich glaube, es war ja wohl 1846 — Krakau an Oesterreich abgetreten wurde, da wurde die Sache hier mit der größten Heimlichkeit betrieben. Das Handelsamt, dessen Chef ich damals war, bekam erst Mittheilung davon, nachdem es ein fait accompli war, und das Handelsamt konnte damals nichts mehr thun, als einen Commissarius nach Breslau und nach Krakau schicken, nicht um den Schaden ungeschehen zu machen, sondern blos um den Betrag und die Höhe des Schadens feststellen zu lassen.

Meine Herren, es thut mir leid, daß ich den Herrn Handelsminister nicht auf seinem Platze sehe; zu seiner Ehre will ich annehmen, daß es auch ihm ebenso ergangen ist, wie im Jahre 1846 dem Handelsamte, daß auch er nicht zeitig genug von dieser Politik, von dieser Convention, Kenntniß bekommen hat. Denn ich muß annehmen, daß er sonst auf das Entschiedenste dagegen protestirt haben würde im Namen des Handelsstandes, dessen Interessen er zu wahren und zu vertreten hat. Ich will auch hoffen, daß es ihm jetzt noch gelingen möge, nicht blos einen Commissarius hinzuschicken, um den Schaden seinem Betrage nach zu constatiren, sondern um ihn möglichst abzuwenden, und das ganze Gewicht der materiellen Interessen mit in die Wagschale zu legen, um eine so unheilvolle Politik zu beseitigen.

Noch mit ein paar Worten will ich der Cartelconvention von 1857 gedenken, weil gerade die Regierung sich jetzt darauf zu beziehen scheint — denn wir müssen ja, da die Regierung sich in tiefes Schweigen hüllt, uns über alles nur in Vermuthungen bewegen — da wie gesagt, gerade diese Cartelconvention es ist, die jetzt wieder dem Auslande Veranlassung zu einer gerechten Entrüstung giebt. Ich kann das kaum eine Auslieferung nennen, wenn es wahr ist, daß mehrere Polen, die von Paris durch Preußen gereist sind, um sich in ihr Vaterland zu begeben, daß die an Rußland ausgeliefert worden. Nein, das ist eine *Ueberlieferung* denn es ist ja kaum denkbar, daß unter den obwaltenden Umständen schon eine Requisition von der russischen Regierung da sein konnte. Das ist, ich betone es, eine *Ueberlieferung*, keine *Auslieferung*. Ich habe von dieser Tribüne aus bereits vor zwei Jahren, im Jahre 1860, bei Gelegenheit einer Petition, die Cartelconvention vom Jahre 1857, ihre Bedeutung und Tragweite beleuchtet, und da die Sache damals noch gar keine oder doch nur eine sehr geringe praktische Bedeutung hatte, so darf man wohl annehmen, daß ich mich damals vollständig objectiv verhalten habe, und daß das, was ich damals gesagt habe, heute um so mehr ins Gewicht fallen muß. Ich habe damals behauptet und, wie ich glaube, bewiesen, daß diese Cartelconvention nicht blos gegen alle völkerrechtliche Praxis angeht, sondern daß sie auch nicht *rechtsbeständig* ist, weil, wie der Herr Berichterstatter Ihnen schon angeführt hat, darin einzelnen Staatsangehörigen Pflichten auferlegt werden, die es nach §. 48 der Verfassung nöthig gemacht haben würden, diese Cartelconvention dem Land-

Digitized by Google

tage zur Genehmigung vorzulegen. Ich glaube also, wir müssen entschieden dagegen protestiren, daß auf Grund dieser Cartelconvention verfahren werden darf. Es ist himmelschreiend und, wie gesagt, nicht blos gegen die völkerrechtliche Praxis im Allgemeinen, sondern auch gegen die bei jeder anderen Gelegenheit von Preußen beobachtete Praxis, daß man sich in dieser Cartelconvention verbindlich gemacht hat, nicht blos die Deserteure, nicht blos die activen Militärs, nicht blos alle Militärpflichtigen, nicht blos, wie es die Convention von 1814 that, die Capitalverbrecher, sondern auch, wie die Convention von 1857 hinzufügt, Verbrecher aller Art, ja selbst solche, welche ein bloßes Vergehen begangen haben, auszuliefern. In der ganzen Welt wird es verweigert, politische Verbrecher auszuliefern, weil man annimmt, daß bei politischen Verbrechen das Unrecht der Unterliegenden keineswegs immer unzweifelhaft sei und auch nicht immer auf eine leidenschaftslose Gerechtigkeit gezählt werden könne. Meine Herren, wenn wir politische Verbrecher ausliefern, so überliefern wir sie nicht der Gerechtigkeit des fremden Staates, sondern wir überliefern sie der Rache desselben. (Ruf: Sehr richtig! Hört! Hört!)

Diese Frage ist aber zu wichtig, um hier heute ihre Erledigung zu finden. (Abgeordneter Freiher v. Vincke [Stargard]: Gott sei Dank.)

Herr v. Vincke sagt: Gott sei Dank! Ich will ihm selbst überlassen, das weiter auszuführen.

Ich glaube, daß diese Frage zum Gegenstande einer gründlichen Prüfung in einer Commission gemacht werden muß und behalte mir für später meine desfallsigen Anträge vor.

Wir aber dürfen nach allen hier geschilderten Uebelständen nicht eher ruhen, als bis wir die Regierung auf andere Bahnen gebracht haben, bis wir es dahin gebracht haben, daß eine Politik verlassen wird, die nicht blos dem Interesse des Landes, dem Interesse des Volkes widerspricht, sondern auch die Interessen, ja die Existenz der Dynastie aufs Aeußerste gefährdet. Und wenn irgend etwas uns einen Anspruch auf den Titel „Sr. Majestät getreue Opposition“ erwerben kann, so glaube ich, sind es unsere heutigen Debatten, ist es unser heutiger Beschluß.

Präsident: Der Herr Abgeordnete Dr. Roepell (Oels) hat das Wort.

Abgeordneter Dr. Roepell (Oels): Meine Herren! Ein Redner, der hier vor mir auf der Tribüne stand, hat seine Verwunderung darüber ausgesprochen, daß dieses Haus eine Resolution, wie sie uns vorliegt, aufnehmen wolle. Ich kann nur sagen, ich wundere mich über seine Verwunderung. Denn wenn irgend jemals das Haus Veranlassung gehabt hat, seine Stimme zu erheben, so ist dies, meine Herren, meiner innigsten Ueberzeugung nach in dieser Sache der Fall. Wie ist denn die Lage der Dinge an unseren Grenzen? Im Nachbarlande bricht ein Aufstand los; die Regierung hält es für nothwendig, große Truppenmassen an der Grenze zu concentriren. Sie ruft zu diesem Zwecke die Reserven ein, d. h. sie ruft Tausende unserer Jugend von ihrem bürgerlichen Berufe, aus ihrer bürgerlichen Arbeit ab zur Vertheidigung des Landes; sie schließt eine Convention, welche die höchsten Interessen eines großen Theiles unserer Mitbürger, die Interessen der Sicherheit der Person und des Eigenthums berührt. Das Gerücht von dieser Convention dringt in die öffentlichen Blätter, die Grenzdistricte und Grenzprovinzen gerathen in Unruhe, und als in diesem Hause die Landesvertretung nun die Frage an die Staatsregierung stellt: „Wie ist es mit dieser Convention? Ist sie abgeschlossen? Hat sie den Inhalt, den die öffentlichen Blätter angeben?“ so erfolgt keine Antwort, die Staats-

Digitized by Google

regierung lehnt es ab, der eigenen Landesvertretung jede Auskunft über diese Convention zu geben.

Meine Herren! Wenn es nach alledem, was wir bereits erlebt und erfahren haben, noch eines Beweises dafür bedurft hätte, welche Stellung die gegenwärtige Staatsregierung der gegenwärtigen Landesvertretung gegenüber einnimmt und festhalten will, so hat dieses letzte Verfahren des Staatsministeriums uns diesen Beweis sattsam geliefert. (Sehr richtig!)

Zwei Tage oder wenige Tage, nachdem der Herr Minister hier auf Befragen der Landesvertretung geantwortet hatte, er könne sich darauf nicht einlassen, er lehne die Beantwortung der Interpellation ab, müssen wir durch die Verhandlungen des englischen Parlaments erfahren — wir, die preußische Landesvertretung durch das englische Parlament, daß der russisch-preußische Botschafter dem englischen Ministerium den Abschluß einer Convention angezeigt habe, den Abschluß einer Convention mit wesentlich demselben Inhalt, wie wir ihn vorher kannten, nämlich einer Convention, die den Truppen einer fremden Macht das Recht giebt, große Strecken unseres Landes zum Kriegsschauplatz zu machen — einer Convention, die Personen und Eigenthum unserer Mitbürger dem Belieben russischer Truppenführer preisgiebt. (Hört! Hört!)

Meine Herren! Mit welchen Gründen rechtfertigt denn die Regierung diese Convention? Sie selber hat speciell die Gründe, die sie zu dem Abschlusse der Convention geführt allerdings uns nicht angegeben; aber aus den Worten, die der Herr Ministerpräsident ausgesprochen hat in der Sitzung vom 16. Februar bei Gelegenheit der Beantwortung der Interpellation vom Herrn Abgeordneten Kantak und Genossen, da geht doch sehr deutlich der allgemeine Gesichtspunkt hervor, aus dem die Convention geschlossen worden ist es geht ferner sehr deutlich hervor, daß dieser Gesichtspunkt noch weitere Dinge im Auge hat, als nur die Sicherstellung der eigenen Grenze. Was sagte uns der Herr Ministerpräsident in dieser Sitzung vom 16. Februar? Er sagte, daß zweifellos eine Erwägung der obwaltenden Verhältnisse dahin führe, daß die Interessen und die Sicherheit des preußischen Staates in hohem Grade gefährdet werden, wenn der Aufstand seinen Zweck verwirkliche, und daß die Pflicht der Regierung danach feststände, jener Bewegung entgegenzutreten, ohne abzuwarten, daß sie vielleicht erstarke, und dann mit größeren Opfern ihr Andrängen abgewehrt werden müsse.

Nun, meine Herren, der Herr Abgeordnete für Stolp hat vorher gesagt, er sehe gar keinen Grund vorliegen zu der Befürchtung, daß die Regierung etwas mehr beabsichtige, als nur unsere Grenze zu sichern. Meine Herren, ich sehe in diesen Worten das Gegentheil. Wenn es heißt, die Pflicht der Regierung steht fest jener Bewegung entgegenzutreten, ohne abzuwarten, daß sie vielleicht erstarke, so heißt das doch nichts Anderes, als: der Bewegung in Polen entgegenzutreten und sie nöthigenfalls niederzuschlagen, ehe sie erstarkt, bevor die russischen Kräfte sie niedergeschlagen haben.

Nun, meine Herren, ich will Sie nicht aufhalten mit einer Schilderung der Gefahren, welche jede Intervention in die inneren bürgerlichen Händel fremder Völker und fremder Staaten nach sich führt. Die Geschichte zeigt deutlich, daß alle solche Interventionen weder den Zweck erreicht haben, diese bürgerlichen Händel zu heilen, noch den Zweck erreicht haben, den die intervenirenden Staaten für ihr eigenes Interesse im Auge hatten.

Digitized by Google

Eine Intervention ist nur heilsam und wird nur dann gerechtfertigt werden können, wenn sie hervorgeht einerseits aus einer bestehenden Verpflichtung und andererseits aus der Erkenntniß eines ganz klaren und unzweideutigen Rechtes und Interesses des interweuirenden Staats.

Meine Herren, von einer Verpflichtung Preußens, den polnischen Aufstand mit eigenen Kräften niederzuwerfen kann nicht die Rede sein. Die Wiener Verträge haben keine gegenseitige Garantie des damals geordneten Besitzstandes für die einzelnen Mächte auf ewige Zeiten ausgesprochen, und außerdem liegt denn der Zustand in Polen vor, den die Wiener Verträge ins Leben gerufen haben?

Meine Herren, Sie wissen alle, das ist nicht der Fall. Was 1815 für das sogenannte Congreß-Polen geschaffen wurde in Folge der Wiener Verträge, meine Herren, das ist längst begraben. Von einer Personal-Union ist nicht mehr die Rede, eine nationale Armee, eine nationale Justiz-Einrichtung, eine nationale Administration, eine nationale Landesvertretung, das Alles existirt in Polen nicht mehr, und an die Stelle ist eine russische Herrschaft getreten, die so gewaltet hat, daß sie mit dem vollsten Fug und Recht den Namen des Despotismus verdient. Meine Herren, das hat 30 Jahre lang gedauert, fast von dem Niederwerfen der Revolution von 1830 bis in unsere Tage hinein.

Meine Herren, ich will nicht diese Despotie schildern, obwohl eine Schilderung derselben zum Verständniß der gegenwärtigen Bewegung in Polen wohl die nöthigen Lichter bringen könnte. Nur eins will ich erwähnen zur Characteristik dieses Regiments, wie es Rußland in Polen diese 30 Jahre geführt hat, nämlich die fast gänzliche Unterdrückung aller höheren Bildungs-Anstalten in Polen, nicht blos etwa der Universitäten, sondern auch der Gymnasien und der höheren Realschulen. (Hört! Hört! Links.)

Meine Herren, das ist ein schweres Wort, dies Wort, die Bildung einer Nation zu unterbinden, und die Bildung mehr als einer Generation zu opfern dem Gesichtspunkt der herrschenden Politik.

Wollen Sie einen Zeugen hören über die Wirkung dieser Maßregeln der Russischen Regierung, so kann ich Ihnen das Zeugniß eines Mannes anführen, der wahrscheinlich am heutigen Tage nicht dargestellt werden kann als ein Feind der Russen, sondern als ein Freund der Russen. Das ist derselbe Mann, der heute an der Spitze der Russischen Regierung in Warschau neben dem Großfürsten steht, nämlich der Markgraf Wielopolski. In einer Schrift, die er 1846 schon geschrieben hat, schildert er diese Folgen und ich will die lange Schilderung nur in die paar Worte zusammenfassen, die er selbst gebraucht, indem er nämlich sagt. „In diesem Gegensatz zwischen Polen und Russen, in dieser Nothwehr gegen die Despotie der Russen, verderben sich die besten Züge des Polnischen Charakters, gehen unsere Fähigkeiten zu Grunde, unsere Vernunft verkehrt sich in ihr Gegentheil, unsere Empfindungen verschlechtern sich, und der Ekel, der unser täglich Brod begleitet, verdirbt in uns die Würde der menschlichen Natur.“ Das hat gedauert, meine Herren, bis zur Thronbesteigung Alexanders. Sie wissen Alle, Alexander schlug einen anderen Weg der Politik ein, er versuchte durch Reformen die Polen zu gewinnen, er stellte Wielopolski, der diese Politik schon vor Jahren angerathen hatte, an die Spitze der Regierung, und Wielopolski begann mit den Reformen. Was ist das Resultat gewesen, meine Herren? Ist der Zweck erreicht durch diese Reformen, eine Versöhnung der Nation mit Rußland zu schaffen? Mit Nichten, meine Herren; die Ereignisse der

Digitized by Google

zwei letzten Jahre zeigen das auf das Deutlichſte, daß der Zweck nicht erreicht iſt. Woher iſt er denn nicht erreicht? Woher iſt es denn gekommen, daß die ganze Politik Wielopolskis auch nicht einen Stand, nicht eine Partei in Polen für ſich hat, daß der Adel, daß die Kaufmannſchaft, daß das Volk im Ganzen und Großen die Hände nicht geboten hat zu dieſer Reform-Politik? Der Grund, meine Herren, liegt offen vor aller Welt, die ſich darum bemühen will, ihn kennen zu lernen; der Grund iſt der, meine Herren, daß man in Polen ganz allgemein weiß, der letzte Gedanke dieſer Reform-Politik Wielopolski's iſt nicht nur die Ausſöhnung der Polen mit den Ruſſen, ſondern der iſt die innige Verſchmelzung der Polen mit den Ruſſen. Ob dieſe Politik geſund iſt für Polen oder nicht, meine Herren, das haben wir freilich nicht zu entſcheiden, aber für uns iſt es denn doch immer von dem größten Intereſſe, zu wiſſen, daß dieſe Politik iſolirt ſteht und daß die Nation von ihr nichts wiſſen will. Ein Redner, der vorhin auf dieſer Tribüne ſtand: der hat mit dem Geſpenſt des Panſlavismus gedroht und hat gemeint, wenn ein unabhängiges Polen zu Stande käme, dann könnten ſich die Träume der Panſlaviſten wieder erneuern und Leben gewinnen. Meine Herren, dieſe Aeußerung zeugt von einer völligen Unkenntniſſe der Verhältniſſe des Panſlavismus. Unter allen ſlaviſchen Stämmen ſind bisher die Polen diejenigen geweſen, die am allermeiſten den panſlaviſtiſchen Ideen entgegengetreten ſind, und wenn man den Vorwurf der panſlaviſtiſchen Ideen Jemandem machen will, ſo kann man ihn eben Wielopolski machen oder der Wielopolski'ſchen Politik. Denn in derſelben Schrift, auf die ich vorhin verwieſen habe, ſpricht Wielopolski ſelbſt aus, für Rußland werde eine ſolche Ausſöhnung der Polen mit ſeinem Regiment die größten Vortheile haben. Worin beſtehen dieſe Vortheile ſeiner Meinung nach? „Darin," ſagt er, „daß durch uns und unſere Brüder in den benachbarten Staaten der Ruſſiſche Einfluß geſtärkt und vermehrt werden wird, und Rußland dann mit größerem Gewicht auf die ſlaviſchen Stämme im Süden und im Weſten von Rußland einwirken wird." Meine Herren, wenn das nun die Lage der Dinge in Polen iſt, ſollen wir nun dieſe ruſſenfreundlichen Pläne Wielopolski's unterſtützen durch eine Intervention? Sollen wir unſer Gut und unſer Blut hergeben, um die Ruſſiſche Herrſchaft in Polen nur noch feſter zu machen, die Macht Rußlands zu verdoppeln, mit der Rußland auf uns drückt?

Meine Herren! Das wäre meines Erachtens eine ſehr falſche Politik. Der Herr Miniſter-Präſident ſagte: Die Sicherheit des Preußiſchen Staates würde gefährdet, wenn die Polniſchen Inſurgenten ihre Zwecke erreichten. Nun, meine Herren, die Sicherheit des Preußiſchen Staats wird ganz gewiß gefährdet, wenn die Ruſſiſche Macht in Polen noch ſtärker wird, als ſie ſchon geweſen iſt. (Sehr wahr!)

Es iſt bereits angeführt worden, und ich will es kurz wiederholen, daß auf dem Wiener Congreß dies Vorrücken der Ruſſiſchen Macht über die Weichſel nicht nur betrachtet wurde von Engliſchen und Franzöſiſchen Staatsmännern, ſondern auch von Preußiſchen Staatsmännern und Preußiſchen Generalen als eine große Gefahr in ſich ſchließend für die Sicherheit und Unabhängigkeit Preußens und Oeſtereichs, ja ganz Europas. Meine Herren! Damals wurden dieſe Bedenken zurückgedrängt, weil man der zwingenden Nothwendigkeit der eben beſtehenden Verhältniſſe ſich unterwerfen, und dieſes Vordringen der ruſſiſchen Macht dieſſeits der Weichſel, was man in Wien damals in ſeinen Wirkungen mit einem Vordringen der Franzöſiſchen Macht über den Rhein verglich, geſtatten mußte. Aber ſelbſt Hand anlegen zu ſollen, dieſe Poſition, welche Rußland damals gewonnen, noch ſtärker zu machen, meine

Digitized by Google

Herren, das scheint mir nicht im Interesse der Preußischen Politik zu sein. (Sehr wahr!) Nun sagt der Herr Minister-Präsident weiter, indem er seine Politik am 16. Februar begründete: „Die Bewegung ging auf die Herstellung eines unabhängigen Polenreiches, in einer dem früheren Bestande desselben sich nach Möglichkeit annähernden Ausdehnung, und selbst, wenn dieser Zweck die Begehrlichkeit nach Preußischen Landestheilen nicht nothwendig in sich einschlösse, so wäre doch die Königliche Regierung u. s. w. verpflichtet." Meine Herren! Darin wird Jedermann nur einstimmen, und das hat der Herr Referent mit beredtem Munde bereits ausgesprochen, daß die erste Pflicht der Regierung es sei, die Integrität unseres Staatsgebiets vollständig zu wahren, und ich glaube auch nicht, daß die Regierung das Land vergebens aufrufen würde, in solchem Bestreben mit allem Gut und Blut ihr beizustehen, wenn solcher Aufruf nothwendig würde. Wir wollen und wir werden Stücke Polenlandes, das ist uns der große Gang der Historie in einem Jahrhunderte langen Kampf beider Nationen mit einander — denn unser Besitz ist das Resultat eines solchen Kampfes — wir werden, was wir in einem solchen Jahrhunderte langen Kampfe gewonnen haben, nicht wieder herausgeben.

Aber, meine Herren, liegen denn irgend Beweise vor, daß ein Aufstand, ein Hineinziehen unserer Provinzen in den Aufstand geplant werde. Es ist möglich, einzelne, ich möchte sagen Tollköpfe, können einen solchen Plan verfolgen, aber im Allgemeinen existirt er nicht. Es wäre doch zu thöricht, wenn die Polen Preußen und Oesterreich sich zugleich auf den Hals ziehen wollten. Nun treten allerdings solche Gelüste hervor, wenn man im Gespräche die Möglichkeiten eines künftigen unabhängigen Polens erwägt; aber meine Herren, es ist ein großer Unterschied, im Reiche der Ideen Gedanken zu äußern und praktische Politik zu machen. Ob ein unabhängiges Polen wirklich gefährlicher für Preußen ist, als ein starkes Rußland, nun, meine Herren, das ist im Augenblick sehr schwer zu entscheiden, das hängt, wie der Herr Referent gesagt hat, von den Constellationen ab, unter welchen ein solches unabhängiges Polen ins Leben eintritt, hängt ab von einer Masse concreter Verhältnisse, die im Voraus jetzt kein menschlicher Blick erkennen kann.

Wenn es nun aber so steht, meine Herren, wenn heute diese Frage gar nicht vorliegt, wenn sie heute nicht reif ist zur Entscheidung, so gewinnen dann die höheren und die sittlichen Gesichtspunkte der Politik noch ein doppeltes Gewicht und verlangen doppelte Berücksichtigung. Meine Herren, es ist schon angeführt, wir feiern in diesem Jahre das Andenken an die Tage der Erhebung unseres Preußischen und unseres Deutschen Vaterlandes gegen die Fremdherrschaft; wir feiern damit die neue feste Begründung einer nationalen Selbständigkeit, und das ist ja eben, meine Herren, eins der weitgreifendsten, eines der fruchtreichsten Resultate der ganzen Napoleonischen Epoche gewesen, daß sie das nationale Bewußtsein, welches in dem Cosmopolitismus des 18. Jahrhunderts und unter der Herrschaft der absoluten Monarchie zurückgetreten war, wach gerufen hat, daß sie das nationale Bewußtsein als einen neuen und nicht unmächtigen, sondern sehr bedeutenden Hebel und Factor in die Entwickelung der Geschichte unseres Jahrhunderts von Neuem eingeführt hat.

Meine Herren, das nationale Bewußtsein und seine Kraft ist der Hebel gewesen aller politischen Erscheinungen seit dem Unabhängigkeitskriege, seit der Napoleonischen Zeit, es ist der Hebel und der Kern gewesen aller dieser Erscheinungen, von dem Aufstande der Spanier im Jahre 1808 ab, bis herunter auf die letzte Erhebung Italiens. Und, meine Herren, wer will denn nun bestreiten, daß auch die

Digitized by Google

Polen eine Nation sind, wer will das bestreiten im Angesichte einer Jahrhunderte alten Geschichte, einer Geschichte, die allerdings ihre Schlacken hat, wie jede andere, die aber auch aufzuweisen hat die ruhmvollsten Tage und die ruhmvollsten Thaten. Meine Herren, eine Nation wie diese stirbt nicht; seit länger als 60 Jahre, bald sind es 100 Jahre, ist die politische Existenz dieser Nation vernichtet. aber sie ist nicht gestorben und wer von uns, die Hand aufs Herz, will es ihr verdenken, daß sie auch eben nicht sterben will, daß, so lange noch ein Atom von eigenem nationalen Bewußtsein in ihr ist, sie sich regt und danach strebt, ihre Unabhängigkeit zu gewinnen, diese nationale Selbstständigkeit, die, das erkennen wir ja Alle a, der einzige Boden ist, auf dem eine wirkliche gesunde nationale Entwickelung stattfinden kann. (Bravo! in der Polnischen Fraction.)

Nun sagt man, meine Herren, die Polen wären nicht fähig, einen Staat zu erhalten.

Seien wir nicht voreilig mit einem solchen Urtheil. Die Erfahrung der letzten Jahre hat uns gezeigt, wie trügerisch ein solches Urtheil ist. selbst wenn es sich auf die Erfahrung einer langen geschichtlichen Vergangenheit gründet.

Meine Herren, es ist noch gar nicht lange her, daß alle politischen Leute in Europa es nach den Erfahrungen der Italienischen Geschichte für unmöglich hielten, daß die Italiener zu einem Reiche sich zusammenschaaren würden. Nun, meine Herren, der Anfang ist gemacht; freilich ist noch nicht Alles gelungen, aber was sie bisher geleistet haben, giebt doch Aussicht, daß ihnen noch mehr in der Zukunft in dieser Richtung gelingen wird. Denken wir an uns selbst, wie lange, wie schwer rangen wir, um aus der Zerrissenheit, in die uns unsere Vergangenheit gebracht hat, zu der politischen und nationalen Einheit und Stärke wieder zu gelangen. Urtheilen wir nicht voreilig ab über die Fähigkeit oder Nichtfähigkeit einer großen Nation, sich zu regeneriren und zu einem neuen Dasein sich zu erheben.

Also, meine Herren, das Interesse Preußens vereinigt sich mit allen humanen, politischen und menschlichen Gesichtspunkten, um gegenüber diesem Aufstande für Preußen die Politik der strengsten Neutralität zu empfehlen. Sie entspricht dem Recht, sie entspricht den Interessen. Diesen Grundgedanken, daß Neutralität die beste Politik für Preußen sei, finde ich ausgedrückt von allen den Vorschlägen zur Verbesserung der Resolution am Besten in dem Bonin'schen Amendement. Es vermeidet die Mißdeutungen, welchen die von der Commission empfohlene Resolution ausgesetzt ist. Es spricht aus, was in erster Reihe nothwendig ist, auszusprechen: die Regierung möge sich beschränken auf den Schutz der Grenzen, und nichts thun, was über diesen nächsten Zweck hinausgeht. — Meine Herren, mögen Sie nun dieses Amendement annehmen, oder mögen Sie die ursprüngliche Resolution annehmen, ich kann nicht glauben, daß es völlig wirkungslos sein wird, wenn dieses Haus mit einer großen Mehrheit den Grundsatz ausspricht: Preußen hat gegenüber der nationalen Bewegung in Polen neutral zu bleiben. Meine Herren, ich sagte vorhin, Interesse und Recht forderten eine solche Politik, und ich schließe mit der Erinnerung an den alten und durch alle geschichtliche Erfahrung bestätigten Satz: Discite justitiam moniti et non temnere divos!

Präsident: Der Herr Minister des Innern hat das Wort.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: In augenblicklicher Abwesenheit des Herrn Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten, der wohl noch Veranlassung nehmen wird, sich weitläufiger in der Frage auszusprechen, möchte ich dem Herrn

Digitized by Google

Vorredner nur das bemerkbar machen, daß es nicht so unerhört ist, wenn eine Convention, welche der eigenen Landesvertretung noch nicht vorgelegt worden, itgend einem anderen Gouvernement vertraulich mitgetheilt wird.

Wenn eine Convention der Landesvertretung nicht vorgelegt wird, selbst auf deren Wunsch nicht, so muß dies darin seine Veranlassung haben, daß dieselbe entweder noch nicht ganz fertig ist, oder daß sie nach der Anschauung der Regierung keine Bestimmungen enthält, die es nicht als nöthig erscheinen lassen, sie überhaupt der Landesvertretung zur Genehmigung vorzulegen. (Unruhe und Widerspruch in der Versammlung.)

Das schließt aber nicht aus, daß aus allgemeinen politischen Rücksichten vertraulich eine solche Convention oder die Existenz derselben fremden Cabinetten angezeigt werde — Indem ich diesen Grundsatz ausspreche, will ich nicht behaupten, daß dies geschehen sei.

Es wird Sache des Herrn Ministers des Auswärtigen sein, zu beurtheilen, ob er auf diesen Punkt zurückkommen will.

Ein Wort aber über ein Factum, das von dem Herrn Vorredner angeführt worden ist und mehreren Herren Vorrednern zu allgemeinen Bemerkungen Veranlassung gegeben hat. Die Cartelconvention mit Rußland ist ein unbestritten mit Gesetzeskraft bestehender Vertrag. Ich kann in der That nicht einsehen, warum eine zum gegenseitigen Schutz verabredete Convention in dem Augenblick nicht angewendet werden soll, wo die Gefahr, auf welche dieselbe überhaupt hinzielt, eine drohende zu werden anfängt. Warum soll das Gouvernement in gewöhnlichen ruhigen Zeiten von dem Rechte der Auslieferung oder aber von dem Rechte die Auslieferung zu verlangen, Gebrauch machen, und damit plötzlich aufhören in dem Moment, wo in dem Nachbarlande eine Revolution ausgebrochen ist, wo Elemente auf das eigene Land hinüberflüchten und einzuschleichen versuchen, die dadurch die Gefahr herbeiführen, die Revolution in das eigene Land hinüberzuführen. Ich kann einer solchen Auffassung nicht beitreten und ich glaube sicher, daß der Regierung ein Vorwurf gemacht werden würde, wenn sie in den jetzigen Zeiten nicht das, was Gesetz und Vertrag an die Hand geben, im vollsten Maße in Anwendung brächte.

Das Factum, welches angeführt worden ist, als ob schon jetzt Polen an Rußland ausgeliefert seien, muß ich insofern berichtigen, als von einer Auslieferung in diesem Falle gar nicht die Rede ist. Ein specieller Bericht, der mir auf Grund von Zeitungs-Artikeln zugegangen ist, zeigt an, daß vier legitimationslose Polen, aus dem Westen kommend, auf dem Bahnhofe in Thorn arretirt worden sind, und sich mit keinen anderen Legitimations-Papieren versehen vorgefunden haben, als mit alten, nicht mehr gültigen, abgelaufenen Russischen Pässen. Auf dieses Factum hin, und da kein Grund war, sie länger dort zu verhaften als die Feststellung der Legitimation erforderte, sind sie nach den Bestimmungen der Cartelconvention nach der Russischen Grenze ausgewiesen worden, wozu die Cartelconvention . . . . (große Unruhe und Heiterkeit links.) Ja, verzeihen Sie meine Herren, es steht in derselben im §. 23, wenn Sie nachlesen wollen, einfach, daß jedes legitimationslose Individuum, welches dem Russischen Staatsverbande angehört, unsererseits ausgewiesen werden kann, und russischerseits übernommen werden muß. Gestützt auf diesen Paragraph sind die vier Individuen, wie es früher jederzeit geschehen, jetzt ausgewiesen worden. Das ist das Factum.

Vicepräsident Behrend: Der Abgeordnete Becker (Dortmund) hat das Wort.

Digitized by Google

Abgeordneter Becker (Dortmund): Meine Herren! Von einer Seite ist diesem Hause gewissermaßen die Legitimation bestritten worden, überhaupt die sogenannten auswärtigen Angelegenheiten zum Gegenstande seiner Berathung und Beschlußnahme zu machen; und es ist dann heute von dieser Seite (rechts) meinen politischen Freunden als unverträglich mit ihrem Programm vorgerückt worden, daß sie Maßregeln, welche die Staatsregierung angeblich ausschließlich zum Schutze der Deutschen Interessen ergriffen habe, kritisiren wollen. Freilich, meine Herren, ist noch aus den Zeiten der sogenannten heiligen Alliance die Besprechung der Polnischen Angelegenheiten für Deutschland und namentlich für Preußen eine wenigstens scheinbar sehr heikle Sache geblieben. Wer sich früherer Verhandlungen dieses Hauses erinnert, wird vielleicht sogar zugeben müssen, daß diese Scheu oft eine fast übertriebene gewesen ist. Heutigen Tages sind aber die Dinge soweit gekommen, daß auch die zarteste Rücksichtnahme, die Behauptung des möglichst specifisch Preußischen Standpunktes uns nicht mehr von der Erörterung dieser Frage und dessen, was daran sich anknüpft befreien kann. Nicht wir sind an diese Frage herangetreten, sondern die Frage ist an uns herangetreten; sie ist über uns gekommen; nicht deshalb sind wir mit der Polnischen Frage befaßt, weil die Verhältnisse in Polen sich so entwickelt haben, daß sie unmittelbar tangiren, sondern wir sind mit der Polnischen Frage befaßt, weil unsere Staatsregierung sie über uns gebracht hat. (Hört! Hört!)

So wenig dieses Haus einen Einfluß haben kann auf die Vorgänge im Königreich Polen, so wenig unterliegt dieses Haus einem Einfluß Polnischer Verhältnisse. Das spreche ich aus, um zu protestiren gegen die Verdrehungen und Verdächtigungen einiger Preßorgane, welche sich den Schein geben, das Ministerium zu vertreten. Dieses Haus ist ein Preußisches Haus und es ist — die Herren zu meiner Linken werden als Ausnahmen von der Regel es bestätigen, es ist ein Deutsches Haus; und sollte ein Bruchtheil in diesem Hause sein, der da glaubte, Preußische und Deutsche Interessen sondern zu müssen, der bei Beurtheilung Preußischer Fragen einen anderen Standpunkt als den Deutschen gewinnen möchte, so ist er doch ein so verschwindend kleiner, daß er wahrlich nicht in Betracht kommt. Das aber eben kennzeichnet die außerordentliche Lage unseres Vaterlandes, das ist gewissermaßen die signatura temporis, daß wir in diese Debatte gekommen sind, nicht durch die natürliche Entwickelung auswärtiger Zustände, sondern dadurch, daß uns unsere Staatsregierung die Kenntniß von dem Allernothwendigsten vorenthält, daß sie uns vorenthält die Mittheilung über die Verpflichtung, die sie jüngst für den Staat und somit für jeden einzelnen Staatsbürger übernommen hat.

Wir können diese Frage nicht todtschweigen, wir konnten sie an keinen Andern überweisen, wir müssen eine Antwort geben. Seitdem Bevollmächtigte des Preußischen Staates der Russischen Regierung, dem Russischen Statthalter Gut und Blut Preußischer Unterthanen zur Verfolgung Russischer Zwecke angeboten haben, können wir uns von dieser Frage nicht mehr dispensiren. Die Vorfälle von Gleiwitz, die die Ueberschreitung der Grenze bei Gollub, die brutale Militärherrschaft, die sich in Westpreußen angekündigt hat, zwingen uns, nicht im Polnischen Interesse, sondern im Preußischen Interesse, darüber zu reden. (Sehr wahr!)

Ich will nicht von den Bekanntmachungen der Provinzialbehörden in der Provinz Posen sprechen, ich will auch jetzt nicht von der Proclamation des Generals v. Werder reden, vielleicht nehmen andere Redner nach mir diesen Gegenstand auf, aber das ist gewiß, daß der Preußische Staat nur für Russische Interessen in eine

Digitized by Google

schwere Mitleidenschaft gezogen ist, und ich glaube, daß es wohl in einem solchen Falle einem preußischen Abgeordnetenhause geziemt, sich zu erinnern, wo der Anfang jener unseligen Zustände in Polen liegt.

Meine Herren! In demselben Jahre, in welchem der Friede geschlossen wurde, der die Preußische Machtstellung gesichert hat, vor hundert Jahren, hat die Vergewaltigung Polens angefangen und zwar unmittelbar anknüpfend an den siebenjährigen Krieg. Seit der Zeit sind die Polen die Russen nie mehr los geworden, dieselben Russen, denen es nicht gelungen war, sich auf Kosten Preußens zu bereichern. Wäre es bei der ersten Theilung geblieben, so könnte Preußen für seine Betheiligung daran eine gewisse Moral geltend machen.

Was die Polen durch Waffengewalt, nach dem Rechte des Siegers, dem Deutschen Orden drei Jahrhunderte vorher genommen hatten, das hat Preußen als geschichtlicher Rechtsnachfolger des Ordens zurückgenommen. Was aber darüber hinaus geschehen ist, das ist namen- und beispiellos und wahrlich für uns heute noch eine höchst fatale Sache. Die erste Theilung hatte zum Vorwand, die innere Zerrüttung Polens, die zweite Theilung hatte zum Vorwand, daß die Polen dieser inneren Zerrüttung ein Ende machen wollten, und die dritte hatte zum Vorwand, daß sich die Polen die zweite Theilung nicht wollten gefallen lassen. Preußen ist bei diesen Theilungen schwer engagirt, auch heute gewissermaßen noch. Für uns, als Vertreter des Landes, ist dies Engagement wohl einer Beachtung werth. Der Polnische Freitsbrief für die Polnischen Städte vom April 1791 und die Verfassungs-Urkunde vom Mai 1791 sind Urkunden, die man nicht lesen kann, ohne sich zu gestehen, daß die Polnischen Staatsmänner jener Zeit ein großes Stück voraus waren, nicht blos vor denen, die 1791 in Preußen lebten, sondern auch vor denen, welche 1863 in Preußen leben. (Heiterkeit.)

Jener Freiheitsbrief der Städte war damals das Ideal einer Städte-Ordnung; er bahnte an die Aufhebung aller Stände-Unterschiede, er verbot die Erhebung von Einzugsgeld, er gewährleistete den Bürgern freie Wahl des Bürgermeisters, der Magistrats- und der städtischen Beamten, er garantirte den Städten die Selbstverwaltung der Polizei, dehnte den Grundsatz der Habeascorpus-Acte „neminem captivabimus nisi jure victum“ auch auf die Bürger aus. Das sind Dinge, die damals bei uns kaum geahnt wurden. Die Polnische Verfassung von 1791 ist älter als die Französische von demselben Jahre. Das ist namentlich zu bemerken, weil es eine so bequeme Redensart geworden ist, sie wäre abgeschrieben. Preußen hatte den Polen diese inneren Reformen verbürgt. Es hatte zum Schutz dieser Reformen und des beiderseitigen Gebietes ein Schutz- und Trutzbündniß mit Polen abgeschlossen und es hat, als Rußland dieser Reformen wegen Polen überfiel, seine Verpflichtungen nicht erfüllt. Die Declaration, mit der sich damals die Preußische Regierung aus der Sache herauszog, will ich hier nicht kritisiren. Ich will nur an das eine Wort erinnern, was Schlosser auf sie anwendet. Er nennt sie: „eine kecke Sophisterie der Diplomaten zu Gunsten militärisch-monarchischer Gewaltthaten.“ In derselben Frist, in welcher Preußen gegen Frankreich Krieg führte, weil die Franzosen die Monarchie abgeschafft hatten, theilte man Polen, weil es die Monarchie bei sich eingeführt hatte.

Es ist wohl auch an der Zeit, daran zu erinnern, daß an der zweiten Theilung Polens Preußische Minister nur deshalb Theil nehmen konnten, weil diese Minister bereit waren, das linke Rheinufer aufzugeben. (Sehr richtig!)

Digitized by Google

Welche Schäden uns aus alledem erwachsen sind, das ist ja bekannt. Nimmermehr wäre das linke Rheinufer in den Händen der Franzosen geblieben, wäre nicht die Polnische Theilung gewesen. Nimmermehr hätte der unglückliche Anfang des Krieges von 1806 zu dem gräßlichen Ausgange geführt, wenn nicht ein Drittel des damaligen Preußischen Staates Polnisches Land gewesen wäre, wenn nicht die Polnischen Soldaten massenhaft die Preußischen Fahnen verlassen, und hinter dem Rücken des Preußischen Heeres rebellirt hätten.

Nicht die Franzosen allein haben damals Preußen geschlagen, die Polen haben durch ihren Abfall ihnen wesentlich geholfen. — Erlauben Sie mir noch einen Rückblick.

Es hat bei der ersten Theilung Polens Preußen ein Sechstel so viel bekommen, als Rußland erhielt. In der zweiten Theilung bekam es ein Viertel so viel; es verlor aber 1807, und zwar unter Mitwirkung derselben Russen, von dieser ganzen Polnischen Beute wieder drei Viertel. Das heißt, es blieb dem Preußischen Staate von dem großen Gebiete, welches Polen 1772 gehabt hatte, von einem Gebiete, welches größer ist als das heutige Kaiserreich Frankreich sammt Belgien und Holland, von 13,500 Quadr.-M. blieben Preußen 1807 kaum 500 Quadr.-M. Der Wiener Congreß hat Preußen 625 oder 630 Quadr.-M. zurückgegeben; unter diesen sind jedoch 143 Quadr.-M, welche zum Netzdistricte gehören, und sind ferner 100 Quadr.-M., deren Bevölkerung entweder rein Deutsch oder doch überwiegend Deutsch ist, also ungefähr 250 Quadr.-M., die anzunehmen kein Deutscher Staatsmann ein großes Bedenken tragen konnte. Für den kleinen eigentlich Polnischen Rest nun, hat man — und anders läßt es sich nicht ausdrücken — im Jahre 1815 Preußen von Neuem zum Complicen und Mitverantwortlichen für alle vorangegangenen Theilungen gemacht. Die Nachtheile, welche für Preußen damit verbunden waren, diese Nachtheile, in die Preußen leider Gottes zu Wien gewilligt hat, sollten wenigstens einigermaßen aufgewogen werden durch Nebenverabredungen. In diesen Nebenverträgen ist zwar nur von Polen die Rede, aber sie gehen auch uns an, und es kann uns deshalb nicht gleichgültig sein, ob sie gehalten werden. Es kann uns nicht gleichgültig sein, wenn diese Verträge eine administrative Selbstständigkeit Polens, wenn sie bürgerliche Freiheit und Sicherheit in Polen voraussetzen, ob denn diese Selbstständigkeit, Freiheit und Sicherheit dort auch vorhanden ist. Preußen hat eine Pflicht, danach zu fragen, und es hat diese Pflicht nicht gegen die Polen als Ausländer, sondern gegen seine eignen Angehörigen, und zwar nicht blos gegen die Preußen Polnischer Nationalität, sondern gegen alle Preußen. Ich erinnere Sie an einen Satz der Convention vom 3. Mai 1815 Art. 29: „Was den Durchgangshandel betrifft, so soll selbiger in allen Theilen vom ehemaligen Polen vollkommen frei sein." Es ist für uns also nicht gleichgültig, ob der Art. 31 der Verfassung des Königreichs Polen vom 27. November 1815 noch gilt. Dieser Artikel — Sie erlauben mir, ihn zu verlesen — lautet: „Die Polnische Nation wird auf ewige Zeiten eine nationale Repräsentation haben, die in einem Landtage besteht, der aus dem Könige und zwei Kammern zusammengesetzt ist."

Das ist nicht bloß eine Verheißung für die Polen, sondern auch eine Verpflichtung gegen alle Mächte, die an den Verträgen von 1815 Theil genommen haben, und als Garanten dieser Verträge sind in erster Linie berufen die unmittelbaren Nachbarn, die dabei selbst Paciscenten waren, und besonders die, welche bei

Digitized by Google

sich selbst die Bedingungen eines geordneten Staatswesens erreicht haben, die selbst eine nationale Repräsentation besitzen.

Die perfide Russische Auslegung der 1815 bewilligten Verfassung, die fürchterlichen Maßregeln, welchen die verfassungstreuen Patrioten in Polen bis zum Jahre 1830 ausgesetzt waren, sind bekannt, aber wenn die Russische Auslegung und Verdrehung der Polnischen Verfassung keinen Rechtstitel geben kann für die Polnische Revolution des Jahres 1831, so kann diese Polnische Revolution auch keinen Rechtstitel für die Aufhebung und Wegwischung der Verträge von 1815, für eine Annullirung des Satzes: „Die Polnische Nation wird auf ewige Zeiten eine nationale Repräsentation haben," geben. Es ist leider Thatsache, daß die Verfassungs-Urkunde jetzt unter anderen Siegestrophäen in Moskau verwahrt wird, und es ist leider auch Thatsache, daß die Preußische Regierung zu allem „ja!" gesagt hat, und es ruhig hat gewähren lassen, daß Polen, dessen Handel nach den Verträgen ein vollständig freier mit Preußen sein sollte, durch eine Chinesische Mauer abgeschlossen, daß dadurch der Wohlstand Preußischer Staatsangehöriger wesentlich beschädigt worden ist; es ist leider auch wahr, daß die Preußische Staats-Regierung Cartelverträge abgeschlossen hat, durch welche es erst den Russen möglich wurde, eine Mißregierung, die im Widerspruch mit den Verträgen und Verheißungen von 1815 steht, durchzuführen. Leider ist das Alles wahr, und es ist auch kaum zu verwundern, daß eine Regierung, welche die Verheißungen, welche sie selbst im Jahre 1815 den eigenen Staats-Angehörigen gegeben hat, noch nicht erfüllt hatte — ich meine die Preußische — so lange sie eben diese Verheißungen nicht erfüllen mochte, sich nicht in der Lage befand, die Russische Regierung an ihre Verpflichtung zu erinnern. Indessen ist, seitdem Preußen ein constitutioneller Staat geworden ist, die Sache doch eine andere, und es ist namentlich seitdem auch Sache des Volks, d. h. seiner Vertretung, des Abgeordnetenhauses, an die Erfüllung der Verträge von 1815 zu mahnen. Daß frühere Ministerien die Gelegenheiten, die ihnen geboten waren, hierüber mit den Russen ein ernstes Wort zu sprechen, ungenützt gelassen haben, das kann uns kaum wundern; und wir werden uns wohl auch nicht wundern, wenn noch das jetzige Ministerium die Dinge mehr von dem Standpunkte, den Schlosser gekennzeichnet hat, als von dem aus, von welchem die materiellen Interessen der Preußischen Staats-Angehörigen ihre Geltung finden, ansieht. Gleichwohl kann die Landesvertretung sich deshalb doch nicht der Pflicht entheben, so oft die Verhältnisse die Frage an sie richten, zu erklären, daß sie die Vernichtung eines selbstständigen Polnischen Staates für ein Unglück hält, für ein großes Unglück, ja für ein Verbrechen, begangen nicht blos an der Polnischen Nation, sondern auch an dem Frieden Europas, daß Preußens Interesse gebieterisch die Wiederherstellung eines selbstständigen Polnischen Staates verlange; und daß, wenn Rußland; wie es doch nun offenbar geworden ist, die Hand nicht bieten will, um die vertragsmäßigen Zustände in Polen wieder herzustellen, Preußen keine Ursache habe, zu wünschen, daß die Russische Herrschaft in Polen fortdauere.

Ich verhehle mir zwei Einwürfe nicht; und der eine davon ist bereits des Weiteren hier erörtert worden: Erstens die Einrede, die Polnische Bewegung gefährde die Integrität des Preußischen Staates, denn das Ideal der Polen sei eben der Staat von 1772 Nun, meine Herren, wenn dieser Idealismus bei den Polen bestände, wundern könnte er uns doch wahrlich nicht; denn wenn ein Volk vollständig staatslos ist, dann verfällt es nothwendig dem politischen Idealismus. Wenn

Digitized by Google

aber die Polen die Anfänge eines Staates wieder haben, dann glaube ich, daß sie mit diesen Anfängen genug zu schaffen bekommen werden, um den Idealismus fallen zu lassen. Ich möchte wenigstens nicht glauben, daß das Polen von 1772 überhaupt herstellbar ist. Das Polen, welches heute zu Stande kommen kann, würde nothwendigerweise ein ganz anderes sein müssen. So gewiß die Polen Danzig und Elbing nicht gebaut haben, so gewiß wird ihnen das Deutsche Volk diese Häfen nicht abtreten; und wenn es Deutschlands Ehre und Pflicht gebietet, diese Städte zu behalten, nun, so seien wir doch auch so consequent, zu gestehen und geltend zu machen, daß es das Interesse dieser unserer Städte, also unser Interesse gebietet, daß ihnen der Verkehr mit den den Polnischen Hinterlanden nicht mehr durch Russische Willkür erschwert oder unmöglich gemacht werde. Keine Scholle Landes, die Deutscher Fleiß urbar gemacht hat, und keine Werkstätte, die Deutsche Betriebsamkeit errichtet hat, braucht an Polen abgetreten zu werden, und doch ist ein Polnischer Staat möglich. Jedenfalls wird die Nachbarschaft eines Polnischen Staates für unsere östlichen Provinzen eine annehmbarere sein, als die Nachbarschaft des Russischen. Aber nehmen wir einmal an, ein Polnischer Staat könnte uns den Besitz von Westpreußen, von Pommerellen, von dem Lande an der Warthe gefährden, — nehmen wir einmal an, es wolle der Polnische Staat, wie wir ihn uns nun vielleicht in dieser oder jener Grenze denken, diesen Besitz uns streitig machen — — fehlte ihm da nicht vor Allem die Vorbedingung, um eine Seeküste zu erobern?

Die Polen haben das Zeug und die Fähigkeit nicht zum Seewesen; die Polen werden uns nimmermehr eine Küste aberobern. Bei den Russen ist es etwas ganz Anderes; die Russen an sich sind freilich ebenso wenig Seeleute wie die Polen, aber sie haben sich Seeprovinzen, die alle Vorbedingungen zu einer Marine bieten, einverleibt, ja, die Russen können uns die Preußische Küste streitig machen und sollte es dahin gekommen sein, daß Polen vollständig in Rußland aufgegangen wäre, dann, meine Herren, glaube ich, wäre allerdings für Preußen und Deutschland der Besitz jener östlichen Provinzen höchlichst gefährdet. Es ist als zweiter Einwand neulich hier — und ich bedaure, es erwähnen zu müssen — den Polen vorgerückt worden, daß sie legitim Unterworfene seien, weil sie die Geschlagenen von Leipzig wären. Nun, meine Herren, das ist richtig, die Polen haben sich von Napoleon führen lassen, soll ich sagen, anführen lassen, und sie sind bei Leipzig mit besiegt worden; aber war das dort ein Kampf um Polen gegen die Polen? Bildeten überhaupt die Polen dort einen Hauptfeind? Die Franzosen sind die Geschlagenen gewesenen und die mit ihnen verbundenen Deutschen Rheinbundsfürsten; und wie fein säuberlich ist man mit diesen Allen umgegangen! Nicht einmal die rein Deutschen Landestheile durften im Interesse der Legitimität den Franzosen wieder genommen werden und alle Folgen, alle Schmach, alles Gräuel dieser Leipziger Niederlage soll nun allein deshalb auf Polen gewälzt werden? Ich glaube, es geziemt am allerwenigsten einer Deutschen Landesvertretung, diese vae victis-Moral in Anwendung zu bringen.

Ich fasse mich zusammen, meine Herren, (Unruhe rechts.) das Deutsche Volk in keinem seiner Stämme kann sich mit Denen identificiren, welche Polen von der Staatenkarte weggestrichen haben und kann sich auch mit Keinem von Denen identificiren, welche das Polnische Volk noch länger unterdrücken möchten; wohl aber hat Deutschland ein großes Interesse, daß ein selbstständiges Polen wieder erstehe; und da das Staatsministerium uns in keiner Weise Aufklärung über das giebt, was es in der Convention ausbedungen und zugestanden hat, da wir also angewiesen sind

Digitized by Google

auf einen ganz allgemein gehaltenen Ausspruch, so müssen wir erklären, daß die Ereignisse, welche seit dem 15. Januar in Polen geschehen sind und in Anknüpfung daran noch geschehen werden, uns in demselben Lichte erscheinen, wie sie allen übrigen gesitteten Völkern bereits erschienen sind. Sollte in diesem Hause eine Antipathie, eine persönliche Abneigung vertreten sein, die vielleicht entstanden ist durch die Nachbarschaft und in dem Verkehr mit unangenehmen einzelnen Polnischen Persönlichkeiten, so bitte ich Sie, subjective Neigungen zu unterdrücken und anzuerkennen, daß das subjective Gernhaben und Nichtgernhaben dem politisch Nöthigen nachstehen muß. Ich bitte Sie ferner zu bedenken, daß unser Protest zugleich gerichtet sein muß gegen die Leichtfertigkeit, mit welcher uns die Convention in Händel mit dem Erben der napoleonischen Ideen bringen könnte.

Den westlichen Provinzen, meine Herren, sind Sie, glaube ich, eine Erklärung schuldig, in der Sie es aussprechen, daß es Ihnen nicht gleichgültig ist, ob die Politik wieder zurückkehre, die vor 70 Jahren gegolten hat.

Wenn ich die einzelnen Resolutionen, die Ihnen vorgeschlagen sind, mit einander vergleiche, so gebe ich zu, daß in jeder das Eine oder Andere viel anders sein könnte; und wenn ich meine subjektive Meinung ausdrücken soll, so sage ich, sie gefallen mir alle mit einander nicht. Aber, meine Herren, es kommt doch wahrlich in einer solchen Stunde nicht darauf an, ob irgendwie in irgend einen Ausdruck irgend etwas hineininterpretirt werden kann. Meine Herren, gegen die Böswilligkeit giebt es keine Argumente. Sie mögen die Resolution abfassen wie Sie wollen; wenn Ihre Resolution sich gegen die Intentionen der Staatsregierung richtet, so werden sie immer derselben Interpretationsweise ausgesetzt bleiben. Ich für meinen Theil werde zunächst für die Resolution stimmen, welche die Commission vorgeschlagen hat

Vicepräsident Behrend: Der Herr Minister des Innern hat das Wort.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Obgleich nach der langen Auseinandersetzung des Herrn Vorredners die ersten Worte seiner Rede fast verklungen sind, so muß ich doch ein paar derselben rectificiren. Wenn ich recht gehört habe, so sprach er von den Zuständen an der Preußischen Grenze, von stattgehabten Grenzüberschreitungen und brutaler Militärherrschaft in Westpreußen. Ich glaube, ich habe recht gehört, es nimmt sich in dem Munde eines Preußischen Abgeordneten eigenthümlich aus, diejenigen Truppen, die an die Grenze geschickt worden sind, um Preußische Interessen zu schützen, brutaler Militärherrschaft zu bezüchtigen, um so mehr, als davon im Entferntesten nicht die Rede ist. Es giebt keinen landräthlichen Kreis vom Norden bis herunter zur Oesterreichischen Grenze, welcher nicht um Militärbeistand in dieser Zeit gebeten hat, keinen Kreis, fast keinen Ort! (Unruhe.)

Die Staats-Regierung ist sich der Pflicht gewußt gewesen, durch eine möglichst starke Entfaltung ihrer Macht von vornherein den Ausbrüchen der Revolution entgegenzutreten. Sie hat nach ihren Kräften diesem Wunsche der Kreise und Gemeinden Genüge gethan und ist dafür mit Dankbarkeit überhäuft worden, sie hat, glaube ich, den Zustand, nach welchem, wie man jetzt sagt, die Polnische Revolution im Ersterben zu sein scheint, durch diese ihre Haltung herbeigeführt. Daß zu gleicher Zeit, meine Herren, bei dieser Gelegenheit sehr viele Anerkennungen für die treffliche Wirksamkeit der Armee-Reorganisation (Sehr große Unruhe. Oh! Oh! von allen Seiten.

Vicepräsident Behrend (den Redner unterbrechend): Ich bitte, den Herrn Minister ausreden zu lassen, ohne ihn zu unterbrechen.

Digitized by Google

Minister des Innern Graf zu Eulenburg (fortfahrend): ausgesprochen worden sind, darf ich constatiren. Es ist amtlich und außeramtlich, ohne jede vorgefaßte Meinung meinerseits, von allen Seiten constatirt worden, daß die betreffenden Landestheile dankbar dafür sind, in welcher Art die Armeereorganisation zur Wirksamkeit gekommen ist. (Oh! Oh! von allen Seiten.)

Auf diejenigen Gerüchte, meine Herren, als ob jetzt blos mobil gemacht worden sei, um damit gewisse Zwecke in Bezug auf die Armeereorganisation zu erreichen, und daß es die Absicht gewesen sei, einige Kreise in Belagerungszustand zu erklären, blos um dann — ich weiß nicht, in welcher Weise — den Belagerungszustand auf Berlin zu übertragen: darauf darf ich nicht antworten; sie sind zu abgeschmackt Den Behauptungen, daß die Grenze überschritten sei, stelle ich eine ganz bestimmte Verneinung entgegen. Als ich in den Zeitungen zuerst von einer solchen Behauptung Nachricht bekam, habe ich sofort telegraphirt und mir Auskunft erbeten, wie die Sache stände. Darauf ist mir das Telegramm zugegangen, das ich mir erlaube zu verlesen, wenn der Herr Präsident nichts dawider hat. Der Ort Gollub nämlich, bei dem die Grenzüberschreitung stattgehabt haben soll, liegt in dem Kreise Strasburg, also in Westpreußen, und der Landrath des Kreises Strasburg telegraphirt mir:

„Die Drewensbrücke, welche zu Gollub gehört und diesen Ort mit der Nachbarstadt Dobrzyn verbindet, ist in der Nacht vom 18. zum 19. d. M. mit einigen vorgeschobenen Posten vom Preußischen Militär besetzt gewesen, weil eine nahe Insurgentenbande beide Städte bedrohte und von Gollub Zuzug erwartete Von einer Besetzung der Stadt Dobrzyn durch diesseitige Truppen ist keine Rede. Das Vorschieben einzelner Posten war durch Localverhältnisse geboten, die einen Ueberfall der von Russischem Militär entblößten Stadt sehr begünstigten. Die Insurgenten wagten sich nicht heran. In den Polnischen Gutsdistrikten des Kreises dauert die Gährung fort. Angesichts des entfalteten Militärs verhält sich jedoch alles ruhig. Jenseits der Grenze, welche von den Russischen Zollbeamten verlassen ist, ist augenblicklich Ruhe."

So lautet das Telegramm.

Vicepräsident Behrend: Der Herr Ministerpräsident hat das Wort.

Ministerpräsident v. Bismarck: Meine Herren! Ich gestatte mir zunächst einen kurzen Rückblick auf die Behandlung, welche die Polnische Frage in diesem Hause gefunden hat Es war nichts Ueberraschendes, daß die Herren Abgeordneten Polnischer Nationalität, welche unter Ihnen sitzen, diesen äußeren Anlaß benutzten, um den Antipreußischen Tendenzen, welche von ihnen in diesem Hause wiederholt vertreten sind, einen neuen Ausdruck zu geben.

Befremdlicher war es, daß die Interpellation der Polnischen Fraction von Deutschen Abgeordneten mit unterzeichnet war. Die Neigung, sich für fremde Nationalitäten und Nationalbestrebungeu zu begeistern, auch dann, wenn dieselben nur auf Kosten des eigenen Vaterlandes verwirklicht werden können, ist eine politische Krankheitsform, deren geographische Verbreitung sich auf Deutschland leider beschränkt. (Heiterkeit. Sehr gut! rechts.)

Auf die Interpellation der Herren Kantak und v. Chlapowski und ihrer Deutschen Genossen folgte diejenige der Herren Abgeordneten Schulze und v Carlowitz Durch dieselbe wurde die Königliche Regierung aufgefordert, über eine schwierige und brennende Europäische Frage die schwebenden Verhandlungen des auswärtigen

Digitized by Google

Amtes von dieser Stelle her der Europäischen Oeffentlichkeit Preis zu geben. Die Königliche Regierung fand es durch die Staatsinteressen vorgeschrieben, die Beantwortung dieser Interpellationen abzulehnen. In jedem andern mir bekannten Parlamente würde auch die strengste Opposition, die unzufriedenste mit der bestehenden Regierung, von der Verfolgung der Interpellation von dem Augenblick an Abstand genommen haben und ich knüpfe daran den Wunsch: „Geben Sie uns ein Englisches Unterhaus und dann fordern Sie Englische Institutionen. (Bewegung. Ruf: Oberhaus!).

Das Oberhaus ist weniger wichtig. (Große Heiterkeit)

Ein Unterhaus, wie das Englische würde unser Oberhaus entbehrlich machen. Das Partei-Interesse ist mit dem Staats-Interesse nicht zusammengefallen; es forderte die Discussion. In dieser Discussion traten nun die Deutschen Redner schon unverhüllter mit ihrer Sympathie für die Polnische Sache hervor. Der Abgeordnete Waldeck, bei Besprechung derjenigen Vorkehrungsmaßregeln, welche von Sr. Majestät hinsichtlich der Grenzen getroffen worden sind, verglich die Einstellung der Preußischen Reserven mit dem Verkauf der Hessischen Landeskinder nach Nord-Amerika. Der Abgeordnete v. Unruh deutete unter Ihrem Beifall, Ihrem lebhaften Beifall an, daß, wenn aus den Vorkehrungen, welche die Regierung zur Sicherung unserer Grenzen und unserer Interessen getroffen hat, auswärtige Verwickelungen entstehen sollten, Sie die Mittel zur Landesvertheidigung dem Könige verweigern würden. Heißt das nicht dem Auslande zurufen: „Kommt her, der Augenblick ist günstig, Preußen ....“ (Unterbrechung und Widerspruch.)

Nun, es freut mich, daß Sie noch ein Gefühl der Entrüstung äußern .... (Unterbrechung; Ruf: Zur Ordnung!)

Vicepräsident Behrend: Zunächst habe ich Sie um Ruhe zu bitten; ehe ich irgend einen Schritt unternehmen kann, wird doch das Haus wohl anhören, was ich zu sagen habe. Der Herr Minister-Präsident hat erklärt, er freue sich über den Ausdruck der Entrüstung, den das Haus kundgegeben habe. Ob der Herr Minister-Präsident irgend eine Freude über das, was das Haus zu thun gedenkt oder gethan hat, hier äußern will, ist seine Sache. Einen Ordnungsruf über diese Aeußerung halte ich nicht für gerechtfertigt. Der Herr Minister-Präsident hat das Wort.

Ministerpräsident v. Bismarck: Ich will hier die Frage, in wie weit ein Ordnungsruf für das Staatsministerium überhaupt zu rechtfertigen ist, nicht erörtern. Aber sollte dieselbe wieder in Anregung kommen, so behalte ich mir vor, die Sache zu erörtern. — Diese Drohung, Preußen wehrlos zu machen, sprach derselbe Abgeordnete v. Unruh aus, dessen Namen mit der Steuerverweigerung von 1848... (Unterbrechung.)

Vicepräsident Behrend: Nun muß ich doch den Herrn Ministerpräsidenten darauf aufmerksam machen, daß diese letzte Anführung mit der gegenwärtigen Frage in keiner Verbindung steht. Welche Stellung der Abgeordnete v. Unruh in früherer Zeit in den parlamentarischen Verhandlungen eingenommen hat, steht mit der gegenwärtigen Frage nicht im lockersten Zusammenhang. Der Herr Ministerpräsident hat das Wort.

Minister-Präsident v. Bismarck: Ich erlaube mir, dem Herrn Präsidenten zu bemerken, daß ich ich ihm das Recht zur disciplinarischen Unterbrechung meiner Aeußerungen nicht einräumen kann. Ich habe nicht die Ehre, Mit lied dieser Versammlung zu sein; ich habe Ihre Geschäfts-Ordnung nicht gemacht, ich habe Ihren

Digitized by Google

Herrn Präsidenten nicht mitgewählt; ich unterliege nicht dem disciplinarischen Einfluß der Kammer. Die Disciplinargewalt des Herrn Präsidenten hat an diesen Schranken ihre Grenzen. Ich habe zum Vorgesetzten nur Se. Majestät den König und ich wüßte nicht, welche Gesetzes- oder Verfassungsbestimmung mich der Disciplin des Herrn Präsidenten dieses Hauses unterstellt . . . (Unterbrechung.)

Vice-Präsident Behrend: Ich bitte um Ruhe, und dem Herrn Minister-Präsidenten das Wort zu lassen.

Minister-Präsident v. Bismarck (fortfahrend): Ich nehme nicht das Wort nach Ihrer Geschäfts-Ordnung, sondern kraft der von Sr. Majestät mir verliehenen Autorität. Auf Grund des Paragraphen der Verfassung, welcher vorschreibt, daß die Minister zu jeder Zeit, wenn sie es verlangen, das Wort erhalten und gehört werden müssen. (Unterbrechung.)

Sie haben nicht das Recht, mich zu unterbrechen . . .

Vicepräsident Behrend: Ich muß den Herrn Minister-Präsidenten trotz dieser seiner letzten Aeußerung dennoch unterbrechen. Ich habe dem Herrn Minister-Präsidenten das Wort nicht entzogen, und nach der Verfassung nicht entziehen können; der Präsident dieses Hauses übt in diesem Saale seine Disciplinargewalt aus, so weit diese vier Wände reichen; sie endet nicht am Ministertische. (Lebhaftes, anhaltendes Bravo!)

Diese Disciplinargewalt, wo es nöthig ist, auszuüben, bin ich bereit, und werde es stets thun; sie gestattet, den Herrn Minister-Präsidenten zu unterbrechen, wenn auch nicht, ihm das Wort zu entziehen.

Ministerpräsident v. Bismarck: Ich muß diese Ansicht als eine irrthümliche bezeichnen, welche von der Königlichen Staats-Regierung nicht getheilt wird.

Also ich sagte

Derselbe Abgeordnete v. Unruh, welcher im Jahre 1848 seinen Namen unauslöschlich mit der Steuerverweigerung verknüpft hat. (Stürmische Bewegung in der Versammlung: „das ist unwürdig — vertagen!“ andauernder Ruf der Glocke des Präsidenten)

Vicepräsident Behrend: Meine Herren, ich werde, wenn diese Störungen der Ordnung nicht aufhören, mich veranlaßt sehen, die Sitzung dieses Hauses zu vertagen. Ich habe diese Gewalt auf Grund des §. 61 der Geschäfts-Ordnung, und ich werde trotz des Widerspruchs des Herrn Ministers von dieser Bestimmung der Geschäfts-Ordnung Gebrauch machen, wenn der Herr Minister-Präsident Aeußerungen, über die ich gesagt habe, daß sie in die Discussion nicht gehören, wiederholte. Ich werde abwarten, ob der Herr Minister-Präsident die Aeußerungen, die er gethan hat, noch einmal thut; sollte dies geschehen, so werde ich die Sitzung vertagen.

Minister-Präsident v. Bismarck: Ich kann den Herrn Präsidenten nicht an der Vertagung hindern. Ich habe kein Bedürfniß, meine Herren, eine zweimalige Aeußerung zu wiederholen und glaube, Sie haben mich verstanden. (Große Bewegung, Ruf nach Vertagung und Widerspruch dagegen.)

Vice-Präsident Behrend: Ich bitte um Ruhe meine Herren.

Ich bitte den Herrn Minister-Präsidenten fortzufahren.

Minister-Präsident v. Bismarck: Diese Drohung Preußen, dem Auslande gegenüber, wehrlos zu stellen, ist zum Glück eine ohnmächtige, aber es drängt sich dabei die Bemerkung auf, daß die Tendenzen, die Worte, die Namen von 1848 wie-

Digitized by Google

der in dem Vordergrund der Bühne erscheinen. Die Europäische Revolution ist solidarisch in allen Ländern; es ist natürlich, daß eine Bewegung in Polen, welche nach vorliegenden Beweisen unter Mazzini's Mitwirkung vorbereitet ist, und welche nach bekannten Thatsachen unter Mieroslawskis Mitwirkung ausgeführt wird, daß dieselbe von den revolutionären Elementen aller Länder ihre Unterstützung findet. Unter diesen Umständen, meine Herren, schlägt man Ihnen vor, durch Annahme des heutigen Antrages Ihre Sympathie für die Polnische Insurrection zu bekunden; (Bewegung) ich habe keinen Beruf, die Absicht der Herren Antragsteller zu kritisiren. Die thatsächliche Wirkung der Annahme des Antrages wird aber zweifellos in der ganzen Welt diejenige sein, daß die Annehmer desselben bis zu einem gewissen Grade Partei ergreifen für die Polnische Insurrection. (Große Bewegung, lebhafter Widerspruch.)

Sie empfehlen der Regierung, wenn sie anders die Resolution im Lichte einer Empfehlung auffassen wollen, die Begünstigung keiner der beiden Parteien. Daß die Regierung die Insurgenten nicht begünstigen würde, konnte das Abgeordnetenhaus von vornherein voraussehen; es bleibt also nur übrig, daß Sie die Insurrection vor der Benachtheiligung, die sie durch das Verhalten der Regierung erleiden könnte, schützen wollen. (Bewegung.)

Sie sagen, das Interesse Preußens fordere es; ich halte diese Ansicht für unrichtig, für unrichtig in dem Maße, wie es zweifellos ist, daß die Nachbarschaft des Kaiser Alexander für Preußen eine erfreulichere ist, wie die Mieroslawski's und eines propagandischen Polens; ich halte es für unrichtig in dem Maße, wie es zweifellos ist, daß unser gesammter Handelsstand, wie unser gesammtes Staats-Interesse, dabei wesentlich implicirt ist, daß der Polnische Aufstand eine möglichst kurze Dauer habe und bald einem geordneten, rechtmäßigen Zustande Platz mache.

Die Sympathien nach menschlichen Gefühlen können sein, wo sie wollen, die Preußischen Interessen aber, meine Herren, nach den politischen Nothwendigkeiten, nach der geschichtlichen Entwickelung, die Preußen gehabt, können nicht in dem Lager der Insurgenten gesucht werden.

Ich hatte gehofft, daß der Berichterstatter den Antrag näher politisch motiviren würde. Ich war in dieser Hoffnung bestärkt, als ich in dem Berichte las, daß von der Existenz oder Nichtexistenz einer Convention völlig abstrahirt werden solle. Nichtsdestoweniger fand ich beim Weiterlesen, daß die Convention, diese Seeschlange der Europäischen Presse, das Hauptmaterial zur Unterstützung des Berichts liefert. Durch einen künstlichen Indicienbeweis, gestützt auf Zeitungslügen und Telegramme über ausländische parlamentarische Verhandlungen wird die Behauptung unterstützt, daß ein 500 Quadratmeilen enthaltender Gürtel dem Greuel der Russischen Kriegführung preisgegeben wäre. Auf diesem „Gürtel" beruht im Wesentlichen die Argumentation, nnd ich setze voraus, daß der sonst im Argumentiren so sehr bewanderte Herr Berichterstatter weitere Gründe nicht hat auffinden können, sonst würde er sie dem Berichte einverleibt haben. Fällt dieser Gürtel hinweg, so steht uns der Antrag in seiner Nacktheit als unmotivirte Behauptung in dem Berichte gegenüber. Nun, meine Herren, „diese ganze Gürtel-Idee ist ein Phantasiegebilde, ist eine vollständig müßige Erfindung." (Bewegung im Hause.)

Die Verabredungen, welche wir zum Schutze unserer nachbarlichen Interessen getroffen haben, sichern Preußen vollständig gegen jede Gefahr eines solchen Gürtelkriegs. Nach diesen Verabredungen, vor- wie nachher, bleibt jedes Ueberschreiten

Digitized by Google

der Grenze, sei es durch Russische, sei es durch Preußische Truppen, von unserer Einwilligung vollkommen abhängig. (Unruhe.)

Eine solche Ueberschreitung hat bisher nicht stattgefunden, und wird muthmaßlich nicht stattfinden, (Zeichen des Zweifels in der Versammlung) weil die Insurrection einen minder glücklichen Verlauf genommen hat, als von manchen Seiten vielleicht gehofft, von manchen befürchtet worden ist. Einstweilen jedoch haben diese Verabredungen und unsere sonstigen Anstalten die glückliche Folge gehabt, daß das Leben und das Eigenthum der Bewohner unserer Grenzdistricte geschützt worden ist, und namentlich auch, daß die Polnische Insurrection ihre ursprünglich unmittelbar an der Preußischen Grenze errichteten Standlager weiter in das Land hinein verlegt hat.

Für diese Erfolge sind wir in gewissem Maße den Uebertreibungen Dank schuldig, die von dieser Stelle (nach der Tribüne deutend) und von der Presse über den Inhalt der Convention verbreitet worden sind.

Diese Uebertreibungen tragen aber auch die Schuld von dem üblen Eindruck, den die Convention, soweit er vorhanden ist, im Auslande gemacht hat. Hätten wir Verabredungen bis zu derjenigen Uebertreibung abgeschlossen welche hier in Ihren Verhandlungen als Wahrheit zu Grunde gelegt ist, so würden manche Empfindlichkeiten, von denen die Zeitungen sprechen, von denen mir aber amtlich nichts bekannt geworden ist, ganz unzweifelhaft berechtigt sein. Es giebt kaum eine absichtliche Entstellung, kaum eine Verdrehung, die in dieser Sache von der Presse nicht geübt worden wäre, zum großen Theil in der ohne Zweifel patriotischen Absicht, das Ausland auf die Abwege der Regierung aufmerksam zu machen, und dasselbe zu avertiren, daß es Grund hätte, der Preußischen Regierung in irgend einer Weise zu zürnen

Diese Entstellungen, meine Herren, haben zum größten Theil das Material zu drei aufregenden Verhandlungen geliefert, durch welche Sie Ihre und unsere Zeit in Anspruch genommen haben. Diese Verhandlungen, nach dem, was Thatsache ist, abgesehen von allen Behauptungen und Uebertreibungen, kann ich Ihnen im Wesentlichen als ein Luftgefecht bezeichnen. Einen sachlichen Erfolg werden sie nach keiner Seite hin haben, nicht einmal nach derjenigen, die Regierung in Verlegenheit zu setzen, (Unruhe.)

Wenn Sie die Unbequemlichkeit abrechnen wollen, daß wir unsere Zeit hier zur Abwehr von Angriffen, die auf fingirten Thatsachen beruhen, verbrauchen müssen, anstatt sie anderweit besser zu verwenden. (Große Unruhe.)

Ich habe heut mehrfach die Behauptung aufstellen hören, als sei die Erfindung, die Phantasie in gewissem Maße berechtigt, sobald die Regierung es ablehnt, über irgend eine augenblicklich schwebende auswärtige Frage Auskunft zu geben. Man wirft uns vor, wir haben Euch gefragt, wir haben Euch interpellirt, und Ihr habt nicht antworten wollen, also sind wir berechtigt, Alles, auch das Schlimmste zu glauben. Ich glaube, diese Ansicht braucht man nur zu wiederholen von einem andern unparteiischen Standpunkt und Ton, um damit auch festzustellen, daß sie keine Berechtigung hat zu existiren. Wir können, meine Herren, keine Verpflichtung haben, und wir sind nicht in der Möglichkeit, über alle augenblicklich schwebende Verhandlungen in ihrem ganzen Europäischen Zusammenhange, durch den sie sich rechtfertigen können, durch den sie bedingt sein können, Ihnen Auskunft zu geben, und Sie können aus der Verweigerung solcher Auskunft nicht das mindeste Recht hernehmen, an irgend Etwas zu glauben, was die Regierung nicht ausdrücklich und amtlich

Digitized by Google

mitgetheilt hat. Ich glaube daher, wenn diese ganze Debatte, — einen sonstigen Zweck kann ich nicht einsehen, — das Ziel gehabt hat, (Unruhe.) der Königlichen Regierung Verlegenheiten zu bereiten, und sie in ihrer Stellung, in ihren Ansichten zu erschüttern, so hat sie auch darin ihren Zweck verfehlt. (Stimme links: Leider!)

Wir fühlen uns stark in der Ueberzeugung, die Pflicht erfüllt zu haben, die uns durch die Wahrung der Interessen des Landes auferlegt war, und diese Ueberzeugung wird dadurch nicht geschwächt werden, wenn Sie uns durch die Annahme Ihres Antrages in die Lage versetzen, vor dem Lande Akt davon zu nehmen, daß Sie Partei ergreifen für die Polnische Insurrection. (Anhaltende Unruhe links. Bewegung in der Versammlung.

Vice-Präsident Behrend: Der Herr Abgeordnete v. Saenger hat das Wort.

Abgeordneter v. Saenger: Meine Herren! Wenn ich hier in der Reihe derjenigen Redner auftrete, die sich gegen den Antrag der Commission haben einschreiben lassen, so geschieht es nicht in dem Sinne, als ob ich, wie es der Herr Minister-Präsident eben ausgesprochen hat, annehme, daß in dem Antrage der Commission der Sympathie für den Polnischen Aufstand ein directer Ausdruck gegeben sei. Ich kann aber meinerseits auch dem Antrage Ihrer Commission nicht beitreten, weil die von der Commission beliebte Wortfassung eine Deutung zuläßt, um derentwillen es mir unmöglich ist, dem Antrage beizustimmen. Uebrigens scheint es mir, meine Herren, daß mehrere der vorherigen Redner doch sich etwas zu weit auf das Gebiet allgemein historischer und staatsrechtlicher Erörterung verloren haben; es scheint mir, daß sie in der That sich selbst einer Preisgebung der Grenzen desjenigen Gegenstandes, der uns zur Berathung vorliegt, schuldig gemacht haben, und ich werde mich bemühen, in dieser Beziehung Ihnen nicht zu folgen, sondern möglichst auf das mich zu beschränken, was eigentlich Gegenstand unserer Berathung ist. Ich spreche daher zuerst aus, daß auch ich es für gerechtfertigt halte, daß bei der gegenwärtigen Lage der Dinge, gegenüber den im Nachbarlande stattfindenden Ereignissen, das Haus der Abgeordneten eine bestimmte Erklärung darüber abgebe, welche Haltung der Preußischen Politik es als die den wahren Interessen Preußens allein entsprechende nur anerkennen kann. Ich halte das um so mehr für geboten, meine Herren, wenn, (da jetzt ja nicht mehr von Nachrichten gesprochen zu werden braucht, mögen sie auch noch so zuverlässig gewesen sein — sie waren immerhin nicht officielle) — wenn nach den eben gehörten Aeußerungen des Herrn Minister-Präsidenten es feststeht, daß ein „Engagement", — das ist ja der im Englischen Parlament officiell gebrauchte Ausdruck — zwischen den Regierungen Rußlands und Preußens stattgefunden hat, wonach den Russischen Truppen gestattet ist, die Preußische Grenze zum Zweck ihrer kriegerischen Operationen zu überschreiten in einem eben nicht, wie es scheint, sehr geringen Maße. Der Herr Ministerpräsident hat uns eben gesagt, es sei dies bis jetzt nicht geschehen. Er hat aber weiter nichts anderes hinzufügen können als: es werde auch „muthmaßlich" nicht geschehen. Nun, meine Herren, dies „muthmaßlich" genügt mir, um anzunehmen, daß es Pflicht dieses Hauses sei, gegen ein solches Vorgehen der Regierung Verwahrung einzulegen, denn es verletzt die wahren Interessen Preußens nach drei Seiten hin. Es verletzt, wie schon angedeutet ist von einem früheren Redner, zuerst die Interessen einer großen Zahl unserer Mitbürger, nämlich der östlichen Grenzbewohner, indem auch nach dem „Muthmaßlichen" des Herrn Ministerpräsidenten deren Leben und Eigenthum den Gefahren und Drang-

Digitized by Google

fallen eines Krieges preisgegeben wird; es verletzt ferner das wahre Interesse Preußens, weil es uns „ohne Noth“ — ich betone es ausdrücklich, „ohne Noth“ — in folgeschwere Verwickelung mit anderen Mächten bringen kann: es verletzt endlich das Interesse Preußens, weil ein solches Engagement, meine Herren, die Würde eines Großstaates, die Würde Preußens verletzt. (Bravo!)

Ich werde mit einigen Worten auf diese drei Punkte näher eingehen. (Unterbrechung.)

Seien Sie unbesorgt! (nach rechts deutend.)

Was die Verletzung der Interessen einzelner Staatsbürger an der östlichen Grenze anlangt, so beziehe ich mich auf das, was von früheren Rednern gesagt ist und was in dem Bericht steht. Mir kommt es aber darauf an, auch ganz besonders darauf hinzuweisen, daß im Interesse der Provinz des Preußischen Staates, die bei dieser Frage vorzugsweise in Betracht kommt, in Betracht der Provinz Posen, ein solches „Engagement“ von ganz besonderer, sehr schwer wiegender Bedeutung werden kann. Meine Herren, ich kann es aus eigener Wahrnehmung, da ich vor nicht langer Zeit in meiner heimathlichen Provinz mehrere Tage mich aufgehalten — ich kann es aus eigenster Wahrnehmung bestätigen und weiß es aus vielen mündlichen und schriftlichen Nachrichten, daß die Ruhe in der Provinz Posen so vollständig ungefährdet bis jetzt gewesen ist, wie in den friedlichsten Zeiten, die wir bis jetzt verlebt haben. Ich kann aber auch bestätigen, indem während meiner Anwesenheit dort gerade die Nachricht in Betreff dieses mehrfach erwähnten Engagements zuerst dort sich verbreitete, daß erst „durch diese Nachricht“ die Beunruhigung in den Gemüthern hervorgerufen ist, (Hört! Hört!) und zwar in den Gemüthern der Deutschen Bevölkerung, der loyalen echt Preußischen, Deutschen Bevölkerung. Meine Herren, es fällt mir nicht ein, auf die sogenannte „Polnische Frage“ hier näher einzugehen, aber ein paar Bemerkungen mögen Sie mir gestatten. Es liegt ja auf der Hand, meine Herren, daß irgend ein jenseits der Grenze ausbrechender Polnischer Aufstand immer seine bestimmte Beziehungen haben muß zu unserer Provinz Posen; es liegt das so in der Natur der Dinge, daß es absolut eben nicht anders sein kann. Sie wissen ja Alle, besonders diejenigen verehrten Mitglieder, die schon früheren Versammlungen angehört haben — Sie wissen ja, daß auch unsere verehrten Collegen Polnischer Nationalität einen ganz eigenthümlichen Standpunkt hier in unserem Hause eingenommen haben. Dieselben haben es mehrfach von dieser Tribüne des Preußischen Abgeordnetenhauses herab unumwunden ausgesprochen, daß sie sich nicht ansehen als eigentliche Vertreter des Preußischen Volkes, sondern die Mission zu haben glauben, hier in diesem Hause und kraft ihrer hier gewonnenen Stellung „für die Rechte der Polnischen Nation“ einzutreten, und als letzter Hintergrund dieses Eintretens für die Rechte Polnischer Nation ist — das werden die Herren selbst nicht bestreiten — immer der Gedanke der Wiederherstellung des alten Polnischen Reiches. Darum, meine Herren, wird es nicht können bestritten werden, daß revolutionäre, aufständische Bewegungen in Russisch-Polen nothwendig auch ihre Verbindungen haben müssen und haben werden in der Provinz Posen.

Es wird sich die Frage wegen des Anschlusses an jene Bewegungen für einen gewissen Theil der Polnischen Bewohner der Provinz Posen wesentlich immer nur charakterisiren als eine Frage „der Zeit und der Opportunität“. Meine Herren, in diesem jetzt vorliegenden Falle liegt die Sache aber doch wirklich anders. Der jetzt in Russisch-Polen wüthende Aufstand ist nicht getragen von so allgemeinen nationa-

Digitized by Google

len Sympathien, wie es die früheren waren; es ist — und das sollte doch der Königlichen Regierung nicht unbekannt sein — es ist ein Aufstand, herbeigeführt und wachgerufen durch eine Partei, durch die socialistisch-demokratische Partei, und er wird — ich glaube mich darin nicht zu irren — von denjenigen Mitgliedern der Polnischen Nationalität, die ich als zur eigentlich nationalen Partei gehörig rechnen möchte, nicht gebilligt. Dies ist ein Hauptgrund, warum in der Provinz Posen, wo grade die nationale Partei, wie ich sie eben bezeichnete, ihre Hauptstütze hat, dem diesmaligen Aufstande gegenüber, die von mir vorhin erwähnte Ruhe so vollständig sich erhalten hat. Aber, meine Herren, ich will deshalb immerhin nicht leugnen, daß die jetzt an der Spitze des jenseitigen Aufstandes stehende Partei auch in der Provinz Posen einen gewissen Anklang findet. Nun frage ich Sie, meine Herren, kann es etwas Unzweckmäßigeres geben als eine Maßregel, die es möglich macht, daß der jenseits lodernde Brand in Berührung gebracht wird mit dem Zündstoff, der immerhin doch auch in unserer Provinz vorhanden ist? Wäre es nicht vielmehr die erste Aufgabe der Regierung gewesen, die jenseitige Flamme strenge zu cernniren „an der Grenze“ und nichts zu gestatten, wodurch auch nur „muthmaßlich“ die Ueberschreitung der Grenze von dort aus herbeigeführt und der jenseitige Brand zu uns herübergetragen werden könnte? So viel, meine Herren, über diesen Punkt.

Ich habe dann gesagt, das erwähnte „Engagement“, indem es unzweifelhaft weiter geht, als die gegenwärtige Lage der Dinge es für geboten erachten läßt, ist geeignet, uns in folgenschwerere Verwickelungen mit den anderen Großmächten zu bringen. Meine Herren, ich will mich zunächst davor bewahren, als ob die Rücksicht auf andere Mächte jemals die Preußische Regierung bestimmen könnte etwas zu unterlassen, was sie wirklich, als von den Preußischen Interessen gefordert, für nöthig erachtet. Ich will zugeben und gebe zu, daß ein Aufstand in Russisch-Polen von solchen Dimensionen sein kann, — wie es ein früherer Aufstand ja gewesen ist, — daß die entschiedenste und unzweifelhafte Gefahr für die Preußischen Interessen daraus entstehe. Möge nun dem gegenüber von der andern Seite her eine Gefahr drohen, welche da wolle, so wird es immer Sache der Preußischen Regierung sein, abzuwägen, nach welcher Seite hin die Waage neigt, und wenn sie nach der östlichen Seite sich in Betreff der größeren Gefahr neigen sollte, so würde ich wenigstens der Preußischen Regierung niemals einen Vorwurf daraus machen, wenn sie mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dazu beitrüge, einem Polnischen Aufstande in Russisch-Polen entgegen zu wirken. So liegt aber die Sache jetzt nicht, meine Herren, der Aufstand ist erstens darin von allen früheren verschieden, daß er nicht die allgemeinen Sympathien der Polen theilt, und im Uebrigen, wie sehr er sich von früheren unterscheidet, dies, meine Herren, liegt ja auf der Hand. Während ehemals eine organisirte, vortrefflich disciplinirte Armee den Aufständischen zur Seite stand, sehen Sie jetzt doch in der That nichts weiter als zerstreute Insurgentenhaufen; es fehlt nach allem, was darüber bekannt geworden ist, an jeder einheitlichen Leitung. Die letzten Nachrichten stimmen endlich sämmtlich darin überein, daß der Aufstand sehr viel eher im Erlöschen, als in weiterem Umsichgreifen ist.

Ich habe endlich noch drittens gesagt, meine Herren, daß das „Engagement“ der Würde eines Großstaates wie Preußen widerspricht. Ich dächte, meine Herren, die unangetastete Respectirung der eigenen Landesgrenze wäre doch das erste Fundament für die Achtung des betreffenden Staates im Auslande. Diese Respectirung so leicht hin aufzugeben, so die Landesgrenze der „Discretion“ fremder Truppen

Digitized by Google

preiszugeben, wie es nach dem Engagement geschehen kann, das, meine Herren, ist meines Erachtens nach ein Preisgeben der Achtung, die Preußen in den Augen Europas sich erhalten muß. (Sehr richtig! Hört!)

Nun, meine Herren, — ich will Ihre Geduld nicht lange in Anspruch nehmen — nur noch wenige Worte über die Bedeutung der verschiedenen, Ihnen vorliegenden Anträge. Ich kann mich nur für den des Abgeordneten v. Bonin erklären und muß mich entschieden gegen den Commissionsantrag aussprechen. Meine Herren, schon in der Commission ist dem Antrage der Vorwurf gemacht worden, daß in den Worten: „weder der Russischen Regierung noch den Aufständischen Unterstützung und Begünstigung zuzuwenden" eine völkerrechtliche Gleichstellung der beiden kämpfenden Theile ausgesprochen sei, und daß das nach der Lage der Dinge unmöglich gesagt werden könne. Man hat das bestritten. Es ist gesagt worden, in den Worten einerseits: „die Kaiserlich Russische Regierung" und andererseits: „die Aufständischen", in dieser Gegenüberstellung der beiden Bezeichnungen liege ja schon an und für sich die Entgegenstellung beider und dies schließe die Möglichkeit aus, sie als gleichberechtigt anzusehen. Ich muß das bestreiten, meine Herren, da die Russische Regierung mit ihren Truppen einerseits und auf der anderen Seite die Aufständischen kämpfen, so wird mit der wörtlichen Anführung dieser beiden kämpfenden Theile eben weiter nichts constatirt, als „eine Thatsache". Bringen Sie nun damit die Worte in Verbindung: „weder Unterstützung noch Begünstigung angedeihen lassen", so werden Sie mir zugeben, daß diese Worte eben nichts anderes sind, als die Umschreibung des völkerrechtlichen Begriffes „Neutralität!"

Neutralität aber kann nur geübt werden nach völkerrechtlichen Begriffen von einem Staate in Bezug auf dritte Kriegführende, in dem Falle, wenn die beiden kämpfenden Parteien völkerrechtlich gleichgestellt sind, sei es auch, daß der Eine nur de facto es ist, wie z. B. jetzt bei dem Kampfe in Nordamerika. Wollen Sie also sagen, es soll gegen Beide Neutralität geübt werden, — und das sagen Sie, wenn auch freilich in der Form der Umschreibung, — so sprechen Sie eo ipso damit aus, daß Sie die beiden kämpfenden Theile für gleichgestellt ansehen wollen. Dann, meine Herren, sehe ich aber in der That nicht ein, warum Sie etwas sagen wollen, was an und für sich ganz unmöglich, woran Niemand denkt, daß es der Fall sein könne. Sie sagen: „weder der Russischen Regierung noch den Aufständischen irgend eine Unterstützung oder Begünstigung zuzuwenden." Ja, meine Herren, ich frage Sie, wer in aller Welt kann denn im Allerentferntesten daran denken, daß die Königlich Preußische Regierung — nicht nur die jetzige, sondern auch irgend eine andere — den Polnischen Aufständischen jemals Unterstützung und Begünstigung zuwenden werde. Das ist doch schlechthin etwas Undenkbares; wozu es also aussprechen?

Dann aber endlich, meine Herren, fordern Sie in diesem Satze in der That etwas, was doch an und für sich etwas ganz Unmögliches ist. Sie können es von einer Preußischen Regierung nicht verlangen, daß sie sich einem Aufstande im Königreiche Polen gegenüber vollkommen neutral verhalte. Ich verweise auf das, was ich vorhin schon darüber gesagt habe, in welchem Verhältniß ein Polnischer Aufstand jenseits zu unseren Interessen immer steht. Sie können eine vollständige Neutralität Preußens in solchem Falle nicht verlangen. Es kommt aber ferner hinzu, daß bestimmte Verträge und das bis dahin an sich nicht alterirte nachbarliche und freundschaftliche Verhältniß zwischen Preußen und Rußland die Preußische Regierung nöthigen, gewisse Handlungen trotz des ausgebrochenen Aufstandes nicht zu

Digitized by Google

unterlassen, die sie bisher der Russischen Regierung gegenüber zu erfüllen verpflichtet war. Fordern Sie aber in diesen Worten auch das Unterlassen solcher Handlungen, und das liegt unzweifelhaft mit in Ihren Worten, dann sprechen Sie eben damit aus, daß nicht, wie Sie behaupten, völlige Unparteilichkeit herrschen soll, sondern daß Sie eben damit eine Parteilichkeit gegen die Russische Regierung und zwar offenbar zu Gunsten der Aufständischen constituiren. Meine Herren, nach dem Allen scheint es mir doch, daß es sich mehr empfiehlt, wie es in dem Bonin'schen Antrage geschieht, einfach auf Dasjenige hinzuweisen, was uns eben gegenwärtig in dieser Frage vorliegt, zunächst also, wie es auch in Ihrem Antrage geschieht, ernst und bestimmt Verwahrung dagegen einzulegen, daß die Regierung es gestatte, unsere Grenzen durch Russische Militair-Abtheilungen, in Verfolgung ihrer eigenen kriegerischen Zwecke, überschreiten zu lassen, und dann nur noch hinzuzufügen, daß bei der jetzigen Lage der Dinge, bei dem Charakter des gegenwärtigen Aufstandes in Polen jede weitere Einmischung in den jenseitigen Kampf nur gegen das Interesse Preußens sein könne.

Sie aber, meine Herren, Sie gehen in Ihrem Antrage weiter. Sie fordern nicht allein das, was aus der Sache selbst sich ergiebt, Sie stellen auch Forderungen an die Regierung, die diese unmöglich erfüllen kann, und unter dem Prätexte der Unparteilichkeit drängen Sie vielmehr zur Parteilichkeit gegen die Russische Regierung hin.

Endlich, meine Herren, bitte ich doch noch einen Gesichtspunkt im Auge zu behalten. Es handelt sich um die Entstehungsgeschichte des Antrags, die auch für mich nicht ohne Bedeutung ist und ich glaube, meine Herren, im ganzen Lande nicht ohne Bedeutung bleiben wird. Der Antrag ist die Folge der bekannten Interpellation, er schließt sich unmittelbar an die über dieselbe geführte Debatte. Einen hervorragenden Punkt dieser Debatte bildete die schon mehrfach erwähnte Rede des Herrn Abgeordneten für Bielefeld, der von dieser Seite (links), von welcher der Antrag ausgeht, noch in keiner Weise widersprochen worden ist. Ich will durchaus nicht auf die näheren Details dieser Rede eingehen, aber eine Bemerkung mögen Sie mir doch erlauben. Hier im Hause sowohl, wie außerhalb hat sie den Eindruck gemacht, daß sie einen ganz bestimmt ausgeprägten Charakter trägt, daß sie getragen war „von dem Gefühle tiefer Feindseligkeit gegen Rußland und von dem Gefühle warmer Sympathie für das Schicksal — ich will nicht sagen des Aufstandes — aber der Aufständischen." Meine Herren, sind Sie sicher, daß in Erwägung dieses Zusammenhanges der vorhergegangenen Dinge mit dem Antrage — sind Sie sicher, daß im eigenen Lande, wahrscheinlich auch in Deutschland und Europa, in die Worte Ihres Antrages der Sinn nicht gelegt wird und werden könne, daß damit eine Sympathie für den Aufstand in Polen ausgedrückt werden solle? Meine Herren, ich glaube, das können Sie mit Sicherheit nicht bejahen, ich denke, Sie werden nicht wollen und nicht wollen können, daß ein solcher Sinn in Ihren Antrag gelegt wird. Wenn Sie das aber nicht wollen, dann stimmen Sie für den Antrag des Herrn Abgeordneten v. Bonin. (Bravo! rechts.)

Vice-Präsident Behrend: Der Herr Minister-Präsident hat das Wort.

Minister-Präsident v. Bismarck: Der Herr Abgeordnete, der soeben die Tribüne verläßt, scheint in Betreff der wesentlichsten Gesichtspunkte für die Polnische Frage mit dem, was ich selbst im Namen der Regierung geäußert habe, einverstanden zu sein; um so mehr bedauere ich ein Mißverständniß. Der Herr Abgeordnete

Digitized by Google

ist mehrfach auf ein beklagenswerthes Engagement der Preußischen Regierung zurückgekommen, ihre Grenzen zu öffnen. Er hat wahrscheinlich überhört, was ich vorhin ausdrücklich sagte, daß zu jeder Ueberschreitung der Grenze durch Russische oder Preußische Truppen nach wie vor unsere ausdrückliche Einwilligung erforderlich sei.

Vicepräsident Behrend: Der Abgeordnete Twesten hat das Wort.

Abgeordneter Twesten: Meine Herren! Herr v. Gottberg hat zuerst das Thema angeschlagen, daß eine Volksvertretung genöthigt sei, aus patriotischen Gründen ihre Regierung zu unterstützen in denjenigen Maßregeln, welche sie dem Auslande gegenüber zu ergreifen für gut befinde. Der Herr Minister-Präsident hat in seiner drastischen Weise dieses Thema näher ausgeführt, und hat sofort allen denen, welche eine Resolution des von Ihrer Commission vorgeschlagenen Inhalts annehmen würden, welche dieselbe eingebracht, unterstützt haben oder annehmen werden, erklärt, sie machten sich einer Parteinahme für die Polnische Revolution schuldig, die solidarisch sei mit der Europäischen Revolution, sie machten sich auch eines Einverneh mens mit dem Auslande gegen den eigenen Staat schuldig. Von andern Ausführungen hat er noch hinzugefügt, sie enthielten geradezu eine Einladung des Auslandes zum bewaffneten Angriff auf den Staat. Gegen diese Vorwürfe von Hochverrath oder Landesverrath, glaube ich, ist es nicht nöthig viel zu sagen; es ist der alte Kunstgriff, welchen man gebraucht, um jede unbequeme Opposition auf dem Gebiete der auswärtigen Angelegenheiten zum Schweigen zu bringen oder zu verleumden, (sehr wahr! sehr gut!) als wenn sie sich mit dem Auslande verschwöre gegen den eigenen Staat. (Bravo!)

Es ist ohne Zweifel traurig, wenn man anerkennen muß, daß die Angriffe, die in überwältigender Art von dem Auslande her ertönen, und gegen das Vorgehen der eigenen Regierung gerichtet werden, bis zu einem hohen Grade gerechtfertigt sind, (sehr wahr!) wenn man das Schuldig aussprechen muß über die eigene Regierung in ihren Maßregeln, (sehr wahr!) welche das eigene Land in seinem Verhältnisse zum Auslande betreffen. Aber wir sind in einer unglücklichen Lage und wir können nicht umhin, das bei jeder Gelegenheit wieder und wieder zu constatiren, daß die Ehre der augenblicklichen Regierung nicht mehr die Ehre des Staates und des Landes ist. (Sehr wahr! stürmisches Bravo links.)

Ich weiß allerdings, meine Herren, man macht nicht mit Unrecht jedes Volk für die Maßnahmen seiner Regierung verantwortlich; es ist auch ein ganz richtiger Grundsatz, „ein Volk, welches sich keine bessere Regierung verschaffen kann, verdient auch keine bessere als es sie hat;“ (sehr wahr!) es muß vor Mit- und Nachwelt den Schaden tragen, den ihm seine Regierung zufügt. Aber wenn wir die Ueberzeugung haben, daß die Königliche Staats-Regierung sich auf einem gefährlichen, auf einem unheilvollen Wege befindet, daß sie einen Weg einschlägt, welcher den Haß der Europäischen Völker gegen uns herausfordert, dann haben wir nicht blos das Recht, sondern die dringendste Pflicht, Einspruch zu erheben, dann haben wir die Pflicht vor aller Welt zu constatiren, daß die Bahn der augenblicklichen Regierungsgewalt nicht die Bahn des Preußischen Volkes ist.

Der Herr Minister des Innern hat angedeutet, die Convention, von welcher hier die Rede gewesen, sei vielleicht noch nicht fertig (es stimmt das ungefähr zu dem, was in den letzten Tagen gerüchtweise verlautet) sie sei noch nicht ratificirt. Wenn diese Andeutung einen Wink enthalten sollte, als wolle die Königliche Staatsregierung einen Rückzug antreten, so würde mich das freuen; ich fürchte aber, wenn

Digitized by Google

ein Rückzug angetreten wird, so geschieht es mehr in Rücksicht auf das Ausland, als auf die Stimme des eigenen Volkes. (Sehr richtig! links.)

Der Herr Minister-Präsident hat ausdrücklich erklärt, jede Resolution, die wir hier annehmen möchten, würde die Regierung nicht irre machen, sie sei vollkommen fruchtlos; er ist in seiner Höflichkeit so weit gegangen, die hier stattfindenden Erörterungen nur als Zeitverderb für die Königliche Staats-Regierung zu bezeichnen. (Sehr wahr!)

Meine Herren, ich glaube, es stände besser um das Land und um die Krone, wenn die Königliche Staats-Regierung einem Votum der eigenen Landesvertretung nachgäbe, als wenn sie es den Mahnungen des Auslandes gegenüber thäte; (sehr wahr!) mögen diese nun, wie es von dem Lord Russel oder von einem Französischen Minister ausgesprochen ist, in Form von höflichen Vorstellungen stattfinden, oder mögen sie, wie es anderwärts in einem officiösen Blatte behauptet worden ist, schon die bestimmte Aufforderung enthalten, von der mit Rußland abgeschlossenen Convention zurückzutreten.

Aber dem mag sein, wie es wolle, wir haben zu constatiren, was unsere Ansicht über diese Angelegenheit ist, wir dürfen uns nicht zum Schweigen bringen lassen.

Es kommt nicht darauf an, ob wir auf Grund eines besonderen Verfassungs-Artikels eine entscheidende Stimme haben oder nur eine berathende über die Angelegenheiten, die uns hier beschäftigen. Wir müssen unsere Meinung aussprechen. Man darf nicht sagen, daß die wichtigsten Angelegenheiten des Preußischen Staates in ganz Europa verhandelt werden, nur nicht in dem Preußischen Abgeordnetenhause. (Bravo! Sehr richtig!)

Wenn wir uns in der Lage befinden, daß wir bis zu einem gewissen Grade im Dunkeln tappen, daß wir nicht wissen, was verabredet worden ist zwischen der Königlichen Staats-Regierung und der Kaiserlich-Russischen Regierung, so ist das lediglich die Schuld der Königlichen Staats-Regierung. Wenn der Herr Minister-Präsident darauf aufmerksam gemacht hat, in schwebende Verhandlungen dürften wir uns nicht einmischen, so mache ich darauf aufmerksam, bei der Ablehnung der Beantwortung der Interpellation, die die Herren Abgeordneten von Hoverbeck und von Carlowitz in das Abgeordnetenhaus gebracht hatten, hat der Herr Minister-Präsident nicht erklärt, daß irgend ein Staats-Interesse es ihm unmöglich mache, die Interpellation zu beantworten, sondern er hat ohne irgend einen Grund trocken und ohne Umschweife erklärt, er lehne die Beantwortung der Interpellation ab. (Hört! Hört!)

Wir konnten daher nur annehmen, daß diese Ablehnung lediglich hervorgehe aus dem bekannten Austrocknungsprincip, daß keine Gründe des Staatswohls entgegenstehen. Wenn solche geltend gemacht wären, dann würden wir uns trotzdem zu überlegen haben, ob nicht eine Sache von der Tragweite, wie eine Intervention in Polen sie enthält, ob die nicht eine Erörterung in diesem Hause verlange, aller Unbequemlichkeiten, aller etwaigen kleinen Anstöße, die das erregen könnte, ungeachtet.

Der Herr Minister-Präsident hat jetzt den Inhalt der Convention, wie er bisher mitgetheilt worden ist, für eine Seeschlange, für eine müßige Erfindung der Presse erklärt. „Ich glaube, der Herr Minister-Präsident wird sich da zunächst an seinen Botschafter in London halten müssen. (Sehr wahr! Hört! Hört!)

Man kann nicht annehmen, daß kein Englischer Minister des Auswärtigen in

Digitized by Google

den Mittheilungen, welche er dem Hause der Lords gegeben hat, gelogen habe. (Bravo! von allen Seiten.)

Lord Russel hat nun aber ausdrücklich erklärt, daß der Russische und der Preußische Botschafter ihm Mittheilung gemacht haben über eine Verabredung zwischen den beiderseitigen Regierungen, wonach es den Russischen Truppen gestattet, Insurgenten über die Preußische Grenze so weit zu verfolgen, bis sie einer Preußischen Truppenmacht begegnen, die stark genug, um die Insurgenten zu entwaffnen, und umgekehrt. (Hört! Hört!)

Die Mittheilungen der Presse, die früher waren als diese Erklärungen, stimmten hiermit vollkommen überein und fügten nur noch hinzu, die Convention enthalte auch anderweitige Verabredungen über Bedingungen, unter welchen den Russen die Grenzüberschreitung behufs strategischer Operation freistehe. Nach diesen Vorgängen mußten wir bisher annehmen, daß diese Mittheilungen der Wahrheit entsprächen, wir hatten vollkommene Veranlassung, sie als wahr vorauszusetzen, und der Herr Minister-Präsident hat auch jetzt nicht gesagt, daß sie vollkommen unrichtig seien. Der Herr Minister-Präsident hat erklärt, jede Ueberschreitung der Grenzen durch Russische oder Preußische Truppen sei noch von einer besonderen Einwilligung abhängig gemacht, Ob diese Einwilligung unter gewissen Umständen erfolgen werde oder nicht, hat der Herr Minister-Präsident nicht erklärt; eben so wenig hat er gesagt, von welchen Bedingungen sie abhängig gemacht werden soll. (Sehr richtig!)

Wenn ich deshalb auch zum Grunde der Erörterung noch dasjenige legen muß, was Lord Russel mitgetheilt hat, so ist, glaube ich, der Herr Minister-Präsident selbst schuld, wenn er sich auch jetzt noch nicht bemüßigt gefunden hat, nähere Erklärungen, wenn auch nur negative, abzugeben über dasjenige, was zwischen der Preußischen Regierung und der Russischen verabredet worden ist. Meine Herren, ich glaube nun, wenn zu dieser Thatsache, zu diesen Mittheilungen über den Abschluß einer Convention hinzukommt, daß der Herr Minister-Präsident bei der Beantwortung der Interpellation des Herrn Abgeordneten Kantak ausdrücklich gesprochen hat von einer Pflicht der Königlichen Staats-Regierung, der Bewegung im Russischen Polen entgegenzutreten, wenn hierzu noch die Thatsache kommt, daß Russische Truppen, die über die Grenze gedrängt wurden, in der Weise, wie es das Hoheitsrecht des Preußischen Staats erfordert, entwaffnet worden sind, dann aber ihre Waffen wieder erhielten und zurückgeleitet worden sind auf einen Grenzpunkt, von welchem aus sie sich unmittelbar auf den Kriegsschauplatz begeben konnten, so haben wir vollkommen das Recht, auch die jetzigen Handlungen der Regierung bereits als eine Intervention zu bezeichnen. Ich will mich über den Begriff der Intervention nicht auf irgend welche Aeußerung Einzelner, nicht einmal bekannter Staatsrechtslehrer berufen; ich will mich nur auf diejenigen Autoritäten berufen, welche das neue Europäische Völkerrecht festgestellt haben. In den Verhandlungen der Mächte auf den Congressen der Jahre 1818—1822, namentlich in dem Schlußprotokoll des Troppauer Congresses vom 19. November 1820 und ebenso in den Gegenerklärungen der Englischen Regierung, welche damals Lord Castlereagh in mehrere protestirende Noten faßte, wurden ausdrücklich verschiedene Arten von Interventionen unterschieden. Es giebt danach friedliche Interventionen, durch bloße Vorstellungen. Erklärungen, indirecte Unterstützung des einen oder des andern Theils, und es giebt einen zweiten Grad von Intervention, durch Zwangsmaßregeln. Hiernach können wir annehmen daß, nach dem Europäischen Völkerrechte, jeder Eingriff

Digitized by Google

durch Rath und That in die Verhältnisse eines andern Landes als eine Intervention zu bezeichnen ist. In dieser Beziehung glaube ich jetzt schon von einer Intervention der Königlichen Staats-Regierung im Russischen Polen reden zu dürfen. Ich will nicht auf historische Untersuchungen über die Vergangenheit eingehen, mich auch möglichst frei halten von jeder Art von Sympathie und Antipathie gegen irgend einen Theil. Ich werde mich objectiv an dasjenige halten, was meiner Meinung nach im allgemeinen Interesse des Preußischen Staats geboten ist, und werde danach betrachten, was gerechtfertigt ist und was darüber hinausgeht. Unzweifelhaft ist jeder Staat, also auch die Königliche Staats-Regierung in unserem Lande verpflichtet, ausreichend Sorge zu tragen für den Schutz der eigenen Grenzen. Es ist daher vollkommen gerechtfertigt, wenn die Königliche Staats-Regierung, wie der Herr Minister-Präsident erwähnte, Anzeichen hat, daß in dem eigenen Lande Aufstandsversuche vorbereitet würden, welche vielleicht nicht für den nächsten Augenblick, aber für gewisse günstige Umstände beabsichtigt sein möchten, wenn zugleich ein Krieg geführt wird an der unmittelbaren Grenze, daß dann eine Entfaltung von polizeilichen und militärischen Kräften stattfindet. Nach allen Stimmen aber, selbst aus den Deutschen Kreisen in der Provinz Posen und Westpreußen scheint es, daß die Maßregeln der Königlichen Staats-Regierung größer sind, als nöthig ist. Ich will aber darüber nicht rechten; unbekannt mit den Verhältnissen, unbekannt mit der ganzen Ausdehnung, welche die Königliche Staats-Regierung ihren militärischen Maßregeln gegeben hat, will ich jetzt kein Urtheil darüber fällen. Aber daran glaube ich erinnern zu müssen, wenn die Königliche Staats-Regierung außerordentliche Maßregeln für nothwendig hielt, so hatte sie nicht etwa wegen Verwickelung mit dem Auslande, sondern einfach wegen der entstehenden Kosten der Landesvertretung eine Vorlage zu machen. Selbst in dem Kaiserlichen Frankreich, wo der Constitutionalismus nicht in übertriebener Blüthe steht, fordert man in solchen Fällen außerordentliche Credite, wie z. B. bei der Expedition nach Mexico. Es fehlt auch an jedem Vorwande, eine Ausgabe, welche keine Etats-Ueberschreitung, sondern die ganz und gar eine außerordentliche Ausgabe ist, solche Ausgaben auf die Verantwortlichkeit der Königlichen Staats-Regierung vorzunehmen in dem Augenblicke, wo die Landesvertretung gerade beisammen ist. Hier erlaubt man sich eben noch Alles. (Sehr wahr!)

Wenn Millionen ohne Bewilligung verwendet werden, so heißt es: Wir sind verantwortlich. Wird aber irgendwo darauf hingedeutet, daß mit dieser Verantwortlichkeit zu irgend einer Zeit Ernst gemacht werden könnte, dann hält man sich für berechtigt, wie über einen Fastnachtsscherz bei dem Gedanken zu lachen, daß Millionen auf das Privatconto der Herren Minister geschrieben werden könnten. (Sehr richtig!)

Indessen dies nur nebenbei.

Ich bin vollständig darüber einig mit der Königlichen Staats-Regierung, und ich glaube, wir alle sind es, daß die Königliche Staatsregierung die Grenze zu schützen hat und die Grenzgebiete gegen Aufstände im Innern und gegen Einfälle von Außen. Das Zweite, was in Betracht kommt, sind die völkerrechtlichen Verhältnisse zu Rußland. Das Völkerrecht gegen eine benachbarte und befreundete Macht verlangt ohne Zweifel, daß die Königliche Staats-Regierung den Aufständischen in dem Staats-Gebiete der befreundeten Macht keine Unterstützung irgend einer Art zukommen läßt. Weiter gehen die allgemeinen Verbindlichkeiten nicht.

Die besondere Cartelconvention vom 8. August 1857, welche noch in Kraft

Digitized by Google

steht, enthält keine Bestimmungen, welche unmittelbar auf die hier vorliegenden Fälle angewendet werden könnten; sie enthält nichts darüber, wie die Königliche Staats-Regierung sich zu verhalten hat, wenn Russische Truppen die Grenze überschreiten. Sie spricht von Deserteuren, welche ausgeliefert werden sollen mit Waffen und Pferden; in diesem Falle aber kann von Deserteuren nicht die Rede sein. Ich glaube, die Königliche Staats-Regierung ist nicht verpflichtet, vollkommen so zu verfahren gegen übertretende Truppen, wie es ihre Pflicht sein würde, wenn ein Krieg zwischen anerkannt kriegführenden Mächten, zwischen fremden Staaten stattfindet.

Es ist in dem Kriege zwischen Italien und Frankreich einerseits und Oesterreich auf der andern Seite von der Schweiz gefordert und von ihr auch als Pflicht der Neutralität geübt worden, übertretende Truppen von beiden Seiten zu entwaffnen und bis zum Ende des Krieges zu internirer. Soweit will ich die Verpflichtung der Staats-Regierung nicht ausdehnen; ich glaube, wenn die Russische Regierung die Entlassung ihrer Truppen und die Wiederauslieferung der Waffen und Pferde forderte, so würde die Königliche Staatsregierung sich dem nicht entziehen können. Ich halte es aber für ein Mehr, für eine Verletzung der Neutralität, für eine Intervention, wenn die Königliche Staats-Regierung diese Truppen nicht auf ein Gebiet zurückstellt, welches von dem Kriegsschauplatze entfernt ist, sondern wenn sie ihnen gestattet, unmittelbar von dem Preußischen Gebiet aus, wieder in den Kampf einzugreifen, denn auf diese Weise wird das Preußische Gebiet zu einem Operationsgebiete, und das ist eine Hülfsleistung, das ist eine Intervention. Ein trauriger Fall hat sich noch angeschlossen an die Erörterung der Cartellconvention, welcher hier bereits zur Sprache gebracht worden ist von dem Herrn Abgeordneten v. Roenne und auf welchen der Herr Minister des Innern Bezug genommen hat.

Es sind einige Polen, die von Westen her durch Deutschland gereist sind, auf unserem Grenzgebiete verhaftet worden. Es kann unmöglich eine Verpflichtung aus der Cartelconvention abgeleitet werden, diese Männer an Rußland auszuliefern; denn wie bereits vom Herrn Abgeordneten v. Roenne gesagt ist: Die Convention enthält ausdrücklich Vorschriften, nach welchen Verbrecher nur ausgeliefert werden dürfen, wenn der Russischen Requisition ein Anklagebeschluß oder ein Erkenntniß oder Haftbefehl des competenten Russischen Gerichts beigefügt ist. Davon kann hier nicht die Rede sein. Ebensowenig sind diese Männer als Deserteure oder Kriegsdienstpflichtige zu betrachten. Der Herr Minister des Innern hat nun erklärt, diese Männer seien nicht ausgeliefert worden, sondern ausgewiesen (Heiterkeit) — aber nach der Russischen Grenze hin! (Hört! Hört!)

Meine Herren! Zwischen einer Ausweisung dieser Art und einer Auslieferung ist kein Unterschied. Meine Herren, es wird der Ruf der Entrüstung, welchen wir bereits in der Presse Englands und Frankreichs über diesen Fall gehört haben, nicht dadurch gemildert werden, daß der Herr Minister des Innern zu dem Unglück *auch noch den Hohn fügte*. (Stürmisches Bravo!)

Ich hatte gehofft, daß diese Thatsache dementirt werden würde, oder daß, wenn sie nicht zu dementiren wäre, die Königliche Regierung erklären würde, sie werde das Ihrige thun, um diese Unglücklichen der Russischen Regierung wieder zu entziehen. Leider haben wir das Gegentheil gehört und ich mache Sie darauf aufmerksam, es handelt sich hier nicht nur um Rücksichten der Humanität oder der Moral gegen Polnische Insurgenten, sondern es handelt sich hier um eine Sache, welche wohl geeignet ist, schwere Verwickelungen mit auswärtigen Mächten herbei-

Digitized by Google

zuführen, da behauptet wird, daß diese Polen nicht blos alte russische Papiere hatten, sondern daß sie Pässe der Französischen und Italienischen Regierung hatten.

(Abgeordneter Freiherr v. Vincke: Das ist bestritten worden!)

Es ist das vom Herrn Minister des Innern allerdings bestritten worden, das gebe ich zu; wir werden aber abzuwarten haben, ob der Herr Minister des Innern vollständig richtig informirt gewesen ist, da seine Nachrichten bisher nur auf einer kurzen telegraphischen Depesche beruhen, auf welche Bezug zu nehmen der Herr Minister-Präsident uns in Betreff der Erklärung des Lord Russel nicht als vollgenügend zugestehen wollte! (Sehr gut!)

In der letzteren Beziehung bemerke ich indessen, daß nicht blos telegraphische Depeschen und ein Auszug vorliegen, sondern die stenographischen Berichte über die Verhandlungen im Ober- und Unterhause des Englischen Parlaments.

Die Hauptsache für mich bleibt immer die Frage der Intervention. Ich meine, die Königliche Staats-Regierung hat sich mit einer überstürzenden Hast in ein Unternehmen von der größten Tragweite geworfen. Interventionen sind Angelegenheiten, welche nicht der Laune und Willkür des einzelnen Staates anheimgegeben sind, sondern welche internationalen Rechtes sind. Das ist festgestellt worden in den Transactionen der heiligen Alliance, welche früher Rußland selbst als „Codex des öffentlichen Europäischen Rechts" bezeichnet hat. Während der Congresse von Troppau, Laibach und Verona suchte man allgemeine Grundsätze festzustellen, nach welchen Interventionen nicht dem Gutbefinden der einzelnen Staaten überlassen werden, sondern von der Entscheidung der Großmächte abhängig sein sollten. Mir scheint das ist ein ganz richtiger Grundsatz, welcher bestrebt ist, den Frieden und die Ruhe in der großen Europäischen Staatenfamilie zu erhalten, gestützt auf die unter dieser Staatenfamilie stattfindende Solidarität.

Falsch wurde dieser Grundsatz nur durch die Zugrundelegung des ausschließlichen Princips der absoluten Monarchie, welche die damaligen Gewalthaber als das allein berechtigte anerkannten, welches ihnen in ihrer Revolutions-Angst allein die Ruhe und den Frieden in dem Innern der eigenen Länder und in ganz Europa zu verbürgen schien, von dem jede Abweichung sofort als eine Ausgeburt der Revolution verdammt wurde, wie wir das seit dem Jahre 1848 in überschwenglichem Maße wieder gehört haben. Es war das eine Tendenz-Politik, eben so abstract und deshalb eben so unhaltbar, wie die Theorie der allgemeinen Menschenrechte oder des Nationalitäts-Princips, gegen welche diese Vorwürfe beständig erneut werden. Aus diesem Grunde, aus der falschen Zugrundelegung eines einseitigen staatsrechtlichen Princips, protestirte England in der Note vom 16. December 1820 energisch gegen das System einer förmlichen Gerichtsbarkeit, welche die innere Selbstständigkeit der Staaten bedrohe und alle Nationen beunruhigen müsse. An diesem Widerspruche des Lord Castlereagh scheiterte damals der Europäische Bundestag, welchen Fürst Metternich und Kaiser Alexander beabsichtigten. Aber der Gedanke dieser Solidarität ist festgehalten worden, er ist geltend gemacht worden vor Allem um die Zeit der Juli-Revolution; es haben selten Einmischungen in die inneren Angelegenheiten fremder Länder stattgefunden, ohne vorgängige Verhandlung mit den übrigen, nicht unmittelbar betheiligten Mächten. In manchen Fällen, wie z. B. in dem Kampf zwischen Belgien und Holland, wurde eine Einmischung geradezu als casus belli bezeichnet, namentlich aber in dem Pariser Frieden vom Jahre 1855 ist in dem Art. 7, 27 u. 29 hinsichtlich der Türkei und ihrer Dependenzen, der Donaufürstenthümer und Ser-

Digitized by Google

biens, feierlich und vertragsmäßig jede einseitige Intervention eines einzelnen Staates ausgeschlossen worden. In der bereits erwähnten Englischen Depesche stellte Lord Castlereagh bei seinem Einspruch das Princip auf, allerdings habe im Nothfalle und zum Zweck eigener Vertheidigung jede Macht das Recht der Intervention; um aber gerechtfertigt zu sein, müsse sie auf den Umständen des besonderen Falles, auf einer offenbaren praktischen Gefahr beruhen. Das ist gewiß ein richtiger Grundsatz. Wo ein Krieg gerechtfertigt ist, sei es, indem man einen feindlichen Angriff abwehrt, oder indem man einem drohenden Angriffe zuvorkommt, da ist ohne Zweifel auch eine Intervention gerechtfertigt; aber um so mehr, um so sorgfältiger ist die Lage des besonderen Falles zu prüfen, als eben auch eine gerechte und völkerrechtlich zu billigende Intervention allemal die betreffende Angelegenheit zu einer internationalen Frage macht, und deshalb die anderweite Einmischung anderer Mächte nach sich zieht, wie Rußland im Jahre 1854 zu seinem Schaden dies erfahren.

Der Herr Minister-Präsident hat am 16. Februar dieses Jahres von der Pflicht der Königlichen Staats-Regierung gesprochen, wie ich bereits erwähnt habe, den revolutionairen Bewegungen auch auf dem Gebiete Rußlands entgegenzutreten. Ich gebe vollkommen zu, daß der Herr Minister-Präsident diese Pflicht ganz ausdrücklich aus dem Interesse des Preußischen Staates und der Preußischen Staats-Angehörigen hergeleitet hat. Ich behaupte aber, diese Herleitung ist falsch für die Gegenwart und für die Zukunft. Die Deutschen in Polen, selbst der Verein zur Wahrnehmung der Interessen der Deutschen Bevölkerung in Posen widerspricht ausdrücklich der Annahme, als wenn Aufstände oder auch nur erhebliche Aufregungen unter der Polnischen Bevölkerung unserer östlichen Provinzen bestehen. Gegen innere Unruhen, gegen Einbruch von Außen, dessen sich aber die Polnischen Insurgenten gewiß nicht schuldig machen würden, aus dem guten Grunde, weil sie dadurch der sofortigen Vernichtung durch Preußens Uebermacht sich aussetzen würden, dagegen zu schützen ist die Pflicht der Regierung; die Unterstützung der Russischen Regierung aber und eine Feindseligkeit gegen die Polnischen Insurgenten außerhalb des eigenen Staatsgebiets, die erregt den nationalen Unwillen unserer Polnischen Mitbürger, die stört den Frieden in unseren Polnischen Landestheilen, sie gefährdet im beträchtlichen Maße das Leben und Eigenthum der Deutschen in Russisch-Polen, sie bedroht, wie wir das von verschiedenen Seiten schon haben aussprechen hören, die industriellen Interessen und Handelsbeziehungen vieler unserer Mitbürger in einem außerordentlich hohen Grade, und die Stipulation, welche den Russen gestattet, — sei es nun auch, daß muthmaßlich der Fall nicht eintreten wird, sei es, daß er nur eventuell unter Clauseln und Bedingungen stattfindet, die Stipulation, welche immer unter gewissen Umständen unsere Grenze den Russischen Truppen zur Verfolgnng oder zum Kampf gegen die Insurgenten öffnet, die setzt unsere Grenze der Kriegsführung aus, sie bedroht unsere Städte und Dörfer mit Verwüstungen, statt sie zu schützen.

Was aber die Zukunft betrifft, so kann ich auch dem Herrn Minister-Präsidenten darin nicht beistimmen, daß ein selbstständiges Polen eine überwiegende Gefahr für Preußen enthalte Ich glaube, meine Herren, zunächst liegt diese Eventualität noch ziemlich fern, und wir haben wenig Veranlassung, auf Combinationen einzugehen, für welche sich augenblicklich weder die Umstände, noch bestimmte Pläne, noch irgend welche Mittel der Ausführung berechnen lassen. Sollen wir aber kurz die Eventualitäten ins Auge fassen, so glaube ich, ein selbstständiges Polen als Nach-

Digitized by Google

bar wird weniger bedrohlich für uns sein, als ein mächtiges Rußland. Rußland hat die Position des Congreß-Polens nicht umsonst gewählt, sie ist stets aus dem Wiener Congreß und später als eine Angriffs-Position für Rußland, als eine Position betrachtet worden, welche die Grenze Preußens und Oesterreichs schwer bloßstellt, welche dazu dient, Rußland einen überwiegenden Einfluß auf die Deutschen Mächte zu sichern. Ich glaube nicht, daß wir uns zu einem selbstständigen Polen besonderer Freundschaft zu versehen hätten, ich glaube aber, einer solchen Freundschaft haben wir uns auch nicht zu Rußland zu versehen und darüber liegen positivere Thatsachen vor, als die Vermuthungen, welche wir an die Constituirung eines selbstständigen Polens knüpfen könnten. Die wichtigste, nächste und dringendste Gefahr, glaube ich aber, würde nur dann eintreten, wenn sich wirklich einmal Polen und Rußland innig vereinigten in dem gemeinsamen Hasse gegen Deutschland. Wir wissen ja, meine Herren, daß Parteien, und nicht ohnmächtige Parteien, in diesen beiden Nationen auf eine solche Vereinigung hinarbeiten, und wenn bisher wenig Aussicht auf Erfolg vorhanden zu sein scheint, so glaube ich doch, das beste Mittel, eine solche Vereinigung auf Grund der panslavistischen Ideen herbeizuführen, das beste und geeignetste Mittel dazu wäre eine Preußische Intervention zu Gunsten Rußlands. Eine solche Intervention würde den Haß der Polen gegen Rußland abkühlen und ihn im gesteigerten Maße gegen uns wenden. Ich glaube, eine solche Intervention würde es in der That dem Russischen Kaiser ermöglichen, eine versöhnliche Politik in Polen einzuschlagen, was bisher selbst dem vorauszusetzenden guten Willen nicht gelungen ist. Und wenn dieses Ereigniß stattfinden sollte, dann, glaube ich allerdings, würde unsere Position am Baltischen Meere sehr ernstlich und schwer bedroht sein. Meine Herren, Interventionen in fremden Ländern, namentlich gegen die Schwachen und Unglücklichen, sind überall unpopulär.

Mit ihrem jetzigen Eintreten gegen die Polnische Insurrection macht die Königliche Staatsregierung sich, mag sie es ablehnen oder nicht, in den Augen von ganz Europa mitverantwortlich für die Maßregeln der Russischen Regierung, für die Maßregeln, welche Lord Russell als sehr hart, sehr unklug und sehr ungerecht bezeichnet hat. Dieses Eintreten war meines Erachtens um so unpopulärer und um so bedenklicher, als es sich bei jeder Erhebung der Polnischen Bevölkerung gegen Rußland, mag sie ein Act der Verzweiflung oder ein prämeditirter Plan sein, um das Nationalitätsprincip handelt, um das Nationalitätsprincip, welches heutigen Tages nicht blos von der öffentlichen Meinung, sondern auch von den Regierungen mächtiger Staaten anerkannt und unterstützt wird. Der Herr Ministerpräsident hat sich über die besondere Deutsche Eigenthümlichkeit beklagt, das Nationalitätsprincip auch gegen das eigene Interesse geltend zu machen. Meine Herren, ich bin weit davon entfernt, dem Nationalitätsprincip irgend eine ausschließliche, allein maßgebende Berechtigung zuzuerkennen, in dessen Namen Staatsrecht und Völkerrecht, Geschichte und Verträge über den Haufen geworfen werden dürften. Allein entscheidend ist dieses Princip nicht und kann es selbst in weit idealeren Staatenverhältnissen, als die gegenwärtigen in Europa sind, nicht werden. Es werden sich unter allen Umständen Theile der einen Nationalität gefallen lassen müssen, dem Staatsverbande der anderen Nationalität anzugehören. Das werden sie namentlich immer müssen in solchen Landestheilen, welche von überwiegenden Landestheilen anderer Nationalitäten eingeschlossen sind, in solchen Landestheilen, welche zur Herstellung einer Verbindung der anderen Nationalität absolut unentbehrlich sind, besonders in solchen Landestheil-

Digitized by Google

len, in welchem sich eine gemischte Bevölkerung befindet. In solchen Fällen wird sich kein Rechtsprincip zur Entscheidung finden lassen und dann wird die Entscheidung, welche Nationalität sich zu fügen hat, allerdings eine Frage der Macht werden. Aber eine hohe Bedeutung dürfen wir doch diesem Nationalitätsprincip nicht versagen, da wir jetzt sehen, wie überall das Streben der Europäischen Völker dahin geht, die Grenzen des Volksthums und der Staaten möglichst einander deckend zu machen. Das ist auch keine Sache der bloßen Sympathie, keine Sache eines bloßen theoretischen Princips. Es ist dies auch eine Frage der realsten Politik. Wir sehen überall die Einheit der Nationalität als eine Quelle der Stärke und der Macht derjenigen Staaten, die so glücklich sind, sich einer Einheit der Nation und des Staates rühmen zu dürfen. Wir sehen es überall als eine Ursache der Zwietracht und der Schwäche, wo ein Zwiespalt in demselben Staatsverbande zwischen verschiedenen Nationalitäten entsteht. Das sehen wir bei dem Racenkampfe in der Türkei, bei dem Auflehnen der Italiener und Magyaren gegen Oesterreich, in dem oft wiederholten Kampfe der Polen und Russen, in dem Gegensatze der Dänen und Deutschen und dem Gegensatze der Slaven und Deutschen.

Meine Herren, in der Presse und in den Regierungen der außerdeutschen Mächte haben sich Alle übereinstimmend erhoben gegen den Schritt unserer Regierung. Nicht von Demokraten oder Literaten, sondern in der Versammlung der vornehmsten und staatsmännischsten Aristokratie der Welt sind über die Schritte der Preußischen Regierung Worte gefallen, welche unsere Presse nicht wiederzugeben wagt; (Hört!) es werden Noten angekündigt, welche der Ausführung der Convention entgegentreten. Ich glaube, daß ich nicht eben geneigt bin, Gespenster zu sehen, wenigstens keine große Furcht vor ihnen habe. Ich glaube nicht an die Wirklichkeit von Französischen Flottendemonstrationen und Observationscorps, noch weniger an einen Krieg, der aus dieser Veranlassung entstehen könnte. Aber bei den gespannten Verhältnissen der Europäischen Staaten, bei den Verwickelungen, in welche die Wirren des Orients über kurz oder lang die Europäischen Staaten führen könnten, können wir uns nicht verhehlen, daß es eine dringende Gefahr ist, wenn Preußen durch seine Politik verfeindet wird mit den Westmächten und hingedrängt zu einem ausschließlichen Bündniß mit Rußland, wie ich das als die Folge der Schritte der Königlichen Staatsregierung betrachten muß, (Sehr richtig!) jedenfalls hat uns aber der Schritt, den die Königliche Staatsregierung gethan, schon in die Lage gebracht, daß wahrscheinlich vor dem Drucke des Auslandes zurückgetreten werden muß, wenn nicht von den unmittelbaren Abreden, so doch von den weitergehenden Absichten, welche die Staatsregierung kundgegeben hatte. Dann nun aus diesem Schritte, selbst aus seiner ersten Anbahnung, unheilvolle Verwicklungen der schwersten Art entstehen müßten das scheint mir, war vom ersten Augenblicke an so vollkommen klar, daß jeder es erkennen mußte, der die Verhältnisse auch nur nach der äußerlichsten Lage der Dinge betrachtet, der eben nicht blind ist gegen dasjenige, was vor sich außerhalb seines eigenen engen Kreises. Ich frage, meine Herren, hat die Königliche Staats-Regierung allein es nicht vorausgesehen, hat sie allein nicht gesehen, daß ein Sturm losbrechen würde, wie er bereits in Frankreich und England sich erhoben hat?!

Nun, meine Herren, es ist dieselbe Partei, dieselbe Parteiregierung, welche im Innern heillose Zerwürfnisse heraufbeschworen hat, die jetzt auch nach außen hin den

Digitized by Google

Staat schweren Gefahren oder tiefen Demüthigungen preisgiebt. (Von allen Seiten: „Sehr wahr“!)

Es schien mir besonders sehr auffällig, daß der Herr Ministerpräsident sich auf eine Politik eingelassen hat, welche einen Bruch der freundlichen Beziehungen mit Frankreich in so unmittelbare Aussicht stellte. Es hieß von dem Herrn Minister-Präsidenten, er lege besondern Werth auf das gute Verhältniß zu Frankreich, welches nunmehr leichthin in die Schanze geschlagen wird. Er mußte ja die dortigen Verhältnisse, die Beziehungen zwischen der öffentlichen Meinung und der Regierung in Frankreich genau kennen! Man erwartete oder verkündete von dem Herrn Ministerpräsidenten eine reale Politik, die lediglich auf die Macht des Preußischen Staates gerichtet sei, und nicht auf politische Tendenzen. Man sprach freilich auch davon, daß der Herr Ministerpräsident keineswegs der Kreuzzeitungspartei angehöre; da er jedoch nach den Theorien, mit den Maßregeln und mit den Männern der Kreuzzeitung regiert, so ist die Frage für die innere Politik eine ziemlich müßige. Im Auslande hat ein wesentlicher Unterschied bestanden zwischen dem Herrn Ministerpräsidenten und den meisten Mitgliedern der Kreuzzeitungspartei; das war die eingewurzelte Antipathie des Herrn Ministerpräsidenten gegen Oesterreich, die ja auch aus der Circulardepesche vom 24. Januar d. J. noch erhellt, in welcher er die Beziehungen zu Oesterreich als gespannte und schlechte ausdrücklich bezeichnet.

Jetzt aber zeigt es sich, daß, wenn auch in dem einen Punkte ein Unterschied stattfinden mag, in der ganzen Leitung der auswärtigen Politik keiner besteht. Es ist klar, wer sich ausschließlich auf eine Partei stützt, der muß auch der Partei folgen; er schiebt nicht, sondern wird geschoben. Das Gerücht sagt, die Convention sei geschlossen worden ohne Zuthun des Herrn Ministerpräsidenten. Das war ohne Zweifel falsch und unrichtig; aber das hält man wohl ziemlich allgemein für richtig, daß der Gedanke, die Einleitung dazu, nicht von dem Ministerpräsidenten ausging. Meine Herren, wenn nach dem Gerüchte — etwas Anderes als Gerücht können wir ja darüber nicht haben — der Herr Graf v. d. Goltz, der Preußische Botschafter in Paris, die Convention als rein militärischer Natur rechtfertigen mußte, wenn wir auch sonst diese Convention als eine Militärconvention bezeichnen hören, vielleicht um sie unter den abstracten Preußischen Begriff der Kriegsherrlichkeit subsumiren zu können, wenn die Verhandlungen über Fragen von der höchsten Tragweite und den complicirtesten politischen Verhältnissen lediglich durch Offiziere geführt worden sind, und, wenn wir Abreden getroffen sehen, mit völliger Rücksichtslosigkeit gegen alle sonstigen rechtlichen und politischen Rücksichten, die bei diesen Schritten zur Erwägung kommen mußten, dann, glaube ich in der That, sind wir nicht mehr in der Zeit, daß wir uns einer militärischen Dictatur, einer Adjutanten-Regierung nähern, in welcher die verantwortlichen Minister nur noch die laufenden Geschäfte zu besorgen haben, (Ruf: Hört! Hört!), sondern wir sind schon mitten darin. (Ruf: Sehr wahr!)

Man möchte in der That fragen: Ist das die allein regierungsfähige Partei? Mir scheint, nur eine chaotische Verwirrung in den einflußreichen Kreisen kann es erklärlich machen, daß die Sachen so verlaufen sind, wie wir es nach den vorliegenden Thatsachen annehmen müssen. Einzig und allein die retrograde Partei, welche die Tendenzpolitik der heiligen Alliance fortsetzt, welche aus Rücksicht auf die innere Politik ein Anlehnen an Rußland wünscht, kann mit gänzlicher Verkennung aller sonstigen Rücksichten und Interessen des Preußischen Staates uns in eine Politik

Digitized by Google

treiben, welche uns auf Gnade oder Ungnade an Rußland fesselt. Ich möchte in der That wissen, was wir je von Rußland zu erwarten hätten. Wären auch allgemeine Allianceen ohne bestimmte vorliegende, concrete, gemeinsame Interessen weniger unfruchtbar, weniger unzuverlässig, als sie sich nach der Erfahrung von Jahrhunderten zu allen Zeiten bewährt haben, so hätten wir doch von Rußland nichts zu hoffen. Schwach, wie es außerhalb seiner Grenzen ist, wird es uns nicht viel nützen können, weder zur Vertheidigung gegen auswärtige Angriffe, noch zur Erweiterung unserer Macht, wenn es dies auch wollte. Aber ich glaube, es wird das niemals wollen. Rußland hat uns in Deutschland niedergehalten, Rußland ist uns entgegengetreten in dem Zwiste mit Dänemark und in dem Zwiste mit Oesterreich, es hat das augenscheinlichste Interesse daran, Deutschland schwach und zerrissen zu erhalten, um seinen eigenen Einfluß in Europa zu wahren und zu verstärken.

Es wird uns niemals behülflich sein wollen; es liegt in der Natur der Dinge, gegen welche Rußland niemals handeln wird. Alle Vortheile des Bundes werden auf seiner Seite sein. In Warschau mag man vielleicht der Empfindlichkeit über die Zudringlichkeit der Preußischen Hülfe Raum gegeben und die übrigen Verhältnisse unberücksichtigt gelassen haben. Die Depesche des Herrn v. Tengoborsky, deren Existenz allerdings von der Russischen Gesandtschaft, wie es schien, dem Herrn Ministerpräsidenten gegenüber in das Nichtwissen gestellt werden ist, soll nach anderen, glaubwürdigen Versicherungen echt sein, und es liegt ja auch ziemlich nahe, zu denken, daß man in Warschau empfindlich darüber ist, daß die eigene Regierung oder die Preußische Regierung der Macht und Fähigkeit der Machthaber in Warschau nicht hinlängliches Vertrauen schenkt, einen Aufstand zu unterdrücken, der öffentlich und officiell immer ziemlich geringschätzig behandelt wird. In Petersburg aber glaube ich, da wird man zwar niemals dankbar sein, oder noch weniger sich dankbar beweisen für Preußische Hülfe, aber man wird doch die Convention richtig gewürdigt haben. Abgesehen von der augenblicklichen, materiellen Unterstützung, die durch irgend eine directe oder indirecte Hülfsleistung erfolgen könnte, wird Preußen, an Rußland gebunden, unter allen Umständen eine herrliche Vormauer sein gegen jeden Angriff von Westen her und ein sehr werthvoller Verbündeter für die etwanigen Pläne, welche Rußland im Oriente abermals in einen Europäischen Krieg verwickeln könnten. Ganz abgesehen aber davon zeigt sich schon jetzt, daß Preußen ein trefflicher Ableiter für die Europäische Entrüstung ist, (Sehr richtig!) die sich sonst mit Recht oder Unrecht in vollen Strömen über die Russische Unterdrückung der Polen ergießen würde. Jetzt aber vergißt man die Gewaltmaßregeln, welche den Aufruhr hervorgerufen, jetzt vergiebt man die harten Maßregeln, mit welchen man ihn bekämpft, jetzt verzeiht man der Nothwendigkeit, welche Rußland für seine Selbsterhaltung und die Nothwendigkeit, seinen Besitzstand aufrecht zu erhalten, anführen kann, und ergießt dagegen in vollen Strömen den Zorn über Preußen, welches sich ohne Noth, freiwillig zum Helfershelfer einer fremden Gewaltherrschaft macht. Ist die Intervention unnöthig, weil die Russen allein des Aufstandes Herr werden können, dann, meine Herren, ist sie um so gehässiger, weil um so weniger eine Veranlassung zu ihr vorlag; ist sie aber wirklich nöthig, dann wird sie um so gefährlicher, weil sie droht, unsere Kräfte zu engagiren, während sie niemals irgend eine Gegenleistung, die uns zu Hülfe kommen könnte, in Aussicht stellt. (Sehr richtig!)

Unter diesen Umständen, meine Herren, — und wie es mir scheint, genöthigt — uns auszusprechen über dasjenige, was wir für nothwendig halten in der gegen-

Digitized by Google

wärtig schon zu einer Europäischen gewordenen Frage, kommt es, meines Erachtens, vor Allem darauf an, daß wir den Grundsatz aussprechen, daß wir keine Art von Intervention billigen, welche die Königliche Staatsregierung im Russischen Gebiete vornehmen könnte — mag diese eine directe oder indirecte sein. Da wir so wenig bekannt sind mit dem Inhalt der Convention, da dieselbe durch die heutigen Erklärungen des Herrn Minister-Präsidenten noch zweifelhafter geworden ist, als wir glaubten, sie annehmen zu dürfen nach den bisher vorliegenden Thatsachen, glaube ich nicht, daß es gerathen sein würde, in der Resolution selbst direct Bezug auf eine solche Convention zu nehmen, deren Inhalt eben noch so wenig bekannt ist. Ich glaube, wir werden uns darauf beschränken müssen, dasjenige auszusprechen, was wir für nothwendig halten. Ich gestehe, die Form, in welche dieser Ausspruch gekleidet wird, ist mir ziemlich gleichgültig. Jeder muß natürlich wünschen, daß nichts ausgesprochen werde, was den thatsächlichen Verhältnissen widerspricht oder was mißgedeutet werden könnte.

Der Herr Minister-Präsident hat eine solche Mißdeutung in dem Ausspruche der Commission gefunden, welche in demselben Satze die Russische Regierung und die Aufständischen nennt. Der Herr Minister-Präsident meint, man würde darin ein Interesse für die Polnische Revolution erblicken. Meine Herren, ich kann aus der Commission etwas anführen, was gerade das Gegentheil dieser Auffassung enthält. In der Commission habe ich mich gegen die Fassung des eingebrachten Antrages aus einem andern Grunde erklärt; ich wünschte, daß die Resolution nur gegen dasjenige gerichtet würde, was wir befürchten müßten, daß gegen unsere Ansicht geschehen möchte, und das war also eine Unterstützung Rußlands. Es lag eine Unterstützung Polens, der Polnischen Insurgenten, gänzlich außer Frage. Da wurde mir erwiedert, wenn man die Polnischen Insurgenten auslasse, nachdem sie einmal im Antrage der Herren Antragsteller erwähnt worden, so könnte das gedeutet werden, als wollten wir eine Unterstützung der Insurrection nicht ablehnen, und um diesen Anschein zu vermeiden, müßten diese Worte stehen bleiben. (Hört! links.)

So entfernt war man davon, in diesen Worten den Anschein finden zu wollen, als nähme man Partei für die Polnische Insurrection.

Wie gesagt, mir kommt es auf die eine oder die andere Fassung wenig an; ich finde es im Wesentlichen von geringem Unterschiede, ob man den einen Punkt oder den andern Punkt ausläßt oder hervorhebt. In der Sache selbst ist die überwältigende Majorität dieses Hauses ohne Zweifel einig, vollkommen einig darin, daß sie jedes Einschreiten der Königlichen Staats-Regierung, welches über die unmittelbare Selbstvertheidigung der Preußischen Grenze und der Preußischen Staatsbürger hinausgeht, mißbilligt.

Meine Herren, das erste Erwachen des politischen Instinktes in Preußen, wie in ganz Deutschland nach den Kämpfen von 1813—1815 erhob sich gegen das Russische Uebergewicht, welches mit einem Regierungs-System, das dort gerechtfertigt war, das dort den Verhältnissen entsprach, denn aber das übrige Europa seit langer Zeit mehr und mehr entwuchs, der ganzen Europäischen Reaction zum Rückhalt diente, überall den Aufschwung und die Entwickelung der Völker hemmte. Im ganzen Lande protestirt man jetzt einmüthig gegen die Reminiscenzen der heiligen Alliance. Wie gegen die innere Politik dieser Regierung, meine Herren, lassen Sie uns laut und einmüthig protestiren gegen eine auswärtige Politik, welche unsern Staat zu verderben droht. (Stürmisches Bravo!)

Digitized by Google

Präsident: Der Herr Minister-Präsident hat das Wort.

Minister-Präsident v. Bismarck: Der Herr Vorredner ist wiederholt auf die Verhandlungen des Englischen Parlaments und die darüber hierher gelangten Nachrichten zurückgekommen. Er hat die Zeitungsberichte darüber als authentisch betrachtet und nöthigt mich zu der Erklärung, daß wenn die Aeußerungen Lord Russels in den Zeitungen richtig enthalten sind, sie nicht genau die Thatsachen wieder geben. Wir haben keine Stipulation mit Rußland weder abgeschlossen, noch besteht eine, welche den Aeußerungen Lord Russels in dem Englischen Parlament entspräche. Demungeachtet muß ich den mir persönlich als ehrenwerth bekannten Englischen Staatsmann gegen den harten eventuellen Vorwurf, den der Herr Vorredner gegen ihn vorbrachte, auf das Bestimmteste in Schutz nehmen. Lord Russel selbst sagt in seinen Aeußerungen, daß er den Wortlaut der Verabredungen — oder Stipulationen, wie er sie nannte — nicht kenne. Ich bin zweifelhaft — aus dem Kopf wenigstens weiß ich es nicht —, ob der Königliche Botschafter in England damals mit diesem Wortlaute hat bekannt sein können. Auf den Wortlaut aber, meine Herren, kommt in solchen Sachen Alles an, sie pflegen vorsichtig gefaßt zu sein.

Ich kann daraus nur von Neuem die Lehre entwickeln, daß es nicht vorsichtig ist, über Dinge zu sprechen, die man nicht kennt, und ich glaube, Sie Alle, auch die Herren Vorredner nicht ausgenommen, werden zu derselben Ueberzeugung kommen, wenn der genaue Inhalt unserer Verabredung einmal öffentlich bekannt werden wird. Er ist nicht der Art, daß wir genöthigt wären, irgend etwas zurückzunehmen, was wir gethan hätten, nicht der Art, daß der von dem Herrn Vorredner uns angesonnene, Rückzug weder aus Rücksicht auf die Wünsche der Landesvertretung, noch aus Rücksicht auf den Eindruck im Auslande erforderlich wäre. Für die eingehenden Bemühungen des Herrn Vorredners juristisch nachzuweisen, daß der Interventionsfall bereits vorläge und daß andere schwere Verletzungen gegen auswärtige Regierungen durch unsere Handhabung der bestehenden Cartelverträge vorliegen, ihm dafür zu danken, das muß ich den fremden Regierungen überlassen, die etwa nach Vorwänden der Art suchen.

Präsident: Meine Herren! Die Zeit ist bereits sehr vorgerückt. Ich habe noch dem Herrn Handels-Minister zur geeigneten Zeit das Wort behufs Einbringung eines Gesetzes zu ertheilen, und außerdem sind noch persönliche Bemerkungen zu erledigen. Ich glaube, daß wir mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit die heutige Debatte wohl abschließen können. (Zustimmung rechts; Widerspruch links.)

Es sind in dieser Beziehung verschiedene Ansichten laut geworden; von der einen Seite wünscht man, daß die heutige Verhandlung abgebrochen, von der andern, daß sie fortgesetzt werde. Es muß also darüber abgestimmt werden, ob überhaupt die Vertagung der heutigen Sitzung auf morgen 10 Uhr statthaben soll. Ich ersuche diejenigen Herren, welche die Vertagung unterstützen wollen, aufzustehen. (Geschieht)

Die Unterstützung ist sehr ausreichend. Nach der Geschäfts-Ordnung habe ich ihnen die Rednerliste mitzutheilen: Für den Commissions-Antrag sind eingeschrieben die Herren Abgeordneten:

v. Hennig (Strasburg), Schulze (Berlin), Dr. Loewe (Bochum), Dr Waldeck, Behrend (Danzig), Duncker, Reichensperger (Bekum), Plaßmann, von Unruh (Elbing), v. Carlowitz, Bleibtreu, Laßwitz, v. Benkowski, Dr. Faucher, Müller (Anclam) und v. Forckenbeck;

Digitized by Google

gegen den Commissions-Antrag die Herren Abgeordneten:

v. Vincke (Stargard), Graf Bethusy-Huc, v. Bonin (Genthin), Dr. Virchow, v. Bonin (Stolp), Dr. Simson und Groote.

Zu einer persönlichen Bemerkung haben sich noch gemeldet die Herren Abgeordneten Dr. Becker und v. Unruh.

Diejenigen Herren, welche die Vertagung der heutigen Sitzung auf morgen 10 Uhr wünschen, bitte ich aufzustehen. (Geschieht.)

Die Vertagung ist abgelehnt.

Sie erlauben mir wohl, daß ich dem Herrn Handels-Minister zur Einbringung eines Gesetz-Entwurfes jetzt das Wort ertheile.

Der Herr Handels-Minister hat das Wort.

Handels-Minister Graf v. Itzenplitz: Es ist ein Gesetz, welches sich auf die Bergwerks-Abgaben bezieht und welches ich mir mit der Allerhöchsten Genehmigung hier einzubringen erlaube.

Es ist den geehrten Herren bekannt, daß die Bergwerks-Abgaben durch mehrere Gesetze theils schon herabgesetzt sind, theils herabgesetzt werden sollen.

In dem ersten dieser Gesetze ist festgestellt, daß Privat-Verträge über dergleichen Abgaben durch das Gesetz nicht tangirt werden, sondern in Kraft bleiben sollen Die Absicht dieser Bestimmung war nicht, die Staats-Kasse vor Nachtheilen zu bewahren, sondern Eingriffe in bestehendes Privatrecht zu vermeiden.

Es hat nun die Mansfelder Kupferschiefer-Bergbau-Gesellschaft, eine wohlbekannte und achtbare Corporation, durch frühere Sächsische und Königlich Westphälische Anordnungen besondere Verträge mit dem Staat gehabt, nach welchen ihre Abgaben bezahlt werden sollen, welche früher geringer waren, aber jetzt höher sind, als die, welche alle Anderen bezahlen. Es wird nun hierdurch diese Corporation schon jetzt benachtheiligt, und es wird dies in erhöhtem Maße der Fall sein, wenn die allgemeinen Bergwerks-Abgaben noch weiter herabgehen.

Es ist dies eine Unbilligkeit, man kann sagen, eine Ungerechtigkeit, den Concurrenten gegenüber, wozu keine Veranlassung da ist. Es ist daher mit dieser Bergwerksgesellschaft und mit allen ähnlichen in solcher Situation ein Vertrag stipulirt worden, welcher aber nicht zur Perfection kommen kann, bevor nicht der §. 13 dieses vorbezeichneten Bergwerksgesetzes geändert ist. Der Zweck dieser Vorlage ist also, diesen Paragraph zu modificiren, und beehre ich mich, dem Hause dieselbe vorzulegen. Aus dem Gesetz-Entwurfe und den Motiven desselben ist das Nähere zu ersehen, und will ich das hohe Haus in dieser späten Stunde nicht länger mit der Sache aufhalten.

Präsident: Der Herr Handels-Minister hat keinen Vorschlag über die Behandlung des eben angekündigten Gesetz-Entwurfs gemacht. Wenn ich nun glauben dürfte, daß die XIV. Commission bereits alle diejenigen Mitglieder enthalten wird, welche mit dem Bergbau näher vertraut sind, so möchte ich anheim geben, der XIV. Commission diesen Gesetz-Entwurf zu überweisen. Der Herr Handels-Minister hat das Wort.

Handels-Minister Graf v. Itzenplitz: Ich habe mich eines Vorschlags enthalten, um dem Herrn Präsidenten nicht vorzugreifen. Ich glaube aber, es geht aus dem, was ich gesagt habe, hervor, daß bei diesem Gesetze (abweichend von dem andern, was ich neulich vorgelegt habe) es sich allerdings um Rückwirckung auf die Staatskasse handelt. Es wird jetzt die Einnahme der Staatskasse in Folge dessen

Digitized by Google

etwas ermäßigt werden. Es wird der Mansfelder Gesellschaft dasselbe Recht dadurch, was alle andern Bergbau-Gesellschaften haben.

Präsident: Es könnte unter den obwaltenden Umständen vielleicht geboten sein, daß die Finanzcommission mit der XIV. Commission sich vereinigte, um das Gesetz zu berathen. Ich würde diesen Vorschlag mit Rücksicht auf das, was der Herr Handelsminister geäußert hat, machen.

Der Herr Abgeordnete v. Carnall hat das Wort.

Abgeordneter v. Carnall: Ich wollte mir den Vorschlag erlauben, der XIV. Commission diesen Gesetzentwurf zu übergeben und zwar aus dem einfachen Grunde, weil ich glaube, daß die Interessen, die dabei in Betracht kommen, vollkommen in dieser Commission vertreten sind.

Präsident: Ich will dann von meinem zweiten Vorschlage zurücktreten und meinen ersten Vorschlag wieder aufnehmen, da der Herr Vorsitzende der XIV. Commission uns hier schon mitgetheilt hat, daß auch in der XIV. Commission Mitglieder sich befinden, die das Finanzinteresse des Staates mit zu wahren haben. Wenn das Haus damit einverstanden ist (Pause.) und das ist der Fall, so wird die XIV. Commission den Gesetzentwurf zu berathen haben.

Der Herr Abgeordnete Freiherr v. Vincke hat das Wort zur Geschäfts-Ordnung.

Abgeordneter Freiherr v. Vincke (vom Platz): Das hohe Haus hat die Vertagung der Sitzung nach einer fünfstündigen Dauer und zu einer Zeit abgelehnt, wo die Sitzungen gewöhnlich vertagt zu werden pflegen. Ich kann dies, da ich die Ehre habe, der nächste der eingeschriebenen Redner zu sein, zunächst nur als ehrenvoll für mich betrachten, doch glaube ich nicht, daß es billig sein wird, nachdem man fünf Stunden mit angestrengter Aufmerksamkeit zugehört und in der Atmosphäre, in der wir uns hier leider nach fünf Stunden befinden, in dieser drückenden Luft, Jemandem zuzumuthen, vielleicht noch eine bis anderthalb Stunden zu sprechen, daher möchte ich an die Billigkeit der Herren (Zur Linken.) appelliren und Sie bitten, die Sitzung zu vertagen — allerdings nur in meinem persönlichen Interesse. — Wenn indessen die Herren wünschen, so stehe ich auch jetzt zu Diensten. (Ruf: Nein, nein, Vertagung!)

Abgeordneter Behrend (Danzig): Ich trage auf Vertagung der Sitzung an.

Präsident: Der Herr Abgeordnete Behrend (Danzig) hat auf Vertagung der Sitzung angetragen. Wir werden wohl gleich, ohne die Unterstützungsfrage zu stellen, darüber abstimmen können, da ich vorhin schon die Rednerliste mitgetheilt habe. Diejenigen Herren, welche die heutige Sitzung auf morgen 10 Uhr vertagen wollen, bitte ich aufzustehen. (Geschieht.)

Die Vertagung ist angenommen.

Meine Herren! Ich habe noch das Wort zu einer persönlichen Bemerkung des Herrn Abgeordneten v. Unruh (Elbing) zu ertheilen.

Abgeordneter v. Unruh (vom Platz): Da ich hoffe, morgen zum Worte zu gelangen, so verzichte ich heute auf die persönliche Bemerkung.

Präsident: Der Herr Abgeordnete Dr. Virchow hat das Wort zur persönlichen Bemerkung. —

Abgeordneter Dr. Virchow (vom Platz): Ich habe nur eine kurze Bemerkung gegen den Herrn Abgeordneten für Stolp zu machen. Derselbe hat aus einer Bemerkung, welche ich neulich bei Gelegenheit der Interpellation der Herren Abgeord-

Digitized by Google

neten Schulze und v. Carlowitz gemacht habe, geschlossen, es sei die Einbringung jener Interpellation ein bloßes Parteimanöver gewesen. Ich wollte ihn, der sich heute so stark auf sein inneres Auge berufen hat, nur darauf hinweisen, daß sein äußeres Auge durch einen Blick auf die stenographischen Berichte ihn hätte belehren können, daß ich nur gesagt habe, ich hätte jene Interpellation nicht unterschrieben, weil ich die Ueberzeugung hätte, daß der Minister-Präsident darauf nicht antworten würde. Es war dies also eine rein persönliche Aeußerung von mir.

Präsident: Meine Herren! In der morgenden Sitzung würden wir die heute nicht beendete Tages-Ordnung zu erledigen haben und außerdem wünsche ich diejenigen Mitglieder dieses Hauses, welche bis jetzt noch nicht den Eid auf die Verfassung geleistet haben, zu vereidigen.

Ich schließe nunmehr die heutige Sitzung.

Schluß der Sitzung 3 Uhr 5 Minuten.

Digitized by Google

Achtzehnte Sitzung

am Freitag, den 27. Februar 1863.

Die Sitzung wird um 10 Uhr 15 Minuten durch den Präsidenten Grabow eröffnet.

Am Ministertische befinden sich die Herren Staatsminister v. Bismarck, v. Roon, v. Mühler, Graf zu Eulenburg, v. Selchow.

Wir treten nunmehr in die Fortsetzung der Berathung des Berichtes der XV. Commission über den Antrag der Abgeordneten Freiherrn v. Hoverbeck und v. Carlowitz, betreffend den im Königreich Polen ausgebrochenen Aufstand. (Nr. 49 der Drucksachen.)

Zunächst habe ich Ihnen mitzutheilen, daß der Herr Abgeordnete v. Bockum-Dolffs einen Abänderungsvorschlag eingereicht hat, welcher sich gedruckt in Ihren Händen befindet und also lautet:

„Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen zu erklären:

Das Interesse Preußens erfordert, daß die Königliche Staatsregierung, gegenüber dem im Königreich Polen ausgebrochenen Aufstande, keinem der kämpfenden Theile irgend eine Unterstützung oder Begünstigung zuwende, noch auch Bewaffneten gestatte, das Preußische Gebiet ohne gleichzeitige Entwaffnung zu betreten."

Dieser Abänderungsvorschlag bedarf noch der Unterstützung. Ich ersuche diejenigen Herren, welche ihn unterstützen wollen, aufzustehen. (Geschieht.)

Er ist sehr ausreichend unterstützt worden.

Mit Bezug auf die gestern festgestellte Rednerliste hat in der heutigen Sitzung zuerst der Herr Abgeordnete Freiherr v. Vincke (Stargard) das Wort gegen den Commissionsantrag.

Abgeordneter Freiherr v. Vincke (Stargard): Ich glaube doch, meine Herren, trotz alledem, was wir gestern namentlich von dem letzten Herrn Redner, dem Abgeordneten für Berlin gehört haben, daß wir in dieser Debatte, überhaupt bei Besprechung auswärtiger Politik, mindestens thatsächlich eine etwas andere Stellung haben, als die Landesvertretungen anderer großer Staaten, namentlich die oft citirten von England und Frankreich.

Wenn Sie mir erlauben wollen, mich auf einen Augenblick nach England zu versetzen, so werden Sie nicht verkennen, daß dort wesentlich zwei große Parteien um die Regierung kämpfen, zwei Parteien, die beide sich bereits in der Regierung prak-

Digitized by Google

tisch versucht haben, und daß, wenn ich auch davon ganz absehen will, mindestens jeder Angriff auf die Machtstellung des Staates, der aus solchen parlamentarischen Discussionen gefolgert werden könnte, England selbst sehr unberührt läßt.

Diesem Parteigetriebe gegenüber liegt England unverwundbar hinter den Wellen des Canales.

Versetzen Sie sich nach Frankreich hin, so werden Sie mir zugeben, daß all das Gerede der Tribüne ein bloßes Schaumspritzen bleibt gegenüber dem eisernen Willen, an dem sich das Gewoge der Parteien in Frankreich bricht.

Ich denke daher, meine Herren, daß wir in der Debatte doch einige Schranken zu beobachten haben, und ich kann dem, was der Herr Ministerpräsident, namentlich in Bezug auf den Herrn Abgeordneten für Bielefeld, gesagt hat, nicht Unrecht geben. Ich hatte mir eine ähnliche Bemerkung vorbehalten, und bin dankbar dafür, daß mich der Herr Ministerpräsident dessen überhoben hat, wenn ich sie allerdings auch in anderer Weise gemacht haben würde, als er. Wenn der Herr Abgeordnete für Berlin uns gestern gesagt hat, diese Verwahrung von Seiten des Ministeriums gegen Besprechung der auswärtigen Politik — als geeignet zur Gefährdung der Interessen des Landes nach außen — sei nur motivirt durch das Bestreben, auswärtige Politik überhaupt von dieser Tribüne zu verbannen, so meine ich, wir haben doch zwei Schranken anzuerkennen: erstens keine Behauptungen hier aufzustellen, die unsere Stellung nach Außen gefährden können, wenn sie nicht vollständig belegt sind durch Thatsachen, wenn sie nicht der Wahrheit entsprechen, und da glaube ich dem Herrn Abgeordneten für Bielefeld nicht zu nahe zu treten, wenn ich sage, daß dasjenige, was er behauptet hat, „von unserer Verpflichtung, einzutreten als Schergen des Absolutismus, als Gensdarmerie-Execution für Rußland" — ich will nicht sprechen von dem Vergleiche, der mir widerstrebt hat, von dem Vergleich des Verkaufs der Hessen nach Amerika — daß das demjenigen nicht entspricht, was wir bisher von der Convention wissen. Denn in alle dem, mag man die Convention sonst noch so verwerflich finden, ist von einer solchen Stipulation nichts enthalten gewesen. Ich glaube ferner, daß wir uns noch mehr zu hüten haben vor allem, was, wenn es wirklich zum Kriege kommen sollte, unsere Machtstellung thatsächlich gefährden müßte. Dahin rechne ich die Hinweisung auf die mangelnde Bereitschaft der Reserve, auf den mangelnden Willen der Nation, einzutreten selbst bei einem Angriff von Seiten Frankreichs.

Ich erinnere in dieser Beziehung auch mit noch größerem Bedauern an einige Bemerkungen des verehrten Herrn Referenten. Ich kann es nicht für berechtigt finden, daß er im gegenwärtigen Augenblicke der alten Vaterlandsvertheidiger erwähnte und von einem hingeworfenen „Brocken" sprach. Ich muß den Herrn Referenten darauf aufmerksam machen, daß ein dauerndes Almosen, das wir in das Budget aufgenommen haben, immer einen ganz andern Charakter hat, als eine, so Gott will, vorübergehende Anstrengung zur Deckung unserer Landes-Interessen. Ich meine ferner, daß es einmal völlig unwahr, jedenfalls aber durchaus ungerechtfertigt ist, wenn der geehrte Herr Referent, im Augenblicke, wo unsere Armee sich in der Kriegsbereitschaft befindet, behauptet, daß dem Kriegsminister kein genügendes Kriegsmaterial zu Gebote stehe. Ich glaube, unser gemeinschaftlicher Freund Burke, auf den sich der geehrte Herr Referent bezogen hat, würde so etwas in England nicht gesagt haben.

Meine Herren! Ich möchte gleich in den Mittelpunkt der Debatte hinein-

Digitized by Google

gehen. Das ist mir aber zu meinem Bedauern unmöglich gemacht worden. Sie können es nicht verkennen, und Sie sehen es alle Tage aus den Europäischen Zeitungen, daß sich eine große Sympathie, die eine gewisse historische Berechtigung hat, jetzt für die Polnische Nationalität kundgiebt. Die meisten Redner auf dieser Tribüne sind mit einer Art von Bückling vor unsern verehrten Nachbarn hier (auf die Polnische Fraction deutend) vorübergegangen. Sie haben geglaubt, ihnen eine Menge, ich weiß nicht, wie ich es bezeichnen soll, eine Menge freundlicher Redensarten spenden zu müssen, um sich gleichsam auf der Tribüne zu legitimiren. Ich habe eine andere Meinung von den verehrten Herren. Man kann, wie ich meine, seinen Gegnern mit keiner größern Achtung begegnen, als wenn man ihnen mit voller Wahrheit entgegentritt, und das ist die Aufgabe, die ich mir gestellt habe. Ich glaube, daß auf das augenblickliche Urtheil von Europa, die Art und Weise, wie das Polnische Reich untergegangen ist, besondern Einfluß hat. Ich würde aber vielleicht gar nicht darauf eingehen, wenn nicht zwei hervorragende Mitglieder des Hauses diesen Gegenstand mit besonderer Vorliebe behandelt hätten. Zuerst eine der wichtigsten Säulen der Deutschen Fortschrittspartei, das geehrte Mitglied für Solingen, welches sogar mit einem Citat von Voltaire seine Meinung illustrirte. Er sagte uns, man müßte zwar löschen, wenn es beim Nachbar brennt; aber man dürfe diesen Nachbar nicht berauben und plündern. So hat er die Theilung Polens bezeichnet. Dann der talentvollste der Journalisten der Fortschrittspartei, der geehrte Abgeordnete für Dortmund, der uns eine große historische Vorlesung gehalten hat, eine „Vorlesung im eigentlichen Sinne des Wortes", über das, was aus der Theilung Polens hervorgegangen sein soll. Solchen hervorragenden Autoritäten muß ich nothwendig eine andere Autorität entgegenstellen. Die Autorität des Historikers Voltaire mag allerdings noch „erheblichen" Zweifeln unterliegen. Aber selbst dem ehrwürdigen Deutschen Historiker Schlosser gegenüber, den der Herr Abgeordnete für Dortmund citirt hat, glaube ich einen andern Historiker gegenüberstellen zu können, dessen Bedeutung außer allem Zweifel steht; jedenfalls in den Räumen dieses hohen Hauses.

Es besteht allerdings ein alter Gegensatz zwischen den Germanischen und Slavischen Stämmen, und wir brauchen uns darüber nicht zu wundern, denn unsere Deutschen Ahnen haben ja den Slaven das Land zwischen der Elbe und der Oder, ja, bis zur Weichsel, im ehrlichen Kampfe abgenommen. Die Herren (zu den Polen) citiren uns immer mit einer gewissen Vorliebe alte Geschichten, z. B. die Hülfe, welche Johann Sobiesky zu seiner und unserer Ehre vor 180 Jahren Wien geleistet hat; ich denke, wir Deutschen sind ihnen gegenüber wohl auch in ähnlicher Lage gewesen. Wer hatte auf die Bitte des bedrängten Fürsten Conrad v. Masowien ihm gegen die heidnischen Preußen Hülfe geleistet? Wer anders, als die Deutschen Ritter unter Hermann v. Salza? Und wie ist ihnen dies vergolten worden! Haben die Polen nicht in Verfolg der Schlacht von Tannenberg den größten Theil Westpreußens dem Deutschen Orden abgenommen? Haben sie nicht Westpreußen polonisirt in einer Art und Weise, womit die uns Schuld gegebene Germanisirung in keiner Weise verglichen werden kann? Haben sie sich nicht bei jeder Gelegenheit gerühmt, das Reich Polen erstrecke sich bis zu der grünen Brücke vor Königsberg? und ist nicht bis zum Vertrage von Wehlau im Jahre 1657 selbst Ostpreußen ein Polnisches Lehen und ist nicht Westpreußen bis zum Jahre 1772 mit Ausnahme von einem kleinen Theile in Polnischen Händen gewesen?

Digitized by Google

Ich kann überhaupt die Stellung Polens zu Preußen nicht besser bezeichnen, als mit den Worten des Historikers, den ich für mich in der Person des Herrn Referenten als den ersten der jetzt lebenden Deutschen Historiker auf diesem Gebiete ins Gefecht führe und ich glaube, in dieser Anerkennung hier keinen Widerspruch zu finden. Der Herr Referent sagt in seinem bekannten Werke über das Revolutions-Zeitalter, indem er den Gegensatz zwischen Preußen und Polen charakterisirt:

„Als Friedrich I. sich die Preußische Königskrone aufsetzte, regnete es Proteste der größten unter den Polnischen Magnaten. So ward an der Ostseite des Reiches im Kampfe für die Deutsche Nationalität und im Interesse des religiösen Bekenntnisses in vollständigem, sowohl innerem wie äußerem Gegensatze zu Polen, der Preußische Staat geboren. Die Feindschaft lag hier in der Natur der Dinge. Wer wollte es nicht beklagen? Aber wie weit darf menschliches Bedauern in den Verhältnissen der Nationen reichen."

Meine Herren! Ich unterschreibe diese historischen Thatsachen. Ich glaube, wir können uns solchen geschichtlichen Erwägungen niemals verschließen. Ich will Sie nicht incommodiren mit der beredten Schilderung der Leiden und der Zustände Polens, wo $^9/_{10}$ der Nation unter dem Druck von $^1/_{10}$ des Polnischen Adels sich befanden (der Herr Referent hat sie in seinem Werke mit beredten Worten geschildert); ich will es auch deshalb nicht, weil diese Schilderungen in den letzten Tagen in der Kreuzzeitung abgedruckt sind und nachdem sie durch dieses Läuterungsfeuer gegangen sind, habe ich keine Neigung mehr, sie hier auf dieser Tribüne zu wiederholen. Nur den Schlußsatz darf ich mir erlauben, in einigen Worten anzuführen.

Nachdem der Herr Referent den Stumpfsinn der Leibeigenen unter dem Druck des Polnischen Adels geschildert hat, schließt er mit den Worten:

„Wenn man diese Verhältnisse erwägt, so wird man kaum noch von dem Untergange der Polnischen Nation „durch die Theilungen" reden können. Was 1793 zu Grunde ging, war die unmenschliche Herrschaft weniger Edelleute über das Polnische Volk. Dieses wechselte nur die Herren und sah der Aenderung, welche ihm selbst auf der Russischen Seite beinahe so viel Gutes als Böses bringen konnte, mit trägem Gleichmuthe zu."

Sie werden mir sagen, „das trifft nur die Leibeigenen". Nun, meine Herren, erlauben Sie mir noch ein Paar Worte vorzulesen (sie haben nicht in der Kreuzzeitung gestanden), wie der Herr Referent den Polnischen Adel charakterisirte:

„An keiner Stelle reichte die Bildung so tief, um den Charakter zu gestalten, die Leidenschaft zu zügeln, die sittliche Haltung zu befestigen Bei den Provinziallandtagen giebt der kleine Adel das Uebergewicht und treibt mit seinen Stimmen Handel. Man kauft sie pro 10, 15, höchstens 30 Ducaten."

Sie sehen, meine Herren, daß ein solcher Staat wirklich keine innere Berechtigung hat zu existiren — ein Staat, der jedem Einzelnen das Recht gab, einen jeden Beschluß des Landtages unmöglich zu machen, ein Staat, in welchem die Träger der öffentlichen Gewalt auf diese Weise, wie ich Ihnen eben vorgelesen habe, be-

Digitized by Google

ſtechlich waren, ein Staat, der, wie ich meine, einzig und allein in Europa die traurige Ausnahme macht, daß er in der Zeit der hervorragendſten Momente der Polniſchen Geſchichte ſich in Conföderationen auflöſte und ſich „mit dem Auslande“ in verhängnißvoller Weiſe in Verbindung ſetzte. Ich erinnere an die General-Conföderation von 1767 und an die Conföderation von Targowitz unter dem Grafen Felix Potocki vom Jahre 1792. (Zu den Polen:) Wenn Sie ſolche Conföderationen ſchloſſen, wodurch Sie ſich mit Ihrem Erbfeinde, dem Ruſſen, in Verbindung ſetzten, ſo haben Sie eben durch dieſe Verbindungen und in Verbindung mit Rußland den Polniſchen Staat ruinirt; Sie ſollten ſich alſo hüten, von Rußland als dem Verderber Polens zu ſprechen; ſuchen Sie die Verderber Polens in den Reihen des Polniſchen Adels.

Ich will den Anführungen des geehrten Herrn Abgeordneten für Solingen, welcher uns Citate eines Franzöſiſchen Hiſtorikers angeführt hat, eine Aeußerung eines demokratiſchen Franzoſen gegenüberſtellen. Rouſſeau ſagt im Jahre 1772, es wäre ihm vieles Wunderbare bekannt, aber das allergrößte Wunder wäre das, daß der Polniſche Staat überhaupt noch exiſtire, und das meine Herren, war vor der Theilung Polens!

Man hat uns die Theilungen Polens vorgeworfen — in Frankreich vorgeworfen — nun, meine Herren, man kann darin nur inſoweit gewiſſermaßen eine Beunruhigung finden, als bei den Menſchen die „Gewalt“ immer noch mehr anerkannt wird als die Liſt; denn ſonſt würde man die blutigen Eroberungskriege Ludwig's XIV. entgegenſtellen, in denen er ganze Theile von Deutſchland abgeriſſen hat, aber daneben wird man doch auch die „Reunionskammern“ Ludwig's XIV. nicht vergeſſen, die allerdings noch um Vieles weiter gingen als die Theilungen Polens — denn es war nicht blos „Staatsraiſon“ das Motiv, ſondern dieſe bekleidete ſich zum Hohn mit den „Formen des Rechts“. Und, meine Herren, was die Theilung von Polen betrifft, ſo kann ich Ihnen wieder nur die Autorität gegenüberſtellen, die ich vorhin citirt habe, die ſich frei hält von allen Regungen — verzeihen Sie mir den Ausdruck — ſchwächlicher Humanität, wie wir ſie leider geſtern hier zum Ueberfluß gehört haben. Der Herr Referent ſagt uns:

> „Denn jene Zeit iſt wohl für immer vorüber, in der man nach allgemeiner Menſchenliebe „die Unvereinbarkeit Polniſcher Macht und Preußiſcher Exiſtenz“ überſah, und an Preußen die gutmüthige Anforderung ſtellte, einen Staat zu kräftigen, „deſſen erſtes Lebenszeichen die Zerſtückelung Preußens ſein würde.“

Er fährt dann weiter fort (nachdem er davon geſprochen hat, daß eine beſſere Grenze für unſere Oſtprovinzen nöthig geweſen wäre, wenn überhaupt eine genügende Verbindung zwiſchen dem Oeſtlichen Complex unſeres Staates eintreten ſollte) und ſagt:

> „Man hatte 1793 guten Grund, ſich der Erreichung dieſes Zieles zu erfreuen, es war eine Eroberung, die von den „dringendſten Intereſſen der Selbſterhaltung“ begehrt wurde, und für Norddeutſchland eine ähnliche Bedeutung wie etwa die Dauphiné für Frankreich hatte. Sollte der König ſich zu Gunſten der Polniſchen Sklavenhalter mit den Pariſer Septembermördern zu offenem Kriege gegen das übrige Deutſchland verbinden?
>
> Nein, nach der ſorgfältigſten Erwägung finde ich kein anderes Ergeb-

Digitized by Google

niß: der Entschluß, eine Polnische Grenzprovinz sich anzueignen, war entschieden der einzige, der bei der gegebenen Lage der Dinge nicht zu offenbarem Unheil führte, der einzige also, der mit der „Pflicht der Preußischen Regierung" verträglich war."

Meine Herren, in schneidenderen, in klareren, aus tiefster Einsicht in die historische Entwickelung der Dinge mehr begründeten Ausdrücken kann man sich über die Polnische Theilung nicht aussprechen, und es scheint mir nöthig zu sein, daß endlich einmal mit den Worten eines so gewiegten Historikers vor Deutschland und vor ganz Europa das constatirt wird, um diesen schwächlichen Empfindeleien zu Gunsten von Polen entgegenzutreten. Ja, meine Herren, die „Existenz des Preußischen Staats" hängt daran, daß kein Staat Polen wieder Stande kommt! (Widerspruch links und von der Polnischen Fraktion.)

Ich werde mir erlauben, das nachher weiter auszuführen. Ich denke, meine Herren, wir haben uns auch der Weise, wie wir unser Stück von Polen regiert haben — von Rußland werde ich nachher einige Worte sagen — nicht zu schämen.

Wenn dort die Germanisation vorgeschritten ist, so ist das schon von sehr altem Datum: Ihre Bisthümer Posen und Gnesen sind von Deutschen gegründet, fast alle Städte sind von Deutschen gegründet, sie haben Soester und Magdeburger Recht erhalten, und wenn der Herr Abgeordnete für Dortmund gestern meinte, daß das Muster der Preußischen Städte-Ordnung in Polen zu suchen sei — nun, meine Herren, was ist dies Muster der Städte-Ordnung? Das Muster der Städte-Ordnung war die alte Germanische Städte-Ordnung, die von unsern Vorfahren mit nach Polen genommen war und aus deren Abklatsch nachher die sogenannte „Polnische Städte-Ordnung" geworden ist. (Sehr wahr!)

Aber nicht blos die Städte, auch unsere Bauern waren es, die durch die Ausfüllung von Sümpfen und die Ausrottung der Wälder die Cultur nach Polen gebracht haben.

Die Hauländer, worauf schon wiederholt Bezug genommen worden ist, waren auch Deutsche Arbeit und Deutsche Kraft. Sie können sich daher wahrlich nicht wundern, daß die Germanisation in Polen vorgeschritten ist. Der Herr Referent sagt mit Recht:

> „Eine Menge Deutscher Handwerker und Kaufleute hatte sich in den Städten festgesetzt; in einigen Gauen gab es 1793 noch Polnische Bewohner, beinahe 15 Meilen landeinwärts erstreckte sich die Herrschaft der Deutschen Sprache."

Das ist die Germanisation, wie wir sie in Polen **vorgefunden** haben, wie sie sich nach dem naturgemäßen Laufe der Dinge immer weiter entwickeln mußte. Was die Preußische Regierung hinzugefügt hat, war vor allen Dingen der Rechtsschutz der Leibeigenen gegen die übermäßigen Bedrückungen, denen sie ausgesetzt waren.

Erst als die Russen im Jahre 1831 schon vor den Thoren von Warschau standen, in dem Augenblicke, wo es sich um den Sturm von Warschau handelte, berieht man auf dem Reichstage über die Emancipation der Polnischen Leibeigenen. Das ist das Verdienst, was Preußen nach Polen gebracht hat: Es hat den Leibeigenen den Rechtsschutz, es hat Communications-Anstalten geschaffen und Schulen gestiftet, während Georg Forster noch 1792 klagte: „die Polnischen Edelleute haben

Digitized by Google

allein in Europa die Unwissenheit und Barbarei so weit getrieben, in ihren Leibeigenen beinahe die letzte Spur der Denkkraft zu vertilgen."

Ich denke also, meine Herren, hiernach steht historisch betrachtet die Sache von Preußen zu Polen etwas anders, als namentlich der Herr Abgeordnete für Dortmund und der Herr Abgeordnete für Solingen gestern hier zu behaupten unternommen haben.

Nun, meine Herren, erlauben Sie mir, daß ich nach dieser Einleitung auf den Aufstand selbst komme. Ich bin wahrhaftig nicht geneigt, Russisches Regiment und Russische Verwaltung zu vertheidigen. Ich denke, dafür habe ich in früheren und in späteren Jahren hinreichende Beweise auf dieser Tribüne gegeben, um jedes Verdachtes einer Zuneigung zu Rußland überhoben zu sein. Aber billig wird es immer sein, wo es sich um den Streit zwischen zwei Slavischen Stämmen handelt, wenn wir ein Deutsches unparteiisches Urtheil fällen. Der Herr Abgeordnete für Oels hat uns gestern geschildert, inwiefern Rußland seine Verpflichtungen gegen Polen nicht erfüllt hat.

Ja, meine Herren, die politische Verpflichtung, die Aufrechthaltung der Polnischen Verfassung war zunächst durch den Polnischen Aufstand von 1831 vollständig gehoben; indessen habe ich das nicht zu beurtheilen; wenn aber der Herr Redner ferner meinte, daß die Bildung in Polen systematisch von Rußland unterdrückt werde; nun, meine Herren, wie es früher damit bei den Polen stand, das habe ich Ihnen soeben vorgelesen. Daß aber Rußland im Jahre 1857 angefangen und im Jahre 1860 die letzte Hand an die Wiedererrichtung der Universität Warschau gelegt hat, ist dem Herrn Redner gewiß doch auch bekannt, und ich weiß daher in der That nicht, wie der Herr Redner aus dieser neusten Zeit, wenn Alexander II. dasjenige, was seine Vorfahren auf dem Throne gesündigt haben mögen, möglichst wieder gut macht, in diesem Augenblicke Rußland einen Vorwurf machen kann. Ich glaube überhaupt, meine Herren, man braucht nur einen Blick in die Zeitungen zu werfen, um der Ueberzeugung zu sein, daß in allen möglichen Beziehungen, namentlich auch in Bezug auf die Kreis- und Gemeinde-Ordnung, von der mit Recht hier so viel gesprochen wird, ferner in Bezug auf die Emancipation der Bauern, gerade von der Russischen Regierung weise Maßregeln ergriffen worden sind, die meinetwegen noch nicht weit genug gehen mögen, die aber, bei einiger Besonnenheit und Mäßigung der Polnischen Nationalität, im Königreich Polen hätten acceptirt werden, und auf deren Grund hätte weiter gebaut werden sollen.

Und, meine Herren, wenn man dem Grafen Wielopolski hier so große Vorwürfe gemacht hat — ich stehe ihm als ein unbefangener Beurtheiler gegenüber — so glaube ich, ist das namentlich sein Verdienst. Wenn er sich überzeugen mußte, daß von allen Aufständen nur Unheil für sein Vaterland zu erwarten war, dagegen Heil von mäßigen und besonnenen Reformen, so glaube ich, man sollte einen solchen Staatsmann nicht so obnehin verurtheilen, wie das von seinen Landsleuten geschieht, da es fast keine Art des Meuchelmords giebt, der er nicht ausgesetzt gewesen wäre; ob das etwa auch zur Ehre des Polnischen Volkes gereicht, solche Männer auf solche Weise auf die Seite zu schaffen — das weiß ich nicht — in Deutschland könnte es niemals soweit kommen.

Man hat den Polnischen Aufstand mit unseren Freiheitskriegen verglichen; ich würde dem verehrten Abgeordneten für Inowraclaw, der diese Worte zuerst gesprochen hat, darauf nicht erwidern, man könnte das in gewisser Beziehung unter der

Digitized by Google

Würde dieser Versammlung halten; — aber das Korn, das er ausgestreut hat, ist an einem anderen Orte wieder aufgenommen worden. Ein hervorragender Mann in England hat das Wort wieder aufgenommen im Englischen Oberhause, Lord Ellenborough, dessen Ahn, ein berühmter Rechtsgelehrter war, und der meiner Ansicht nach von seinen Vorfahren wohl soviel wird überkommen haben, — und das sollte auch in der Indischen Sonne nicht ganz ausgetrocknet sein — (Heiterkeit) um Recht von Unrecht zu unterscheiden.

Ich denke, meine Herren, der Vergleich mit den Freiheitskriegen hinkt nicht blos, sondern ist vollständig hinfällig. Meine Herren (zu den Polen), hatten denn die Provinzen, aus denen damals der Preußische Staat bestand, wie Ihre Landsleute in Polen dem Kaiser von Rußland, dem Kaiser der Franzosen, Napoleon, Treue geschworen? Hatte denn Schill, den Sie uns neulich auf die Tribüne hier gestellt hatten, einen Meineid gegen den Kaiser Napoleon begangen, als er gegen ihn zu Felde zog? Brauchte es denn, meine Herren, der Aufruhrpredigten der Geistlichkeit gegen die rechtmäßige Gewalt, um unsere Fahnen zu weihen, bedurfte es der Versprechungen des Socialismus, — daß drei Morgen Land jedem Nichtbesitzenden verheißen wurden, um die Muskete zu ergreifen — bedurfte es ihrer, für uns in den Krieg zu ziehen?

Nein, meine Herren, „der König rief, und Alle, Alle kamen!“ (Bravo rechts.) Und unsere Freiheitskriege sind wahrlich durch Meuchelmord nicht befleckt worden, — davon seien Sie überzeugt, einen solchen Vergleich, und wenn er auch die Autorität des Englischen Oberhauses in Anspruch nimmt, weisen wir im Namen Preußens mit Entrüstung zurück.

Es hat in etwas zu weit getriebener Begeisterung der Abgeordnete für Stolp die Polnischen Zuzügler geradezu Räuberbanden genannt; ich meine selbst, meine Herren, das ginge ein klein wenig zu weit. Wenn sie etwas genommen haben, so haben sie ja Bons dafür ausgestellt, die die künftige Polnische Regierung auslösen soll!

Daß der Krieg auf beiden Seiten ein blutiger gewesen ist, daß Gräuel auf beiden Seiten begangen sind, vor denen sich das menschliche Gefühl sträubt, das wird man anerkennen müssen, auch wenn sehr Vieles, wie auf dieser Seite (nach links deutend) behauptet worden ist, erfunden sein sollte.

Aber, meine Herren, die Bedeutung eines solchen Aufstandes im Preußischen Sinne möchte ich in keiner Weise unterschätzen. Der verehrte Herr Abgeordnete für Bromberg, dem ich vorzugsweise auf Grund langjähriger Bekanntschaft ein Urtheil darin zutraue, hat dessen Bedeutung deshalb nicht so hoch stellen wollen, weil es sich um eine ultra-demokratische Erhebung handelt, die von den geehrten Herren hier (auf die Polen deutend) gemißbilligt werden soll. Das mag theilweise der Fall sein, obgleich ich ihm sagen könnte, daß gerade ein hervorragendes Mitglied der Herren von dieser Seite des Hauses (ich weiß nicht, ob es ganz allein steht, das lasse ich dahin gestellt sein), wenn ich recht unterrichtet bin, der socialen, demokratischen Richtung angehört; inwiefern die anderen Herren ihm zu folgen gesonnen sind, kann ich natürlich nicht beurtheilen. Ich sehe die Sache so an: der Aufstand, wie er sich gestaltet hat, wird ihnen vielleicht in diesem Augenblicke nicht minder unbequem sein, wie uns; daß der Aufstand verfrüht, daß er nicht zur rechten Zeit begonnen ist, wird auch ihnen unbequem sein. Aber, meine Herren, ich möchte an die Erfahrungen der letzten Aufstände erinnern. Wie auch der Aufstand in seinem Ursprunge beschaf-

Digitized by Google

sen gewesen sein möge, die Herren werden, wenn sie auch in Bezug auf die politische Seite der Sache auf einem anderen Standpunkte stehen, sich eine Zeit lang fern halten, aber wenn er gelungen ist, so acceptiren sie ihn gewiß dankbar.

Ob der Aufstand eine solche Bedeutung erlangen wird, weiß ich nicht, das wird der Erfolg lehren. Wenn wir aber Erfahrungen, wie im Jahre 1846 und 1848 gemacht haben (von der Thätigkeit an unsern Grenzen, von dem Aufstande im Jahre 1831 gar nicht zu reden, der bekanntlich auch im Großherzogthum Posen sehr lebhafte Betheiligung fan) — ich meine, meine Herren, dann haben wir alle Ursache, bei Zeiten auf unserer Hut zu sein. Wir können beim Beginne solcher Vorgänge nie wissen, wozu sie anschwellen.

Man hat von unorganisirten Haufen gesprochen. Nun, meine Herren, diese unorganisirten Haufen haben aber schon mehrerere Gefechte mit den Russen siegreich bestanden. Sie wissen, daß in diesem Augenblicke Langiewicz noch westlich der Weichsel steht und daß am Bug und in Volhynien noch andere Haufen stehen, die bis jetzt nicht bezwungen worden sind; Sie wissen, wie viel Truppen die Russen in Warschau, in Modlin, in Sierock allein zur Besetzung nöthig haben und über wie wenig Truppen sie daher in diesem Augenblicke bei der großen Ausdehnung des Russischen Reiches in Polen zu gebieten haben. Ich kann daher nicht sagen, daß ich den Aufstand schon jetzt so gering anschlage, ich will aber noch auf sehr nahe liegende Eventualitäten hinweisen. Durch einen glücklichen Zufall soll Mieroslawski geschlagen, gefangen, vielleicht erschossen sein. Nun, meine Herren, daß der in seinen militärischen Fähigkeiten nicht zu unterschätzen ist, hat er in Baden bewiesen. Sie wissen aber auch, daß ein weit bedeutenderer Heerführer, durch den die Polnische Insurrection erheblich an Bedeutung gewinnen könnte, von Turin abgereist ist, das ist der General Klapka. Wenn der an der Spitze stehen sollte, würden Sie kaum Ursache haben, einen solchen Aufstand zu unterschätzen, wenigstens wäre es höchst thöricht gehandelt. Der Herr Referent hat uns vor dem Beispiel der Milchfrau gewarnt, daß man nämlich nichts übertreiben sollte; aber, meine Herren, man kann auch den Doctrinarismus so weit treiben, daß man die kommenden Dinge erst erblickt, wenn sie unmittelbar vor uns stehen. Ich glaube daher, daß die Regierung weise und vorsichtig gehandelt hat — sie hat vielleicht etwas zu viel gethan in der Vorsicht — ich glaube aber, daß sie im Allgemeinen weise und vorsichtig gehandelt hat, daß sie die Reserven einzog, wozu sie volles Recht hatte, und daß sie durch den Mund ihrer Verwaltungs-Organe, durch den Mund des Ober-Präsidenten und des commandirenden Generals vor weiterer Verbreitung des Aufstandes gewarnt hat. Ich meine, wenn jetzt hinterher in einzelnen Kreisen gemeint wird, es wäre zu viel geschehen, so ist das eine Erfahrung, die man in solchen Fällen an allen Grenzen macht. Jeder trägt im Augenblicke das am ungernsten, und es ist ihm das am fatalsten, was ihn im Moment am meisten drückt; daß die Durchzüge, daß die Einquartierung, daß die Nothwendigkeit, sich manchen Belästigungen in diesem Sinne zu unterziehen, daß die in unseren Grenzkreisen, namentlich im Großherzogthum Posen manche Unzufriedenheit hervorgerufen, ist gewiß sehr natürlich.

Aber, meine Herren, die Unzufriedenheit würde eine viel größere sein, wenn unsere Regierung ihre Pflicht vernachlässigt und wenn wir alsdann einen Einmarsch von Polnischen Banden in unsere Grenzkreise zu erfahren gehabt hätten, wobei ich meinerseits nach den Erfahrungen der Jahre 1831 und 1848 es nicht für unwahrscheinlich halte, daß der Aufstand im Königreich Polen auch Theilnahme in der Pro-

Digitized by Google

ving Posen erfahren hätte — ich meine: deshalb sollte man mit diesen Vorwürfen doch etwas vorsichtiger sein.

Aber, meine Herren, Alles dies angenommen, so sagen Sie uns: „Wir haben aber doch die „Convention" geschlossen und das hätten wir nicht thun sollen." Ganz speciell auf die Convention eingehen kann ich allerdings nicht, denn wir kennen sie nicht. Der Herr Minister-Präsident hat uns auf den meiner Ansicht nach sehr berechtigten Vorwurf, daß von dieser Convention viel eher im Englischen Parlament die Rede gewesen sei, als sie uns hier vorlag, geantwortet: Ja, meine Herren, schaffen Sie mir ein Englisches Unterhaus. Ich könnte vielleicht dieser Ansicht beipflichten; allein ich müßte dann doch noch etwas weiter gehen, — zum Theil ist man auch in dem Hause gestern darauf eingegangen durch verschiedene Ausrufe — ich sage: Schaffen Sie uns ein Englisches Oberhaus; schaffen Sie uns ein Oberhaus, das zunächst einen „verfassungsmäßigen Boden" hat, den unser Herrenhaus nicht hat, (Bravo!) schaffen Sie uns ein Oberhaus, das — wie ich schon bei mehreren Gelegenheiten gesagt habe — es als seine erste und ehrenvollste Aufgabe erkennt, die Verfassung des Landes zu vertheidigen und dann erst an die übrigen Geschäfte des Landes zu gehen; meine Herren, ich gehe noch weiter, ich sage: Schaffen Sie uns ein Englisches Ministerium! (Lebhaftes Bravo!) ein Ministerium, das so viel Respect hat vor der Meinung der Vertretung des Landes, daß es, wenn man hier über die ernsthaftesten Angelegenheiten des Landes verhandelt, nicht, wie es gestern geschehen ist, uns den Vorwurf macht, wir hätten dem Ministerium die Zeit verdorben. (Lebhaftes Bravo!)

Das sind ungeeignete Vorwürfe, die nicht vorkommen sollten; und wie können Sie eine Achtung für das Preußische Ministerium im Auslande erwarten, wenn dasselbe der Vertretung seines eigenen Landes mit einer solchen Mißachtung entgegentritt! (Bravo!)

Indeß, meine Herren, kann ich darum doch nicht so weit gehen, als der verehrte Abgeordnete für Berlin gestern gegangen ist. Ich kann mir nicht, wenn ich eine Convention noch nicht kenne, nach den Mittheilungen aus einem ausländischen Parlament das hinein interpretiren, was man in dieselbe hinein interpretiren will, nämlich, daß die einzige Tendenz derselben wäre, im Interesse Rußlands zu handeln und, wie man uns gesagt hat, für die „Solidarität der conservativen Interessen." Ich habe nie für den Ausdruck „Solidarität der conservativen Interessen" ein Verständniß gehabt. Zu allen Zeiten habe ich diesen Ausdruck hier im Hause nach meinen schwachen Kräften zu bekämpfen versucht. Ich verstehe überhaupt nicht, wie man eine Hinneigung zu Rußland haben kann. Ich theile alle die Vorwürfe, die man vom Preußischen Standpunkte der Russischen Politik gemacht hat — abgesehen von der Zeit, wo wir mit Rußland zusammen zu unserem Vortheile im Felde standen — über die vielen Unbilden, die wir seit 1815 von Rußland zu erdulden gehabt haben. Ich habe bei einer früheren Gelegenheit schon im Jahre 1854 meinen Beschwerden über Rußland von dieser Tribüne aus, im Einklang mit meinen politischen Freunden, Worte gegeben, und in Bezug darauf hat sich meine Stellung seitdem nicht geändert; aber, meine Herren, ich habe ebensowenig eine continuirliche Antipathie als eine Sympathie für irgend einen Europäischen Staat. Ich glaube, wir haben alle Europäischen Staaten in irgend einer Periode unserer Geschichte zu Verbündeten gehabt, und wir haben auch alle Europäischen Großstaaten zu Gegnern gehabt. Wir werden daher unsere politische Stellung zu den Staaten des Auslan-

Digitized by Google

des jedesmal nach den politischen Conjuncturen des Augenblickes mit zu bemessen haben, und da komme ich auf das goldene Wort, welches ich mir aus dem Commissionsbericht aneigne; — und ich bedauere, daß es nur so wenig ist — es heißt auf S. 3: „Bei einem Acte der Preußischen Landesvertretung gezieme es sich nicht, irgend eine andere Sympathie, als die für den Preußischen Staat, irgend eine Antipathie, als die gegen die Verletzung Preußischer Interessen zu bethätigen."

Dieses Wort, meine Herren, scheint mir das einzige zu sein, was uns überhaupt in dieser Debatte leiten kann, und ich bedauere sehr, daß unsere Redner davon abgewichen sind. Man hat uns gewarnt vor der Solidarität conservativer Interessen, das unterschreibe ich mit, — aber mit demselben Nachdruck, meine Herren, warne ich Sie vor der Solidarität demokratischer Interessen, deren gestern von mehreren Seiten auch schon Ausdruck gegeben worden ist. Ich behaupte nicht etwa, daß mehrere der Herren Redner schon so weit gegangen sind, wie einzelne demokratische Blätter, welche bereits einer Unterstützung des Aufstandes das Wort geredet haben; aber man hat mit einer gewissen Vorliebe seine Sympathie für den Aufstand von der Tribüne herab zu erkennen gegeben, und vor dieser Solidarität für die Interessen der Aufständischen, die keine Preußischen Interessen sind, davor warne ich Sie eben.

Man hat uns hier gesprochen von Rußlands Macht. Das geehrte Mitglied für Berlin hat uns gestern dagegen gesagt, Rußland wäre schwach; es wäre geschwächt durch seine Reformen im Innern und geschwächt durch den Krimkrieg und — ich weiß nicht, wodurch sonst noch.

Meine Herren, einen politischen Gegner — und als solchen will ich mir einmal für einen Augenblick Rußland vorstellen — darf ich weder überschätzen noch unterschätzen. Unter Umständen kann uns Rußland sehr gefährlich sein, und unter Umständen kann es wieder so schwach sein, daß wir es nicht zu beachten haben; es richtet sich das Alles nach den augenblicklichen Europäischen Conjuncturen.

Man hat von dem Wiener Congreß gesprochen und gemeint, daß man auch auf jenem die Befürchtung vor einer Machtstellung Rußlands in Polen getheilt habe. Man hat wahrscheinlich auch an die Gründung der drei Festungen in Polen gedacht, die ich schon vorhin genannt habe. Ich bin jedoch der Ansicht, meine Herren, vom Standpunkte Rußlands aus verhält es sich mit diesen drei Festungen oder — wie ich lieber sagen will — mit diesem Festungsdreieck ebenso, wie vom Standpunkte Oesterreichs mit dem Oesterreichischen Festungsviereck in Italien. Beides mag eine sehr wichtige strategische Position in sich schließen; aber ich besorge im Russischen Interesse sehr, daß die Behauptung dieser Position den Russen mehr kostet, als sie werth ist.

Das Mitglied für Oels hat uns auch hier wieder auf Wielopolski aufmerksam gemacht; er hat gemeint, Wielopolski vertrete das, was für Preußen am gefährlichsten sei, nämlich eine Verschmelzung von Rußland und Polen. Ich habe dies bisher nicht gehört, meine Herren, ich stehe vielleicht nicht in so genauen Verbindungen, wie der Herr Abgeordnete für Oels; ich glaube aber, er hat uns diese Vermuthung nur aus früheren Broschüren Wielopolski's citirt, die wohl schon alten Datums sein mögen. Nach anderen Nachrichten, die darüber verbreitet sind, bin ich vielmehr der Ansicht, daß Wielopolski's Absicht dahin geht, die Polnische Nationalität auf die Weise in sich zu kräftigen, wie ich es schon vorhin angedeutet habe, und als einen Polen kann ich ihm ein solches Streben wahrlich nicht verdenken; nur meine ich seine Landsleute hätten etwas mehr Dankbarkeit dafür haben sollen.

Digitized by Google

Meiner Ansicht nach geht indeß sein Bestreben noch weiter, nämlich dahin, im Verein mit einer mächtigen Russischen Partei den Besitz Polens den Russen zu verleiden, und die Aufstände in Polen dadurch, daß man sie nicht sofort niederschlägt, zuletzt zu einer solchen brennenden Frage für Rußland werden zu lassen, daß dieses bereitwillig den Entschluß faßt, sich Polens zu entäußern. Es scheint mir der Plan von Wielopolski zu sein, auf diese Weise, die etwas originell sein mag, aber doch eine Hoffnung des Gelingens für sich hat, wenn der Plan nicht anderweit durchkreuzt wird, — nicht eine Verschmelzung Polens mit Rußland herbeizuführen, sondern ein selbstständiges Polen dem selbstständigen Rußland an die Seite zu stellen. Ich glaube nicht, meine Herren, daß wir vorläufig Ursache haben, diese Gefahr — ich betone es — diese Gefahr für den Preußischen Staat als eine besonders dringende zu betrachten; denn ich bin der Ansicht, daß in Rußland noch immer das Gefühl aufwachen wird, daß jede Herstellung eines selbstständigen Polens zunächst Rußland nicht allein den Verlust dieses Königreichs, des sogenannten Congreß-Polens, sondern daß es ihm auch den Verlust der seit dem Jahre 1772 davon abgerissenen Provinzen, von Litthauen, Weißrußland, Volhynien und Podolien kosten würde. Ich glaube, daß in diesen Provinzen unter der Masse des Volkes die Russische Nationalität eine so vorherrschende ist, gegenüber der geringeren Polnischen Bevölkerung, der aristokratisch-Polnischen vorzugsweise, daß namentlich auch die Zahl der Griechischen Confessionsverwandten in Volhynien und Podolien so groß ist, daß Rußland, ohne Verlust seiner Ehre, die Abtrennung derselben, in Folge von Begründung eines selbstständigen Polens, sich nicht gefallen lassen würde; im Gegentheil wird es in die Behauptung Polens ebenso einen Ehrenpunkt setzen, wie Oesterreich zu seinem Schaden in die von Venetien. Und gerade aus diesem Grunde der politischen Ehre, der bei einer Großmacht nicht zu unterschätzen ist, ist vorläufig die angedeutete Gefahr für Preußen noch nicht vorhanden.

Aber dieselbe Gefahr liegt auf einem andern Felde: Jeder Aufstand in Polen kann eine derartige Bedeutung erlangen, daß ein selbstständiges Polen daraus hervorgeht, und darin weiche ich eben von den früheren Herren Rednern sehr entschieden ab. Ich halte die Wiederherstellung des alten Polens, eines selbstständigen Polens, für das Gefährlichste, was dem Preußischen Staate an seiner östlichen Grenze geschehen kann.

Ein solches selbstständiges Polen könnte nicht anders existiren — es wäre von Hause aus zum Untergang verurtheilt, — wenn es nicht die Seeküste besitzt. Es hat uns zwar gestern der geehrte Herr Abgeordnete für Dortmund gesagt, die Herren hier (auf die Polen deutend) hätten keine Anlagen zur Marine. Das habe ich ihnen noch nicht angesehen, (Heiterkeit) ich kann also darüber auch nicht urtheilen; ich glaube aber im Gegentheil, daß die Herren sehr viele Fähigkeit zu sehr vielen und außerordentlichen Dingen haben, selbst zur Marine, und wenn sie auch noch kein Salzwasser gekostet haben, so würde es ihnen doch nicht schwer werden, sich mit Hülfe eines andern Europäischen Seestaates eine Marine zu verschaffen. Jedenfalls aber, sie mögen nun eine Marine haben oder nicht, wird mir immer jeder Preuße zugeben müssen, daß eine Unterbrechung des Zusammenhanges des östlichen Compleres unserer Monarchie, den Friedrich der Große bei der ersten Theilung Polens im Jahre 1772 zu seiner Ehre hergestellt hat, wenn nicht einer vollständigen Lähmung, so doch mindestens einer sehr wesentlichen Schwächung Preußens in seiner jetzigen historischen Stellung gleich zu achten wäre. (Sehr richtig!)

Digitized by Google

Also „Principiis obsta“ zu sagen bei jedem Unternehmen, was zu so beklagenswerthen Folgen für den Preußischen Staat nach dem jetzigen Stande der Dinge führen muß, haben wir alle Veranlassung; wir müssen, wenn es sich auch erst im kleinen Anfange zeigt, ihm sofort die Wurzel abgraben.

Der geehrte Herr Abgeordnete für Geldern hat neulich unseren Polnischen Collegen die Ehre angethan, sie um ihre Absichten in dieser Beziehung zu fragen. Ja, meine Herren, diese Gutmüthigkeit scheint mir doch in der That zu weit zu gehen — (Heiterkeit) in einem Augenblick, wo das dringendste Interesse für sie vorhanden ist, dies nicht zu sagen, doch zu glauben, sie würden es uns sagen. (Heiterkeit.)

Aber, meine Herren, aus früheren Vorgängen sind wir glücklicherweise in der Lage, ungefähr zu wissen, wie die Herren darüber denken. Ich will mir erlauben, ein Mitglied zu citiren, was sich neulich bei der Interpellation in den Vordergrund gestellt hat, es war das geehrte Mitglied für Inowrazlaw. Derselbe hat uns bei einer früheren Verhandlung gesagt:

> „Nun, meine Herren, was unsere Loosung ist, was wir im Herzen im Gemüth, im Gefühl und in der Hoffnung tragen, erlauben Sie, daß das unsere Sache ist. Und wäre es auch Polen in den Grenzen des Jahres 1772! Niemand kann uns das zum Vorwurf machen.“

Wenn Ihnen das noch nicht bestimmt genug sein sollte, so will ich Ihnen noch ein anderes hervorragendes Mitglied citiren, was zu meinem innigsten Bedauern — ich weiß nicht warum — jetzt hier nicht anwesend ist, ein Mitglied, welches uns durch seine Beredsamkeit so häufig erschüttert hat. Es ist der Herr v. Niegolewski. Am 22. April 1861 hat er uns gesagt:

> „Glauben Sie aber nicht, daß wir unsere Hoffnung auf die Wiederherstellung Polens aufgeben werden — diese unsere Hoffnung versteht sich von selbst, sie ist unser Evangelium. (Hört! Hört!)
>
> Sie würden uns sonst Alle, hätten wir diese Hoffnung nicht, verachten müssen.“

Und später am 1. Juni 1861, als davon die Rede war, daß die Verwaltungsbehörden des Großherzogthums Posen sich gewisser Uebergriffe schuldig gemacht hätten, welche die Herren für Verletzung ihrer Rechte, wir dagegen für die richtige Anwendung begründeter Verwaltungsbestimmungen hielten, sagt er uns:

> „Wollen Sie uns nicht dem Gesetze, sondern der Willkür der Beamten übergeben, dann werden wir natürlich in persönlicher Gegenwehr unsere Schuldigkeit thun; aber statt mit dem Gesetze in der Hand, wird uns nichts übrig bleiben, als mit dem Revolver in der Hand vorzugehen.“

Sie sehen also, meine Herren, wohin die Tendenz dieser Herren geht, und daß sie sich nicht scheuen, selbst mit dem Revolver in der Hand dieselbe durchzuführen.

Also haben wir gewiß alle Ursache, den Grundsatz: „principiis obsta“ auch auf diese Polnische Bewegung anzuwenden. (Ruf: Sehr gut!)

Ich brauche mich aber eigentlich nicht einmal auf die Polnischen Abgeordneten zu beziehen. Ich kann selbst den verehrten Abgeordneten für Oels dafür ins Gefecht führen. Er hat uns gestern gesagt: Wer wollte es den Polen verdenken, daß sie ihre nationale Selbstständigkeit herstellen wollen? Meine Herren, wenn das im Lande bekannt wird, dann haben Sie nichts, was Sie selbst einem Aufstande im Großherzogthum Posen entgegensetzen könnten, denn die Preußischen Polen wollen

Digitized by Google

im günſtigſten Falle auch weiter nichts, als ihre nationale Selbſtſtändigkeit. Auch dieſe Herren haben uns das immer geſagt; wenn ſie nun ſogar einen Advocaten, wie den Herrn Abgeordneten für Oels erhalten, dann brauchen ſie ſich wahrlich nicht nach einem beſſeren umzuſehen.

Er hat ferner geſagt: wer den Herren die „Fähigkeit" abſprechen wollte, einen Polniſchen Staat zu begründen, dem könnte er aus vielen Beiſpielen zeigen, daß die Herren wohl eine ſolche Fähigkeit beſitzen möchten. Für mich, meine Herren, hätte es in dieſer Beziehung gar keines Beweiſes bedurft. Ich betrachte vielmehr dieſe Herren als einen der fähigſten Theile dieſes Hauſes, und wenn ſie ſonſt könnten, ſo würden ſie gewiß morgen den Polniſchen Staat wiederherſtellen und auch vielleicht in ihrem Sinne ganz gut verwalten, ſie würden ſich ganz gewiß bemühen, bis an die See vorzudringen, — alſo, wie geſagt, an ihrer „Fähigkeit" zweifele ich ganz gewiß nicht; aber eben weil ich ihnen dieſe Fähigkeit zutraue, bin ich im Preußiſchen Intereſſe aufs Entſchiedenſte gegen den Verſuch.

Ich will keineswegs ſo *weit* gehen, als der Herr Referent, der in ſeiner Geſchichte geſagt hat, der Staat, der Königsberg, Breslau und Poſen beſäße, der müſſe auf ſeiner öſtlichen Grenze den Niemen, den Narew und ich glaube, auch die Weichſel haben.

Meine Herren! Sehen Sie ſich die Karte an, und ſehen Sie, wie weit unſere Polniſche Grenze noch vom Narew entfernt iſt. Der Herr Referent würde alſo einen großen Eroberungszug im Königreich Polen machen müſſen, um dieſe ſeine Grenze herzuſtellen. Ich gehe alſo nicht ſo weit, wie der Herr Referent. Ich bin ganz ehrlich, ich ſage: wir haben eigentlich ſchon viel zu viel von Polen und wenn ein Staatsvertrag mit Rußland zu Stande kommen könnte, wonach wir einen *Deutſchen* aus dem Königreich Polen für zwei *Poſenſche Polen* eintauſchen könnten, meine Herren, ich würde ſofort einſchlagen, ſelbſt wenn zu meinem großen Bedauern einige von meinen verehrten Collegen hier darunter wären. (Heiterkeit.)

Ich glaube wahrlich nicht, daß durch ein zu großes Anhängſel von Slaviſchen Elementen der Preußiſche Staat an Kraft gewinnt, und deshalb bin ich in dieſem Falle verſchiedener Anſicht gegenüber der gewiegten Autorität des Herrn Referenten. Aber einen ſolchen Tauſch können wir leider! nicht zu Stande bringen, wir ſind darauf hingewieſen, unſere Ehre iſt damit verknüpft, dieſen Theil von Polen zu behalten, [ſelbſt] zu behalten, [wenn auch leider!] etwas Polniſche Nationalität daran klebt.

Meine Herren! Ich glaube nicht, daß in einem großen Theile des Hauſes meine Worte ſonderlichen Anklang finden werden. (Heiterkeit)

Sie beſtätigen das zu meiner Freude; es iſt mir ſehr unangenehm, dieſe unartikulirten Töne hervorzurufen; Sie bringen mich damit auf das, was ich Ihnen gerade ans Herz legen wollte. Ich citire ſehr gern politiſche Gegner, es iſt dies einmal ein Bedürfniß der *Unparteilichkeit*, was ich in mir fühle. Ich glaube auch, es iſt eine juriſtiſche Maxime, daß jeder gegen ſich gelten laſſen muß, was ſeine Zeugen für ihn angeführt haben. Ich citire mit beſonderer Vorliebe, und ich ſage das ohne alle Schminke, die Reden des bedeutendſten Redners Ihrer Seite (zur Linken). Herrn Schulze (Berlin) oder, wie er ſich mit ſeinem Europäiſchen Namen nennt, Schulze-Delitzſch. (Große Heiterkeit.)

Digitized by Google

Ich sehe, daß ich jetzt schon viel freundlicher von Ihnen aufgenommen werde; also erlauben Sie mir, daß ich Ihnen dasjenige vorlese, die classischen Worte, welche in der Sitzung vom 22. September v. J. der Herr Abgeordnete mit meiner vollständigen Zustimmung, ich möchte sagen Zeile für Zeile, mit ganz geringen Ausnahmen, damals gesprochen hat. Er hat uns damals gesagt:

„Die nationale Agitation ist lebhafter wie jemals, und die Losung ist: Polen in den Grenzen von 1772. Das kann sich Niemand verhehlen, der irgendwie den Dingen folgt . . . .

Wir werden auch unsererseits, meine Herren, den Polen gegenüber, das Nationalitäts-Princip zu betonen, das nationale Princip für uns in Anspruch zu nehmen und die Deutsche Nationalität in den Kampf zu führen haben, wenn wir überhaupt der ganzen Frage gerecht werden wollen. Nicht blos um einen Preußischen Besitz, sondern um einen Deutschen Besitz, um ein Stück echten Deutschen Lebens, dessen Entfremdung oder Erhaltung ein Verlust oder Gewinn für Preußen und ganz Deutschland sein wird . . . ."

Er hat dann gesprochen von gewissen Sympathien (die ich in dem Maße nicht theile) für die Polnische Nation, und hat dann fortgefahren:

„Aber, meine Herren, daraus folgt noch nicht, daß wir im Zusammenstoß unserer eigenen Nationalität mit einer fremden uns unserer Sympathien wegen befugt halten können, an der eigenen Nationalität zum Verräther zu werden.

Wenn man das als Recht aufstellt, daß ein Volk jedes Stück Land, das einmal seine Vorfahren beherrscht haben, für sich in Anspruch nehmen könnte, so ist das wahrlich nicht National-Princip, sondern es heißt das Gegentheil, es heißt das Territorial-System proclamiren mit seinem Recht an Land und Leuten, an allem Zubehör des Bodens.

Diesen Boden wieder aufgeben, hieße an der geschichtlichen Zukunft unseres Volkes zweifeln. Ja, meine Herren, es hieße in der That die Arbeit von Jahrhunderten aufgeben, wenn wir nur einen Fuß breit in der von uns schwer erkämpften und sauer erworbenen Position zurückweichen wollten; nicht blos um eine Provinz würde Preußen dadurch ärmer, nein, vielmehr ein werthvolles Glied Deutschlands würde dadurch abgerissen, und es begönne von Neuem eine Verstümmelung des so schwer beschädigten und geschändeten nationalen Körpers. Ich wenigstens, meine Herren, nehme den Kampf, der uns von dieser Seite droht, für keinen leichten an. Aber wir nehmen ihn an, weil wir ihn annehmen müssen. — (Lebhaftes Bravo!)"

Wir wollen aus diesen Gründen auch nicht das Kleinste dazu thun, um an unseren östlichen Grenzen in Folge eines möglichen Gelingens des Polnischen Aufstandes, dem ich ein möglichst baldiges Ende von ganzem Herzen wünsche, ein selbstständiges Polen, wie es Einige von den Herren hier gestern Morgen in zu großer Gutmüthigkeit als ihre Tendenz proclamirt haben, zu Stande kommen zu lassen, ein selbstständiges Polen im Bunde mit Rußland wäre gerade das Gefährlichste. Jetzt ist es ein Bleigewicht an den Ferfen Rußlands, gerade wie Italien an den Ferfen Oesterreichs.

Rußland muß eine eigene Armee in Polen halten, um es in Schranken zu hal-

Digitized by Google

ten und Vieles, was von der Angriffsstellung Rußlands in Polen gesagt wird, ist daher in den Wind geredet. Aber stellen Sie Polen als selbstständigen Bundesgenossen Rußland an die Seite, so haben Sie zwei Slavische Nationen, die ihr Interesse erkennen, verbündet neben einander; dann wird sich die Sache anders gestalten. Darum halte ich nicht gerade das Congreß-Polen, das ich vielmehr für ein nützliches Glied in unserer Nachbarschaft betrachte, für das Gefährlichste, was an der Ostgrenze geschehen könnte, — sondern vielmehr im Sinne der Tendenzen, die uns gestern hier proclamirt worden sind, nur einen leisen Schritt zu thun, daß durch Ihre Sympathien, die Sie zum Theil selbst thatsächlich bethätigen wollen, solch ein selbstständiges Polen wieder auf der Karte von Europa erscheint.

Man hat viel davon gesprochen, wie die Convention zu Stande gekommen ist; man hat der Regierung zum Vorwurf gemacht, daß unsere Offiziere nach Petersburg gegangen wären, um diese Convention abzuschließen. Ja, meine Herren — ich werde nachher auf die zu unterscheidenden Merkmale kommen — dasjenige, was mir von der Cooperation mit Rußland für Preussen nützlich zu sein scheint, wenn ich es einmal für nützlich halte, mußten wir meiner Ansicht nach selbst mit Verleugnung gewisser diplomatischer Etiquette sobald wie möglich zu erreichen suchen. Wenn es etwas Nützliches für Preußen gilt, dann dächte ich, gilt hier wie überall der Grundsatz: „bis dat, qui cito dat!“ Ich habe deshalb nichts dagegen, daß man Rußland auf halbem Wege entgegen kam.

Man konnte deshalb auch nicht so weit gehen, daß man bei dieser Gelegenheit die stipulirte Begünstigung unseres Handels, d. h. die Ermäßigung der russischen Einfuhrzölle auf 10 pCt., wie sie früher in Folge des Wiener Congresses stipulirt waren, als Aequivalent fordern sollte. Ich glaube, man mag noch so wenig eingeweiht sein in die diplomatischen Verhandlungen, so weiß man doch, daß einem solchen Handelsvertrage längere Verhandlungen voraufgehen mußten, und wenn man den Polnischen Aufstand für so gefährlich hält, als ich ihn halte, so war eben keine Zeit zu verlieren, um sich möglichst bald in den Vertheidigungs-Zustand zu setzen.

Ich mache daher auch daraus der Regierung keinen Vorwurf, wie es Manche gethan haben, daß sie sich als Entschädigung den Handelsvertrag nicht ausbedungen hat, weil ich glaube, daß es auch wesentlich in unserem Preußischen Interesse lag, daß der Polnische Aufstand möglichst rasch gedämpft werde.

Man warnt uns (und das ist für mich der schmerzlichste Theil der ganzen Debatte) vor einer Einmischung von Europa. Ich schicke voraus, daß eine solche Besorgniß, (auch wenn sie begründet wäre) mich nicht bestimmen kann, das Preußische Interesse nicht zu wahren.

Man sagt uns, wir hätten das Nicht-Interventions-Princip, das Europa schon seit langen Jahren auf seine Fahne geschrieben hat, wie der Herr Abgeordnete für Berlin gestern nach Noten von Lord Castlereagh ausgeführt hat verletzt. Meine Herren, ich will Sie nicht auf das ganze Gewirr solcher diplomatischen Noten hinweisen. Bekanntlich haben über das Nicht-Interventions-Princip in Europa verschiedene Ansichten zu verschiedenen Zeiten geherrscht.

Nach einer augenblicklichen Conjunctur hat Jeder sich das Recht so gedreht und zugestutzt, wie es ihm in jedem Augenblicke das Bequemste war, so Frankreich, Oesterreich, England, jeder Europäische Staat. Ich glaube daher, daß es nützlicher ist, statt solcher Noten auf unparteiische Autoritäten zurückzugehen.

Digitized by Google

Ich habe hier einen Deutschen Rechtsgelehrten zu citiren, einen Völkerrechtslehrer, dessen Name, wie ich glaube, einen guten Klang hat, wenigstens muß ich das daraus schließen, daß die vierte Ausgabe seines Völkerrechts in meinen Händen ist, den Professor und Ober-Tribunalsrath Heffter. Er unterscheidet zwischen den sehr verschiedenen Fällen von Interventionen — bekanntlich lassen sich nicht alle Interventionen so unter einen Nenner bringen, wie der Herr Abgeordnete für Berlin das versucht hat — und sagt dann:

„Eine weitere Befugniß, nämlich zu einer thätlichen Cooperation, eröffnet sich, wenn in einem Staate ein innerer Krieg wirklich ausgebrochen ist und ein anderer Staat von dem im Recht befindlichen aber widerrechtlich bedrängten Theile um Hülfe angerufen wird. Es ist schon das Recht jedes einzelnen Menschen, dem widerrechtlich Gekränkten zu seiner und seines Rechtes Erhaltung beizustehen; es muß auch das Recht der Staaten sein. Der Gebrauch darf nur kein leichtsinniger sein: denn das Recht und Unrecht im einzelnen Fall kann leicht trügen; die Hülfeleistung nimmt zugleich Leben und Vermögen der Unterthanen in Anspruch; es kann die Gefahr und der schlimmste Erfolg auf den Hülfeleistenden selbst zurückfallen. Unter allen Umständen muß die Cooperation in den natürlichen Schranken des Accessorischen bleiben; sie kann nicht aufgedrungen werden, nicht weiter gehen, als der Wille der Hauptpartei, und muß aufhören, wenn diese selbst nicht mehr existirt oder sich unterwirft."

Ich glaube, meine Herren, das sind die naturgemäßen Grundsätze. Sie werden mir nun sagen: daß hier die Gefahr bestehe, daß die Hülfeleistung von Rußland auf Preußen zurückfiele. Der Herr Referent und der Herr Abgeordnete für Berlin haben uns gesagt: ja, der Fall liegt eben so; wenn wir in unserem Interesse Rußland helfen, dann ziehen wir ja ganz Europa auf uns. Ich gebe dabei, wie ich im Voraus bemerken will, nicht sonderlich viel auf eine solche Furcht vor Europa, vor einem Europäischen Einschreiten; aber ich meine, ganz so gefährlich liegt auch die Sache nicht. Wer soll uns denn deshalb bedrängen, wenn wir in dieser Weise Rußland irgend welche Vergünstigung zuwenden? Zunächst Frankreich? Nun, meine Herren es ist gewiß sehr natürlich, daß Frankreich große Sympathien für Polen hat, und ich könnte Ihnen dafür eine Schrift, die ich von dem verehrten Verfasser selbst habe, von dem sehr ehrenwerthen verstorbenen Obristen v. Niegolewski, anführen. Bekanntlich haben die Polen zu ihrer großen Ehre mit rühmlichster Tapferkeit, wie auf allen Schlachtfeldern Europa's, namentlich auch unter Napoleon in Spanien, ebenso in Rußland, und leider auch in Deutschland gefochten. Ich habe Ihnen neulich citirt, was die Folge davon für Polen gewesen ist. Der Fürst Czartoryski hat in einem Briefe, den er an das Journal des Débats geschrieben hat, diese meine Aeußerung hier auf der Tribüne von der Schlacht von Leipzig verwerthet, um die Sympathien Frankreichs, die Französische Bundesgenossenschaft für Polen anzuregen. Ich kann von seinem Standpunkte aus ihm das keineswegs verübeln; ich begreife die Sympathie Frankreichs, wie sie durch alle Französischen Zeitungen geht.

Aber, meine Herren, wenn von Frankreich die Rede ist, so muß man sich doch immer zunächst den Mann vergegenwärtigen, der jetzt an der Spitze von Frankreich steht. Sollte der wirklich ein so nahe liegendes Interesse haben, sich für Polen zu interessiren? Meine Herren, ich glaube nicht. Zunächst wenn Napoleon, Louis Na-

Digitized by Google

poleon, der Kaiser der Franzosen, uns von Nicht-Intervention spricht, so kann man doch wirklich eine gewisse Heiterkeit nicht unterdrücken. Hat denn etwa der Kaiser Napoleon nicht in Italien interveniert? Stehen nicht jetzt seit so und so viel Jahren Französische Truppen, so viel ich weiß, 27,000 Franzosen in Rom? Hat er nicht, trotz der ewigen Abmahnungen Englands, — das ihm auch immer von dem Nicht-Interventions-Princip sprach, — durch sein Auftreten in Italien dasselbe entschieden verletzt, hat er nicht, wie ich das auch den Herren, die sich gegen Italien erklärten, immer vorausgesagt habe, im Gegensatz zu den Interessen des Königreichs Italien immer noch Truppen in Rom?

Ist das nicht eine viel größere Intervention, als wenn wir in gewisser Beziehung — ich denke nicht daran, daß wir im völkerrechtlichen Sinne in Polen interveniren sollten — im unmittelbaren Interesse des Preußischen Staates interveniren? Will man behaupten, daß die Besetzung Roms im unmittelbaren Interesse des Französischen Staates liege? wenn ich von dem religiösen Interesse der Katholiken Frankreichs absehe, ist denn ein territoriales Interesse eines Staates von 35 Millionen dabei betheiligt, daß das Königreich Italien den Kirchenstaat hat oder nicht?

Ich glaube also, meine Herren, es würde leicht sein, allen Französischen Noten mit diesem Beispiel entgegenzutreten.

Natürlich aber werden Sie mir entgegensetzen, daß Napoleon nicht dadurch, sondern nur durch sein eigenes Interesse sich bestimmen lassen würde. Aber da mache ich auf einen anderen Umstand aufmerksam. Warum interessirt sich denn die ganze Demokratie für Polen? Warum sonst, als weil die Polen bei allen Revolutionen, auf allen Barrikaden, auch da immer mit ihrer Tapferkeit die Vordersten im Treffen sind, und das, meine Herren, wäre doch wohl ein Argument, was der Kaiser Napoleon, der durch die Barrikaden zu fürchten hat, einigermaßen zu beachten hätte; er müßte Bedenken tragen, nicht in der Weise die Demokratie zu entfesseln, um späterhin in Paris die Polen wieder an der Spitze der Barrikaden zu sehen.

Ferner, meine Herren, das wichtigste Interesse Frankreichs liegt im Orient, wo es bisher immer gegen England mit Rußland operirte. Glauben Sie nun, meine Herren, daß Napoleon, der für die Zukunft die Cooperationen von Rußland im Orient gebraucht, glauben Sie, daß Napoleon hier Rußland vermaßen ins Gesicht schlagen würde? Ich glaube es nicht.

Ich glaube gern, daß man in allen Zeitungen, officiellen wie officiösen, Gefühle für Polen zur Schau trägt; denn auch die Rede des Herrn Abgeordneten für Bielefeld ist bekanntlich in extenso im Moniteur abgedruckt gewesen, weil die Franzosen dieser Rede sich gefreut haben. Ich glaube gern, daß man allen Blättern volle Macht läßt, Preußen zu schmähen. Es ist im Interesse Frankreichs augenblicklich erwünscht, von der Merikanischen Schlappe abzulenken, die nicht durch die Tapferkeit der Merikaner, sondern durch die glühende Sonne jenes tropischen Landes erzeugt wurde und die Französische Armee decimirte, worüber man in Frankreich und namentlich in der Französischen Armee murrt. Wenn man also einen anderen interessanten Gegenstand, womit man die Franzosen beschäftigen kann, findet, so ist dies allerdings erwünscht.

Ich finde es auch natürlich, daß England, welches sich einer vielhundertjährigen Freiheit rühmt, gewisse Sympathien fühlt, wenn man ihm von unterdrückten Nationalitäten spricht. Das ist ja zu allen Zeiten der Fall gewesen, wie in Be-

Digitized by Google

ziehung auf Italien, so auch in Polen. Wenn England sich indeß ernstlich besinnt, so muß es daran erinnert werden, daß es nicht in seinem Interesse liegt, sich in das Schlepptau von Frankreich nehmen zu lassen; und wenn Sie einige Aeußerungen Lord Palmerstons aus den letzten Debatten vergleichen, so werden Sie finden, daß dies auch Lord Palmerston nicht dunkel geblieben ist. Lesen Sie nur die Bemerkungen, welche er über die Conscription in Aegypten im Vergleiche zu der Conscription in Polen machte, worüber Frankreich sich beschwere, so wird Ihnen die heitere Ironie bei diesem Vorgange unverkennbar sein.

Ich habe zu allen Zeiten, insofern die natürliche Entwickelung von Staaten auch auf gewisse natürliche Verbündete hinweist, bei denen natürlich die augenblicklichen Conjuncturen zu Zeiten etwas hinweg- oder hinzuthun, abgesehen von der Deutschen Nation, welche ich keinen Verbündeten nennen möchte, weil wir mitten darin stehen, als unsern natürlichen Verbündeten unter allen Europäischen Großmächten England angesehen, weil unsere Interessen nirgends collidiren, weil umgekehrt wir eine Menge continentaler Interessen mit ihnen gemeinschaftlich haben.

Ich will diesen Gegenstand heute nicht weiter ausführen, ich habe mich schon bei Gelegenheit, als ich die englische Arroganz in der Macdonald-Affaire bekämpft habe, hier weitläufig über diese natürliche Bundesgenossenschaft mit England ausgesprochen, die leider England in neuester Zeit häufig verkannt hat. Ich glaube, meine Herren, England würde sich darauf besinnen, wenn man zu der Unveränderlichkeit, ich möchte sagen, zu der Dauerhaftigkeit der Preußischen Politik dort Vertrauen gewinnen könnte. Wenn man in England wüßte, daß auf diesen Stühlen mir gegenüber Minister sitzen, welche die Preußische Nation hinter sich haben, dann würde England mit dieser Regierung, weil ihre Interessen dann mit den Englischen identisch sind, anknüpfen und harmoniren, und selbst in einem solchen Falle uns keine Opposition machen.

Ich könnte noch ein paar Worte von Oesterreich sagen, aber ich mag einen Deutschen Staat in dieser Sache nicht angreifen; ich will nur sagen: Oesterreich beobachtet, wie ich glaube, die kluge Politik, das zu thun, was seinem Gegner schadet. Oesterreich hat natürliche Gründe, sich an Rußland zu reiben, weil es ihm in Italien geschadet hat. Seit der bekannten Undankbarkeit des Fürsten Schwarzenberg hat es dazu naheliegende Gründe. Wie ferner unsere Interessen von Oesterreichischer Seite täglich durchkreuzt werden, brauche ich Ihnen nicht erst zu sagen; ich erinnere Sie nur an die Machinationen gegen den Französischen Handelsvertrag. Ich glaube daher, die Position, welche Oesterreich in dieser Sache einnimmt, sollte uns nicht locken, sondern eher zum Gegentheil bestimmen.

Wenn von einer Verschlechterung unserer Position die Rede gewesen ist, wenn gesagt worden ist, wir hätten es mit ganz Europa verdorben, so sehe ich die Sache nicht ganz so an. Zweierlei scheint mir die Regierung doch zu Wege gebracht zu haben, einmal, daß die Möglichkeit der Heilung des Zerwürfnisses zwischen Oesterreich und Rußland durch den Beistand, welchen Oesterreich dem Polnischen Aufstande hat zu Theil werden lassen, in die weiteste Ferne gerückt worden ist, und andererseits glaube ich, daß, was ich auch nicht den Preußischen Interessen für zuträglich halte, daß das Zustandekommen eines Bündnisses, wie es schon zu Napoleons I. Zeiten gedacht worden ist, eines Bündnisses zwischen Frankreich und Rußland mindestens für jetzt unmöglich gemacht ist. Man muß sich die Interessen des Preußischen Staates vergegenwärtigen, und wenn man das thut, so kann man deshalb die

Digitized by Google

Politik unserer Regierung nicht für so verderblich halten, als sie von mehreren Seiten geschildert worden ist. Nach alledem glaube ich, daß sich die Commission in ihren wesentlichsten Betrachtungen im Unrecht befindet, wenn sie gerade die Feindseligkeit, welche die Regierung gegen den Polnischen Aufstand documentirt hat, ihr zum Vorwurf macht.

Sie hat in ihrem Antrage gesagt, sie erachte es in Preußischem Interesse, daß die Königliche Staats-Regierung weder der Russischen Regierung, noch den Aufständischen, also „keinem" der kämpfenden Theile irgend eine Unterstützung oder Begünstigung zuwende.

Es ist dann nachher wieder die Rede gewesen von dem Grundsatze der Nichtunterstützung der beiden sich heute bekämpfenden Theile, und daß man sich blos beschränken solle auf den Schutz der Grenzen. Meine Herren, diese Grundansichten der Commission theile ich nach dem, was ich gesagt habe, in keiner Weise. Ich glaube umgekehrt, daß es im Interesse Preußens liegt, Rußland so viel Unterstützung zuzuwenden, als wir irgend können, ohne anderen wichtigen Interessen unseres Landes zu nahe zu treten oder zu gefährden. Ich glaube daher, daß man sich nicht blos auf das beschränken darf, was die Amendements, namentlich das Amendement des geehrten Herrn Abgeordneten für Genthin und meines geehrten Freundes, des Herrn Abgeordneten für Soest, uns empfohlen haben, nämlich auf den bloßen Schutz der Grenzen.

Wenn Sie diesen Ausdruck im weiteren Sinne nehmen, so könnte ich mich allerdings einem solchen Amendement anschließen; ich würde mir aber doch jedenfalls vorher noch einen Commentar darüber zu erbitten haben, ob Sie den Schutz der Grenze etwa dahin übersetzen wollen, daß die Machtstellung Preußens auf seiner östlichen Grenze — das Nichtzustandekommen eines „selbstständigen" Polen vorausgesetzt — ob Sie das auch unter dem Schutz der Grenze miteinbegriffen haben wollen. Ich möchte aber doch vor einer solchen Sprache warnen, denn im eigentlichen Sinne versteht man unter dem Schutze der Grenzen, daß man in der Behauptung seines Hoheitsrechtes Niemand über seine Grenze läßt, welcher im aggressiven Sinne herüberkommt; daß ist der eigentliche Sinn, welcher mit dem Ausdrucke: „Schutz der Grenze" verbunden zu werden pflegt. Darauf aber will ich die Thätigkeit der Preußischen Regierung nicht beschränkt sehen. Ich könnte also der Preußischen Regierung vielmehr einen Vorwurf daraus machen, daß sie Mieroslawski, der allerdings in der Maske eines Champagner-Reisenden unsere Grenze überschritten hat, nicht erkannt und festgenommen hat; ich würde es vielmehr dankbar erkennen, wenn es dem Scharfsinn unserer Polizei gelungen wäre, ihn unter dieser Maske zu erkennen und zu inhaftiren, denn ich glaube nicht, daß wir einem geschworenen Feinde von Preußen, der hier im Jahre 1848 erst begnadigt ist, darin zu unterstützen haben, zur Fortführung des Polnischen Aufstandes über unsere Landesgrenze herüberzukommen. Ich mache unserer Regierung ferner keinen Vorwurf daraus, wenn sie keinen Kriegsbedarf zur Unterstützung des Aufstandes über die Grenze gehen läßt sondern ihn vielmehr saisirt und umgekehrt, wenn es die Nothwendigkeit herbeiführen sollte, die Russen mit jedem Proviant und jedem Kriegsbedarf in der ausreichendsten Weise unterstützt, um den Polnischen Aufstand so schleunig wie möglich niederzuschlagen. (Oh! Oh! links.)

Ja, meine Herren, ich habe Ihnen deducirt, daß das Niederschlagen des Aufstandes für Preußen von dem größten Interesse, daß das schleunige Unterdrücken

Digitized by Google

desselben eine Nothwendigkeit für Preußen ist, und ich muß daher auch alles Dasjenige vertreten, was ohne Beeinträchtigung der Preußischen Ehre zur schleunigen Unterdrückung des Polnischen Aufstandes geschieht, und wenn die Regierung solche Mittel ergriffen hat, so danke ich ihr dafür.

Ich bin nur in einer Beziehung abweichender Ansicht von dem, was wir von dem Inhalte der Convention gehört haben, und von dem, was uns gestern vom Ministertische aus gesagt worden ist. Ich halte den Theil der Convention für nicht berechtigt, welcher den Russen gestattet, unter irgend welchen Umständen in der Verfolgung von Insurgenten in Preußen einzurücken. Im Einklange mit dem, was ich vorhin gesagt habe, würde ich daraus der Regierung keinen Vorwurf machen, wenn sie beispielsweise Russen, die sich flüchten vor Insurgenten, über unsere Grenzen gehen läßt, ihnen die Waffen abnimmt, und ihnen auf irgend einem andern beliebigen Punkte die Waffen wiedergiebt und sie nach Polen hineinmarschiren läßt, um da den Aufstand möglichst rasch zu unterdrücken. Aber das halte ich für verletzend für die Interessen und die Ehre Preußens, daß man in der Verfolgung flüchtiger Polnischer Insurgenten die Russischen Truppen über unsere Grenzen läßt.

In Bezug auf das Interesse Preußens brauche ich wohl kaum auf die möglichen Conflicte, die naturgemäß daraus entstehen müssen, hinzuweisen. Ich weiß nicht, wie man es militärisch einrichten will, daß man zwischen zweien Befehlshabern, von denen der eine in hitziger Verfolgung des Feindes begriffen ist, und der andere, der Preußische, ihm in einiger Entfernung gegenüber steht, im Augenblick der hitzigen Verfolgung ein Einverständniß darüber herbeiführt, ob die Preußischen Truppen, denen die Russen zuerst begegnen, wie die Worte der Convention lauten sollen und lauten, stark genug sind, um die Insurgenten zu entwaffnen, oder ob es hierzu der Cooperation Russischer Truppen bedarf. Ich glaube, es würde zu den gröbsten Conflicten mit den Russen führen, wenn man den daraus für uns entstehenden Gefahren begegnen wollte. Wir wissen von der Kriegführung der Russen, namentlich von ihrer jetzigen Kriegführung im Königreich Polen leider! genug, um nicht besorgen zu müssen, daß, sobald wir die Russen über die Grenze lassen, dieses oder jenes Dorf in Brand gesteckt und große Brutalitäten gegen Preußische Einwohner begangen werden, (Sehr wahr!) und wir haben keine Veranlassung, unsere Landesgenossen solchen Bedrückungen und Brutalitäten auszusetzen.

Der Herr Ministerpräsident hat allerdings gesagt: ja, jeder einzelne Act des Einrückens bedürfe der Genehmigung Seitens der Regierung in Berlin.

Meine Herren, ich kann mir solche Fälle nicht factisch denken. Wie soll die Anfrage geschehen? durch Couriere schwerlich. Sie würden also nach dem nächsten Telegraphenamte sich zu begeben haben, den Telegraphen spielen lassen, und nach Berlin die Anfrage richten: Was sagt Ihr zu dem Einmarsche?

Wie viele Telegraphen wir an der Grenze bereits haben, weiß ich nicht; jedenfalls an einer Grenze von 300 Meilen so verhältnißmäßig wenige, daß unter Umständen ein Weg von 5 Stunden dazu gehört, um zu dem nächsten Telegraphen zu gelangen. Was soll in der Zwischenzeit werden? Und glauben Sie denn, daß in der Hitze der Verfolgung ein Russischer General, der denkt: Ich anticipire die Antwort, die mit dem nächsten Telegraphen doch gewiß von Berlin kommt, sich veranlaßt finden wird, Gewehr bei Fuß an der Grenze stehen zu bleiben und die telegraphische Antwort von Berlin abzuwarten? (Heiterkeit.)

Ich glaube, das entspricht nicht der Kriegserfahrung. Unsere Interessen, die

Digitized by Google

Sicherheit und die Ehre Preußens würden durch keine telegraphische Antwort gesichert werden! (Sehr wahr!)

Sie können nimmer einer fremden Armee gestatten, so lange unsererseits zwei ganze Armeecorps an der Grenze stehen, wenn irgend ein kleiner Punkt etwa augenblicklich nicht gedeckt ist, einzurücken, um mit der Preußischen Armee gemeinsam zu operiren. Das setzt die Ehre Preußens und der Preußischen Armee herunter, und ich habe für diesen Theil der Convention keine Nachsicht und kein Verständniß.

Ich habe Ihnen daher ein besonderes Amendement vorgeschlagen, worin ich mich gegen diesen Theil der Operationen der Regierung erklärt habe, als meiner Ansicht nach dem Interesse und der Ehre Preußens entgegen. Ich glaube, meine Herren, daß ich mit meinem Amendement kein Glück machen werde, ich täusche mich darüber keinen Augenblick, daß die Beschlüsse der Commission hier angenommen werden.

Ich glaube, meine Herren, daß Sie dann auch etwas zu viel Werth gelegt haben werden auf die Antipathie gegen das Ministerium, und zu wenig auf die Berücksichtigung der Interessen des Staats. Aber eine Lehre, glaube ich, sollte sich der Herr Ministerpräsident aus dieser Sache ziehen. Ich habe mich mit vielen seiner Schritte einverstanden erklären zu müssen geglaubt nach kalter und ruhiger Ueberlegung; aber ich glaube, meine Herren, das muß er sich selbst sagen, daß eine Stellung des Ministeriums in kritischen Momenten, wie der gegenwärtige, rein unmöglich ist, wenn ihm der entschiedene Ausdruck der großen Majorität des Hauses entgegentritt, wie in der von der Commission vorgeschlagenen und unzweifelhaft mit großer Majorität von dem Hause angenommenen Resolution.

Ich habe neulich, als wir die Adresse hier verhandelten, noch immer in der Hoffnung, in der elften Stunde zur Versöhnung beitragen zu können, mit meinen Freunden der Regierung einen billigen und mäßigen Weg zeigen zu dürfen geglaubt, auf dem sie einlenken und auf diese Weise vielleicht die Versöhnung hätte zu Stande kommen lassen können. Denn ich sagte mir: Diese Regierung hat, wenn sie auch vieler Abneigung auf diesen Bänken mit Recht begegnet ist, doch auf einer anderen Seite einen wichtigen Stützpunkt, den vielleicht eine ihrer Nachfolgerinnen in dem Maße nicht finden würde. Der Weg ist leider nicht betreten, und ich schmeichle mir auch nicht mit der Hoffnung, daß, wenn es überhaupt noch möglich ist, daß die Herren noch einlenken werden. Ich habe allen Respect vor politischen Charakteren und habe immer wenig Hoffnung bei politischen Charakteren, daß sie sich so vollständig umwandeln werden, um das auf einmal bekämpfen und desavouiren zu können, was man noch vor ganz kurzer Zeit warm und mit Lebendigkeit empfohlen hat.

Ich habe damals bei der Adreßberathung gesagt, ich wolle nur die Folgen solcher Politik für das Inland schildern, ich habe mich mit Absicht enthalten, die Folgen einer solchen Politik für unsere Stellung dem Auslande gegenüber zu schildern, und werde es auch heute nicht thun. Es würde zudem sicherlich überflüssig sein. Die Farbe dieser Debatte beweist dem Ministerium, wohin eine solche Stellung diesem Hause gegenüber in Krisen von einer solchen Europäischen Tragweite, wie die gegenwärtige ist, führe. Ich glaube es ist unmöglich, daß namentlich bei einem Staate von der Beschaffenheit und Situation Preußens die Regierung allein, wie es doch sein müßte, alle Mittel des Landes, die ganze Kriegsbereitschaft in vol-

Digitized by Google

lem Maße sich zur Seite haben könnte, wenn eben nicht das ganze Land ihrer Politik mit Enthusiasmus Beifall zuwendet.

Ich glaube meine Herren, von einem solchen Enthusiasmus, (das wird das Ministerium selbst nicht behaupten), davon kann im Lande diesem Ministerium gegenüber keine Rede sein. Ich meine, die Kreise, wo von einer Unterstützung des Ministeriums die Rede ist, sind in diesem Augenblick außerordentlich dünn gesäet. Ich denke mir, daß wirklich die Erwägung dieser Situation im Ministerio, (worin ich mit Freude politische Charaktere finde, wenn sie auch entgegengesetzte Ansichten von der meinigen vertreten), es dem Ministerio nahe legen müßte, in dieser Beziehung einen Beschluß zu fassen, um eine Ausgleichung der großen Majorität dieses Hauses mit der Regierung des Landes herbeizuführen. Ich glaube, das ist eine politische Nothwendigkeit. Die Verfolgung der Grundsätze, die die Regierung bisher vertreten hat, wird schließlich, wie ich neulich schon gesagt habe, den Staat ruiniren.

Ich sage dies Alles sine ira et studio. Ich befinde mich vorzugsweise in einer beneidenswerthen unbefangenen Stellung dem Ministerio gegenüber; — sine ira, das brauche ich nicht zu erläutern. Der Herr Minister-Präsident weiß selbst, mit welchen leider unerfüllt gebliebenen Hoffnungen sein Erscheinen auf dem Platze, den er jetzt noch einnimmt, von mir begrüßt wurde, als er uns im Herbste gegenübertrat.

Ich kann aber auch sagen: „sine studio“; denn, meine Herren: daß die Folgen eines Wechsels in der Regierung nicht etwa die sein würden, meine politischen Freunde auf diese Bänke zu führen, darüber besteht wohl kein Zweifel. Die natürliche Entwickelung des Constitutionalismus muß dahin führen, die künftigen Minister aus den Reihen der Majorität zu entnehmen. Und wenn ich auch nach den Verhandlungen der letzten Tage, namentlich nach der Rede des verehrten Abgeordneten für Bielefeld, die erheblichsten Bedenken habe, wie namentlich die auswärtige Politik von diesen Herren würde wahrgenommen werden, so glaube ich doch, dieser Versuch muß gemacht werden, das Land muß, wenn auch mit Schaden, klug werden. (Heiterkeit.)

Ich glaube, meine Herren, ich spreche mit vollständiger Objectivität über alle die Chancen, die aus dem Wechsel des Ministeriums hervorgehen dürften; wie gesagt, meine Freunde werden, von der Beute auch nur das allerkleinste Stück aufzuraffen, nicht in Verlegenheit kommen. Aber ich glaube, das Ministerium, wie die Dinge sich stellen, muß sich die Frage vorlegen: was soll aus solchen Zuständen, in denen das Land sich leider befindet, hervorgehen?

Wenn ich nun auf die vorliegende Frage zurückgehe, und wenn ich mich kurz resumire, so wünsche ich ohne ein Einrücken Russischer Truppen in Preußen, im Uebrigen jede mögliche Begünstigung der Russen zum Zwecke möglichst baldiger Niederschlagung des Preußens gefährlichen Polnischen Aufstandes, mit einem Worte ich wünsche, daß Sie handeln für Preußens Interesse und ohne Schädigung von Preußens Ehre. (Bravo! rechts.)

Präsident: Der Herr Minister-Präsident hat das Wort.

Minister-Präsident v. Bismarck: Der Herr Vorredner hat von Neuem die Besorgniß ausgesprochen, die den Preußischen Grenzländern aus der Russischen Invasion durch Grenz-Ueberschreitung erwachsen könnte. Ich sehe daraus, wie schwer es ist, eine accreditirte irrthümliche Vorstellung von einer Sache mit einer einmali-

Digitized by Google

gen Erklärung des Gegentheils zu entkräften. Ich erlaube mir daher, daran zu erinnern, daß ich gestern sagte, daß die Verabredungen, welche zur Sicherstellung unserer nachbarlichen Verhältnisse getroffen werden, Preußen gegen diese Eventualität vollkommen sicherten. Ich habe mich an anderen Stellen noch mit anderen Worten ausgesprochen, aber ich möchte auch auf diese Gewicht gelegt sehen.

Präsident: Der Herr Abgeordnete v. Hennig (Strasburg) hat das Wort für den Commissions-Antrag.

Abgeordneter v. Hennig (Strasburg): Meine Herren! Der Herr Vorredner, der eben diese Tribüne verlassen hat — er wird mir diesen Ausdruck (wie kürzlich der Herr Justiz-Minister gesagt hat) nicht ungütig nehmen, wirklich über alle möglichen und über einige andere Dinge gesprochen. (Sehr richtig! links.)

Er hat erstens den Herrn Abgeordneten für Dortmund getadelt, daß er eine historische Vorlesung gehalten; dann hat er uns im eminentesten Sinne mit einer Vorlesung über Altpolnische und Altpreußische Geschichte beglückt. (Der Herr Abgeordnete Freiherr v. Vincke meldet sich zu einer persönlichen Bemerkung.) (Heiterkeit.)

Ich kann mich nicht dazu berufen fühlen, obgleich ich wirklich einige Kenntniß, und vielleicht bessere Kenntniß über die dortigen Verhältnisse zu haben glaube, als der geehrte Herr Abgeordnete, der dem betreffenden Schauplatze ferner steht, auf einen historischen Discurs einzugehen, weil ich ihm nicht widersprechen will, da er einmal das parlamentarische Recht hat, jeden Abgeordneten, der von diesem Platze spricht, zu schulmeistern. (Sehr richtig! links. Oho! rechts. Große Sensation.)

Er hat wenigstens dieses Recht immer versucht in Anspruch zu nehmen, es ist ihm zwar sehr häufig bestritten worden, aber ein derartiges Bestreiten irritirt ihn in keiner Weise, er ist immer derselbe geblieben und hat in seiner besonderen Art und Weise einen hohen Werth. Nur einen Irrthum will ich hervorheben. Er hat gesagt: Die Unzufriedenheit in den Grenzkreisen rühre hauptsächlich daher, daß man unzufrieden sei, dort Einquartirung zu haben, da es ja allgemein üblich sei, daß man stets die Last am schwersten empfinde, welche man augenblicklich zu tragen habe. In dieser Beziehung muß ich ihm auf das Entschiedenste widersprechen. Mit der Einquartirung ist man in den Grenzkreisen nicht unzufrieden. Man sagt sich freilich, es ist ein Bischen viel des Guten geworden, man kann nicht bestreiten, daß in den Kreisen Straßburg und Thorn ungefähr zehnmal so viel Militär concentrirt ist, als von Thorn bis Warschau Insurgenten vorhanden sein könnten.

Nichtsdestoweniger ist man mit der Einquartirung nicht unzufrieden. Das muß ich behaupten, man ist mit etwas Anderem unzufrieden, nämlich mit der Convention, oder wie der Herr Minister-Präsident das Ding zu nennen beliebt, mit der Verabredung. Wir haben heute gehört, daß der Herr Minister-Präsident gesagt hat, die Verabredung mache es unmöglich, daß Russische Truppen jemals nach Preußen herüber kommen könnten. Er hat aber gestern erklärt, daß ohne Genehmigung der Regierung dieses nicht geschehen dürfe. Aber wenn eine Genehmigung eingeholt werden kann, dann müssen Eventualitäten vorhanden sein, die eine derartige Genehmigung unter Umständen voraussetzen lassen und das ist so anstößig. Wir wollen derartigen Eventualitäten nicht ausgesetzt sein; denn wir wissen, daß man hier in Berlin über die wirklichen Vorgänge in der Provinz bisweilen ganz außerordentlich schlecht unterrichtet ist wovon uns der Herr Minister des Innern gestern ein ganz eclatantes Beispiel gegeben, über das ich Sie etwas später noch werde zu unterhalten haben.

Digitized by Google

Der geehrte Abgeordnete v. Vincke hat gesagt, er wünsche zwar, daß wir die Russen unterstützten, er wolle aber nicht, daß die Russen in Preußen und die Preußen in Polen einrücken sollen. Ja, meine Herren, dieses Letztere ist bereits geschehen. Ich werde Ihnen das nachher beweisen. Und das kann man immer annehmen; wenn zwei Grossstaaten, wie Preußen und Rußland, eine derartige internationale Verabredung treffen, indem einer das Recht ausübt in die Staaten des anderen einzudringen, so muß auch eine Reciprocität stattfinden. Eine andere Verabredung hätte die Russische Regierung niemals treffen können und wie ich vorher gesagt habe, hat auch eine darartige Verabredung Statt gehabt. Also wenn der geehrte Abgeordnete diesem Grundsatz folgte, müßte er doch mindestens dem Amendement v. Bonin zustimmen, dem er ja ausdrücklich widerspricht.

Meine Herren! Sie werden es wohl in der Ordnung finden, da gestern nur einer der Herren Vorredner unserer Partei auf die Aeußerungen des Herrn Minister-Präsidenten geantwortet hat, daß ich, wenn auch nur kurz, darauf eingehe. Zunächst, glaube ich, ist der Herr Minister-Präsident in seiner gestrigen Rede von einer, — gestatten Sie mir den Ausdruck — militärischen Theorie ausgegangen. Er ist davon ausgegangen, daß derjenige, der einen Angriff zu erwarten hat, demselben zuvorkommt, oder wie man das in militärischer Sprache nennt, den ersten Stoß führt. Er hat dabei vergessen, daß dieses Princip nur richtig sein kann, wenn der Stoß trifft. Man muß nicht so vorbeischießen, wie der Minister-Präsident gestern vorbeigeschossen hat. In diesem Fall thut man besser, noch zurückzuhalten und einen Angriff abzuwarten. Der Herr Minister-Präsident hat gesagt, er wäre durch unsere Debatte, die übrigens ja gar keinen Erfolg haben könne — allein in der unangenehmen Lage, unseren Verhandlungen beiwohnen und selbst mitreden zu müssen. Er hat sogar einigermaßen sein Ennui ausgedrückt über diese seine Stellung und Amtspflicht. Ich kann ihm die Versicherung geben, daß uns die Reden des Herrn Minister-Präsidenten immer sehr interessant sind. (Heiterkeit.)

Sie geben so viel Stoff zur Erheiterung. Denn, meine Herren, ist es nicht wirklich komisch, daß man heutzutage noch die alten Geschichten von 1848 aufwärmen will? daß man heute noch mit den Redensarten von „Polen Juden und Franzosen" kommt? daß man heute uns noch sagt, wir wollen das Ausland herbeirufen, und wir sagten in dem Commissions-Antrage zu dem Auslande: „Du Ausland, komm her, jetzt ist es Zeit, jetzt kannst Du bei uns gute Geschäfte machen." Kann denn der Herr Minister-Präsident alle solche Aeußerungen im Ernste sagen, wäre es nicht seine Pflicht, wenn das sein Ernst wäre, dann Sr. Majestät dem Könige zu rathen, ein solches landesverrätherisches Abgeordnetenhaus aufzulösen? (Sehr gut! auf allen Seiten.)

Und warum thut er das nicht, warum giebt er diesen Rath nicht? Ja, die Sache scheint mir sehr einfach zu sein; er glaubt wahrscheinlich, dasselbe Abgeordnetenhaus würde doch wieder gewählt werden; das ist der einfache Grund. Also wird der Vorwurf nicht uns allein gemacht. Dieser Vorwurf wird dem ganzen Lande in seiner ungeheuren Majorität, die uns gewählt, ins Gesicht geschleudert, daß das Preußische Volk das Ausland auffordern wolle, nach Preußen zu kommen, denn in Preußen wäre jetzt Streit zwischen der Regierung und dem Volke, und da wäre es gute Zeit. Ja, meine Herren, so etwas kann doch ein Minister unmöglich im Ernste sagen, so etwas kann er doch nur etwa in guter Laune sagen, und da will ich ihm zugeben, daß man wohl scherzweise solche Aeußerungen machen kann. Ob es aber

Digitized by Google

geeignet ist, vom Minister-Tische aus hier solche Reden zu führen, das will ich sehr gern der Beurtheilung des Herrn Minister-Präsidenten selbst überlassen.

Der Herr Minister-Präsident hat sodann einen tiefen Seufzer ausgestoßen, daß wir kein Englisches Unterhaus wären. Ja, meine Herren, das hat mich an die alte Erfahrung erinnert, daß die Leute gewöhnlich das zu wünschen pflegen, was ihnen wenn sie es hätten, am schlechtesten bekommen würde. (Heiterkeit.)

Denken Sie sich einmal, meine Herren, Herrn v. Bismarck und ein Englisches Unterhaus! (Wiederholte Heiterkeit.) Das würde zusammenpassen, wie die Faust aufs Auge; aber ich darf wohl glauben, daß Herr v. Bismarck die Rolle des Auges übernehmen würde. (Erneute Heiterkeit.)

Gestatten Sie mir, nun zu dem eigentlichen Thema überzugehen, um das es sich hier handelt.

Es ist uns namentlich gestern gesagt worden: es sei gar keine Veranlassung zu dem Antrage, da der Herr Minister-Präsident die betreffenden Zeitungsnachrichten eine Seeschlange, glaube ich, genannt hätte. Daß Grenzüberschreitungen stattgefunden hätten, hat er auf das Allerbestimmteste in Abrede gestellt. Der Herr Minister des Innern hat sogar ein Telegramm vom Landrathe des Straßburger Kreises vorgelesen, wonach angeblich eine Grenzüberschreitung nicht stattgefunden haben soll.

Ich bedaure sehr, daß der Herr Minister des Innern so kurze Zeit erst in Preußen anwesend ist, sonst würde er gefunden haben, daß in diesem Telegramm ein erheblicher geographischer Schnitzer sich befindet. Das Telegramm geht dahin:

> Die Drewenzbrücke, welche zu Gollub gehört,
> — das ist nämlich der Schnitzer; sie gehört nicht zu Gollub, sondern zur Hälfte zu Preußen und zur andern Hälfte zu Russisch-Polen —
> und diese Stadt mit der Nachbarstadt Dobrzyn verbindet, die sei in der Nacht vom 18. zum 19. d. M. von einigen vorgeschobenen Preußischen Posten besetzt worden, weil u. s. w. Von einer Besetzung der Stadt Dobrzyn durch Preußische Truppen sei nicht die Rede; das Vorschieben einzelner Posten wäre durch die localen Verhältnisse geboten.

Das stimmt genau überein mit einem Briefe, den ich aus Gollub bekommen habe, und der Herr Minister des Innern hätte schon aus dem Telegramm herauslesen können, was ich mir erlauben werde, aus dem Briefe vorzulesen; dieser lautet:

> „Auf eine in der Nacht vom 18. zum 19. huj. hier eingegangene Mittheilung des in Dobrzyn commandirenden Majors v. Denecker,
> — des Russischen Majors —
> daß die Polnischen Insurgenten im Anzuge sein sollen, rückte die hier stehende 11. Compagnie des 8. Ostpreußischen Infanterie-Regiments, geführt vom Hauptmann v. Tydewitz, über die Brücke nach Dobrzyn ein und faßte vor dem Russischen Zollgebäude Posto. (Hört!)
> Mit Tagesanbruch rückten dann auch die hier stehenden Ulanen mit 20 Mann der Riesenburger Schwadron mit gespanntem Pistol über die Brücke nach und gingen dann, gefolgt von einem Zuge Infanterie, weiter vor. Letzterer blieb auf dem Weichbilde der Stadt Dobrzyn zurück, während erstere eine Recognoscirung bis zu der eine halbe Meile landeinwärts gelegenen Mühle Zaremba unternahmen."

Das ist das Factum, meine Herren, welches vollständig übereinstimmt mit dem Berichte des Landrathes. Wahrscheinlich hat der Landrath der telegraphischen Kürze

Digitized by Google

wegen nur den Irrthum begangen, den der Herr Minister nicht nöthig gehabt hätte, ebenfalls zu begehen, wenn er die örtlichen Verhältnisse gekannt hätte; denn der Landrath hat wohl nur aus dem Grunde, weil er es als bekannt voraussetzt, nicht gesagt, daß die Brücke halb Russisch-Polnisch und halb Preußisch sei. Uebrigens ist das nicht der einzige Fall der Art, es sind noch mehrere andere Grenzüberschreitungen vorgekommen; ich kann Ihnen z. B. einen solchen noch aus einem Briefe aus Rastenburg mittheilen.

In einem Briefe aus Rastenburg wird mir mitgetheilt:

„In dem Polnischen Städtchen Gorzellen wurden die Kosacken von Insurgenten verjagt und traten 105 Mann Kosacken nach Preußen in das Dorf Opperlennitz über. Als man indessen erfuhr, daß die Insurgenten Gorzellen verlassen hätten, begaben sich die Kosacken in Gemeinschaft Preußischer Gensd'armen in jene Stadt zurück."

Nun wird eine Vermuthung ausgesprochen, die hoffentlich unrichtig sein wird, daß nämlich Preußische Gensd'armen in Gemeinschaft mit Kosacken dort Einwohner verhaftet hätten. Wie gesagt aber, ich hoffe, daß diese Geschichte unwahr ist und will sie deshalb nicht weiter vorlesen; aber die Thatsache, daß die Grenze überschritten ist, steht fest.

Ferner, meine Herren, sind auch bereits Russen nach Preußen übergetreten, und zwar in den allerletzten Tagen, und nicht blos auf der Flucht. Wie mir aus Thorn gemeldet wird, ist dies am 21. d. Mts. bei Inowraclaw geschehen. Es heißt hier:

„am 21. d. Mts. betrat eine Anzahl Kosacken ohne irgend eine besondere Veranlassung das Preußische Gebiet bei Louisenfelde, Kreis Inowraclaw, durchzog einige Güter, und ging dann wieder nach Polen zurück."

Meine Herren, diese Thatsachen, und auch der Umstand, daß man in meiner Heimath weiß, daß die Behörden bis vor kurzer Zeit Vollmacht hatten, auf Russische Requisition nach Polen hinüberzugehen, haben uns allerdings mit Besorgniß erfüllt. Denn, wenn wir dort auch keineswegs mit Sympathien erfüllt sind für den Polnischen Aufstand — das können wir gar nicht sein, denn wir wissen, daß die Polen, wenn sie erst Polen haben, auch Danzig haben wollen, und noch andere Städte; wir sind aber Deutsche und können deshalb von Sympathien für die Polen nicht erfüllt sein, aber auch ebensowenig von Sympathien für die Russische Regierung. Ich frage, giebt es eine traurigere Veranlassung als die des Aufstandes? Denken Sie sich die Lage der Polen. Dort hat man, wie es der Herr Abgeordnete v. Vincke schon gesagt hat, versucht, verschiedene Reformen einzuführen und was ist das Ende dieser Reformen? Diese letzte, ganz außergesetzliche und in altrussischer Manier behandelte Conscription, wo man in der Nacht über die Leute herfällt, Familienväter oder nicht, ganz gleich, sie werden fortgeschleppt. Das hat den Aufstand zu Wege gebracht; meine Herren, das ist die unmittelbare Veranlassung gewesen und aus diesem Grunde, meine Herren, ist es natürlich, es regt sich in Jedem das menschliche Mitleid mit diesen Unglücklichen, die den Verzweiflungskampf kämpfen Politisch, meine Herren, können wir natürlich nicht die geringste Sympathie haben und darum eben, weil wir diese nicht haben können, scheint uns der Commissions-Antrag genau das auszusprechen, was wir fühlen, und aus diesem Grunde bin ich für den Commissions-Antrag, weil er eben das verlangt, was wir für das allein Richtige halten: das parteilose Gegenüberstehen dem dort entbrannten Kampfe.

Digitized by Google

Ich frage Sie auch, meine Herren, welche Veranlassung hat denn Preußen überhaupt, Rußland Hülfe zu leisten, das ganz allein, durch eigene Schuld, in diese Calamitäten gekommen ist, denn die beinahe 50jährige Mißregierung, die es in Polen geführt hat, ist die Ursache des gegenwärtigen Aufstandes. Was haben wir, so frage ich nochmals, für Veranlassung, dieses Rußland zu unterstützen? Seit zwei Jahren ist Polen eigentlich in ununterbrochener Revolution und wir sollen Rußland helfen, welches zwei Jahre hindurch alle möglichen Mittel aufgewendet hat, und dennoch nicht im Stande gewesen ist, die Insurrection zu unterdrücken. Es pflegt doch der erste Grundsatz aller Politiker zu sein, daß man nur die Regimenter unterstützt, welche auch wirklich lebensfähig sind. Ich frage Sie, hat sich denn das Russische Regiment in Polen irgendwie lebensfähig gezeigt? Nachdem man, wie ich Ihnen gesagt habe, beinahe 50 Jahre die Polen beherrscht, steht man noch genau da, wo man im Anfange gestanden hat.

Also, meine Herren, ein so wenig lebensfähiges Regiment sollen wir unterstützen, wir, die, wie mein Herr Vorredner ganz richtig gesagt hat, alles Mögliche gethan haben, um andere Nationalitäten mit uns zu versöhnen, die wir den Polen ja mehr Rechte gegeben haben, als sie zur Zeit des Polenreiches gehabt haben, wir, die wir eine freie Verfassung haben die wir auch den Anspruch haben auf alle politischen und bürgerlichen Freiheiten, — und ich bin überzeugt, wir werden diesen Anspruch durchsetzen früher oder später — wir sollen ein derartiges Regiment unterstützen, welches allen diesen Dingen feindlich gegenübersteht? welche Veranlassung sollten wir dazu haben? Ist uns Rußland denn überhaupt ein so guter Nachbar gewesen? Was haben wir denn von Rußlands Nachbarschaft gehabt, unsere Grenze ist abgesperrt gewesen, der Verkehr gehindert in der allererschwerendsten Weise, und bei jeder Gelegenheit, wo Preußen zu irgend einer Action nach außen hin Veranlassung fand, war Rußland sein entschiedenster Gegner. Ich will nur daran erinnern, daß Rußland uns am Allerschroffsten entgegengetreten ist, bei Gelegenheit des Holsteinischen Krieges. Also was wir für ein Interesse haben, für Rußland einzutreten, kann ich meinerseits nicht begreifen. Auch das kann ich nicht begreifen, was wir für ein Interesse haben sollten, diesen Polnischen Aufstand niederzuschlagen.

Meine Herren, es sind beide Parteien, die einander gegenüberstehen, das erkenne ich sehr wohl an, uns feindlich; welche feindlicher ist, will ich den Augenblick hier nicht untersuchen; das scheint mir auch nicht zum Zwecke zu führen. Sie sind aber beide feindlich, darum müssen wir, meiner festen Ueberzeugung nach, keine von beiden unterstützen.

Der Herr Minister des Innern hat gestern sich gegen einen Ausspruch gewendet, der von einem meiner politischen Freunde gebraucht worden ist. Ich kann ihn auch nicht unterschreiben.

Nämlich Herr Dr. Becker sprach von einer Brutalität der militärischen Herrschaft. Ich kann das nicht zugeben, denn eine Brutalität der militärischen Herrschaft hat sich dort in keiner Weise gezeigt, und ich kann daher diesem Ausdruck nicht beistimmen; aber Eins, meine Herren, ist richtig, es ist eine militärische Herrschaft. Der General v. Werder hat Vollmachten überkommen, die er nicht überkommen durfte.

Erstens frage ich Sie, wie kommt der General v. Werder zu seinem Commando? Man hat plötzlich einen General ernannt, ohne die Landesvertretung nach den Mitteln zu fragen, man hat eine neue Stelle geschaffen, und, wie es scheint eine dauernde Stelle, denn da die frühere Stelle des Generals v. Werder wieder

Digitized by Google

besetzt ist, scheint es, daß man ihn in seiner jetzigen Stellung belassen will. — Zweitens ist mir mitgetheilt worden, daß Civilbehörden angewiesen sind, seinen Anordnungen unbedingt Folge zu leisten, und das stimmt doch überein mit den Mittheilungen über die Schritte, die der commandirende General gethan hat. Er hat etwas gethan, was, ich weiß nicht, auf welcher gesetzlichen Grundlage beruht.

Trotzdem, daß ich mir die größte Mühe gegeben, eine Bestimmung unserer Gesetze darüber zu finden, so ist es mir nicht gelungen. Sie werden Alle seinen Erlaß gelesen haben, worin er die Truppen-Commandeure bevollmächtigt, Marsch-Colonnen abgehen zu lassen, ohne vorher die Civil-Behörden zu benachrichtigen, ihre Truppen selbst einzuquartieren und die Bedürfnisse derselben nach Bedürfniß zu requiriren und dieselben entweder baar oder in Anweisungen zu bezahlen:

Meine Herren, wenn ich auch ganz absehen will von dem ersten Theile, der meiner Ansicht nach entschieden ungesetzlich ist, denn Militair-Commandeure haben nicht Truppen einzuquartieren, das Einquartieren der Truppen steht unter dem Minister des Innern und den ihm untergeordneten Behörden, aber keineswegs unter den Militair-Behörden, und wenn ich also selbst davon ganz absehen will, so frage ich, wie kommt der General dazu, den Einwohnern zuzumuthen, daß sie sich die verabreichten Bedürfnisse in Bons bezahlen lassen sollten?

Dazu hat er in gar keiner Weise das Recht, nach der octroyirten Verordnung von 1850, auf die kann man sich am allerwenigsten berufen, denn die spricht es ja ausdrücklich aus, daß nur im Falle des Krieges oder für den Fall, daß Se. Majestät die Truppen mobil gemacht hat, die Commandeure dieses Recht haben, aber nicht dann, wenn nur die Reserven eingezogen sind und eine Kriegsbereitschaft eingetreten ist. Sie sehen also, daß allerdings die Grenzkreise sehr wohl über einige Anordnungen sich zu beklagen gehabt haben; sie können verlangen, daß, so lange kein Krieg ist, auch die Gesetze des Friedens gehandhabt werden, die ganz bestimmt und präcise lauten, und daß diese von den Militairbehörden nicht übertreten werden.

Aber, meine Herren, wie ich Ihnen schon erwähnte, dies Alles sind für uns die viel geringeren Bedenken; denn ich bin ganz fest überzeugt, daß in den Grenzkreisen man nichts gegen die Einquartierung einzuwenden hat, wohl aber, wie ich Ihnen schon vorhin gesagt habe, sehr viel gegen die sogenannte Verabredung, die mit der Russischen Regierung getroffen worden ist. Wir wollen eben keine Solidarität mit Rußland, meine Herren, das werden Sie natürlich finden. An den Grenzen herrscht das lebhafteste Interesse für das allgemeine Vaterland; wenn man an der äußersten Grenze wohnt, dann hat man das lebhafteste Nationalgefühl und jeden Augenblick befindet man sich in der Lage, dasselbe zu bethätigen. Bei jeder Regung im Nachbarlande ist das Erste, was in jedem Grenzbewohner erwacht, das Gefühl der Anhänglichkeit an das Vaterland, dessen äußerste Grenze man zu vertheidigen berufen und verpflichtet ist (Sehr gut!)

Aber, meine Herren, eben aus dem Grunde wünscht man auch, daß das Vaterland in der Achtung steht, die ihm gebührt nach seinem historischen Berufe und nach seinem eigenen Interesse und nach der Gesinnung seiner Bevölkerung. Meine Herren, Allem diesem wird nicht entsprochen; Allem diesem wird zuwidergehandelt mit dieser Verabredung. Wir können keinen Segen dabei sehen, daß unsere Regierung sich einläßt mit Rußland; wir gerade an der Grenze, wir haben immer jedem Russischen Bündniß widerstanden und sind immer der Ueberzeugung gewesen, daß es niemals zum Heil des Vaterlandes führen kann, und darum werden Sie auch finden,

Digitized by Google

daß gerade dieser Punkt bei uns am allerübelsten vermerkt worden ist. Man hat sich zu beklagen über viele kleine Vexationen, aber ich bringe sie gar nicht zur Sprache. Man hat mir vielerlei darüber geschrieben, aber deshalb will ich sie nicht zur Sprache bringen, weil sie untergeordneter Natur sind, weil sie weit zurückstehen hinter dem, was uns Alle drückt, dem Bewußtsein: wir haben in Preußen eine Regierung, die mit Rußland eine derartige Verabredung getroffen hat. Meine Herren, das erfüllt uns allgemein mit tiefem Bedauern; davon können Sie überzeugt sein. Und nun kommt noch hinzu, meine Herren, daß wir die weitere Ueberzeugung haben, eine wirklich mit dem Wunsche und Interesse des Landes innig verbundene Regierung hätte eine derartige Verabredung niemals treffen können.

Es ist die natürliche Folge dessen, was so lebhaft in der Rede des Herrn Minister-Präsidenten uns entgegengetreten ist, daß der Herr Minister sich glaubte genug zu sein dem ganzen Lande gegenüber. (Hört! Hört!)

Er glaubt, die ganze Einsicht allein zu besitzen. Er glaubt, das, was er für gut hält, das ist gut, und wenn das ganze Land es für schlecht erklärt; denn das hat er uns ganz deutlich gestern gesagt, meine Herren! Also was sollen wir ihm gegenüber thun? Wir müssen das thun, was allein in unserer Macht liegt. Wir müssen die Wünsche des Landes aussprechen, wir müssen protestiren gegen derartige Maßregeln, und wir müssen die Staats-Regierung auffordern, von ihnen abzustehen. Das Alles thut der Antrag der Commission, er thut es, meine Herren, — um mich eines Wortes zu bedienen, das von einem der Herrn Vorredner gebraucht wurde — wirklich sine ira et sine studio. Es fällt ihm nicht ein, irgend eine Sympathie für die Polnische Bewegung aussprechen zu wollen. Im Gegentheil, eine Sympathie für den Polnischen Aufstand liegt in dem Antrage in keiner Weise enthalten, sonst würde ich der letzte gewesen sein, der sich ihm angeschlossen hätte. Aber eins liegt darin, der Wunsch, daß unsere Regierung immer so ehrenvoll nach Außen handeln möge, wie es für das Beste unseres Vaterlandes wünschenswerth ist. (Bravo!)

Präsident: Der Herr Minister-Präsident hat das Wort.

Minister-Präsident v. Bismarck: Der Herr Vorredner ist nochmals auf die Gefahren zurückgekommen, die uns von der Russischen Invasion bedrohen sollen, ungeachtet meiner seiner Rede unmittelbar vorangehenden Reclamation. Er hat gesagt, „er will diese Eventualitäten nicht"; aber aus der Abneigung, meinem Widerspruch Glauben zu schenken, muß ich doch auf ein gewisses Unbehagen darüber schließen, daß diese Gefahr vollständig beseitigt erscheint, vielleicht deshalb, weil alles Dasjenige, was sich über diese Gefahr sagen ließe, nun nicht mehr genau paßt; und das ist die Bemerkung, die sich mir bei einem großen Theil des Inhalts dieser Rede aufgedrängt hat: vor der von mir gestern gegebenen Erklärung wäre dies zutreffender gewesen. Was er von thatsächlicher Grenzüberschreitung angeführt hat, ist im Ganzen doch sehr dürftig. (Heiterkeit.)

Mir sind diese Thatsachen nicht bekannt, und ich halte sie kaum erheblich genug, um darüber Ermittelung anzustellen. (Hört! Hört?) ob die Drewenzbrücke ganz oder halb zu uns gehört, ob die Grenzlinie auf derselben überschritten ist, ob irgendwo ein Gensd'arm, was auch sonst geschehen sein wird, über die Grenze gegangen ist, ob 30 Ulanen oder 30 Kosaken die Grenze überschritten haben, scheint nicht entscheidend; in Oesterreich, wenn ich den Zeitungen glauben soll, sind stärkere Truppen-Abtheilungen über die Grenze gegangen und haben vermuthlich nicht dafür gehalten daß sie in Oesterreich waren; kein Mensch hat davon ein Aufhebens gemacht.

Digitized by Google

In Friedenszeiten ist mir bekannt, daß 30 oder 40 Russische und Preußische Offiziere auf der andern Seite zum Besuch gewesen sind; (Unruhe) ich erwähne dies nur, um das Epithet der Dürftigkeit, das ich dem Vorgänger beilegte, zu motiviren.

Der Herr Vorredner hat mir ferner vorgeworfen, wenn ich von 1848 spräche, so spräche ich von alten Geschichten. Man sollte glauben, ich hätte vom siebenjährigen Kriege oder vom großen Kurfürsten gesprochen. Nun, so sehr lange ist das doch nicht her, meine Herren; wir haben alle diese Zeit erlebt, und ich erinnere mich daran, wie häufig mir von dieser Stelle Reden vorgehalten, ja verlesen worden sind, die ich 1849 gehalten habe. Ein Unterschied von einem Jahre wird denn doch nicht das Veralten, das Obsoletwerden bewirken. Der Herr Vorredner hat ferner gefragt, warum wir denn die Kammer, wenn wir mit ihr nicht einverstanden wären, nicht auflösten und an das Land appellirten? Ja, meine Herren, ehe wir das thun, möchten wir gern, daß das Land Gelegenheit hat, sie recht kennen zu lernen, (Heiterkeit) um mit vollständiger Personenkenntniß wieder wählen zu können. Der Herr Vorredner hat ferner einen Vergleich von Faust und Auge gebraucht, wo er mir die Rolle des Auges zuweist. Ich bin ihm dafür sehr dankbar; denn das Auge ist unzweifelhaft der edlere Theil; das Auge leitet die Faust. Er hat beklagt, daß ich allein sämmtliche Weisheit zu besitzen glaubte dem Lande gegenüber. Darin ist wohl einige Uebertreibung enthalten; die wenige Weisheit, die ich zu besitzen glaube, muß ich in der Lage, in die ich durch das Vertrauen des Königs berufen bin, zur Anwendung bringen. Daß mein Rath dabei an Höchster Stelle mitunter Gehör findet, liegt wohl darin, daß ich Minister bin. Wenn Sie es einmal sein werden, dann werden Sie Ihrerseits in derselben Weise Gelegenheit haben, Ihre Weisheit an den Mann zu bringen.

Präsident: Der Herr Kriegs-Minister hat das Wort.

Kriegs-Minister v. Roon: Ich will mich auf allgemeine Verhältnisse in den wenigen Worten, die ich zu sagen habe, nicht einlassen. Ich glaube, daß die allgemeine Bedeutung der Resolution, die Ihnen vorgeschlagen worden ist, ohnehin ihre richtige Würdigung im Lande finden wird. Ich will dem letzten Herrn Redner nur eine Bemerkung entgegenhalten, welche sich speciell auf mein Ressort bezieht. Er spricht dem General v. Werder die Berechtigung ab, kriegsmäßige Märsche von einzelnen Truppen-Detachements ausführen zu lassen und demgemäß auch die Truppen einquartiren zu lassen, ohne vorherige Benachrichtigung der Behörden durch die Quartiermacher. Als ich die betreffende Mittheilung von dem Herrn General v. Werder erhielt, ist es mir allerdings durch den Sinn gezogen, daß diese Maßregel wahrscheinlich von Uneingeweihten für bedenklich erachtet werden würde, und ich sehe, daß ich mich in dieser Beziehung nicht getäuscht habe.

Die Sache ist an und für sich vollständig unbedenklich für die Civil-Bevölkerung, nicht ganz unbedenklich für das Militär, welches nach diesem Befehl zu marschiren und sich einzuquartieren hat. Es ist mit Sicherheit vorauszusetzen, wenn ich auch eine amtliche Mittheilung darüber nicht habe, weil es mein Ressort nicht berührt, daß über diese Anordnung eine Verständigung zwischen dem commandirenden General und dem Herrn Ober-Präsidenten stattgefunden habe, und vom Letzterem Instructionen an die Herren Landräthe ergangen sein werden. Wenn der General v. Werder bei der Zusammenziehung der Truppen und bei Formirung besonderer Militairbezirke zur Bewachung und Vertheidigung der Grenzen im Großherzogthum Posen Befehl gegeben hat, sich ohne Quartiermacher einzuquartieren, so hat dies lediglich die Be-

Digitized by Google

deutung für die Truppen, daß sie nichts Warmes zu essen vorfinden. Denn, wenn eine Truppe einrückt in eine Stadt oder in ein Dorf, und davon die Behörden nicht benachrichtigt sind, auch keine Quartiermacher vorangehen, so wird begreiflicher Weise nicht für die Truppen gekocht, und diese müssen so lange warten, bis die Einquartirungsbillets gemacht und alle andern Anordnungen getroffen sind. Ich habe schon angedeutet, daß eine solche Einquartirungsweise nichts Andres ist, als eine Uebung auf Kosten der Geduld der Truppen, die dazu befehligt sind. Dies liegt auf der Hand. Wenn aber der Herr Vorredner davon gesprochen hat, es sei ungesetzlich, daß diese Truppen mit Bons bezahlen, so muß ich auch in dieser Beziehung annehmen, daß einige Unkenntniß der militärischen Verhältnisse diesem Vorwurfe zu Grunde liege. Baar bezahlt kann nur werden von Truppen, die ihre Kassen bei sich führen. Das sind bekanntlich bei der Infanterie die Bataillone, bei der Cavallerie die Regimenter und bei der Artillerie die Batterien. Wenn ein Regimentsstab, ein Bataillonsstab, ein Batteriestab an einen Ort kommt und Einquartirung begehrt und erhält, so wird natürlich für den betreffenden Bereich baar bezahlt. Es kann sich aber ereignen, daß bei der vielfachen Zersplitterung, welche durch die Natur des Grenzdienstes herbeigeführt wird, einzelne Detachements von Offizieren mit 30, 40, 50 Mann isolirt einquartirt werden, denen begreiflicherweise nicht Fractionen der Kassen mitgegeben werden können. In solchem Falle wird quittirt über die richtige Verpflegung, und damit geschieht nichts Anderes, als gelegentlich auch bei Friedens-Uebungen; die Quittung ist wie baares Geld, und wird bei der nächsten Steuer-Erhebung Seitens der betreffenden Gemeinde als Geld in Anrechnung gebracht. so daß die bezüglichen Kassen sich demnächst gegenseitig ausgleichen. Wenn aber endlich der Herr Vorredner sagt: „Wie kommt der Herr General v. Werder zu seiner jetzigen Stellung? so will ich einfach darauf antworten: Auf Grund einer Allerhöchsten Cabinets-Ordre Sr. Majestät des Königs, der nach der Verfassung und nach den Traditionen des Landes das Recht hat, seine Offiziere so zu verwenden, wie er es für gut findet.

Präsident: Der Herr Minister des Innern hat das Wort.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Der Herr Vorredner hat unter Anderm behauptet, daß eine Anweisung ergangen sei, wonach die Civilbehörden sich unbedingt den Anordnungen des Generals v. Werder zu fügen hätten. Eine solche Anordnung ist nicht ergangen und das Factum ist falsch.

Wenn der Herr Vorredner bedauert hat daß ich seit einer zu kurzen Zeit erst wieder nach Preußen zurückgekehrt sei, um zu wissen, daß Drewenzbrück halb Preußisch und halb Polnisch sei, so erwidere ich ihm, daß, wenn ich seit ebenso viel Jahren wieder hier wäre, als ich Monate in Preußen bin, ich doch wahrscheinlich meine Zeit nicht dazu verwendet haben würde, mich über die geographischen Verhältnisse von Drewenzbrück eingehend zu unterrichten. Wenn der Herr Abgeordnete sie aber besser kannte, so wundert es mich, daß er nicht gestern das Wort zu einer thatsächlichen Bemerkung ergriffen hat; (Unruhe links und Ruf: „Das geht nicht!") daß er nicht in einer thatsächlichen Berichtigung darauf aufmerksam gemacht hat, daß in dem Telegramm sich ein Irrthum befindet. Einstweilen muß ich aber den Hergang, wie er in dem amtlichen Berichte mir geschildert worden ist, für richtig halten.

Präsident: Der Herr Abgeordnete v. Bonin (Genthin) hat das Wort gegen den Antrag der Commission.

Abgeordneter v. Bonin (Genthin). Gegen die Aeußerungen, welche der Herr

Digitized by Google

Minister-Präsident bei der Einleitung der gestrigen Discussion hier gemacht hat, sind schon von verschiedenen Seiten Entgegnungen erfolgt, die mich der Mühe überheben, auf dieselben noch weiter und näher einzugehen. Es ist aber, wenn ich recht gehört habe, eine Aeußerung noch nicht berührt, die, wie es mir scheint, doch nicht ganz unberührt bleiben darf. Der Herr Minister-Präsident nannte die Neigung, sich für fremde Nationalitäten zu begeistern, wenn auch das eigene Vaterland darunter leidet, eine politische Krankheitsform, deren geographische Verbreitung sich leider auf Deutschland beschränke. Meine Herren, ich möchte im Anschluß an dasjenige, was der Herr Abgeordnete für Stargard den gestrigen Aeußerungen des Herrn Minister-Präsidenten entgegengestellt hat, dieser Aeußerung gegenüber die Stellung, welche das Staats-Ministerium sowohl dem Lande, als diesem Hause gegenüber eingenommen hat, eine Krankheitsform nennen, die auch eine politische ist und aus ihrem bisherigen chronischen Charakter nach dem Verlaufe der gestrigen Verhandlung wirklich einen acuten Character anzunehmen scheint. (Sehr richtig!)

Ich habe von den Aeußerungen, die der Herr Minister-Präsident in der heutigen Sitzung gemacht hat, nur auf eine zu erwidern und zwar auf eine, die bei seiner letzten Rede vorgekommen ist. Der Herr Minister-Präsident entgegnete dem Herrn Vorredner, die Regierung wünsche, bevor sie zu der von dem Herrn Vorredner angeregten Maßregel der Auflösung dieses Hauses schreite, dem Lande Gelegenheit zu geben, erst dieses Haus kennen zu lernen! Ich glaube, meine Herren, daß auch unsere jetzigen Verhandlungen darauf berechnet sein mögen, vielleicht der Staats-Regierung eine erwünschte Veranlassung darzubieten, um die Gelegenheit herbeizuführen, daß das Land dieses Haus kennen lerne. (Sehr richtig!)

Mit Bezug auf diese meine Auffassung halte ich dafür, daß das Haus doppelte Veranlassung hat, bei der Verhandlung der uns jetzt vorliegenden Frage sich wirklich in den möglichst engsten Grenzen bei der Sache zu halten und seine Beschlüsse mit der Ruhe, Ueberlegung und Mäßigung zu fassen, die ja die beste Signatur für dieses Haus dem Lande gegenüber sein werden. (Sehr richtig!)

Ich meinerseits werde mich bemühen, mich lediglich an die Sache zu halten. Dennoch, meine Herren, werde ich es nicht vermeiden können, mich vielfach auf diejenigen Erörterungen zu beziehen die schon in diesem Hause vorgekommen sind. Zunächst erlaube ich mir, einen kurzen Ueberblick über die verschiedenen Auffassungen über den im Königreich Polen ausgebrochenen Aufstand vorzulegen, die, wenn ich recht gehört habe, von verschiedenen Seiten dieses Hauses und auch von der Ministerbank gestern hier zur Sprache gekommen sind.

Der Herr Minister-Präsident hält nach der früher im Namen der Königlichen Regierung in Veranlassung der Interpellation Kantak und nach seiner gestern abgegebenen Erklärung diesen Aufstand für sehr gefährlich für den Preußischen Staat. Er findet es bei den bekannten antipreußischen Tendenzen der Polnischen Vertreter in diesem Hause sehr natürlich, daß sie demgemäß Sympathien für den Aufstand im Königreich Polen empfinden, er wundert sich nur darüber, daß auch von anderen Mitgliedern diese Sympathie getheilt zu sein scheine und glaubt, daß dieser Aufstand in der engsten Verbindung und nur eine einzelne Erscheinung der großen Europäischen Revolution sei.

Der Herr Abgeordnete v. Gottberg nennt dagegen diesen Aufstand einen planlosen, ausgehend von undisciplinirten, man könnte sagen, räuberi-

Digitized by Google

schen Banden, bezeichnet aber doch als Zweck dieses Aufstandes die Herstellung eines panslavistischen Reiches.

Der Herr Abgeordnete Waldeck behauptete in der 14. Sitzung dieses Hauses, es könne von einem organisirten Aufstande im Königreich Polen gar keine Rede sein, und der Herr Abgeordnete Kantak fragte bei der Begründung seiner Interpellation: Konnte man erwarten, daß die von einer solchen Maßregel der Recruten-Aushebung Bedrückten oder weiter Betroffenen sich frei- und gutwillig in dieselbe fügen würden, oder mußte man nicht vielmehr erwarten, daß, wenn sie doch einmal dem Untergange, fern vom Vaterlande, preisgegeben sein sollten, sie es vorziehen würden, lieber den Tod im Vaterlande, selbst im Widerstehen gegen diese Maßregel zu finden.

In der heutigen Sitzung ist dieser Aufstand, wenn ich nicht sehr irre, wiederum als ein solcher bezeichnet, der lediglich und allein durch die Aushebung der Recruten in der von der Russischen Regierung angeordneten Weise hervorgerufen sei.

Wenn ich nun frage, wie die Staats-Regierung diesem von ihr für so gefährlich gehaltenen Aufstand gegenüber sich verhalten, seitdem derselben durch verschiedene aus der Landesvertretung ausgegangene Anregungen hier in diesem Hause zur Sprache gekommen ist, die Regierung aber ihrerseits von dem Aufstande der versammelten Landesvertretung auch nicht eine entfernte Mittheilung gemacht hat, so muß ich gestehen, daß ich in manchen Beziehungen mich mit den Anordnungen der Regierung nicht einverstanden erklären kann. (Hört! Hört!)

Die erste Anregung, über diesen Aufstand in unserem Hause zu sprechen, gab die Interpellation des Herrn Abgeordneten Kantak, welche bekanntlich zwei Fragen stellte, die sich auf Vorgänge und Verhältnisse in der Provinz Posen zunächst bezogen.

Der Herr Abgeordnete ging bei der Begründung seiner Interpellation mit Rücksicht darauf, daß inzwischen Schritte der Königlichen Staats-Regierung wegen Abschlusses einer Convention mit Rußland bekannt geworden waren, über den Text seiner Interpellation hinaus, und die Staats-Regierung sah sich nicht veranlaßt, auf diesen Theil der Begründung der Interpellation einzugehen, sondern sie beschränkte sich auf die Beantwortung der beiden in der Interpellation gestellten Fragen. Daß die Staats-Regierung hierbei in ihrem vollen Rechte war, kann, glaube ich, keinem Zweifel unterliegen. Ich maße mir auch darüber kein Urtheil an, ob die Staats-Regierung, auch wenn irgend welche Verpflichtung für sie nicht vorlag, sich über die in der Begründung der Interpellation erst zur Sprache gebrachten Punkte auszusprechen, ob die Staats-Regierung demungeachtet doch nicht gut gethan hätte, dieser Interpellation gegenüber die Auskunft zu ertheilen, die sie nach dem damaligen Stande der Dinge zu ertheilen im Stande zu sein hätte glauben können. Das aber scheint mir, mußte die Staats-Regierung sich auch schon nach dem Verlaufe der Verhandlungen in Veranlassung der Interpellation des Herrn Abgeordneten Kantak sagen, daß der Gegenstand, da er einmal hier in diesem Hause zur Sprache gekommen war, unmöglich mit der Beantwortung der Interpellation abgeschlossen bleiben würde. Die Staats-Regierung mußte, wie mir scheint, im Gegentheil aus der Aufnahme, die die Begründung der Interpellation in diesem Hause fand, die Ueberzeugung gewinnen, daß eine weitere Erklärung unverweilt und direct von ihr gefordert werden würde. Sonach konnte die Interpellation der Herren Abgeordneten Schulze (Berlin) und von Carlowitz der Regierung gewiß nicht überraschend kommen, wogegen ich gestehe, daß ich mich im höchsten Grade überrascht gefühlt habe, als die Staats-Regierung

Digitized by Google

in der Sitzung vom 18. auf diese Interpellation die Erklärung abgab: die Staats-Regierung lehne es ab, die gestellte Interpellation zu beantworten. — Ich kann mir nach den gestrigen Mittheilungen des Herrn Minister-Präsidenten denken, daß dieser Erwiderung damals schon das zu Grunde gelegen hat, was der Herr Minister gestern angedeutet hat, nämlich, daß man in dieser Interpellation eine Aufforderung an die Staats-Regierung gefunden habe, schwebende Verhandlungen preiszugeben. Ich halte dafür, daß eine Mittheilung der Staats-Regierung an die Landesvertretung über beabsichtigte oder schon eingeleitete Verhandlungen niemals ein Preisgeben solcher Verhandlungen sein könne, jedenfalls aber würde die bloße Mittheilung darüber, daß die Verhandlungen eingeleitet wären, doch unmöglich als eine Preisgebung der Verhandlungen selbst angesehen werden können.

Nach meiner Auffassung über den Umfang des Aufstandes im Königreich Polen, in der ich der Auffassung des Herrn Minister-Präsidenten sehr nahe stehe, wäre der correcte Weg für die Staats-Regierung der gewesen, wenn sie jeder Interpellation oder jeder sonstigen Anregung aus der Landesvertretung zuvorgekommen wäre dadurch, daß sie nicht nur bei den ersten Einleitungen für die abzuschließende und jetzt ja eingestandenermaßen abgeschlossene Convention, sondern bei den ersten Anordnungen im Inneren unseres Landes offen und ehrlich vor die Landesvertretung hingetreten wäre und ihr gesagt hätte: In dem benachbarten Königreich Polen ist ein bewaffneter Aufstand ausgebrochen, und zwar an so vielen und zum Theil unsern Grenzen nahe gelegenen Orten gleichzeitig, daß, ohne den Umfang und die Kraft des Aufstandes schon jetzt übersehen zu können, die Staats-Regierung doch zur Sicherung unserer Grenzen sowie der Personen und des Eigenthums der Mitbürger in den Grenzprovinzen Maßregeln zu ergreifen für ihre Pflicht hält. Sie hat dazu für den Augenblick die nothwendig erscheinenden Anordnungen getroffen und steht im Begriff, auch dieserhalb mit der Russischen Regierung in Verhandlungen zu treten, um auch bei diesen außergewöhnlichen Verhältnissen die Bewohner der diesseitigen Grenzen zu sichern.

Ich glaube nicht daß, wenn die Regierung so vorgegangen wäre, von irgend einer Seite dieses Hauses, selbst von diesen Herren (links deutend) eine derartige offene Erklärung hätte mißfällig aufgenommen werden können; ja ich glaube sogar, wenn die Regierung weiter gegangen und für die zu treffenden und als unerläßlich nothwendig anzuerkennenden, außergewöhnlichen Maßregeln, soweit sie sich in den zu steckenden, angemessenen Grenzen hielt, einen entsprechenden Credit bei der Landesvertretung beantragt hätte, ich glaube sogar, auch dieser würde, trotz der Stellung, die die Regierung zu diesem Abgeordnetenhause eingenommen hat, auf einen begründeten Widerstand nicht gestoßen sein, und daß einem Uebereinkommen mit der Russischen Regierung, wenn es nur dieses Ziel verfolgt hätte, irgendwie von dem Auslande hätten Bedenken entgegengestellt werden können; das, meine Herren, liegt auf der Hand, das konnte nicht sein.

In welche Lage hat uns aber das entgegengesetzte Verfahren der Staats-Regierung gebracht? Dem Auslande gegenüber sehen wir uns ziemlich isolirt. Die Stellung der Königlichen Regierung im Lande ist, wie mir scheint, nicht sicherer geworden, die Stellung der Staats-Regierung diesem Hause gegenüber jedenfalls noch schärfere Gegensätze durch die Verhandlungen, die jetzt in Veranlassung dieses Falles hier im Hause stattgefunden haben, herbeigeführt. — Glaubt die Staats-Regierung von der Landesvertretung die doch jedenfalls erforderlichen Geldmittel über das von

Digitized by Google

mir angedeutete Bedürfniß hinaus bewilligt zu erhalten? und ist die Staats-Regierung wirklich so wenig vertraut mit dem Umfange der Kosten, welche durch Marsch- und Kriegsbereitschaft und umfassende Truppen-Dislocationen herbeigeführt werden, daß sie die von ihr getroffenen Maßregeln mit wenigen 100,000 Rthlrn. decken zu können glaubte, wie neulich der Herr Minister-Präsident anführte? (Hört!)

Hat die Königliche Staats-Regierung irgendwie Veranlassung in der Landesvertretung so viel Vertrauen auf ihre Umsicht und Mäßigung beanspruchen zu können, daß die von ihr getroffenen Anordnungen sich innerhalb der Grenzen des Unerläßlichen halten, um deshalb der Zustimmung der Landesvertretung, soweit solche erforderlich sein sollte, im Voraus sicher sein zu können?

Ich bin weit entfernt, für mich persönlich eine Berechtigung zur Beantwortung dieser Frage in Anspruch zu nehmen, ob die Königliche Staats-Regierung nicht bereits über das unerläßlich Nothwendige, vielleicht ziemlich weit hinaus gegangen ist. (Hört!)

Ich kann aber doch nicht umhin, da ich, wie Ihnen ja allen bekannt, den betreffenden Verhältnissen, in den letzten Jahren namentlich, näher gestanden habe, wie die sämmtlichen Herren Mitglieder unserer jetzigen Staats-Regierung, (Hört!) von diesem Standpunkte aus, noch einige Bemerkungen hinzuzufügen. Es ist Ihnen bekannt, daß gerade 4 Wochen vor Ausbruch des Aufstandes im Königreich Polen meiner amtlichen Wirksamkeit in der Provinz Posen ein Ziel gesetzt wurde. Ich kann nicht wissen, wie sich in diesen 3 Wochen die Verhältnisse anders und vielleicht wesentlich anders gestaltet haben. Ich kann aber keinen Anstand nehmen zu erklären, daß, wenn dieser Anstand 4 Wochen früher ausgebrochen wäre, ich mich entschieden dagegen ausgesprochen haben würde, (Hört!) die Maßnahmen in der Art und in dem Umfange, wie es geschehen ist, sofort eintreten zu lassen.

Ich kann auch wirklich nicht annehmen, daß die Verhältnisse in diesen 4 Wochen sich so wesentlich geändert haben sollten, da ich in der Nr. 42 der Posener Deutschen Zeitung eine Erklärung von 3 durchaus zuverlässigen und ehrenwerthen Bewohnern der Provinz Posen gefunden habe, in welcher die Lage der Dinge dort für den Augenblick gerade noch ebenso aufgefaßt und dargestellt wird, wie sie während meiner Verwaltung aufgefaßt und dargestellt worden ist. Der Herr Minister des Innern hat die Güte gehabt, gestern in Beziehung auf die Zweifel, welche gegen die Angemessenheit der jetzt schon getroffenen Maßregeln hier angeregt waren, zu bemerken, daß von ebenso vielen Seiten Anforderungen auf Ueberweisung militärischen Schutzes und Dank für überwiesenen Schutz ihm ausgesprochen worden seien. Ich glaube, daß das von vielen Seiten mit vollem Rechte geschehen ist; ich kann aber doch darin eine Entgegnung oder Widerlegung, meiner Ansicht nach, nicht finden. Denn, meine Herren, wie gern die Behörden, wenn eine derartige Calamität einmal in Aussicht steht, geneigt sind, sich möglichst weiten und ausgedehnten Schutz zu verschaffen, das ist bekannt. (Hört!)

Wenn nun aber in dem von dem Herrn Minister-Präsident gestern als wirklich existent zugegebenen Abkommen mit der Russischen Regierung, über die bestehende Cartelconvention mit Rußland hinaus, Verpflichtungen für den Preußischen Staat oder für die einzelnen Staatsbürger stipulirt sein sollten, und das Abkommen dann ja unzweifelhaft der Zustimmung der Landesvertretung nach Art. 48 der Verfassungs-Urkunde zu seiner Gültigkeit bedürfen würde, (Hört! Hört!) so nehme ich ebenfalls keinen Anstand zu erklären, daß ich in einem derartigen Abkommen geradezu eine

Digitized by Google

Schädigung des Preußischen Staates erkennen müßte, (Hört! Sehr richtig! links) und daß ich niemals dazu verstehen würde, einem solchen Uebereinkommen meine Zustimmung zu geben. Daß die gestern von dem Herrn Minister-Präsidenten gemachten Andeutungen über den Inhalt dieses Abkommens mich nicht vollständig beruhigen, meine Herren, das habe ich hier nur zu bemerken, ohne daß es mir nothwendig erscheint, es jetzt noch weiter auszuführen. Aber das habe ich zu constatiren, daß gerade bei dieser Frage der wirklich tief zu beklagende Gegensatz zwischen der Staats-Regierung und diesem Hause mir zu einer Höhe gediehen zu sein scheint, daß wir irgend eines durchgreifenden Mittels zur Ausgleichung dieses Gegensatzes nicht mehr lange werden entbehren können! (Auf allen Seiten: Sehr wahr! Sehr richtig!)

Ich sollte glauben, die Staats-Regierung müßte nach dem Gange dieser Verhandlungen sich der Ueberzeugung nicht länger verschließen können, daß sie durch diesen Gegensatz in ihrer Thätigkeit nach Außen und nach Innen je länger desto mehr gelähmt wird. (Hört!)

Wir bedürfen aber an der Spitze unseres Staates keine gelähmte Regierung, sondern wir müssen eine thatkräftige Regierung an der Spitze unseres Staates sehen, die sich frei nach allen Seiten bewegen kann! (Bravo! Sehr richtig! links.)

Daß es bei dieser Lage der Dinge geradezu von der Pflicht geboten war, in einer zu fassenden Resolution des Hauses der Staats-Regierung unumwunden die Ansicht dieses Theils der Landesvertretung über ihr bisher eingehaltenes und wahrscheinlich weiter beabsichtigtes Verfahren darzulegen, ergiebt sich zur Genüge aus dem, was ich schon gesagt habe, und ich habe es deshalb aufrichtig bedauert, mich der Resolution, wie solche von den Herren Antragstellern vorgeschlagen und von der Commission befürwortet ist, nicht anschließen zu können. Die Gründe liegen für mich theils in der, wie mir scheint, staatsrechtlich vollständig unzulässigen Gleichstellung der bestehenden legitimen Kaiserlich Russischen Regierung mit den Aufständischen, theils in den vorausgegangenen Erörterungen in den Sitzungen dieses Hauses, vom 16. und 18., auf welche ich daher auch in dieser Beziehung nochmals zurückkommen muß.

Mein erstes Bedenken ist durch die Entgegnung, welche dasselbe in der Commission schon erhalten hat, und wie Sie solches aus dem Commissionsbericht ersehen haben, nicht erledigt; denn wenn man dabei besonders hervorhob, es sei neben der Russischen Regierung nicht von einer aufständischen Regierung gesprochen, sondern eben nur von Aufständischen, es sei also gerade die Fassung, wie sie von der Commission vorgeschlagen wird, so gewählt, um die von mir gewünschte Trennung und Unterscheidung klar darzulegen, so kann ich dies unmöglich als richtig anerkennen. Existirt nämlich noch keine aufständische Regierung, so kann selbstverständlich von einer solchen nicht die Rede sein. Ist aber, wie es ja bekannt ist, aus dem schon seit Monaten bestehenden Revolutions-Comite in Warschau mit dem Ausbruch des Aufstandes auch eine Aufstands-Regierung ins Leben getreten, so ist ja unvermeidlich unter der allgemeinen Bezeichnung „Aufständische" auch gerade diese aufständische Regierung mitbegriffen. — Wie unmöglich und unzulässig aber eine derartige Gleichstellung ist, das lassen Sie mich an einem Beispiel erläutern. Se. Majestät der König haben bekanntlich in Warschau als Ihren diplomatischen Vertreter einen Generalconsul stationirt. Wie die Zeitungen uns mitgetheilt haben, hat nun die aufständische Regierung in den höflichsten Formen an diesen Generalconsul eine Requi-

Digitized by Google

sition gerichtet. Was der Generalconsul mit dieser Requisition zu thun gehabt hat, und wahrscheinlich auch gethan hat, brauche ich Ihnen nicht weiter auseinanderzusetzen. Bleibt aber der Antrag, wie er gestellt ist, unverändert bestehen, dann hat dieses Haus die Anforderung an die Staats-Regierung gestellt, ihren Vertreter in Warschau zu veranlassen, daß er den Requisitionen der aufständischen Regierung ebenso nachgebe, wie er den Requisitionen der legitimen Russischen Regierung nachzugeben hat. (Ruf: Sehr richtig!) Das, meine Herren, will doch gewiß Niemand von Ihnen.

Es ist aber auch die Ausführung eines solchen Beschlusses in anderer Beziehung ganz unmöglich. Die erwähnten Worte, die ich in dem Commissions-Bericht, wie Ihnen der Bericht zeigt, gestrichen zu sehen wünschte, sollte nach der Ansicht der Mehrheit der Commission und der Herren Antragsteller eine unzweifelhafte Bezeichnung der Unparteilichkeit im Angesichte zweier kämpfenden Theile ausdrücken und in der Commission wurde noch besonders hervorgehoben, daß es die Absicht gewesen, den Superlativ der Unparteilichkeit damit darzustellen. Wenn aber nach dem Vorschlage der Commission gefordert wird, daß die Staats-Regierung weder der Russischen Regierung noch den Aufständischen irgend welche Unterstützung oder Begünstigung zuwenden solle, so stellen Sie damit eine Anforderung an die Staats-Regierung, welcher zu entsprechen ganz unmöglich ist, weil dem zu Recht bestehende Verträge entgegenstehen, welche die Staats-Regierung zu erfüllen der Russischen Regierung gegenüber die Pflicht hat. Erlauben Sie mir, daß ich auch in dieser Beziehung Ihnen ein Beispiel vorführe. Der in Rede stehende Aufstand, wie er zur Zeit anscheinend noch steht, und vielleicht noch einige Zeit stehen wird, hat an einer Stelle der Landesgrenze die Russische Regierung und die Russischen Localbehörden ganz ungestört in ihrer Verwaltung gelassen, dagegen ist auf einer anderen Stelle der Aufstand siegreich über die Russischen Behörden fortgegangen, hat sie verjagt und die aufständische Regierung hat das Regiment ergriffen. An der ersten Stelle traten Militärpflichtige, um sich der Erfüllung ihrer Militärpflichten zu entziehen auf Preußisches Gebiet über. Die Russischen Localbehörden verlangen in den vorgeschriebenen Formen auf Grund der Cartelconvention vom 8 August 1857 von den betreffenden Preußischen Localbehörden die sofortige Auslieferung dieser Militärpflichtigen. Die Preußischen Localbehörden können sich der sofortigen Genügung dieser Requisition nicht entziehen, denn ihrer Instruction gemäß haben sie nicht einmal darüber Vorbescheide einzuholen, sondern selbstständig der Requisition zu entsprechen. Daß in der Auslieferung dieser Militärpflichtigen eine Unterstützung der Russischen Regierung liegt, ist unvermeidlich. Auf der andern Stelle sind ebenfalls Militärpflichtige über die Grenze getreten, um sich nicht blos der Erfüllung der Militärpflicht gegen die Russische Regierung, sondern auch dem Eintritt in die Reihen der Aufständischen zu entziehen. Da nun bekanntlich die von der jetzigen Rekruten-Aushebung Betroffenen das eigentliche Contingent sind, aus welchem die früheren Aufständischen ihre Schaaren bilden und gebildet haben, so ist der Wunsch für sie sehr natürlich, diese Uebergetretenen zurückzuerhalten. Die Aufständischen fordern daher von den diesseitigen Behörden die Auslieferung der übergetretenen Militärpflichtigen. Wollen Sie wirklich, daß die Preußischen Behörden den Requisitionen auch dieser aufständischen Regierung nachkommen sollen? Was die Erfüllung einer Pflicht ist, würde so, nach der Auffassung des Antrages, eine Begünstigung sein, und es ergiebt sich hieraus, daß die Forderung des Antrages „weder der Russischen Regierung noch den Aufständischen irgend eine Unterstützung oder Begünstigung zuzuwenden", geradezu un-

Digitized by Google

ausführbar ist. — Wenn ich aber auf die Verhandlungen in den Sitzungen dieses Hauses vom 16. und 18. zurückging, so wurde mir aus diesen Verhandlungen es vorzugsweise fraglich, ob nicht, gerade umgekehrt, wie es die Herren Antragsteller und die Commission wünschen und beabsichtigen, ob nicht gerade umgekehrt der Superlativ der Unparteilichkeit sich als eine gewisse Parteinahme in dem Commissions- und ursprünglichen Antrage darstellt. (Sehr richtig! rechts.)

Und dieses unter allen Umständen zu vermeiden, war ja, meine Herren, die Absicht und der Wunsch der Herren Antragsteller, wie der Mehrheit der Commission Daß diese Besorgniß nicht unbegründet war, haben Sie aus den gestrigen Erklärungen des Herrn Minister-Präsidenten schon entnehmen können. Der Herr Minister-Präsident machte im Anschluß an die im Eingange meiner Bemerkungen erwähnte Aeußerung — wie mir schien, mit besonderer Befriedigung — darauf aufmerksam, daß im den Antrage der Herren Antragsteller wie der Commission nicht blos eine Sympathie, sondern eine vollständige Parteinahme für die Aufständischen ausgedrückt liege. In der zwölft n Sitzung schilderte bei der Begründung seiner Interpellation der Herr Abgeordnete Kantak das Verfahren der Russischen Regierung bei der jetzigen Rekruten-Aushebung mit den grellsten Farben; er nannte diese Aushebung nicht nur eine politische Maßregel und nach der von ihm citirten Kölnische Zeitung eine regulaire Proscription, sondern sprach auch offen seine und seiner hier anwesenden Landsleute Theilnahme für den, wie er sagte, Aufstandsversuch aus. Er nahm selbst keinen Anstand, nachdem er vorher von Polnischen Provinzen Preußens gesprochen und im Anschluß an seine Kritik der oberen Provinzial-Behörden der Provinz Posen aus der Geschichte der letzten zwei Jahre des Königreichs Polen mehrere Momente angeführt hatte, wie das Morden waffenloser Volkshaufen auf den Straßen Warschaus, während sie auf den Knien im Gebet lagen, das Einhauen auf friedliche kirchliche Processionen, das Niedersäbeln des vorgetragenen Kreuzes, das Eindringen in die Kirchen und das Beflecken ihres Innern mit Blut, das haufenweise Verbannen der edelsten und hochgestelltesten Bürger nach den Bergwerken und Steppen Sibiriens und den entlegensten Russischen Gouvernements — er nahm keinen Anstand, nachdem er diese Momente vorgetragen hatte, zu erklären, daß zu der Sympathie, die die Herren vorher ausgesprochen hatten, sie sich um so mehr berechtigt fühlten, als sie wüßten, es sei mit ihnen das ganze Polnische Volk, denn die ganze Polnische Bevölkerung wird nimmer diese rege Theilnahme verleugnen! Diese Anführungen blieben damals ohne Erwiderung, und ich glaube auf Ihre Nachsicht rechnen zu dürfen, wenn ich im Interesse der Unparteilichkeit jetzt mit einigen Worten diese Erwiderung übernehme.

Ich kann es mit dem Herrn Abgeordneten Kantak beklagen, daß der Erlaß der oberen Provinzial-Behörde in der Provinz Posen in der außergewöhnlichen Form erschienen ist; ich kann selbst seinen Inhalt theilweise beklagen, weil er wirklich nach meiner Auffassung von den Verhältnissen nicht gerade so geboten war. Er mußte, und hat es auch gethan, eine weit verbreitete Aufregung hervorrufen und nach Außen hin die Zustände in der Provinz Posen viel bedenklicher und gefahrvoller erscheinen lassen, als sie wirklich sind.

Wenn Sie aber berücksichtigen, daß der Verwaltungschef dieser Provinz ohne jede Kenntniß der Verhältnisse in derselben und ohne Kenntniß der Provinz selbst, eben erst in seine amtliche Stellung eingetreten war, so werden Sie es begreiflich finden, wenn derselbe anderen Einflüssen zugänglich war, denen er schwerlich mit Er-

Digitized by Google

folg widerstehen konnte, weil ihm eben die genaue und specielle Kenntniß der Lokal-Verhältnisse fehlte, die diesen Emissären zur Seite stand. Zu der historischen Skizze aus den letzten zwei Jahren im Königreich Polen bemerke ich, daß der Herr Abgeordnete doch auch die nächsten Veranlassungen wenigstens hätte andeuten sollen zu den Maßregeln, die die Russische Regierung ergreifen zu müssen geglaubt hat. Da dies nicht geschehen, so bin ich genöthigt, dies nachzuholen. Es hatten in der Stadt Warschau wiederholte Zusammenrottungen größerer Volkshaufen in den Straßen stattgefunden, gegen welche die Russische Regierung nicht thatsächlich eingeschritten war. Diese Zusammenrottungen wiederholten sich in vergrößertem Umfange. Die Russische Regierung glaubte jetzt thätlich gegen diese Zusammenrottungen einschreiten zu müssen, und da den wiederholten Aufforderungen zum Auseinandergehen keine Folge gegeben ward, so sah sie sich veranlaßt, durch eine Charge mit der Feuerwaffe das Auseinandergehen der Zusammenrottung herbeizuführen. Es fielen in Folge dieser Charge aus dem Haufen fünf Personen, wenn ich richtig unterrichtet bin, zwei Deutsche, ein Jude und zwei Polen. Dies ist das Factum, welches der Herr Abgeordnete mit dem Morden auf der Straße bezeichnet. Die Zusammenrottungen auf den Straßen wurden fortgesetzt, man wählte aber eine andere Form für dieselben; die Form von Processionen; und da auch diese auf wiederholte Aufforderungen nicht zum Auseinandergehen zu bringen waren, so ließ die Russische Regierung sie durch Kosaken auseinandertreiben. Das ist der Fall, der mit der Niedersäbelung des Kreuzes bezeichnet worden ist. Die Demonstrationen zogen sich in Folge dessen von der Straße in das Innere der Kirche; in den kirchlichen Räumen wurden polnische und nationale Lieder von den Versammelten gesungen. Diesem Unfug zu steuern, war die Geistlichkeit nicht im Stande; die Russische Regierung hielt es für nöthig, auch hiergegen thätlich einzuschreiten: sie ließ die Kirchen räumen. Es entstand Widerstand, und in Folge dessen traten Verwundungen ein. Das ist das Blut, womit das Innere der kirchlichen Räume befleckt worden ist. Und wenn nun der Herr Abgeordnete schließlich das haufenweise Verbannen nach den Steppen Sibiriens erwähnt hat, so hätte er auch auf der anderen Seite nicht vergessen sollen, anzuführen, daß einer großen Anzahl Verbannter die straffreie Rückkehr gestattet, ja selbst die confiscirten Güter zurückgegeben worden sind. (Ruf aus der Polnischen Fraktion: Nein! Nein! Keinem Einzigen!)

Das, hoffe ich, bezieht sich nur auf das Letzte, auf die Zurückgabe der confiscirten Güter, denn meine Herren, die straffreie Rückkehr einer großen Anzahl früher Verbannter, halte ich aufrecht. (Ja! Ja!)

Wenn nun aber der Herr Abgeordnete Kantak, nachdem er die barbarische Maßregel der Russischen Regierung bei der Rekruten-Aushebung geschildert hatte, behauptet hat, daß durch diese Maßregel allein, und die Verzweiflung, welche sie hervorgerufen, die Veranlassung geworden sei, den Aufstand ins Leben zu rufen, mit dem wir uns jetzt beschäftigen, so muß ich dem doch auf das Allerentschiedenste widersprechen. Es ist schon vorher von mir angeführt worden, daß seit Monaten öffentlich ein revolutionaires Comité in Warschau bestand. Es ist allgemein bekannt, daß nicht blos Mordversuche, sondern auch ausgeführte Morde gegen die höchsten Personen und Beamten, nicht blos Russischer Nationalität, sondern auch der Polnischen Nationalität vorgekommen sind, und wenn die Maßregeln, welche die Russische Regierung in der Emancipation der Bauern, die Anordnung, welche sie in letzter Zeit für die Herstellung der Universität Warschau getroffen, wie heut zur Sprache gekom-

Digitized by Google

men, von dem Herrn Abgeordneten ganz übergangen wurden, so halte ich dies auch für eine nicht ganz unparteiische Behandlung dieses Gegenstandes. Es liegt mir natürlich fern, das Verfahren der Russischen Regierung in dieser ganzen Angelegenheit billigen oder gar rechtfertigen zu wollen. Ebensofern aber liegt es mir, dies Verfahren ohne Weiteres zu verdammen, da ich in meiner amtlichen Stellung dieselbe Scala der Vorbereitungen für einen Aufstand in der Provinz Posen habe erleben müssen, die nur deshalb nicht zu denselben Resultaten führen konnten und geführt haben, weil die Verhältnisse in der Provinz Posen im Allgemeinen durchaus andere sind, als im Königreich Polen. Die Vorbedingungen in der Provinz Posen fehlen, die noch im Kaiserlich-Königlichen Polen vorhanden sind, da überhaupt die Preußische Regierung nicht eine Russische Regierung ist. Wenn aber der Herr Abgeordnete bei dieser Gelegenheit wiederum von Polnischen Provinzen Preußens gesprochen hat, so muß ich, wie früher, diese Stelle benutzen, ihm zu erwidern, daß wir keine Polnische sondern Preußische Provinzen mit theilweise Polnischer Bevölkerung haben.

Verzeihen Sie, meine Herren aber ich muß noch einmal auf die früheren Verhandlungen zurückkommen, namentlich auf die vierzehnte Sitzung und auf die vom Herrn Abgeordneten Waldeck damals gehaltene Rede. Wenn ich zunächst aus dieser Rede die Uebereinstimmung mit mir habe glauben entnehmen zu können, daß keine Besorgniß vorhanden sei, dieser Aufstand im Königreiche Polen werde zu ähnlichen Erscheinungen in den Preußischen Provinzen mit theilweise Polnischer Bevölkerung führen, so muß ich dagegen der Behauptung, der Aufstand werde auch keine Nachtheile für die Preußischen Grenzprovinzen herbeiführen, auf das Allerentschiedenste entgegentreten. Einer nähern Ausführung in dieser Beziehung wird es hoffentlich nicht bedürfen. Wenn aber der Herr Abgeordnete behauptet, „daß im Königreich Polen von einer organisirten Insurrection nicht die Rede sein könne, weil eine solche in den Städten begonnen und dort einen Mittelpunkt gewonnen haben würde, es sei nur ein Schrei, der offenbar über das ganze Land verbreitet sei; da, wohin sich die Gewaltmaßregeln gewendet hätten, sei auch der Aufstand ausgebrochen," so kann ich nur annehmen, daß dem Herrn Abgeordneten die vorbereitenden Operationen der jetzt ausgebrochenen Revolution, wie ich sie vorher näher bezeichnet habe, ganz unbekannt geblieben sind, und daß ihm ferner nichts bekannt davon war, daß schon seit Monaten die Leitung dieser Vorbereitungen zum Aufstand von einer Centralstelle ausgegangen ist, und diese Centralstelle ihre Leitung offen durch an die Straßenecken angeklebte gedruckte Placate publicirt hat, auch ihren Terrorismus über einen sehr großen Theil der Bevölkerung in der Weise ausgeübt hat, daß sie nicht nur mehrfach Todesstrafen ausgesprochen, sondern auch durch Meuchelmord hat ausführen lassen. Daß sonach der Aufstand nicht erst einen Mittelpunkt zu gewinnen brauchte, da er ihn schon hatte, liegt auf der Hand.

Und wenn ich auch darüber nicht mit dem Herrn Abgeordneten auf einen Streit mich einlassen will, ob eine Insurrection, wenn sie gut organisirt ist, in den Städten anfangen muß, so muß ich doch zugeben, daß allem Anscheine nach auch bei der hier in Rede stehenden Insurrection die Absicht wohl vorhanden gewesen ist, sie in den Städten anfangen zu lassen, daß die Russische Regierung aber diese Absicht erwartet und demgemäß ihre Kräfte in solchem Maße in den Städten concentrirt hatte, daß hier von vornherein jede Aussicht auf Erfolg verschwinden mußte. Nur aus diesem Grunde wurden die für die Revolution gewonnenen und vorbereiteten Ele-

Digitized by Google

mente aus den Städten auf das Land geschickt, um dort, und zwar an recht vielen verschiedenen Stellen, die Revolution zu beginnen. Die Russische Regierung hatte diesen Operationsplan offenbar nicht vorhergesehen und konnte ihn um so weniger erwarten, als sie glaubte und auch erwarten konnte, daß sie der gesammten ländlichen Bevölkerung sicher sei und daß diese sich nicht an der Revolution betheiligen werde.

Ob sie sich hierin, wenigstens in einzelnen Theilen, getäuscht hat, oder ob es dem von den Aufständischen ausgeübten Terrorismus gelungen ist, theilweise die Bauern zu sich herüberzuziehen, wie selbst theilweise diese Aufständischen sich nicht gescheut haben, Preußische Unterthanen, welche zeitweise ihren Aufenthalt im Königreiche Polen genommen haben, mit Gewalt an der Rückkehr nach Preußen nicht nur zu verhindern, sondern sie auch zu zwingen, in die Reihen der Aufständischen einzutreten, (Hört! Hört! Rechts.) das weiß ich nicht; jedenfalls sind die revolutionären Schaaren, wie sie sich an verschiedenen Stellen gezeigt haben, stärker, als die Russische Regierung geglaubt hat, und es kann daher längerer Zeit bedürfen, ehe es gelingt, diesen Aufstand gänzlich zu beseitigen, da die Russische Regierung es nicht wagen darf, die starke Besatzung aus den Städten fortzunehmen, weil sie sonst sich der Gefahr aussetzen würde, den Aufstand auch in den Städten ausbrechen zu sehen. Daß in diesem Umstand für unsere Grenzprovinzen sehr dringende Gefahren liegen, das, meine Herren, ist nicht in Abrede zu stellen, und diesen Thatsachen gegenüber die Behauptung aufzustellen, es könne von einer organisirten Insurrection nicht die Rede sein, das muß wenigstens den Schein nicht blos einer Sympathie, sondern einer Parteinahme hervorrufen. Selbst einen solchen Schein aber wünsche ich von den Beschlüssen dieses Hauses unter allen Umständen ferngehalten, und ich habe mich deshalb gefreut, daß heut der Herr Abgeordnete, der vor mir diese Stelle betreten hatte, in seiner Rede offen und bestimmt jede Art von Sympathie oder Parteinahme für diesen Aufstand in Abrede gestellt hat.

Die Rekruten-Aushebung war nicht die Veranlassung, sondern nur die Gelegenheit zum Ausbruch des Aufstandes. Dieser Aufstand war längst vorbereitet und ist nur unter Benutzung dieser für günstig gehaltenen Gelegenheit wahrscheinlich früher zum Ausbruch gekommen, als er sonst zum Ausbruch gekommen sein würde. — Wenn man aber auch die Maßregel der Russischen Regierung, welche die Gelegenheit zum Ausbruche des Aufstandes gegeben hat, die Rekruten-Aushebung, so wie sie stattgefunden hat, unbezweifelt als barbarisch bezeichnen darf, so kann doch dies ebensowenig als auch die regste Theilnahme für diejenigen Unglücklichen, welche von dieser Maßregel betroffen worden sind, es irgendwie rechtfertigen, daß das Preußische Abgeordnetenhaus zu einem Beschluß sich vereinigt, in dem auch nur der Schein einer Parteinahme für eine organisirte Revolution gefunden werden könnte. Deshalb, meine Herren, habe ich mich gegen den Antrag der Herren Antragsteller erklären müssen, und ich finde auch in den Amendements, die meinem Amendement entgegengestellt worden sind, nicht eine genügende Veranlassung, von meinem Amendement zurückzutreten, indem ich auch in dem von dem Herrn Abgeordneten v. Bockum-Dolffs gestellten, heut aber erst eingebrachten Amendement die Bezeichnung: „keinem der kämpfenden Theile irgend eine Unterstützung zuzuwenden," für eben so unausführbar als unmöglich halte. (Rechts: Sehr wahr!)

Ich muß in Bezug auf diese uns vorliegenden Amendements und Anträge wiederholt auf Das hinzudeuten mir erlauben, was ich im Anfange meiner Rede über

Digitized by Google

die Aeußerung des Herrn Minister-Präsidenten in der heutigen Sitzung bemerkte. — Der Herr Minister-Präsident hat nicht undeutlich seine Ansicht dahin zu erkennen gegeben, es sei die wohlüberlegte Absicht dieses Antrages, die Parteinahme für die Revolution und zwar nicht allein für die jetzt in Rede stehende Polnische Revolution, sondern für die Revolution im Allgemeinen, für die Europäische Revolution auszusprechen. — Nehmen Sie den Antrag der Commission oder den Abänderungs-Vorschlag des Herrn Abgeordneten v. Bockum-Dolffs an, so entsprechen Sie, glaube ich, den Wünschen der Staats-Regierung. (Stimmen in der Fraction v. Vincke: Ganz gewiß!)

Nehmen Sie den Antrag an, wie er vorliegt, so laufen Sie Gefahr, an manchen Stellen doch einer ähnlichen Auffassung, wie sie vom Herrn Minister-Präsidenten offen ausgesprochen ist, Raum zu geben, ja sie laufen Gefahr, in gewissen Schichten der Bevölkerung unseres eigenen Landes Hoffnungen und Erwartungen zu erwecken, welche zu erwecken gewiß nicht in Ihrer Absicht gelegen hat. Schließen Sie sich dagegen dem von mir vorgeschlagenen Abänderungs-Vorschlag an, so glaube ich, werden alle diese Bedenken erledigt. Und wenn ich zu dem Antrage, wie ich ihn in der Commission gestellt habe, in meinem Abänderungs-Vorschlage jetzt noch den Zusatz gemacht habe, daß die Regierung sich über die von mir gestellte Grenze der Vertheidigung der Landesgrenzen hinaus jeder Einmischung enthalten sollte, so bin ich zu diesem Zusatze durch die Erwägung gekommen, daß es allerdings die Aufgabe der Landesvertretung sei, sich principiell gegen jede Einmischung auszusprechen, was dadurch geschieht, wenn die Landesvertretung erklärte, eine solche nur so weit für gerechtfertigt zu halten, als dies eben unerläßlich nothwendig für die Erreichung des gesteckten Zieles, die Sicherung der Landesgrenzen ist. Von den Herren Rednern, die für den Commissions-Antrag gestern und heute gestimmt haben, hat keiner sich auf eine Widerlegung des von mir gestellten Antrages eingelassen, soweit ich die Redner zu vernehmen im Stande gewesen bin. Nehmen Sie meinen Antrag an, so glaube ich werden Sie das erreichen, was Sie eigentlich Alle wollen, ohne die Gefahren herbeizuziehen, welche nach meiner Auffassung unvermeidlich mit dem Antrage der Commission verbunden sind dem ich daher meinerseits ebensowenig als dem Abänderungs-Antrage des Herrn Abgeordneten v. Bockum-Dolffs beizutreten im Stande bin. (Bravo! rechts.)

Vice-Präsident Behrend: Der Herr Abgeordnete Schulze (Berlin) hat das Wort für den Commissions-Antrag.

Abgeordneter Schulze (Berlin): Meine Herren! Ich möchte meine Ausführung in der großen und ernsten Frage, die uns beschäftigt, wo es Pflicht und Bedürfniß jedes Redners ist, seine Sätze im Zusammenhange zu entwickeln, zunächst von dem sondern, was ein Vorredner bezeichnet hat als das „Schaumspritzen der Tribüne," und beginne mit einer Verwahrung dagegen für mich und meine politischen Freunde.

Wir haben von Seiten des jetzt abwesenden Herrn Minister-Präsidenten gestern eine Menge Dinge unter einander werfen hören: Englisches Unterhaus und Deputirte von 1848 mit ihrem Vorsitzenden, dem Herrn v. Unruh, unserem Collegen, und dann wieder allerlei Anderes bunt zusammengewürfelt Heut ist zwar dem Herrn Minister-Präsidenten zum Theil darauf geantwortet worden, aber der geehrte Herr Redner, der dies so schlagfertig, wie wir an ihm gewohnt sind, gethan hat, hat auch eben wieder selbst allerlei Schaum spritzen lassen, welcher, mit dem des

Digitized by Google

Herrn Minister-Präsidenten zusammen, ein ganz eigenthümliches Gemisch abgab. Ich will dem Hineinziehen des Englischen Unterhauses und den Wünschen des Herrn Minister-Präsidenten nach einem solchen, indem er von dessen Existenz bei uns die Gewährung „Englischer Institutionen" abhängig machte, nur einen kleinen historischen Rückblick hinzufügen, auf den die Herren Vorredner noch nicht gekommen sind, und meine doch, man könnte bei uns im Allgemeinen so viel Kenntniß der Englischen Geschichte voraussetzen, daß man uns mit solchen Hinweisungen nicht hätte kommen dürfen.

Wie das Land, das wir beneiden in mancher Hinsicht, wie England zu seinen Institutionen gekommen ist, und welche ernsten Kämpfe eben das Englische Unterhaus deshalb mit der Regierung hat führen müssen, das, glaube ich, ist Jedem von uns vollkommen gegenwärtig. Und deshalb, meine Herren, kenne ich kein unglücklicheres Citat, als das des Herrn Minister-Präsidenten, indem er uns darauf hinwies. Denn das greift so tief in andere, bei uns noch bestrittene und unerledigte Lehren von Minister-Verantwortlichkeit und andere Dinge hinein, daß ich glaube, er hätte besser gethan, von diesem Vergleich zu schweigen. (Sehr richtig! Bravo!)

Dabei bin ich der Meinung, daß, wenn wir hier feststehen im Anfange unserer constitutionellen Entwickelung, daß dies der einzige Weg ist, auf welchem unser Vaterland im Ausbau seiner Verfassung befreit bleiben werde von den verhängnißvollen Bahnen, in welche dort die Dinge verliefen, von den Bahnen der Gewalt und blutigen inneren Kämpfen. Von unserem Feststehen hängt es ab, ob die Dinge bei uns, meine Herren, auf gesetzlichem Wege und in friedlicher Agitation sich ordnen. Sowie wir hier uns beirren lassen in unserer Position und nicht ganz entschieden das Recht des Landes wahren, dann, und nur dann könnte es möglich sein — und wenn es nicht geschieht, ist es wahrhaftig nicht der Herr Minister-Präsident und die jetzige Königliche Staats-Regierung, die uns davor bewahrt — dann könnte es möglich sein, daß ein ähnlicher Werdeproceß wie in England die Rechte und Freiheiten des Landes bei uns feststellte. Wir wünschten das nicht, und wir thun, was an uns ist, unser Vaterland vor so schweren Erschütterungen zu bewahren. (Bravo!)

Nun, meine Herren, wie die jetzige Versammlung feststehen muß und festgestanden hat, so auch die alte National-Versammlung von 1848, der das Land von den Grundlagen seiner Verfassung mehr verdankt, als Viele zugeben. — Da, wir einmal in der Person unseres würdigen damaligen Präsidenten, des Abgeordneten v. Unruh, angegriffen sind, wir alten Mitglieder der damaligen Landesvertretung, so gestatten Sie mir ein Wort der Abwehr. Ich denke durchaus nicht auf eine Rechtfertigung hier einzugehen, ich denke, das wird Sache einer späteren ruhigeren Zeit sein. Doch, meine ich, muß ich Einiges hervorheben gerade hier in unserer schwierigen, viel angefochtenen Stellung, mit unserem weitgreifenden Mandat einer constituirenden Versammlung, welche die Grundlagen des neuen Staatslebens erst schaffen sollte, eine widerwillige und wiederstrebende Executive des alten Systems an der Seite. Gerade wir wissen den Vortheil einer Verfassung zu würdigen, denn wir haben es kennen gelernt in jenen Zeiten, was es heißt, die factischen Gewalten gegen sich, und Nichts hinter sich zu haben, als die Sympathie des Volkes. Wir haben es erlebt, in welche schlimme Position wir gedrängt wurden und welchen persönlichen Gefahren wir ausgesetzt gewesen sind. Von uns, meine Herren, dürfen Sie gerade deshalb erwarten, daß wir am Wenigsten geneigt sind, von dem gesegneten Boden der Verfassung, den wir jetzt als Ausgangspunkt unserer politischen Bestrebungen

Digitized by Google

ansehen dürfen, abzuweichen. Nicht wir, eine ganz andere Partei ist es, die von dem entgegengesetzten Standpunkt dabei ausgeht, und die in der Untergrabung der Verfassung in allen wesentlichen Punkten uns von diesem Boden verschlagen möchte.

Man hat ferner von Seiten des Herrn Abgeordneten für Stargard einen Protest eingelegt gegen die Solidarität der conservativen Interessen, und in demselben Momente auf das allbereite Schreckbild der Solidarität der demokratischen Interessen hingewiesen. Der geehrte Abgeordnete hat dabei außer Acht gelassen, daß die Partei, die sich stützt auf die Solidarität der conservativen Interessen, der er nicht anzugehören versichert, dies nur kann, wenn sie sich gegenüber das Gespenst der Demokratie, als Schreckens-Apparat, aufstellt. Aber dieses Mittel ist von der Reaction so abgenutzt, und wirkt so wenig, daß ich dem geehrten Abgeordneten in hohem Grade verarge, sich desselben zu bedienen.

Da stimme ich dem Herrn Minister-Präsidenten bei; das Land kennt uns, das Land steht an unseren Thaten, für welches Princip und für welche Interessen in der inneren und äußeren Politik die Partei, die zum Theil der Demokratie angehört, ebenso wie die anderen Parteien einstehen in diesem Hause. Das Land hat gar nicht nöthig, uns in dieser Debatte erst noch kennen zu lernen; es kennt uns, meine Herren, es kennt das Ministerium; sein Urtheil ist längst festgestellt, (Bravo! Heiterkeit) das haben wir gar nicht zu scheuen, und, meine Herren, ich denke, die gegenwärtige Verhandlung wird wahrhaftig nicht dazu beitragen, das Urtheil zu ändern. Sie wird es nur in jeder Hinsicht befestigen und bestärken. Mit solchen halb denunciatorischen Hinweisungen auf „Solidarität der demokratischen Interessen" wird man daher höchstens sich selbst verdächtigen und wahrlich kein politisches Kapital machen. (Sehr richtig!)

Es ist auch ein spöttischer Seitenblick Seitens des geehrten Herrn Abgeordneten auf die Regierungsfähigkeit meiner politischen Freunde geworfen. Ich meine, meine Herren, diese Partei, die hier vertreten ist (auf die Linke deutend), wird noch außerordentlich viel Zeit haben, sich zur Regierungsfähigkeit vorzubereiten und sie wird Ihren (auf die Rechte deutend) und des geehrten Herrn Redners schätzbaren Rath dabei in keiner Weise gering achten. Ich muß aber doch gestehen, daß mein bisheriges Urtheil von der entschiedenen staatsmännischen Befähigung des geehrten Redners selbst einen kleinen Stoß erlitten hat durch seine Aeußerung: „daß er die Erwartung gehegt habe zu dem jetzigen Ministerium, daß es den Weg der Versöhnung, der Ausgleichung der Conflicte einschlagen werde." Meine Herren, wenn ein Ministerium, geleitet von einem namhaften Staatsmann, dem Herrn von der Heydt, dem man doch wahrlich keine zu große Scrupulosität, kein zu starres Festhalten an streng constitutionellen Principien Schuld geben kann, (große Heiterkeit) keine vorherrschende Neigung, im Märtyrerthum für politische Ueberzeugungen seine Stellung zu opfern, — wenn ein solches Ministerium vor den an dasselbe gestellten Forderungen zurücktrat, um dem jetzigen Platz zu machen: wie dann ein Politiker noch die Hoffnung hegen kann, daß nun von dem neuen Ministerium eingelenkt und die Versöhnung des Conflicts zwischen den Staatsgewalten angebahnt werden würde, — nun, meine Herren das gehört für mich mehr in den Bereich der äußersten politischen Naivität — als in den der Staatsmännischkeit! (Große Heiterkeit. Bravo!)

Ich komme zur Sache und fasse kurz zusammen, was eigentlich von der thatsächlichen Basis unserer Anträge bis jetzt unzweifelhaft festgestellt ist.

Wir wissen zunächst, es existirt eine Convention mit Rußland. Wir wissen

Digitized by Google

auch Einiges vom Inhalte. Es ist unter Umständen, wie der Herr Minister des Innern und der Herr Minister-Präsident erklärt haben, — in jedem Falle „mit Allerhöchster Bewilligung" gestattet, daß die Russischen Truppen das Preußische Gebiet und die Preußen das Russische Gebiet betreten können. Nun ist schon von einem der Herren Vorredner bemerkt worden, daß es ein eigenthümliches Ding sei, und es ist darüber Auskunft gewünscht, wie das gemacht werden, wie man so plötzlich die Bewilligung bei der Schleunigkeit militärischer Operationen beschaffen solle? Der Herr Fragesteller setzte dabei voraus, das Ministerium behielte sich selbst die Bewilligung vor. Ja, meine Herren, dann würde aber die ganze Sache zu einer Lächerlichkeit, zu einem Humbug. Wenn erst beim Ministerium angefragt werden soll, wenn z. B. Russische Truppen im Verfolgen eines Insurgentenhaufens an unsere Grenzen kommen, und diese dann gar noch die Rückantwort abwarten müßten — das wäre doch eine wunderbare Stipulation! Aber mit dem Ministerium, meine ich haben wir es hier gar nicht zu thun. Möge doch die Königliche Staats-Regierung sagen, wer die Bewilligung zu ertheilen hat; etwa der Militärbefehlshaber, oder die locale Obrigkeit, Commissaire irgend welcher Art? Diese Auskunft ist doch für eine Sache, die so bedeutungsvoll für das ganze Land ist, nicht so ganz gleichgültig. Man will doch die kennen, in deren Hände eine so große Verantwortlichkeit gelegt ist, Theile unseres Landes kriegerischen Operationen auswärtiger Truppen auszusetzen. Dies, meine ich, muß doch das Haus der Abgeordneten und das ganze Land im höchsten Grade interessiren.

Das Zweite, was auch festgestellt worden, ist die entschiedene Begünstigung der Russischen Truppen, ja sogar das Einrücken Preußischer Truppen auf Requisition — wie es heißt — der Russischen Behörden in das Königreich Polen. Der Herr Minister des Innern hat uns zwar Nachrichten, die er hat einholen lassen, entgegengestellt; sie sind aber von Nachrichten, die mindestens dieselbe Glaubwürdigkeit in Anspruch nehmen, durchkreuzt. Ich habe auch einen Brief von Thorn bekommen welcher die ganze Darstellung, wie sie der Herr Abgeordnete v. Hennig gegeben hat, Wort für Wort bestätigt, da heißt es denn dem Ministerium gegenüber: Nachricht für Nachricht, Depesche für Depesche.

Endlich, meine Herren, liegen die unglücklichen Auslieferungen vor, in Bezug auf welche die Antwort des Herrn Ministers des Innern gestern von einem der verehrten Redner als ein Hohn bezeichnet worden ist, und die in der That eine ganz sonderbare Vorstellung von Recht und Pflicht enthält; ich glaube, meine Herren, darin stimmen Sie und stimmt wohl das ganze Haus mir bei. Es ist das sehr sinnreich, meine Herren: Preußen hat die Verpflichtung, auszuliefern, und Rußland das Recht, die Auslieferungen zu verlangen; daraus macht der Herr Minister des Innern: Preußen habe das Recht, auszuweisen, und Rußland die Verpflichtung, die Ausgewiesenen zu übernehmen in seine gastfreien Arme. Nun, meine Herren, wie die Ausgewiesenen übernommen sein mögen, und welche Umstände man in Rußland sich wegen ihrer Unterbringung gemacht haben wird, das überlasse ich Ihnen sich auszudenken — ich bin davon nicht weiter unterrichtet. Mir liegt wieder ein Brief vor — ich bin mit außerordentlich viel Correspondenzen in dieser Frage, und zwar sämmtlich von Deutschen in der Provinz Posen, ohne alle Veranlassung von meiner Seite, versehen; — mir liegt der Brief eines Augenzeugen dieser Auslieferung aus Thorn vor, der die Sache als eine äußerst klägliche darstellt, welche die allgemeine Entrüstung und das allgemeine Mitleid des ganzen Publikums wachgerufen habe.

Digitized by Google

Welche Folgen, so frage ich, sind nun zunächst für unsere eignen Landestheile aus diesen ganzen Maßregeln, auf die ich nicht specieller eingehen will, entstanden? Haben dieselben wirklich das vom Ministerium doch wahrscheinlich beabsichtigte Sicherheitsgefühl in unsern Grenzprovinzen herbeigeführt? Nein, meine Herren, das konnten sie nicht; ihr Uebermaß, die Hast, mit der sie getroffen wurden, mußte nothwendig schon das Gegentheil davon hervorrufen, und so steht es denn auch wirklich. Für Jeden, der in der Provinz bekannt ist und der authentische Nachrichten von dort erhalten hat, steht die Sache ganz entschieden fest: jene Maßregeln, haben nur Aufregung und Unwillen hervorgerufen. Und, meine Herren, das konnte auch gar nicht anders sein. — Gleich bei den ersten Schritten rief man die Bewohner der Provinz auf, ihren gesetzlichen Sinn zu bethätigen, nichts zu thun, was der gesetzlichen Ordnung widerspräche, und begleitete diesen Aufruf mit ungesetzlichen Maßregeln, mit Inhibirung des Vereins- une Versammlungsrechtes und mit all den Dingen, die schon bei Gelegenheit der früheren Interpellationen zur Sprache gekommen sind, wobei man die Verhängung eines theilweisen Belagerungszustandes gewissermaßen in die Hände von Localbehörden zu legen schien. Ich habe hier einen speciellen Brief von einem Mitgliede des „Vereins zur Wahrung der Deutschen Interessen, — also überall sind meine Briefe von Leuten, die durchaus nicht in dem Verdachte stehen und deren Interesse es auch nicht ist, irgendwie den Polnischen Sympathien Vorschub zu thun — einen Brief, worin man sich aufs Bitterste beklagt und die Convention mit so starken Worten angreift, daß ich sie hier in parlamentarischer Weise nicht wiedergeben kann.

Ich will aber auf einen ganz speciellen Punkt eingehen, der von der größten Wichtigkeit ist. Meine Herren, es ist die unglückliche Nachwirkung dieser Maßregeln auf den Credit, auf den Handel und den Verkehr der betheiligten Grenzprovinzen, nicht blos der Provinz Posen, sondern der sämmtlichen Grenzprovinzen. Daß gerade in jenen Grenzprovinzen, wo eine sehr bedeutende und eine sehr günstige und segensreiche Entwickelung in der Agriculiur und in den technischen Gewerben stattfindet, der Credit ein durchaus wichtiges Ding ist, daß er dort nicht so bequem gehandhabt werden kann, und nicht so leicht zur Hand ist, wie in den mehr bewohnten Provinzen, in der Mitte und im Westen des Staates, das weiß Jeder, der einmal damit zu thun gehabt hat. Aber mehr und mehr haben sich Capital und Unternehmungsgeist dorthin gewendet, und mehr und mehr hat sich die Ueberzeugung befestigt, daß gerade für landwirthschaftliche und verwandte industrielle Gewerbe kaum irgendwo eine günstigere Stätte gefunden werden könne. Hatte nun einen kleinen Eindruck die nicht etwa von jetzt, sondern schon in das vorige Jahr zurückzudatirende Bewegung in dem Nachbarlande bewirkt, so war man von den dadurch angefachten Befürchtungen doch sehr bald wieder zurückgekommen.

Der Güterverkehr nahm wieder zu, der Ankauf von Gütern Seitens Deutscher Kaufliebhaber hatte sich wieder gehoben, da erscheint die unglückliche Proclamation des Ober-Präsidenten, und gleich darauf das erste Gerücht von der Convention, und in dieser Beziehung gestatten Sie mir wohl ein Paar Worte aus einem Briefe eines sehr angesehenen Geschäftsmannes in Posen, den die Meisten von Ihnen, welche dort bekannt sind, persönlich kennen. Dieser schreibt Folgendes, und zwar unter dem Eindruck jener Maßregeln:

„Kaum war das Vertrauen wieder etwas befestigt,

— so heißt es unter Anderem —

Digitized by Google

es fingen bereits wieder die fremden Capitalien an, unserer Provinz zuzufließen, und der Verkehr in Gütern hatte sich wieder etwas gehoben. Alles das ist jetzt durch den Erlaß des Ober-Präsidenten und die weiteren Schritte vernichtet. Die Deutschen Gutskäufer, welche in der letzten Zeit zahlreich hierher gekommen, sind verschwunden und Hypotheken nur schwer zu placiren" u. s. w.

Dies ist wieder ein Brief eines bei dem Verkehr und bei der friedlichen Ordnung in der Provinz Posen, sowie bei der Hebung der Deutschen Interessen tief betheiligten Geschäftsmannes.

Weiter, meine Herren, aber! Wir haben, wenn wir unsere Interessen, die Interessen unserer Landsleute wahren, nicht nur zu denken an deren Entwickelung in der Provinz Posen, wir haben dabei auch zu denken an unsere Landsleute im Königreiche Polen selbst. Eine Masse Deutscher Capitalien sucht auch dort Anlagen, eine große Menge von Geschäftsleuten aus unserem Lande ist dort drüben thätig, und es besteht eine ganze Reihe von geschäftlichen Engagements und Verträgen über Gegenstände friedlichen Verkehrs. Was meinen Sie nun, was das Vorgehen der Staats-Regierung in Bezug auf diese Geschäfte, ja selbst in Bezug auf die Sicherheit der Personen und das Eigenthum dieser Männer bewirken muß? Die heftigsten Antipathien der Polen werden gegen sie an den Tag gerufen, und es gehen in dieser Beziehung Klagen über Klagen von ihnen ein, und Fragen, was man denn eigentlich denke, ob man sie denn ganz und gar vergessen habe?

Endlich, meine Herren, hat sich auch schon herausgestellt, daß namentlich unsere Ostseeprovinzen, die Häfen und die Hauptsitze der Preußischen Rhederei, sehr betheiligt sind bei diesen Maßregeln. Man hat bei Schiffs-Assecuranzen schon die Prämien verstärkt wegen der Aussichten auf Kriegsläufte, die sich an diese Maßregel knüpfen; ja, man hat schon bei Verladungen fremde, namentlich Englische Schiffe als sicherer vorgezogen einem Engagement mit heimischen Schiffsrhedern. Das sind die Folgen, von denen mehrere sachkundige und betheiligte Männer, von denen einige dieser Versammlung selbst angehören, Ihnen Zeugniß abgeben können. Und so, meine Herren, ist es geschehen, da die Regierung durch ihr Vorgehen alle Interessen verletzt hat, daß sie auch Niemanden in den betheiligten Provinzen für sich hat, weder Polen, noch Deutsche, weder das Inland, noch das Ausland: Alle stehen gleichmäßig in dieser Frage gegen dieselbe.

Was, so fragen wir, drängt uns denn eigentlich unter solchen Umständen zu diesem ganzen Vorgehen? Haben wir denn Rechte und Pflichten dieserhalb in Bezug auf Rußland? Der geehrte Herr Vorredner hat den Cartelvertrag von 1857, sowie Anderes dergleichen hier angeführt und geäußert, daß wir bestimmt eingegangene Staats-Verträge zu respectiren hätten. Dagegen habe ich Niemanden hier im Hause sprechen hören. Auch der Commissionsantrag trifft diesen Punkt gar nicht. Er will Unparteilichkeit, Nichteinmischung und Nichtbegünstigung der kämpfenden Theile, aber er spricht nicht aus, daß irgend eine wirkliche bestehende rechtliche Pflicht gegen Rußland nicht erfüllt werden solle.

Wie man das hineinlegen kann in den ganzen Antrag, weiß ich nicht. Das steht nicht darin. Ich meine aber, meine Herren, wie schon gestern ausgeführt wurde, daß die Verträge wegen Auslieferung von Deserteuren und Verbrechern gar nicht auf den vorliegenden Fall passen und daß, wenn irgendwo von Verletzung von Verträgen die Rede ist, dieselbe von Seiten der Russischen Regierung stattgefunden

Digitized by Google

hat, wie von mehreren Rednern bereits vollkommen begründet wurde. Durch die Russen sind die Verpflichtungen verletzt, die Rußland nicht nur auf dem Wiener Congreß, sondern auch in den Specialverträgen mit Preußen und Oesterreich 1815 eingegangen ist. Davon ist also gar keine Rede, daß wir verlangten, die Preußische Regierung solle gegen Rußland Verträge verletzen; im Gegentheil würde es ihr geziemen, auf die Aufrechthaltung der betreffenden Staatsverträge von Seiten der Russischen Regierung zu dringen.

Haben wir hiernach keine Pflicht zu erfüllen, die uns zwingt, eine Parteistellung im Kampfe einzunehmen, nun, meine Herren, dann haben wir doch mindestens freie Hand und können unsere Interessen wahren, wie sie uns gebieterisch für unser Vaterland vorgezeichnet sind in diesen ganzen Verhältnissen.

Ich will von dem allgemeinen Interesse, welches wir gegen die Verstärkung der Russischen Macht haben, und von den üblen Diensten, die uns von Rußland von jeher erwiesen sind, von seiner steten Feindseligkeit nicht reden, weil dies von den Herren Vorrednern schon hinlänglich charakterisirt ist. Aber ein paar Punkte sehr specieller Natur, die aufs Entschiedenste gegen jede Unterstützung des Russischen Verfahrens in Polen sprechen, die will ich noch vorbringen.

Der Herr Minister-Präsident hat gestern gesagt: „unser Handel und Verkehr sei aufs Entschiedenste betheiligt, daß der Polnische Aufstand so rasch als möglich niedergeschlagen werde.“ (Sehr richtig!)

Das hat auch das geehrte Mitglied für Stargard wiederholt, und es klingt so recht scheinbar. Gewiß befinden Handel und Verkehr sich nicht wohl bei solchen Zuständen, und gewiß ist Niemandem, der mit den ersteren zu thun hat, damit gedient, derartige Unruhen zu verlängern. Aber giebt es denn keine Erfahrungen, wie es mit diesen Dingen zugegangen ist, seit 1830, seit der ersten Unterdrückung des Polnischen Aufstandes? Wir machen ja gerade, wenn wir Rußland in seinem widerrechtlichen und empörenden Verfahren in Polen unterstützen, den Aufruhr in seinem Lande permanent! Von keinem Machtgebot, keiner gewaltsamen Unterdrückung läßt sich Friede und Ruhe erwarten, so lange nicht Menschlichkeit und Gesetz gegen die Polen inne gehalten werden. Das beweisen die immer wiederholten Ausbrüche nach blutiger Niederwerfung. Jede Unterstützung Rußlands unsererseits verfehlt daher ihren Zweck. Wir werden einen geordneten, dauernden Verkehr für unsere Grenzprovinzen nie bekommen, wenn das Russische System nicht geändert wird, und eine Unterstützung dieses Systems schlägt gegen uns selbst aus, weil wir dadurch den Aufruhr befördern, der unsern Handel und Verkehr aufs Entschiedenste schädigt.

Zweitens, meine Herren, in dem Vertrage vom 3. Mai 1815 Art. 28. ist ausdrücklich der möglichst freie Grenzverkehr der Russischen und Preußischen Antheile von Polen bestimmt, und als Maximalzollsatz 10 Procent ad valorem festgesetzt. Namentlich ist auch in dem Artikel ausgesprochen, daß die humanste und die coulanteste Behandlung bei der Zollabfertigung an der Grenze stattfinden solle. Nun, was das Ding zu bedeuten habe, das weiß Jeder, der irgend einmal mit den Russischen Grenzzollbeamten zu thun gehabt hat.

Meine Herren, ich habe als Richter damit zu thun gehabt, weil ich 2 Jahre dort fungirte, und ich erlebte es, daß die verdrießlichsten Dinge vorkamen, Lieferungsverträge und dergleichen, auf welche die Zollabfertigung influirte. Da liegt nun eine flagrante Verletzung jener Vertragsbestimmungen vor. Anstatt, daß die

Digitized by Google

Ruſſen jene Zollbeſtimmungen in den Verträgen auch nur entfernt inne gehalten hätten, hat man beinahe ein Sperrſyſtem an der Grenze eingeführt und unſern Handel im hohen Grade geſchädigt. Was thun wir alſo, wenn wir Rußland in ſeiner jetzigen Stellung gegen Polen helfen? Wir verewigen einen Rechtsbruch, wir kämpfen für einen Rechtsbruch, der uns ſelbſt am ſchwerſten trifft; wir kämpfen geradezu gegen uns ſelbſt (Sehr wahr! links) und gegen die Intereſſen des Handels und der Induſtrie des eigenen Landes!

Das wären ganz kurz einige Geſichtspunkte, wenn wir uns und Rußland allein betrachten.

Sodann haben wir aber die Stellung zu den Europäiſchen Mächten mit in Betracht zu ziehen.

Geſtatten Sie mir nur wenige Worte darüber, denn es iſt ja ſchon im reichſten Maße geſchehen. Daß hier völkerrechtliche Verträge vorliegen, bei denen auch die übrigen Europäiſchen Großmächte intereſſirt ſind, weil ſie Mitcontrahenten waren, darüber bedarf es keiner weitläufigen Ausführungen, da bereits der Herr Abgeordnete Twesten auf das Genügendſte und Gründlichſte auf dieſe Frage eingegangen iſt. Was man nun auch von den Intentionen der Weſtmächte etwa denken mag, namentlich von ihrem Intereſſe für die Polniſche Nationalität, für die Wiedererhebung Polens, ob man ihre Kundgebungen auch — wie ich es ſelbſt thue — für mehr demonſtrativer Natur hält; wenn man ſich auch kaum dem Glauben zuneigt, daß es ihnen ſo außerordentlich darum zu thun wäre, Polen wieder zu erheben, daß ſie ſelbſt die Laſt eines Krieges deshalb auf ſich nehmen würden — was man auch von alledem denken mag, ſo liegt es doch ſehr nahe, daß die Weſtmächte die Polniſche Frage ſehr leicht als bequemen Vorwand nehmen könnten, um für ihre eigenen ſpeciellen Intereſſen einzutreten. Ich denke, wir haben in den letzten Jahren Erfahrungen gemacht, daß die orientaliſche Frage keine Chimäre iſt, daß ſie ſehr tief und in reeller Weiſe in die ganzen Europäiſchen Verhältniſſe eingegriffen hat. Da iſt aber die Poſition in Polen Behufs der immer näherrückenden und immer mehr andrängenden Löſung eine gar zu wichtige, als daß ſie nicht große Anziehungskraft ausüben ſollte.

Außerdem iſt mit Recht geltend gemacht worden, daß der Herrſcher von Frankreich ſteter Ableitungsmittel gewiſſer Art bedarf um den Freiheitsdrang ſeiner Nation mit gloire und prestige zu ſtillen, daß er alſo perſönliche und dynaſtiſche Gründe hat, um ſolche Begünſtigungen der Polniſchen Nationalität hiermit zur Schau zu tragen und gelegentlich auch wohl auszubeuten. Wir kommen alſo bei dieſer Lage der Dinge in Verwickelungen, die einen Europäiſchen Krieg denn doch wahrhaftig als keine Unmöglichkeit erſcheinen laſſen. Machen wir uns einmal mit wenigen Worten das klar, wie die Dinge in dieſem Falle gegen uns liegen. Wir führen den Krieg, wenn wir wirklich durch dieſe Cooperation mit Rußland darin verwickelt werden, gegen unſere eigenen Intereſſen. Das habe ich bereits im Vorigen dargethan. Aber es iſt nicht genug, das materielle Intereſſe hier in Erwägung zu ziehen man muß ſich klar machen, daß ein Europäiſcher Krieg auf der Seite Rußlands nichts Anderes, als ein Feldzug für die Reſtaurationspolitik iſt; wir kämpfen alsdann für die Wiederherſtellung des Abſolutismus, wir kämpfen gegen die geſchichtliche Grundlage der Entwickelung des eigenen Staats, (Bravo! links.) für das alte Syſtem, und das wäre ein Kampf, meine Herren, wo der Sieg beinahe ſchlimmer wäre als die Niederlage. (Sehr gut! links.)

Digitized by Google

Ich muß sagen, ich kenne keine gräßlichere Stellung eines Volkes, als wenn bei einem großen Kampfe, wo seine Söhne und Brüder auf das Schlachtfeld geführt werden, sich ein so unseliger Zwiespalt in der ganzen Nation zeigt. Und da schwebt mir der Kampf Oesterreichs im Jahre 1859 vor, wo die Wiener Börse jede Niederlage der eigenen Heere mit einer Hausse begrüßte. Man darf sich nicht verhehlen, daß bei solchen Kämpfen, die gegen den Geist der Zeit und die geschichtlichen Lebensbedingungen der Völker geführt werden, in vielen Fällen das Einlenken in neue, bessere Bahnen meist von Niederlagen datirt.

Nehmen Sie Oesterreich im Jahre 1859 — ich führte es eben an, — nehmen Sie die Krimniederlage Rußlands in den fünfziger Jahren! Die Reformen in Rußland, die der Regent, der jetzt an der Spitze dieses Staates steht, angebahnt hat, datiren auch von jener Niederlage her. Nehmen Sie uns! Von der Niederlage bei Jena datirt der neue Aufschwung des Preußischen Staats.

Aber, meine Herren, mehr als eine solche Niederlage kann ein Volk nicht gut vertragen, und an der Niederlage von 1806, denke ich, haben wir genug und wollen nicht noch einmal durch furchtbare Erfahrungen, durch furchtbare Opfer auf die gute, auf die segensreiche Bahn des wirklichen Fortschritts der Einigkeit zwischen Fürst und Volk gedrängt werden. (Bravo!)

Weiter, meine Herren, würde in diesem Kampfe wider uns sein die Sympathie aller gebildeten Völker. Die entsetzliche Rekrutirung, diese Menschen-Razzias, sind hier schon gekennzeichnet worden, wie sie es verdienen. Daß solche Dinge zuletzt den Nothschrei des gedrängten Volkes, den Verzweiflungskampf hervorrufen müssen, und daß demselben die allgemeine Sympathie entgegenkommt, das ist keine Macht der Erde zu hindern im Stande.

Auch die Maßregeln Rußlands bei der gegenwärtigen Kriegführung selbst (ich fuße freilich nur auf Zeitungsnachrichten), werden als so unmenschlich geschildert, daß sie einen Russischen Officier, einen Baron v. Korff, bestimmt haben sollen, sich das Leben zu nehmen, weil sein humanes Gefühl in Conflict kam mit seiner militärischen Pflicht. Ich habe es als Zeitungsnachricht bezeichnet, ich kann die Bürgschaft dafür nicht übernehmen; aber ein Licht würde dies, wenn es wahr wäre, — und es ist von keiner Seite widersprochen — auf die Russische Kampfweise im eigenen Lande werfen, welches dieselbe in den Augen der ganzen Welt brandmarken müßte. Man hört andererseits, die Russen seien zur äußersten Strenge gezwungen, die Empörung im Lande, die immer wieder auftaucht, könne nur durch solche Maßregeln erstickt werden. Ich will auf all die Criminationen und Recriminationen hier nicht weiter eingehen; es ist mißlich, wenn man nicht auf das Genaueste unterrichtet ist, abzuwägen, wie weit auf dieser und auf jener Seite eine Schuld stattfindet. Ich halte den einzigen Satz fest, meine Herren, und ich glaube, Sie stimmen mit darin bei: Wir leben in Zeiten, in denen sehr Vieles unmöglich geworden ist, was noch im vorigen Jahrhundert möglich war in der Politik und in socialer Hinsicht. So ist z. B. eine Kriegführung, wie die Ludwigs XIV. an der Deutschen Westgrenze, die von dem Herrn Abgeordneten für Stargard gebrandmarkt worden ist, unter gesitteten Völkern nicht mehr möglich, ebenso wenig der berüchtigte Hessische Menschenhandel, jene schandbare Günstlings- und Maitressenwirthschaft zu Ende des 17ten und im 18ten Jahrhundert, wie sie die Deutschen und andere Höfe befleckte. Wir sind ein Stück weiter gekommen, meine Herren, so viel auch noch zu erstreben bleibt.

Digitized by Google

Nun, und zu den Unmöglichkeiten unserer Zeit rechne ich noch eine, meine Herren: Wenn es so weit gekommen ist in einem Lande, daß die Regierung sich nur noch durch den Stock, oder durch die Knute, oder durch den Säbel behaupten kann, daß das ganze Land permanent im Kriegszustand gehalten werden muß, nur damit die Regierung ihre Herrschaft behaupte: dann, meine Herren, ist eine solche Regierung gerichtet, dann ist sie für die Dauer unmöglich in unseren Tagen. Dergleichen streitet gegen die ganze Anschauungsweise der modernen Zeit. Der Stab ist über sie gebrochen und kein gesitteter Mensch wird ihr das Recht vindiciren, das Land zur Wüste zu machen. Die Richtigkeit dieses Satzes hat sich in Italien gezeigt. Das Oesterreichische Stockregiment, — wie man sagt, auch aufgedrungen durch Verschwörungen und Revolutionen, die grauenhafte Wirthschaft der dortigen Bourbonen und Lothringer ist auch unmöglich geworden und hat ihr Gericht gefunden, und ich meine, die Zeit ist nicht gar so fern, daß solche Regimente völlig von unserm Continent verschwinden, daß sie für immer untergehen, wie sie unterzugehen verdienen. (Bravo!)

Der Herr Minister-Präsident hat gestern von der Solidarität der Europäischen Revolution hier gesprochen. Nun, wenn er unter derselben jenen Umschwung in den Anschauungen der Zeit, jenes immer stärkere Erwachen des öffentlichen Gewissens meint, dann hat er Recht. (Bravo!)

Diese Solidarität existirt. Immer bewußter verkettet die Völker gegenwärtig die Solidarität von Bildung und Gesittung, und keine Regierung in der Welt, wie stark sie auch sei, kann der Sympathien, die aus dieser Solidarität entspringen, entbehren. Sie wird immer die Rechnung ohne den Wirth machen, wenn es darauf ankommt, sich in großen Krisen behaupten zu sollen, die niemals ausbleiben.

Der dritte Punkt endlich, dessen ich noch gedenken muß, gleich den Rednern vor mir, ist die Lage unseres Vaterlandes selbst, in welcher es den Kampf aufzunehmen hätte, mitten in einem schweren Conflict zwischen Regierung und Volk. Ich will die Hemmnisse jeder energischen Macht-Entfaltung nach Außen, die darin liegen, nicht weiter verfolgen. Es ist der traurigen Analogie aus dem Anfange der fünfziger Jahre schon gedacht worden, nur zu dieser erlaube ich mir noch einige Worte hinzuzufügen.

Die Thatsachen sind nun einmal historisch offenkundig geworden; ein Recurriren darauf wird also nicht gegen die uns empfohlene staatsmännisch-patriotische Vorsicht verstoßen. Als unsere Regierung damals jenen berüchtigten Rückzug von Olmütz antrat, stand sie viel günstiger als jetzt. Das damalige Ministerium hatte eine große Partei im Lande hinter sich; es waren viel bessere Ziele, für die es eintreten wollte, gedenken Sie nur der Deutschen, der Hessischen, der Schleswig-Holsteinischen Fragen. Ich sage nicht, daß wir durchaus jenen Standpunkt theilten; aber man muß doch zugestehen, daß die Dinge damals andre waren, als für die wir jetzt eintreten müßten, daß sie unserem Interesse näher lagen; und dennoch, meine Herren, ist man zu dem Rückzug gekommen.

Nun meint man vielleicht Seitens der Regierung, man müsse nur in der Sache etwas kühn vorgehen: ein fait accompli im Sinne des Herrn Minister-Präsidenten, würde die Westmächte bald dahin bringen, daß sie von ihrer Einsprache, wenn die Dinge einmal geschehen wären, zurückträten. Es ist wahr, mit solchen faits accomplis hätte man zu verschiedenen Zeiten verschiedene Dinge, große Interessen und Ziele

Digitized by Google

wahrhaft Preußisch-Deutscher Politik erreichen können, und das ganze Volk dabei hinter sich gehabt.

Aber, meine Herren! Wenn das Ministerium wesentlich basirt ist darauf, daß es die Verletzung unserer Verfassung im eigenen Lande zum fait accompli macht, dann kann es nach Außen hin nun und nimmermehr mit dergleichen vollendeten Thatsachen debutiren; das Eine schließt das Andere aus. (Sehr wahr!)

Freilich könnte man sich einen sehr unnöthigen Rückzug ersparen, wenn man auf den Rath der Volksvertretung einginge, dem Gehör zu geben doch weniger demüthigend ist, als den Drohungen des Auslands. Aber ich gestehe, ich gebe mich dieser Hoffnung nicht hin, nach dem, was wir hier gehört haben.

Nun, meine Herren, komme ich aber zu einem weitern größern Gesichtspunkt, der in dieser Frage seine entschiedene Berechtigung hat, und Sie werden mir gestatten müssen, diesem einige Minuten zu widmen. Der Herr Minister-Präsident hat schon bei Gelegenheit der Interpellation des Herrn Abgeordneten Kantak darauf hingeführt, und heut ist die Sache sehr eingehend von dem geehrten Mitgliede für Stargard aufgenommen worden. Es handelt sich hier, wie denn keine Europäische Frage mehr ohne dieses Princip discutirt werden kann, um die Nationalität, um die Position, die wir den Polnischen Bestrebungen gegenüber hier als Preußen, als Deutsche einzunehmen haben. Der Herr Abgeordnete für Stargard ist so gütig gewesen, auf eine Rede von mir Bezug zu nehmen, die er, wie es mir schien, dem Commissions-Antrag entgegenstellen wollte, wodurch er mich also, insofern ich für diesen stimme, in Widerspruch mit mir selbst zu verwickeln gedachte. Ich bedaure, daß er nur einige Stellen daraus mitgetheilt hat. Ich muthe ihm zwar nicht zu, die ganze Rede zu lesen, aber einige Stellen, die gerade für die gegenwärtige Frage bezeichnend sind, wurden nicht vorgelesen. Sein Gesichtspunkt wie der des Herrn Minister-Präsidenten ist der: „Wir müssen unbedingt Rußland helfen; wir müssen um jeden Preis den Aufstand im Russischen Polen mit niederwerfen, weil sich in letzter Perspective die Wiedergeburt Polens daran knüpfen könnte. Ein selbstständiges Polen ist aber eine Macht, die mit unseren Interessen nothwendig in Conflict treten muß, indem es eine stete Begehrlichkeit nach den an uns gekommenen, früher Polnischen Landestheilen zeigen würde. Daher müssen wir seiner künftig möglichen Constituirung schon im Keime entgegenwirken."

Nun, meine Herren, ich gestehe nun, daß ich vollkommen auf einem anderen Standpunkte stehe, und dennoch nicht im Mindesten mit dem von mir früher eingenommenen, in jener Rede entwickelten in Widerspruch gerathe.

Ich bin dem Herrn Abgeordneten für Stargard zu außerordentlichem Danke verbunden, weil sich mir hier die Gelegenheit bietet, jene Stellung, sowohl für mich wie für meine sämmtlichen politischen Freunde in einem Punkt zu wahren, um dessen willen man uns gern verdächtigen möchte, daß wir nämlich, um unseren Polnischen Sympathien gerecht zu werden, unsere Pflicht als Deutsche, als Preußische Abgeordnete verabsäumten, und nicht fest und treu auf unserem nationalen Standpunkte, wie er nun einmal gegeben ist, beharrten.

Ich würde mir ohne seine Intercession die Freiheit genommen haben, darauf so speciell, als ich dies nunmehr thun kann, einzugehen. Nach dem von ihm Verlesenen brauche ich kaum ein Wort zu verlieren, daß ich als erste, unverrückbare Pflicht unseres Staates die Vertheidigung der früheren Polnischen Landestheile, die jetzt zum Königreich Preußen gehören, anerkenne.

Digitized by Google

Jede Erhebung der Polen, welche antastet diese unsere Landesgrenze, verletzt die Deutsche Nationalität und tritt in Conflict mit wohlberechtigten Preußischen und Deutschen Interessen, und dem müssen wir entgegentreten mit Gut und Blut, unter jeder Bedingung.

Dabei bleibe ich und diese ganze Seite dieses Hauses! (Zur Linken.)

Sie nennt sich die Deutsche Fortschrittspartei, und ich wüßte nicht, wie Einer von uns Anspruch haben sollte auf diesen Namen, welcher diesen Standpunkt nicht theilt. (Bravo!)

Nun, meine Herren, aber zur andern Seite. Ich habe bei jener Gelegenheit ferner gesagt, — hoffentlich ist es mir gestattet, diese wenigen Worte hier zu verlesen: — (Zustimmung)

„Gewiß wird ein Volk, wie das Deutsche, selbst in schwerem Ringen um seine nationale Existenz, nicht geneigt sein ꝛc. ꝛc., einer fremden Nation ihr Bedürfniß nach nationaler Wiedergeburt und ihr Recht dazu irgendwie verkümmern zu wollen. Wir werden namentlich dem Muth und der zähen Ausdauer der Polen in dieser Beziehung durchaus unsere Anerkennung nicht versagen können. Aber, meine Herren, daraus folgt noch nicht, daß wir im Zusammenstoß unserer eigenen Nationalität mit der fremden, uns unserer Sympathien wegen befugt halten können, an der eigenen Nationalität zum Verräther zu werden u. s. w."

Weiter habe ich den Polen damals zugerufen:

„Wie wir den Bestrebungen Ihrer Nationalität innerhalb der gebörigen Schranken" (über die ich mich vorher ausgesprochen hatte) „vollkommen unsere Sympathien widmen können, sobald dieselben die nationale Existenz unserer Landsleute nicht antasten, so müssen wir, wenn Sie das thun, Ihnen um jeden Preis und unter jeder Bedingung entgegentreten. Die Einsichtigen auf beiden Seiten können diesen Conflict nur beklagen, er ist gegen das Interesse beider Völker u. s. w."

Nun, meine Herren, ich wüßte nicht, wie ich mit diesen Ansichten im mindesten in Widerspruch käme und wie unsere Partei mit ihren bekannten Grundsätzen in Widerspruch käme, wenn sie jetzt für den Commissions-Antrag stimmte.

Im Gegentheil ist darin bereits der engherzigen Weisung das Urtheil gesprochen: daß wir der Menschenpflicht und Gerechtigkeit entgegentreten und für die Russische Regierung Partei ergreifen sollen, weil uns künftig etwa von den wieder erstehenden Polen irgendwie Gefahren erwachsen können!

Nein, meine Herren, gegen eine solche engherzige und kleinliche Auffassung verwahre ich uns, verwahre ich namentlich das Princip der eignen nationalen Erhebung. Grade so deduciren gewisse andere Mächte, denen die Einheit Deutschlands auch als eine Bedrohung ihrer Machtstellung scheint, gegen uns. Wir würden mit uns selbst in Widerspruch kommen und unsern Gegnern Vorschub leisten, wenn wir von unserer Stellung aus uns darauf einließen. Jene Preußischen Provinzen, weil sie dem Germanisirungsprozeß entschieden verfallen sind, und weil wir die Deutschen Interessen darin zu schützen haben, halten wir ein für allemal fest. Aber wenn wir uns denn einmal auf die Zukunfts-Politik einlassen wollen, deren Perspective die Gegner uns eröffnet haben, so behaupte ich, es sprechen sehr reale Interessen, welche durchaus keine hohle Sympathie sind, recht wesentlich dafür, daß wir weit eher für ein solches künftig zu constituirendes Polen, als dagegen Partei zu nehmen haben.

Digitized by Google

Ich muß gegen die sogenannte „schwächliche Humanität," deren der Abgeordnete v. Vincke gedachte, protestiren und den Begriff etwas näher definiren. Als eine solche erkenne ich nur die an, welche den nationalen Standpunkt, den berechtigten Egoismus, dessen jedes Volk zu seiner Existenz bedarf, verleugnet, denn die Nationalität selbst ist ja die einzige geschichtliche Form der Humanität; es giebt ja keine anderen Träger der Humanität, als die Nationen. Aber die rechte Humanität, — Gott sei Dank! das wollen wir Deutsche nicht versäumen bei jeder Gelegenheit geltend zu machen — kann mit dem Geltendmachen der Deutschen Nationalität nie und nimmer in Conflict kommen! Wir sind vorzugsweise dasjenige Volk des Europäischen Continents, dessen ganzen Bestrebungen, dessen politischer Wiedergeburt ein so tiefes Humanitäts-Interesse zu Grunde liegt, als bei keinem anderen. Bravo! links.)

Es ist vorzugsweise dem „Deutschen Geiste" eigen, daß er in seinen politischen und socialen Forderungen, in dem ächt menschlichen Inhalt, mit dem er seinem eigensten Wesen nach die Staatsform zu erfüllen bestrebt ist, niemals in Widerspruch gebracht werden kann, mit den Forderungen der Humanität! (Bravo!)

Meine Herren, ich glaube nicht an eine „Constituirung Polens" vor einer „Constituirung Deutschlands." Ich glaube nicht daran, denn die fremden Mächte, auf die man sich dabei stützt, Seitens der Polen, haben kein Interesse, kein wahres, wirkliches, reales Interesse, wie wir, und ich meine, die Polen haben in dieser Beziehung bereits genügende Erfahrungen gemacht. Zu was hat man sie gebraucht? Wozu braucht der Herrscher im Westen überhaupt den Nationalitäts-Cultus? Wir sehen es in Italien, wie treu er ergeben ist, wo er allein die nationale Constituirung hindert. Schon sein großer Vorgänger hat die nationalen Sympathien der Polen zu nichts Anderem gebraucht, als ihre Söhne auf die Schlachtfelder seines Ehrgeizes zu führen. (Sehr wahr!)

Das ist natürlich, und eben so natürlich ist es, daß von einem constituirten Deutschland die Polen Aehnliches nun und nimmermehr zu fürchten haben. Wir sind kein Volk, das aus leerem Ehrgeiz fortwährend den Frieden gefährdet und auf Eroberungen durch Blut und Eisen ausgeht.

Unsere Eroberungen sind die der Cultur. Wir fordern nicht muthwillig unsere Nachbarn heraus, wenn man uns in Frieden läßt in unsern Grenzen, wir kämpfen nicht für leere Phantome.

Deutschland, das wiedererstandene Deutschland ist bestimmt, den Schild der Gerechtigkeit für den ganzen Continent zu erheben, und die Völker, die darauf ihre eigenen berechtigten nationalen Bestrebungen stützen, sind nie dem ausgesetzt, als wenn sie mit dem Französischen Ehrgeiz Bündnisse schließen. (Sehr lebhaftes Bravo! links.)

Und ich meine wirklich, reale Interessen liegen vor, gerade ein solches Bündniß in Zukunft mit Polen zu fördern.

Wenn erst Deutschland und Polen constituirt sind, meine Herren, dann ist es mit der „Cabinetspolitik" vorbei, welche die Völker trennt und gegen einander hetzt, dann wird eine „nationale Politik" die Völker einigen, daß sie nicht gegen einander, sondern neben und mit einander im friedlichen Wetteifer ihre Kräfte versuchen.

Ein friedlicher Grenzverkehr, ein Austausch der materiellen und intellectuellen Güter, eine Gemeinschaft der geistigen und materiellen Errungenschaften wird stattfinden und wird die alten Erinnerungen des Hasses unter den Nationalitäten vertilgen, indem sie sie ihre wahren Interessen erkennen lehren. (Bravo!)

Digitized by Google

Aber, meine Herren, selbst wenn dem nicht so wäre, wenn der Uebergang dahin nur durch Kämpfe zu bewerkstelligen wäre, so meine ich, ist es unserer dennoch nicht würdig, uns durch einen solchen möglichen feindlichen Anprall der Polen von dem, was die Gerechtigkeit fordert, abhalten zu lassen.

Ich denke, dem sind wir Preußen allein schon gewachsen, wenn er uns geboten wird, und ich meine, daß obenein ganz Deutschland in diesem Kampfe uns zur Seite steht. Und aus solchen kleinlichen Rücksichten möchte ich nicht, daß wir unsere eigenen nationalen Bestrebungen irgendwie im Keime beflecken, jetzt wo dieser Keim, mitten unter dem Druck untröstlicher Gegenwart im freudigsten Gedeihen emporschießt. (Lebhaftes Bravo.)

Hiernach, meine Herren, nach dem wenigen von mir Gesagten, ergiebt sich die Stellung, die wir zu dem Commissions-Antrage und den verschiedenen Amendements einzunehmen haben, von selbst. Ja, dem Amendement des Herrn Abgeordneten v. Bonin, wie er uns dasselbe entwickelt hat, würde ich recht wohl beitreten können, wenn ein Ministerium v. Bonin auf der Ministerbank uns gegenüber säße. (Große Heiterkeit.)

Dann hätte ich kein Bedenken dagegen, da sein Inhalt im Grunde der Sachlage entspricht. Aber, meine Herren, dem jetzigen Staats-Ministerium gegenüber, müssen Sie mir erlauben, daß ich nicht so denke. Ich meine, hier haben wir uns zu wahren und müssen sehr auf unserer Hut sein, daß nicht Dinge, die an sich ihre entschiedene Berechtigung haben, gemißdeutet und gegen unsern Sinn ausgedeutet werden. Meine Herren, wir Alle wollen den Schutz der Grenze. Wer will das nicht! Wir Alle glauben, daß die Regierung verpflichtet, nicht nur berechtigt ist, so wie solche Dinge sich ereignen, wie der Polnische Aufstand, die nöthige Besetzung an der Grenze, die nöthige Obacht im Lande stattfinden zu lassen, um sowohl die Gefährdung der Grenzbewohner als die Verschleppung des Aufstandes in unsere Provinz zu verhüten. Aber, meine Herren, wenn Sie sagen: „die Regierung soll sich lediglich auf die zum Schutz der Preußischen Landesgrenze erforderlichen Maßregeln beschränken und jede darüber hinausgehende Einmischung vermeiden," so meine ich: wir haben von dem Interpretationstalent des Herrn Minister-Präsidenten solche Proben erhalten in Bezug auf die Verfassungs-Urkunde, daß ich keine Minute Zweifel hege, diese Bestimmung wird zu der Erwiderung Anlaß geben: ja, Alles was wir gethan haben, auch die Cooperation mit Rußland ist eben zum Schutze der Grenzen geschehen, wie Ihr das selbst verlangt! (Heiterkeit links.)

Ich halte es nicht für nothwendig, die Königliche Regierung jetzt aufzufordern, überhaupt die Grenze zu schützen. Das ist ja bereits geschehen, und die meisten von uns meinen, es sei eher zu viel als zu wenig in dieser Beziehung geschehen. Das ist ja aber der Grund der Differenz, die Basis des ganzen Antrags.

Ich möchte also diesen Punkt, der keinen praktischen Werth in diesem Augenblicke hat, da Alles, was in dieser Beziehung nothwendig, geschehen ist, weglassen, er bietet nur zu jenen Interpretationen, der kühnsten und bedenklichsten Art, eine Handhabe, die ich bereits bezeichnet habe.

Das Amendement des Herrn Abgeordneten v. Vincke habe ich durchaus nicht nöthig näher zu kritisiren, da er uns seinen ganzen Standpunkt in ausreichendster Weise klar gemacht hat. Ich glaube, daß die Meisten im Hause diesen Standpunkt nicht theilen. Er ist offen dafür, daß unsere Regierung die Russische Regierung unterstützt und sie in diesem Kampfe begünstigt. Sie soll nur nicht so weit gehen, daß

Digitized by Google

die Russischen Truppen das Preußische Gebiet zum Zweck der Verfolgung der Polnischen Insurgenten betreten dürfen. Sonst will er die Unterstützung, die Cooperation, oder wie man es nennen will, mit der erwähnten einzigen Ausnahme, die er in seinem Amendement feststellt. Wer also überhaupt die Intervention, Cooperation nicht will, kann selbstverständlich für das Amendement nicht stimmen.

Ich gehe nun zu dem Amendement des Herrn Abgeordneten v. Bockum-Dolffs über. Das Amendement unterscheidet sich nicht in einem einzigen wesentlichen Punkte von dem Commissions-Antrag. (Sehr richtig, rechts.)

Es ist nur eine bessere Fassung und gerade, meine Herren, um einem Einwande, der aus Ihren Reihen kam, (zur Fraction Vincke gewendet) vorzubeugen, nämlich: man solle nicht die Russische Regierung als befreundete Macht und die Aufständischen neben einander stellen," das ist hier vermieden. Um dieser staatsrechtlichen Rücksicht, gegen die ich durchaus nichts einzuwenden habe, entgegenzukommen, hat der Abgeordnete v. Bockum-Dolffs, indem er den Sinn und die Tragweite des Commissions-Antrages wohlbewußt beibehielt, die Fassung verbessert. Meine Herren, ich erachte dies, jenen Bedenken gegenüber, auf die ich selbst, offenherzig gestanden, nicht gekommen wäre, für zweckmäßig, und ich erkläre meinerseits, und glaube damit nicht im Widerspruch mit meiner Einschreibung für den Commissions-Antrag zu stehen, für diesen Antrag zu stimmen, da er sich in jeder Hinsicht als verbesserter Commissions-Antrag empfiehlt, wie ich, obgleich ich Mitglied der Commission gewesen bin, nicht eine Minute Anstand nehme, zu bekennen.

Erlauben sie mir nur noch ein ganz kurzes Schlußwort, es scheint mir durch die Situation dringend geboten. Mitten in dem Kampf um unsere verfassungsmäßigen Grundrechte trifft uns diese große, diese Europäische Frage.. Da mag man von mancher Seite wohl meinen, — es hat scheinbar etwas für sich: — Ihr seit in dem Ringen, in dem Kampf um das Nächste, gewissermaßen um Eure politische Existenz begriffen, um das was Euch zumeist Noth thut: wie kommt ihr dazu, anstatt Euch darauf zu beschränken, Eure Kräfte darin zu concentriren, Fragen der auswärtigen Politik von so weit greifender Bedeutung gegenwärtig in Eure Wirksamkeit hineinzuziehen?

Ich glaube, meine Herren, einerseits sind die wichtigsten Landes-Interessen bei dieser großen Frage denn doch in einer Weise betheiligt, daß die Volksvertretung unmöglich dazu schweigen kann. Die ganze Geltung und Stellung Preußens Europa gegenüber, Ruhe und Friede, die Bedingungen unserer materiellen Entwickelung, stehen hier in einem Grade auf dem Spiele; daß wir unsere Stimme unter allen Umständen dabei erheben müssen. Daß wir dies in keinem Augenblick, wie ungünstig, wie gefährdet unsere Stellung nach Innen auch sein mag, vergessen, das wird dem Lande und uns zu Gute kommen. Der Nothstand, in dem wir und die Landesverfassung uns in gewissem Sinne gegenwärtig befinden, soll nicht dazu führen, daß er unseren politischen Gesichtskreis irgendwie beengt. Wir haben dem Lande zu beweisen, daß, während man uns den sicheren Boden zu unseren Füßen entziehen möchte, wir eine klare Auffassung, im Hinblick auf die Europäischen Verhältnisse, behaupten, die hier eingreifen, und die Fragen, wie es der Preußischen Volksvertretung geziemt, im großen Sinne behandeln Wir verlieren dabei die ganze Zukunft unseres Vaterlandes keinen Augenblick aus dem Auge. Denn, meine Herren, obgleich man uns die Gegenwart bestreitet — wir wissen, diese Zukunft gehört uns! (Bravo!)

In dem sicheren Gefühl, daß dem so ist, haben wir auch in dieser Frage noch-

Digitized by Google

mals uns der Zustimmung Europa's zu versichern, die uns schon früher bei dem Kampfe um unser verfassungsmäßiges Recht, in einem noch nicht dagewesenen Maße zu Theil wurde.

Es wird uns den Kampf um die engeren Interessen unseres Vaterlandes erleichtern, wenn wir in der öffentlichen Meinung der gesitteten Welt einen Alliirten uns erhalten den man respectiren wird Seitens unserer Regierung, früher oder später. Daher wiederhole ich nochmals: das Volk kennt uns, das Volk kennt die Herren auf der Ministerbank uns gegenüber, unsern Standpunkt in dieser und jeder anderen Frage. Ob unser Werk diese oder jene unmittelbare Wirkung haben wird oder nicht an entscheidender Stelle, wir haben das Unsrige gethan. Und wenn unser Vaterland vor einem großen Europäischen Conflict bewahrt wird — einen Theil davon hat es uns zu danken, ob man dies auch von Seiten der Herren Minister niemals zugestehen wird. (Bravo!)

(Klatschen auf den Tribünen.)

Vice-Präsident Behrend: Das Klatschen auf den Tribünen ist auf das Strengste untersagt.

Der Herr Abgeordnete Zierenberg hat einen Antrag auf Schluß der Discussion eingereicht. (Widerspruch.)

Es ist ein solcher Antrag da; ich werde also fragen, ob derselbe unterstützt wird, und bitte Diejenigen, welche ihn unterstützen wollen, sich zu erheben. (Geschieht.)

Die Unterstützung reicht aus.

Es sind auf der Rednerliste noch verzeichnet für den Commissions-Antrag die Herren Abgeordneten:

Dr. Löwe, Dr. Waldeck, Behrend (Danzig), Duncker, Dr. Reichensperger (Beckum), Plaßmann, v. Unruh (Elbing), v. Carlowitz, Bleibtreu, Laßwitz, v. Benkowski, Dr. Faucher, Müller (Anclam), v. Forckenbeck und Wachsmuth;

gegen den Antrag der Commission die Herren Abgeordneten:

Dr. Virchow, Dr. Simson, Groote, Dr. v. Bunsen, v. Bockum-Dolffs, Janiszewski.

Außerdem sind noch sechs persönliche Bemerkungen angemeldet:

Ich werde jetzt das Haus zu fragen haben, ob es den beantragten Schluß annehmen will und bitte diejenigen, die dem Antrage ihre Zustimmung ertheilen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. (Geschieht.)

Das ist ohne Zweifel die Minorität und wir werden daher in der Discussion fortfahren.

Ich ertheile zunächst das Wort dem Abgeordneten Dr. Virchow.

Abgeordneter Dr. Virchow: Meine Herren, ich knüpfe an die letzten Worte des Herrn Vorredners an. Auch ich habe die Ueberzeugung, daß das Land sowohl uns, als die Herren auf der Ministerbank kennt, und eben weil ich diese Ueberzeugung habe, so hätte ich wohl gewünscht daß das hohe Haus dieser Resolution eine mehr energische Fassung gegeben hätte Eine solche nämlich, welche dem Herrn Minister die Gelegenheit dargeboten hätte, an das Land zu appelliren, und die Probe zu machen, ob das Land nach der einen oder der andern Richtung hin sich entscheiden wolle.

Meine Herren, ich glaube, daß die Fassung, wie sie jetzt in den verschiedenen Amendements und in den Commissionsberichten vorliegt, nicht ganz vollständig correct

Digitized by Google

der Sachlage entspricht. Zum Beweise dafür kann ich mich auf eine Reihe von Rednern berufen, welche hier gestanden haben, und welche alle darin übereingekommen sind, daß sie meinten, es handle sich jetzt darum, „Verwahrung einzulegen“ gegen das Vorschreiten der Königlichen Staats-Regierung in Bezug auf den Abschluß der Convention. Wenn ich gegenwärtig davon Abstand nehme, einen besonderen Antrag in dieser Richtung zu stellen, so halte ich mich doch für berechtigt, in diesem Sinne zu sprechen und die Maßregeln, so weit sie uns gegenwärtig von der Königlichen Staats-Regierung bekannt sind, zu beurtheilen.

Der Herr Minister-Präsident hat gestern, gewiß zur höchsten Ueberraschung des Landes, auf dessen Aufklärung er erst zu rechnen scheint, ausgeführt, daß die Annahme der Resolution, wie sie vorliegt, bekunden würde, daß das Haus einen Mangel an Patriotismus besitze, daß wir uns für die Insurrection erklärten; ja er hat ungefähr das ausgedrückt, was seitdem ein seinen Parteigenossen sehr nahestehendes Preßorgan so ausgedrückt hat: „die Männer der Fortschrittspartei würden bald nur noch als Landesverräther bezeichnet werden.“

Ich habe neulich in der Debatte über den Schulze-Carlowitzschen Antrag mich über die Stellung der Regierung etwas eingehender geäußert und es hat mir eine gewisse Befriedigung gewährt, daß bei den ziemlich lebhaften Erwiderungen, welche der Herr Minister-Präsident noch gestern auf die bei jener Gelegenheit gehaltenen Reden ausgesprochen hat, er meiner nicht gedacht hat. Ich schließe daraus, daß ich mich innerhalb der Grenzen thatsächlicher Bemerkungen gehalten habe und ich werde versuchen, das auch heute zu thun. Ich hatte in jener Debatte, ohne Widerspruch zu finden, hervorgehoben, daß es mir scheine, als ob gegenwärtig in unseren Regierungskreisen eine neue weitere Entwickelung stattgefunden habe, welche keineswegs vollständig den Intentionen des Herrn Minister-Präsidenten entspräche, eine Entwickelung, welche ihn selbst in eine Richtung drängte, die er seinen gereiften diplomatischen Erfahrungen und demjenigen Maße von Weisheit, welches er sich heute zugesprochen hat, entsprechend, nicht für die richtige erachten müßte. Gestern hat der geehrte Abgeordnete für Berlin auf dieser Tribüne ihn wieder darauf hingewiesen, wie übel es sei, wenn man an einer Stelle, wo man eigentlich schieben solle, vielmehr geschoben würde. Ich hatte ferner hervorgehoben, „es schiene mir die diplomatische Ehre des Herrn Minister-Präsidenten engagirt,“ weil über ihn hinaus, oder, um einen Ausdruck des Herrn Abgeordneten für Stargard aus der Adreßdebatte zu gebrauchen, über seinen Kopf hinweg, die Verhandlungen mit der Russischen Regierung durch militärische Bevollmächtigte gepflogen seien und eine „militärische“ Convention zu Stande gekommen wäre, wo es sich um einen der wichtigsten Staatsverträge handelte.

Ich habe ferner darauf hingewiesen, wie durch eine Reihe von Indizien sogar dargethan sei, daß die Russische Regierung „mit Widerstreben“ sich diesem „Andrängen“ gefügt habe. Nun, ich lese so eben in der Kölnischen Zeitung an einer hervorragenden Stelle unter einem Zeichen, von dem man weiß, daß es nahe an Lord Palmerston heranreicht, eine Notiz, welche entschieden dasselbe bezeichnet. Der Russische Botschafter in London soll sich beklagt haben über dies „Andrängen“ der Preußischen Regierung, dem man nicht gut habe Widerstand leisten können; man werde gern bereit sein, aus dieser unangenehmen Convention herauszukommen. Ich weiß nicht, ob der Herr Minister-Präsident in vertraulichen Stunden sich vielleicht in einer etwas ähnlichen Weise aussprechen würde, aber ich denke, daß es ihm an-

Digitized by Google

genehm sein würde, aus dem Vertrage heraus zu sein, und ich darf wohl sagen, daß auf unserer Seite die Meinung herrscht, daß die Regierung einige Versuche gemacht hat, aus der üblen Situation sich zu befreien und die Strenge der Convention etwas zu mildern. Nun, es würde dem Herrn Minister-Präsidenten vielleicht möglich sein, in diesem Augenblicke zu sagen, das seien ja lauter Hypothesen und Conjecturen.

Indessen muß ich doch sagen, daß, wenn man das Verfahren der Regierung in unserem Großherzogthume Posen ins Auge faßt und das allmälige Dominiren der Militärgewalt, an Punkten, wo die Administrativ-Behörden ausreichen sollten, es doch sehr wahrscheinlich wird, daß in der That die allmälige Metamorphose der früher von dem Herrn Abgeordneten für Mansfeld als Cabinets-Regierung bezeichneten Institution in die wirkliche Militär-Regierung stattfindet. Ich wenigstens habe den Eindruck, daß, wenn in der Weise fortgefahren wird, Sie bald auch in dem Civil nicht mehr die Personen finden werden, sondern daß wir nächstens dahin kommen werden, daß, wie es eine Zeit lang in Rußland Sitte war, alle diese Posten nur noch mit Generalen besetzt werden und wir ein rein militärisches Ministerium uns gegenübersehen. (Heiterkeit.)

Das muß ich sagen, ist im Allgemeinen die Auffassung. Wenn man nun hört, wie in den Organen dieser Partei gesprochen und geredet wird, wo es wirklich nahe daran ist, daß gleich geköpft und gehängt wird im eigenen Lande, wenn ferner selbst vom Ministertische aus solche Anschuldigungen fallen, daß Mitglieder dieses Hauses nahezu an Hochverrath und Landesverrath gebracht werden, da kann ich mich in der That der Besorgniß nicht entziehen, daß die Verwirrung nahe am Extrem ist. Wir werden uns nicht irre machen lassen, da wir bekannt sind mit dem Gange der Geschichte und wissen, daß solche pathologische Zustände — (Heiterkeit) der Herr Minister-Präsident hat gestern, mit Recht, glaube ich, diesen Ausdruck gebraucht, worin ich ihm mein vollgültiges Zeugniß zur Seite stelle — ich sage, daß solche pathologische Zustände, wenn sie einen gewissen Grad von Acutuität erreicht haben, in Krisen übergehen, und bei diesen Krisen können Sie, (zu dem Ministertisch), nicht erwarten, daß Sie obenan bleiben.

Der Herr Minister-Präsident hat bei einer anderen Gelegenheit einmal es abgelehnt, auf Bemerkungen von mir zu antworten, weil ich eine Sprache gebraucht, die seinen gesellschaftlichen Gewohnheiten nicht entspreche. Meine Herren, diesem gegenüber erlaube ich mir eine freilich ganz persönliche Bemerkung zu machen. Die Art, wie der Herr Minister-Präsident gestern und heute hier im Hause über Staats-Angelegenheiten sich geäußert hat, machte mir den Eindruck, wie wenn ich sie aus einem Kreise von Studenten hörte. Wenn er uns z. B. auf die Beschuldigung, daß Russische Truppen das Preußische Gebiet betreten und Preußische Truppen die Russische Grenze überschritten hätten, antwortete, es seien wohl zu allen Zeiten Offiziere zum Besuch über die Grenze gegangen, so muß ich sagen, das ist das, was man im studentischen Leben einen Kneipwitz nennt, (große Heiterkeit) und damit hört die staatsrechtliche Discussion meiner Ansicht nach auf. Nun gebe ich zu, ich spreche vielleicht in diesem Augenblicke zu sehr als Professor, ich möchte aber in dieser Beziehung doch noch einen Irrthum berichtigen, den neulich der Herr Minister des Innern, welchen ich leider auf seinem Platze vermisse, begangen hat, indem er sich der Meinung hingab, es wären in diesem Hause vierzig Professoren, ein Irrthum, der darauf begründet war, daß der Herr Abgeordnete Rohden in seiner statistischen Auf-

Digitized by Google

stellung, als es sich um die Diäten der Abgeordneten handelte, zusammengerechnet hatte, daß vierzig Professoren und Doctores promoti in diesem Hause säßen, wo bekanntlich der Name Doctor mit einer sehr großen Freigebigkeit ausgegeben wird. Dem gegenüber möchte ich zunächst statistisch bemerken, daß die Zahl der Professoren in dem gewöhnlichen Sinne des Wortes sich meines Wissens auf fünf beschränkt, und daß diese fünf nicht das Haus beherrschen, und etwa die Gesammtmeinung desselben machen. Ich bemerke dies, damit nicht etwa Professoren-Politik uns Seitens des Herrn Ministers des Innern von Neuem vorgehalten werden möchte.

Wenn ich mich nun frage, was denn eigentlich die Herren vom Ministertische berechtigt, uns des Mangels an Patriotismus zu zeihen, so kann ich in der That eine Erklärung dafür nur in dem Umstande finden, daß sie sich so vollständig isolirt im Lande befinden, daß sie auch gar keine Einflüsse mehr aus der Gesammtheit empfangen. Meine Herren, die Stellung des Ministeriums ist nicht blos uns gegenüber, sondern auch dem Lande, ja sogar dem Auslande gegenüber in diesem Augenblick eigentlich die, wie fremder Eroberer. Es ist eine Vergewaltigung, welche dem Lande geschieht, und welche nicht blos die inneren Verhältnisse, sondern auch die äußeren nach und nach immer mehr bedroht. Denn die Methode der Interpretation, welche der Herr Minister-Präsident auf die inneren Angelegenheiten angewendet hat, wird natürlich mehr und mehr auch auf die äußeren Verhältnisse angewandt werden, und in dieser Beziehung kann ich namentlich darauf hinweisen, daß schon die Erklärungen des Herrn Ministers des Innern in der gestrigen Sitzung uns gelehrt haben, wie weit man in solchen Interpretationen gehen kann.

Es ist bekannt, daß vier „legitimationslose" Polen, wie man gewöhnlich sagt, an Rußland ausgeliefert worden sind. Der Herr Minister hat uns aber gesagt: Nein, ausgeliefert seien sie nicht, sondern ausgewiesen. Er hat sich berufen auf Art. 23 der Cartelconvention vom 8. August 1857. In diesem Art. heißt es: daß jeder der beiden Staaten sich verpflichte, diejenigen seiner Unterthanen wieder zu übernehmen, welche der andere Staat ausweisen will. Das ist die eigentliche Basis dieses Artikels. Es handelt sich hier also nicht etwa um die Verpflichtung auszuweisen, sondern nur darum, daß die Ausgewiesenen übernommen werden müssen. Wie man sich nur auf einen solchen Artikel stützen kann, wenn man es rechtfertigen will, daß man diese unglücklichen Personen ausgewiesen hat, das begreife ich um so weniger, als die ganze Behandlung dieser Frage, selbst in den officiellen Publicationen, eine ganz andere gewesen ist. In dieser Beziehung verweise ich auf eine in dem amtlichen Beuthener Kreisblatt vom 20. Februar d. J. publicirte Verfügung des Königlichen Landrathamts, welches zur Kenntniß der Kreiseingesessenen eine Instruction des Ober-Präsidenten über die Aufnahme und polizeiliche Beaufsichtigung der Polnischen Flüchtlinge bringt. Es ist das die Reproduction einer schon im Jahre 1857, also unmittelbar nach der Feststellung der Cartelconvention publicirten Verordnung. In dieser Verordnung befindet sich ein besonderer Abschnitt, welcher die Ausweisung behandelt. Da heißt es unter a:

> „Die zur Ausweisung bestimmten Polnischen Flüchtlinge erhalten die Aufforderung, die diesseitigen Staaten binnen einer bestimmten Frist zu verlassen und zwar auf ihre eigenen Kosten. Schützen dieselben vor, die dazu erforderlichen Mittel nicht zu besitzen, und können sie dieselben auch sonst nicht beschaffen, so ist ihre Auslieferung nach Rußland respective Polen einzuleiten.

Digitized by Google

Also zuerst sollen sie aufgefordert werden nach dieser Instruction, und nur wenn ihre Mittel nicht ausreichen, dann hätte man sie ausliefern sollen. Es heißt ferner unter c:

> Diejenigen Polnischen Flüchtlinge, welche zur Ausweisung (über die Westgrenze) bestimmt sind, sollen der Regel nach dem ihnen vorgeschriebenen Grenzorte, bei welchem sie das Preußische Gebiet verlassen, dirigirt werden. Es kann dabei die Anordnung getroffen werden, daß ihnen von der dortigen Polizeibehörde auf Requisition der ausweisenden Behörde und gegen Ablieferung des Zwangspasses ein nach dem Auslande, jedoch ohne Genehmigung der Rückkehr lautender, und auf kurze Zeit gültiger Reisepaß ausgehändigt wird.

Was hat man nun mit diesen vier unglücklichen Männern gemacht? Ich bemerke dabei, daß nach manchen Nachrichten nicht einmal alle vier Russische Unterthanen gewesen sein sollen, sondern daß einer als Oesterreichischer Unterthan genannt wird; ich kann das aber nicht verbürgen: Jedenfalls steht aber fest nach directen Nachrichten, daß diese Personen verhaftet wurden, nicht von den zuständigen Behörden, von den Polizeibehörden, daß diese überhaupt gar nicht betheiligt waren, sondern daß sie in Thorn verhaftet wurden auf Befehl der Commandantur, daß sie in ein militärisches Gefängniß gesteckt worden, und von da direct nach Polen in der Weise ausgewiesen wurden, daß zwischen Ausweisung und Auslieferung in der That kein Unterschied besteht. Das ist eine solche Interpretation, wie wir sie bei unserer Verfassung erlebt haben, angewendet auf einen Vertrag mit einer auswärtigen Macht.

Nun, meine Herren, da das hohe Ministerium verschwunden ist, so kann ich mir eine Reihe von Bemerkungen, welche ich gegen dasselbe zu richten die Absicht hatte, sparen, da ich wohl von der berechtigten Voraussetzung ausgehen darf, daß dasselbe nicht die stenographischen Berichte einem weiteren Studium unterwerfen wird.

Ich will nur eine Bemerkung hinzufügen, von der es mir leid thun würde, wenn sie vielleicht auf irgend eine Weise verloren ginge. Das Ministerium hat sich bemüht, den Grund der persönlichen Betheiligung, welche wir Einzelne an den Staats-Angelegenheiten nehmen und welche uns hier so vielfach bestritten wird, in eine bestimmte Formel zu bringen. Bei dem Nachlesen alter Verhandlungen habe ich entdeckt, daß die Vorstellung des Herrn Minister-Präsidenten über die Catilinarischen Existenzen schon eine sehr alte ist, und daß er sie in einer Verhandlung der Zweiten Kammer in einer sehr correcten Weise ausgedrückt hat. Am 24 September 1849 nämlich sagte er:

> „Ich fürchte, daß wir Gefahr laufen, einen großen Theil der Stellen hier eingenommen zu sehen von Solchen, die zu Hause Nichts zu verlassen haben und mit dem Zwecke hierher kommen, ihre Lage zu verbessern."

Ich hatte die Absicht, diese Bemerkungen zum Gegenstand einer weiteren Betrachtung über den Grad patriotischer Betheiligung der einzelnen hier verhandelnden Personen zu machen; ich will das aber beschränken auf die einfache Mittheilung.

Nun erlauben Sie mir aber vielleicht, daß ich noch ein paar Bemerkungen über dasjenige mache, was der Herr Abgeordnete für Stargard heute in einer so weitläufigen Weise uns entwickelt hat. Er hat uns als Grundlage seiner politischen Vorstellung über Polen hingestellt, daß unter keinen Bedingungen ein selbstständiges Polnisches Reich im Interesse Preußens gewünscht werden dürfe.

Digitized by Google

Er hat ferner als zwei besonders glückliche Folgen der jetzt vom Staats-Ministerium eingehaltenen Politik bezeichnet, daß erstens dadurch eine Trennung von Oesterreich herbeigeführt sei und daß zweitens das drohende Bündniß zwischen Frankreich und Rußland gehindert sei. (So wenigstens glaube ich es richtig verstanden zu haben.) Nun, meine Herren, diese Frage läßt sich im Lichte der Geschichte sehr wesentlich anders auffassen. Es war eine der gegenwärtigen sehr analoge Situation schon einmal vorhanden, nämlich während der Dauer des Wiener Congresses vor den hundert Tagen, zu einer Zeit, als es sich darum handelte, die Beute unterzubringen. Damals hatte sich auf eine sehr natürliche Weise die Situation dahin gestaltet, daß eine Tripel-Allianz zwischen England, Frankreich und Oesterreich sich machte und daß auf der andern Seite Preußen und Rußland standen. Auch in den damaligen Verhandlungen hat man immer verfolgen können — das haben ja unsere Preußischen Abgeordneten am Congreß späterhin in ihren schriftlichen Nachlässen hinreichend bezeugt — daß Rußland nicht etwa für den Gedanken schwärmte, Preußen besonders bei der Beute zu betheiligen sondern daß es von vornherein für sich den Löwen-Antheil in Anspruch nahm, so sehr, daß ja der Großfürst Constantin darauf ausging, das ganze Polen für sich in Anspruch zu nehmen. Diese Verhältnisse wurden gesprengt durch die Rückkehr Napoleons, durch den schnellen Schluß des Congresses, der die gegenwärtigen Stipulationen zur Folge hatte. Aber daß das überaus drohende Verhältniß und namentlich das Bündniß zwischen Rußland und Preußen keineswegs den Interessen Preußens entsprochen habe, haben alle unsere Staatsmänner anerkannt, auf welche sich so gern der Herr Abgeordnete für Stargard und ich kann auch sagen, auf welche sich gern die Mitglieder dieser Seite (links) berufen. Gegenwärtig sehen wir, daß sich etwas Aehnliches vorbereitet, daß es sich vorbereitet in Folge der Convention — und gerade das muß ich dem Herrn Abgeordneten für Stargard am meisten entgegenhalten. Die Preußische Regierung hat durch ihr übereiltes Handeln in dieser Angelegenheit eine Sache, welche ohne das wahrscheinlich eine sehr geringe Bedeutung erlangt haben würde, zu einer Europäischen Frage gemacht; sie hat allmälig die Aufregung in den westlichen Staaten dahin gebracht, daß die Regierungen mit Erfolg sich stützen können auf dieselbe. Im Augenblicke trösten sie sich damit, daß Louis Napoleon freundliche Botschaften sendet, freundschaftliche Rathschläge giebt, aber, meine Herren, ich mache Sie darauf aufmerksam, daß die Sprache wahrschei lich sich ändern wird in dem Augenblick, wo jenseits des Canals die nöthige Betheiligung stattfindet, und daß diese freundlichen Ermahnungen unmittelbar übergehen dürften in ganz andere. Dem Auge eines so erfahrenen Staatsmannes, wie des Herrn Abgeordneten für Stargard, ist es wahrscheinlich nicht entgangen, daß das Lager von Châlons sonderbarerweise um 2 Monate früher eröffnet wird, daß es, statt am 15. Juni, am 15. April zusammengezogen wird. Es ist ja möglich, daß das auch nur aus allgemeinen militärischen Rücksichten erfolgt, indeß wir sind gewöhnt, derartige bezeichnende Acte von Seiten des Beherrschers unseres Nachbarreiches als bestimmte Warnungszeichen annehmen zu können.

Der Herr Abgeordnete hat die Haltung Oesterreichs, welches er zu meinem Erstaunen bei dieser Gelegenheit als einen Deutschen Staat bezeichnet hat, sehr wenig correct gefunden.

Nun, meine Herren, ich glaube, die unmittelbare Erfahrung hat gezeigt, daß bis jetzt die Oesterreichische Regierung ganz vortrefflich gehandelt hat. Nicht nur

Digitized by Google

hat sie jede Verlegenheit, die ihr bereitet werden konnte, auf die allerbeste Weise vermieden, nicht nur hat sie auch nicht die leiseste Spur einer Empörung in Galizien bis jetzt empfunden, nein im Gegentheil, sie hat sogar erklärt, daß sie allen Flüchtlingen ein offenes Asyl biete. Die Polizei-Direction in Krakau hat eine gewisse leichte Verschärfung der Beaufsichtigung herbeigeführt, aber zugleich hinzugefügt, daß die Aufnahme von Flüchtlingen in der allerfreisinnigsten Weise erfolgen werde. Statt dessen geht man bei uns so weit, daß man sogar Reisende, von denen es bis jetzt immer noch zweifelhaft ist, mit was für Dokumenten sie eigentlich versehen waren, an Rußland auslieferte. Meine Herren! gegen diese Acte, war ich der Ueberzeugung, hätte die Landesvertretung Protest einlegen sollen bei dieser Gelegenheit. Aber ich füge mich; es mag für jetzt genügen, daß von dieser Tribüne offen ausgesprochen wird, wie im Lande die Angelegenheit aufgefaßt wird, daß die Haltung, welche die Regierung bei der Deutung der Verträge, trotz der Aussicht auf die zukünftige Gestaltung der Charte von Europa, hat eintreten lassen, den Interessen unseres Vaterlandes aufs Allerentschiedenste zuwiderläuft

Ich habe, als ich das vorige Mal hier sprach, Sympathien ausgesprochen, nicht für den Aufstand, sondern für die unglückliche Lage des Königreichs Polen. Ich habe damals den Herrn Minister-Präsidenten darauf hingewiesen, daß es gerade bei den freundschaftlichen Beziehungen, welche zwischen den Regierungen bestehen, wohl seine Aufgabe hätte sein können, durch Ermahnungen, durch Rathschläge die Russische Regierung zu bestimmen, den Polen diejenigen Freiheitsrechte zu sichern, ohne welche heutzutage überhaupt ein civilisirtes Staatsleben unmöglich ist. Der Herr Minister-Präsident hat mir, wie Sie sich erinnern, damals mit der sonderbaren und von ihm selbst nachher belachten Antwort geantwortet, es könne das leicht zu Reciprocitäten führen. Ich denke, daß zunächst wenigstens Preußen solche Reciprocitäten von Rußland nicht zu fürchten hat, daß im Gegentheil, wenn erst im Königreich Polen die Bevölkerung sich eines solchen Maßes von Freiheiten erfreut, wie gegenwärtig die Bevölkerung unseres Großherzogthums Posens, damit eine starke Quelle der Insurrection abgeschnitten sein würde.

Aber, meine Herren, ich sehe nicht ein, warum man eine Praxis, die man auf kleine Staaten anwendet, nicht auch auf große anwenden will, und warum man die Reciprocitäten blos fürchtet, wenn sie sich auf die großen beziehen. Sie Alle wissen ja, wie das parlamentarische Recht der Budgetberathung und die Feststellung des Staatshaushaltsetats gegenüber von Kurhessen und Dänemark durch unser Ministerium in der allerernsthaftesten Weise vertheidigt wurde, ohne daß man die Reciprocität gefürchtet hat.

So glaube ich, hätte hier in der That die Menschlichkeit, ja das Staats-Interesse geboten, die Forderung zu stellen, daß man nicht blos menschlich, sondern entsprechend der modernen Entwicklung der Staaten in Polen zu regieren anfange. Das ist der Grund, warum ich mich am meisten erklären muß gegen das Amendement des Abgeordneten für Genthin, welcher überhaupt jede Art von Einmischung zurückweist. Ich weise nicht jede Art von Einmischung zurück; ich hätte wohl gewünscht, daß eine Intervention unserer Regierung vermittelst freundschaftlicher Rathschläge stattgefunden hätte, daß unsere Regierung die eigenen Erfahrungen in ihrem Lande der Russischen mitgetheilt, und sie aufgefordert hätte, auf Grund derselben in Polen endlich vorwärts zu gehen. Jetzt, glaube ich, ist unter den vorliegenden Anträgen nur Einer, der sich in einer solchen Fassung bewegt, daß er von allen

Digitized by Google

Seiten des Hauses angenommen werden könnte, und das ist der von dem Herrn Abgeordneten für Soest amendirte Antrag der Commission, den ich Ihnen hiermit dringend empfehlen möchte.

Ich selbst würde eines oder das andere anders wünschen; Sie haben vielleicht auch gegen den einen oder den andern Punkt eine redactionelle Bemerkung zu machen; aber es kommt nicht darauf an, daß jeder hier seine besonderen Ansichten auf das Allerstaatsmännischste in besonderen Formeln niederlege, sondern es kommt, gegenüber einer Regierung, wie wir gegenwärtig sie besitzen, darauf an, daß die Zusammenstimmung in diesem Hause eine so vollständige wie möglich sei. Im Allgemeinen wird man gegen den amendirten Antrag des Herrn Abgeordneten für Soest keine ernsthaften Einwendungen machen können. Es ist dies der Boden, auf welchem die Parteien dieses Hauses sich sämmtlich einigen können, und auf dem, wie ich glaube, eine solche Majorität entstehen könne, wie in den schönsten Tagen, die wir in unserem parlamentarischen Leben seit der großen Krise erlebt haben. In diesem Sinne kann ich nur an Ihren Patriotismus appelliren. Sprechen Sie sich mit möglichster Einmüthigkeit aus. Vergessen Sie die kleinen Differenzen und geben Sie das Votum dieses Hauses ab, welches diesmal mehr als je vor ganz Europa gesprochen wird, mit einer so großen Mehrheit, wie es jemals von diesen Räumen aus geschehen ist. (Bravo!)

Vice-Präsident Behrend: Es ist ein Antrag auf Vertagung von dem Abgeordneten André eingegangen; von den Abgeordneten Gringmuth, Winkelmann und Meibauer dagegen auf Schluß der Debatte. Ich werde natürlich den weitest gehenden Antrag, den auf Vertagung, zunächst zur Abstimmung bringen, und wenn dieser verworfen wird, den Antrag auf Schluß der Diskussion zur Abstimmung bringen.

Der Abgeordnete Dr. Lüning hat das Wort zur Geschäfts-Ordnung.

Abgeordneter Dr. Lüning (vom Platz): Ich glaube, daß der Antrag auf Schluß weiter geht.

Vice-Präsident Behrend: Ich bin entschieden anderer Ansicht: der Antrag auf Vertagung verlangt, daß heute überhaupt nicht mehr verhandelt werde, der Antrag auf Schluß will soweit nicht gehen. Der Antrag auf Vertagung muß daher, wie es bisher immer in diesen Räumen geschehen ist, zuerst zur Abstimmung kommen. Beide Anträge sind noch nicht unterstützt.

Ich bitte also diejenigen Herren, welche den Antrag auf Vertagung unterstützen wollen, sich zu erheben. (Geschieht.)

Die Unterstützung ist ausreichend.

Vor der Abstimmung werde ich zunächst noch die Rednerliste vortragen.

Der Abgeordnete André hat das Wort zur Geschäfts-Ordnung.

Abgeordneter André (vom Platz): Ich glaube nicht, daß dies nöthig ist. Die Rednerliste hat sich wohl nicht geändert.

Vice-Präsident Behrend: Die Redner-Liste hat sich allerdings geändert; aber ich würde sie auch vortragen müssen, wenn sie sich nicht geändert hätte.

Der Abgeordnete Ziegert hat das Wort zur Geschäfts-Ordnung.

Abgeordneter Dr. Ziegert (vom Platz): Wenn ein Antrag auf Vertagung eingegangen ist, so ist wohl der Vortrag der Rednerliste nicht nöthig.

Vice-Präsident Behrend: Der §. 53. der Geschäfts-Ordnung schreibt vor: Der Antrag auf die Vertagung oder auf den Schluß der Debatte bedarf der Unter-

Digitized by Google

stützung von 30 Mitgliedern. Wenn solche erfolgt, so wird die Rednerliste verlesen und demnächst ohne weitere Motivirung des Antrages und ohne Discussion über denselben abgestimmt.

Ich glaube also, daß vollständig correct verfahren wird, wenn ich die Rednerliste verlese.

Für den Antrag der Commission haben sich einschreiben lassen: die Herren Abgeordneten

Dr. Loewe, Dr. Waldeck, Behrend (Danzig), Duncker, Reichensperger (Beckum), Plaßmann, v. Unruh (Elbing), v. Carlowitz, Bleibtreu, Laßwitz, v. Bentkowski, Dr. Faucher, v. Forckenbeck und Wachsmuth

Gegen den Antrag der Commission: die Herren Abgeordneten

Dr. Simson, Groote, v. Bunsen, v. Bockum-Dolffs und Janiszewski.

Diejenigen Herren, welche dem Antrage auf Vertagung ihre Zustimmung ertheilen wollen, bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.)

Meine Herren! Wir müssen die Gegenprobe machen.

Diejenigen Herren, welche dem gestellten Antrage auf Vertagung der Discussion nicht beitreten wollen, bitte ich, aufzustehen. (Geschieht.)

Meine Herren! Das Büreau ist über die Abstimmung zweifelhaft; es mag dies sehr bedauerlich sein, es läßt sich aber nicht ändern. Es muß gezählt werden. (Oh! Oh!)

Ja, meine Herren, so leid es mir thut, ich glaube doch, daß ein anderer Ausweg nicht wohl eingeschlagen werden kann, als der, welchen die Geschäfts-Ordnung vorschreibt.

Der Herr Abgeordnete Michaelis hat das Wort zur Geschäfts-Ordnung.

Abgeordneter Michaelis (vom Platz): Ich glaube, der einfachste Ausweg wäre der, über den Schluß zunächst abstimmen zu lassen und demnächst, wenn der Schluß der Debatte entweder angenommen oder abgelehnt ist, die Abstimmung über den Antrag auf Vertagung vorzunehmen. Wird der Schluß abgelehnt, so kann immer noch der Antrag auf Vertagung angenommen werden. Ich glaube, daß wir uns in der Lage befinden werden, eine ebenso zweifelhafte Abstimmung über den Schluß hier eintreten zu sehen.

Vice-Präsident Behrend: Ein solches Präcedenz möchte ich doch durchaus nicht aufstellen; wir sind mitten in der Abstimmung über die Vertagung begriffen; nun soll mit einem Male diese Abstimmung unterbrochen und ein anderer Antrag zur Abstimmung gebracht werden. Dies halte ich für absolut unmöglich.

Der Abgeordnete v. Sybel hat das Wort zur Geschäfts-Ordnung.

Abgeordneter v. Sybel: So viel ich weiß, meine Herren, ist es, wenn ein Antrag auf Vertagung oder auf Schluß gestellt und die Abstimmung zweifelhaft erscheint, Praxis des Hauses, die Discussion fortzusetzen, und ich beantrage, daß demnach dieses geschieht und der nächst folgende Redner auf die Tribüne gerufen wird.

Vice-Präsident Behrend: Der Herr Abgeordnete Dr. Lette hat das Wort zur Geschäfts-Ordnung.

Abgeordneter Dr. Lette: Ich habe dasselbe sagen wollen. (Heiterkeit.)

Vice-Präsident Behrend: In Bezug auf das, was mein geehrter Herr Nachbar gesagt hat, muß ich noch bemerken, daß diese Praxis in Bezug auf Schlußanträge hier allerdings stets obgewaltet hat, in Bezug auf Vertagungs-Anträge aber

Digitized by Google

nicht, und daher kann auch nach dieser Praxis nicht verfahren werden. Ich bedaure sehr, wenn ich durch alle diese Discussionen die Zeit des Hauses noch länger in Anspruch nehme. Die einzige Richtschnur für mein Verfahren ist unsere Geschäfts-Ordnung. Es giebt keine andere, und ich glaube mich innerhalb derselben bewegt zu haben.

Der Abgeordnete Dr. Simson hat das Wort zur Geschäfts-Ordnung.

Abgeordneter Dr. Simson: Ich bin weit davon entfernt, der Auffassung des Herrn Präsidenten an sich zu widersprechen. Aber das Haus wird mir erlauben, auf die Praxis hinzuweisen, die meines Wissens in den beiden Jahren, in welchen ich die Ehre gehabt habe, den Vorsitz zu führen, ohne alle Ausnahme von mir und von dem Herrn Vice-Präsidenten beobachtet worden ist. Wir haben das Mehr oder Weniger, nach welchen sich die Reihenfolge der Abstimmungen richtete, anders ponderirt, als der gegenwärtige Herr Präsident es thut. Ich habe zu meiner Zeit erwogen, daß der Antrag auf Schluß der Debatte so viel heiße, als: Es solle mit der Debatte — versteht sich, abgesehen von den Antragstellern, Referenten und persönlichen Bemerkungen — weder heut noch sonst wann fortgefahren werden; daß dagegen der Antrag auf Vertagung das Minus enthielte, daß nämlich mit der in Rede stehenden Debatte nur an dem in Rede stehenden Tage nicht fortgefahren werden solle. Ich berufe mich auf den gegenwärtigen ersten Präsidenten des Hauses, um zu bestätigen, was ich wegen der Praxis seiner beiden Jahre angeführt habe, wo ich ja die Freude hatte, ihn an meiner Seite zu sehen. Ich meine, es empfiehlt sich aus diesem Gesichtspunkte, den Willen des Hauses erst darüber entgegenzunehmen, ob es überhaupt den Fortgang der Debatte will, oder ob — was doch immerhin möglich ist — es sich nach zweitägiger Discussion für hinreichend aufgeklärt über die in Rede stehende Frage ansieht. Erst wenn das Haus den Schlußantrag ablehnt, würde es sich meines Erachtens empfehlen, den Antrag auf Vertagung zur Abstimmung zu bringen. (Sehr richtig!)

Vice-Präsident Behrend: Nun, jedenfalls wird der geehrte Vorredner mir darin Recht geben, daß, wenn ich seinem Antrage jetzt nachgäbe, ich einer andern Praxis des Hauses, nämlich mitten in der Abstimmung dieselbe nicht fallen zu lassen, entgegentreten würde. (Sehr wahr!)

Wenn das Haus mich aber zum Abgehen von dieser gewöhnlichen Regel autorisirt, so bin ich gern bereit, wie in allen Dingen, so auch hier dem Wunsche des Hauses zu genügen.

Der Herr Abgeordnete Dr. Simson hat das Wort zur Geschäfts-Ordnung.

Abgeordneter Dr. Simson: Ich wollte nur bemerken, daß die Abstimmung an sich vorüber ist. Das Büreau hat nur erklärt, das Resultat derselben sei zweifelhaft; demnächst aber ist die Frage, um die es sich handelt, nicht ein Beschluß des Hauses in dem Sinne, wie es seine Beschlüsse in der Regel sind, über materielle Fragen, sondern es handelt sich um eine rein formale. Ich glaube auch, das Bedenken, welches der Herr Vice-Präsident zuletzt ausgesprochen hat, steht dem Vorschlage nicht entgegen, den ich erhoben habe.

Vice-Präsident Behrend: Ich halte das von mir ausgesprochene formale Bedenken für so bedeutend, daß ich jedenfalls die Meinung des Hauses darüber zu befragen haben werde. Denn das kann ich nicht zugeben, daß eine Abstimmung vorüber sei, deren Resultat noch nicht verkündigt ist. Die Abstimmung ist erst geschlossen, wenn das Resultat derselben dem Hause bekannt gemacht ist.

Digitized by Google

Der Herr Abgeordnete Reichensperger (Beckum) hat das Wort zur Geschäfts-Ordnung.

Abgeordneter Reichensperger (Beckum): Ich denke, meine Herren, daß den beiden Theilen, die sich hier die Waage halten, gleichmäßig Rechnung getragen würde, wenn man nur die Abstimmungsart umkehrte und zuerst über den Schluß- und dann über den Vertagungsantrag abstimmen ließe. Wenn das ganze Haus damit einverstanden ist, so können wir, glaube ich, die Geschäfts-Ordnungs-Bedenken als beseitigt betrachten.

Vice-Präsident Behrend: Der Herr Abgeordnete Graf v. Czieskowski hat das Wort zur Geschäfts-Ordnung.

Abgeordneter Graf v. Czieskowski (vom Platz): Meine Herren! Bei einer Discussion, die schon allseitig als von Europäischer Wichtigkeit bezeichnet worden ist, würde es mir peinlich erscheinen, wenn wir uns in eine ganz formelle Discussion verlieren und diese in eine formelle Schwierigkeit sich verlaufen lassen. Es ist ein Ausspruch des Büreaus, daß die Abstimmung zweifelhaft sei, es hat das hohe Haus dadurch erklärt, daß es getheilt ist. Also bei einer getheilten Ansicht, wo das halbe Haus das Bedürfniß fühlt, sich noch weiter auszusprechen, glaube ich, wird die andere Hälfte wohl die Rücksicht haben, dies zu erlauben und das Wort nicht abzuschneiden. (Widerspruch.)

Vice-Präsident Behrend: Meine Herren! Ich werde also das Haus fragen, ob es mich autorisiren will, die noch nicht geschlossene Abstimmung und die Vertagung jetzt auf sich beruhen zu lassen, und zunächst eine Abstimmung über den beantragten Schluß vorzunehmen. Aber ich erkläre nochmals, ich bedarf hierzu der speciellen Autorisation des Hauses. (Zustimmung.)

Diejenigen Herren also, die wünschen, daß ich so verfahre, wie ich eben angedeutet habe, bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.)

Das ist die Majorität des Hauses.

Meine Herren! Es ist nun außer den von mir angemeldeten Schlußanträgen noch ein solcher eingegangen von dem Herrn Abgeordneten Müller (Arnswalde). Ich nehme denselben als bereits unterstützt an, da die übrigen ja genügend unterstützt sind. Sie werden mich wohl davon dispensiren, die Rednerliste nochmals zu verlesen. Ich werde daher die geehrten Mitglieder fragen, ob sie die vielfach gestellten Schlußanträge annehmen wollen, und bitte diejenigen, die dies wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. (Geschieht.)

Das Büreau ist darin einverstanden, daß das die Majorität des Hauses ist. Es ist somit der Schluß herbeigeführt. Nach dem Vorschlage unseres verehrten Collegen Simson soll ich jetzt über die Vertagung abstimmen lassen. Ich werde dies thun. Der Vertagungsantrag war bereits unterstützt, ich werde ihn nicht also noch einmal unterstützen lassen, auch die Rednerliste nicht verlesen, und das Haus fragen, ob es nach Annahme des Schlusses der Debatte die Vertagung der heutigen Sitzung annehmen will.

Ich bitte diejenigen Herren, welche dies wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. (Geschieht.)

Das ist die große Majorität des Hauses. Es ist somit der Schluß der Discussion herbeigeführt und die Vertagung bis morgen beschlossen.

Ich habe das Haus recht verstanden, wenn ich nach der Vorschrift der Ge-

Digitized by Google

schäfts-Ordnung die persönlichen Bemerkungen noch heute zulasse, denn sie sollen nach Schluß der Discussion stattfinden.

Ich werde zunächst dem Herrn Abgeordneten v. Unruh das Wort zu einer persönlichen Bemerkung geben.

Abgeordneter v. Unruh: Meine Herren, ich hatte mich gestern zu einer persönlichen Bemerkung gemeldet, in Folge der Angriffe, die von dem Herrn Minister-Präsidenten gegen meine Person gerichtet wurden. Ich verzichtete am Schluß auf das Wort in der Hoffnung, heute die Rednertribüne betreten zu können. Sie haben den Schluß angenommen und ich habe mich daher zur persönlichen Bemerkung nochmals gemeldet, weil derselbe Gegenstand sowohl vom Ministertische aus, als von der Tribüne heute abermals berührt worden und weil ich zu Ihnen Allen das Vertrauen hege, daß Sie mir die Gelegenheit nicht abschneiden werden, einige Worte in dieser Beziehung zu sprechen.

Der Herr Minister-Präsident hat zunächst gesagt, daß ich unter lebhaftem Beifall des Hauses angedeutet habe: „Wenn aus den Vorkehrungen der Regierung auswärtige Verwickelungen entstehen sollten, die Mittel zur Landesvertheidigung dem Könige verweigert werden würden."

Er hat ferner gesagt, daß dies eine „Drohung sei, welche Preußen wehrlos zu machen beabsichtigt". Meine Herren! Ich glaube am besten darauf mit dem stenographischen Berichte zu antworten. Ich habe an der betreffenden Stelle gesagt:

> „Wenn Preußen nicht unter einer festen, ruhigen, liberalen Regierung eine consequente freisinnige Politik, eine Preußisch-Deutsche Politik verfolgte, und wenn dann eine Drohung oder gar ein Angriff von Seiten Frankreichs geschähe, ja, dann wird das Preußische Volk ebenso seiner Regierung zur Seite stehen, wie es derselben im Jahre 1813 zur Seite gestanden hat."

und ich habe ferner gesagt, worauf sich die Aeußerung des Herrn Minister-Präsidenten wahrscheinlich bezieht:

> „Der Herr Minister-Präsident hat uns hier vor Kurzem gesagt, daß, wenn Preußen in einen Krieg verwickelt würde, entweder wir selbst, oder unsere unmittelbaren Nachfolger uns doch dem nicht würden entziehen können, die dazu nöthigen Gelder zu bewilligen."
>
> „Dem gegenüber (sagte ich damals), meine Herren, muß ich meine Ueberzeugung dahin aussprechen, daß, wenn die Preußische Regierung sich übereilt, und, ich möchte sagen, muthwillig unter den ungünstigsten Umständen in auswärtige Verwickelungen einläßt, eine agressive Politik betreibt, ich das Vertrauen zum ganzen Hause hier, jedenfalls zu seiner großen Majorität habe, daß es in Uebereinstimmung mit dem ganzen Lande zu einer solchen Politik diesem Ministerium auch nicht einen Thaler bewilligen wird."

Meine Herren! Es ist also nicht davon die Rede gewesen, daß ich die Erwartung hege, das Haus werde jedem Ministerium oder der Preußischen Regierung im Allgemeinen die Gelder vorenthalten, wenn es sich um einen Krieg in Preußen handelt, am allerwenigsten Sr. Majestät dem Könige. Meine Herren, wenn wir angegriffen werden sollten, so werden wir nicht die letzten sein, die den Kampf aufnehmen, wie es unsere Väter, die auf dem Schlachtfelde geblutet haben,

Digitized by Google

auch nicht gewesen sind. Wir würden aber allerdings dann stets die Gegner sein, wir würden dem entgegentreten, wenn es sich etwa darum handeln sollte, Provinzen auszutauschen, irdend einen Fleck Deutscher Erde abzutreten.

Meine Herren, wenn das Ministerium sich hier wieder identificirt mit der Allerhöchsten Person Sr. Majestät des Königs, so kann ich darauf nicht eingehen. (Ruf rechts: Das ist keine persönliche Bemerkung.)

Ich will hier nur bemerken, daß das sicherlich von Seiten des Herrn Minister-Präsidenten nicht geschieht aus Scheu vor der Uebernahme der Verantwortung; an dem Muthe des Herrn Minister-Präsidenten zweifelt Niemand. Es hat das vielmehr eine ganz bestimmte absolutistische Tendenz, die aus allen Reden des Ministeriums hervorleuchtet. (Ruf rechts: Das ist keine persönliche Bemerkung!)

Meine Herren! Wenn das Ministerium eine solche Politik befolgt, dann sind nicht wir es, die das Land wehrlos machen, sondern das Ministerium ist es.

Der Herr Minister-Präsident hat ferner gesagt, daß mein Name mit der Steuerverweigerung im Zusammenhange stehe. Es hat allerdings diese Aeußerung wohl die Absicht gehabt, mich als einen politisch compromittirten Mann darzustellen. Nichtsdestoweniger bedaure ich, daß gestern auf dieser Seite des Hauses (nach links deutend) Unruhe darüber entstanden ist. Ich finde darin keine persönliche Verletzung; ich gestehe Jedem das Recht zu, hier in diesem Hause, auch vom Ministertische aus meine politische Thätigkeit und meine Antecedentien zu kritisiren, ich nehme dasselbe Recht gegenüber dem Herrn Minister-Präsidenten in Anspruch und behaupte, was ich gegen den Herrn Minister-Präsidenten als Tadel ausspreche, hat mit der Person des Herrn Ministers nichts zu thun. Aber ich habe auch gar keine Veranlassung, es zu verdunkeln oder es der Vergessenheit zu übergeben, ich schätze es mir vielmehr zur Ehre, daß ich Präsident der Preußischen National-Versammlung gewesen bin. (Bravo! links.)

Meine Herren! Ich bin überzeugt, daß die Mitglieder dieses Hauses, welche im Jahre 1848 in der National-Versammlung saßen, diese Ansicht theilen; ich habe nicht nöthig, hier den Advocaten der National-Versammlung zu machen ich meine, die Geschichte hat darüber zu urtheilen und wir scheuen ihr Urtheil nicht. Das Recht der Steuerbewilligung, will ich nur ganz kurz bemerken, war der National-Versammlung durch das Gesetz vom 6. April zugesprochen. Ich will nicht näher auf dies Thema eingehen, sondern nur noch hinzufügen, daß jede große Versammlung, auch die unsrige, sehr leicht in der Lage ist, Fehler zu machen, wenn sie nicht von einem Ministerium geführt wird, zu welchem das Haus Vertrauen hat, von einem Ministerium, welches wo möglich zur Majorität gehört; aber, meine Herren die liberalen Fractionen gehören zu denjenigen, welche lernen, wogegen es Personen und Parteien giebt, die nichts lernen und nichts vergessen. Und nun, meine Herren, noch zwei Worte.

Ich zweifle gar nicht daran, daß der Herr Minister-Präsident der Meinung ist, daß alle Schritte, die er thut, im Interesse des Staates und des Königlichen Hauses liegen.

Meine Herren, ganz dasselbe nehme ich aber auch für mich in Anspruch. Ich behaupte, daß ich und meine politischen Freunde gerade eben so gute Patrioten sind, wie irgend Einer. Ich zweifle nicht, daß jedes Mitglied in diesem Hause patriotisch gesinnt ist, wenn es auch über die Mittel verschiedener Ansicht ist mit mir. Aber,

Digitized by Google

meine Herren, ich kann keiner Partei zugestehen, daß sie den Patriotismus gepachtet hat.

Vice-Präsident Behrend: Der Abgeordnete Wachsmuth hat das Wort zu einer persönlichen Bemerkung.

Abgeordneter Wachsmuth (vom Platz): Meine Herren! Ich habe mich nur als ehemaliges Mitglied der National-Versammlung zum Wort gemeldet, (Unruhe.) und ich erkläre hiermit, daß das, was ich sagen wollte, durch die Aeußerung meines Freundes v. Unruh erledigt ist.

Vice-Präsident Behrend: Der Herr Abgeordnete Groote hat das Wort zu einer persönlichen Bemerkung.

Abgeordneter Groote

(besteigt die Tribüne, worüber Heiterkeit entsteht.)

Meine Herren, daß mein Auftreten hier Lachen erregt, begreife ich nicht. Daß ich nicht zu den bekannten Mitgliedern dieser Versammlung gehöre, weiß ich. Ich weiß mich in dieser Beziehung zu bescheiden. Aber was ich in Anspruch nehme, ist die Ehre eines Abgeordneten, und die nehme ich ebenso sehr für mich in Anspruch, wie Sie jede andere Ehre für sich in Anspruch nehmen können; und wenn Sie deshalb mich mit Lachen empfangen, schänden Sie das, was Sie bei jedem in dieser Versammlung besonders ehren sollten, — die Eigenschaft des Abgeordneten. (Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren, die persönliche Erklärung, die ich hier abgeben will, ist hervorgerufen durch gehässige Bemerkungen, welche gemacht worden sind in Bezug auf die Unterzeichnung der Interpellation Kantak, und diese gehässigen Bemerkungen haben sich auf die Deutschen Abgeordneten bezogen, die diese Interpellation mit unterzeichnet und derselben ihre Unterstützung geliehen haben. Zu diesen Deutschen Abgeordneten gehöre auch ich.

Meine Herren, es ist Ihnen bekannt, daß derjenige, der eine Interpellation oder einen Antrag unterzeichnet, sich dadurch nicht zu dem Inhalt und der Tendenz dieses Antrages bekennt; in der Regel hat diese Unterzeichnung keinen andern Beweggrund, als ein gewisses Gefühl der Loyalität, welches auch einer Minorität im Hause der Abgeordneten zur Geltendmachung ihrer Ansicht und ihrer Rechte verhelfen will, (Sehr wahr!) und, meine Herren, wenn Sie eine Veranlassung haben, diese Loyalität irgend einer Minorität im Hause zu beweisen — es ist nicht die Minorität der zehn Männer hier — (Ruf: Zwölf!) sondern es sind unsere Polnischen Brüder, die hier verlassen mit ihren heiligen Rechten dastehen. Meine Herren, es bedurfte nicht eines Weiteren als dieser Bemerkung und ich bin in Bezug auf die Unterschrift, die ich dem Antrage geliehen habe, vollkommen gerechtfertigt, dem Ministerium und dem Hause gegenüber.

Aber, meine Herren, ich verachte es, mich hinter eine solche Rechtfertigung zu stecken, und ich erkläre Ihnen hiermit offen, daß die Sympathien, die ich für die Polnische Sache empfinde, es sind, die mir diese Unterschrift nicht blos möglich, sondern wünschenswerth gemacht haben. Meine Herren, es ist von Seiten des Herrn Minister-Präsidenten bemerkt worden, es würden solche Sympathien nur zu oft auf Kosten des Vaterlandes empfunden, und es hat hier ein Redner, der dort sitzt, (auf die Fraction v. Vincke zeigend) von politischen Empfindeleien gesprochen. Nein, meine Herren, ich würde mich schämen, wenn ich aus solchen Rücksichten für die Polnische Frage hier eine Sympathie empfinden wollte. Wenn ich diese Sympathie empfände,

Digitized by Google

so geschieht es aus reinem Egoismus, allein aus Rücksichten für eine heilige Angelegenheit, für die Einheit Deutschlands. (Ganz richtig! links.)

Meine Herren, wenn es mir vergönnt gewesen wäre, hier zum Worte zu kommen, so würde ich es versucht haben, eine Parallele in Bezug auf einen Gegensatz zu ziehen, der in unserem Preußischen Vaterlande geltend ist . . . . (Mehrere Stimmen: Gehört nicht zur persönlichen Bemerkung!)

Vice-Präsident Behrend: Ich möchte mir nur erlauben, den Herrn Redner darauf aufmerksam zu machen, daß ich in der That eine sehr lare Praxis in Bezug auf das Zulassen persönlicher Bemerkungen an den Tag gelegt habe. Aber wenn der Herr Redner das, was er im Laufe der Discussion hat sagen wollen, uns jetzt unter der Firma einer persönlichen Bemerkung vorführen will, so würde ich mich doch kaum in der Lage befinden, das als eine persönliche Bemerkung gelten zu lassen. Wir haben nach der Praxis des Hauses nur das eine persönliche Bemerkung genannt, was in Bezug auf die Person eines Abgeordneten, auf Angriffe gegen dieselbe und zur Abwehr solcher Angriffe gesagt wird, und möchte den Herrn Redner deshalb bitten, mit seiner persönlichen Bemerkung sich innerhalb dieser Schranken zu halten.

Abgeordneter Groote (fährt fort): Die wenigen Worte, die ich hier vorbringen will, dienen blos dazu, um meinen Standpunkt zur Kantak'schen Interpellation zu bezeichnen, und dienen in dieser Beziehung vollkommen zu meiner Rechtfertigung. Ich glaube, Sie werden sich diese geringe Geduld wohl auferlegen können, (Widerspruch) die wenigen Worte zu hören, und Sie werden dann rascher zu Ende kommen, als wenn Sie in dieser Weise mit Unterbrechungen fortfahren

Meine Herren, ich würde dann versucht haben . . . . (Unruhe.)

Vicepräsident Behrend (den Redner von Neuem unterbrechend): Ich muß den Herrn Redner, nachdem ich ihn schon einmal aufgefordert habe, jetzt nicht dasjenige vorzutragen, was er in seiner Rede gesagt haben würde, wenn er zum Wort gekommen wäre, schon bitten, auf das Wort zu verzichten, wenn er nicht noch etwas wirklich Persönliches uns zu sagen hat. Ich kann mir nicht anders helfen, glaube vielmehr, es dem Hause schuldig zu sein, so zu verfahren.

Abgeordneter Groote (fortfahrend): Nun, meine Herren, wenn ich auf diese Weise wieder unterbrochen werde, wie es grade bei Rednern, die leider kein offenes Ohr in der Versammlung finden, nur zu häufig geschieht, so bleibt mir nichts weiter übrig, als die Schlußfolgerung dessen zu ziehen, was ich motivirt Ihnen vorführen wollte, und das besteht darin, daß auf meinem Programm ein freies selbstständiges Polen, aber vor Allem ein geeignetes, mächtiges Deutschland steht.

Vicepräsident Behrend; Zu einer persönlichen Bemerkung hat jetzt das Wort der Abgeordnete Dr. Waldeck.

Abgeordneter Dr. Waldeck (vom Platz): Meine Herren! Der Herr Abgeordnete für Stargard hat sich heute identificirt mit denjenigen Erklärungen, welche der Herr Minister-Präsident gestern über mich, namentlich über meine Rede bei Gelegenheit der Interpellation abgegeben hat. Er hat zwar gesagt, er wäre mit der Art und Weise jener Erklärungen nicht ganz einverstanden; ich kann aber doch nicht wissen, wie weit seine Identificirung geht. — ich selbst beneide ihm diese Identificirung in keiner Weise. Ich will nun aber doch bemerken, daß der Herr Minister-Präsident, als er der Männer von 1848 erwähnte und neben dem geehrten Collegen v. Unruh auch mich nannte, gegen diese Männer die Beschuldigung ausgesprochen

Digitized by Google

hat, daß man ihnen — vermöge ihrer Stellung als Männer von 1848 — zutrauen könne, daß sie eine Sympathie geäußert hätten und hegten mit der Conspiration, — wie ich es einmal nennen will mit der Verschwörung, wovon die Sympathie mit der Polnischen Sache selbst sehr geschieden ist.

Meine Herren! Ich bin nicht neu, wie der Herr Minister-Präsident voraus-zusetzen schien, jetzt eingetreten, sondern bekanntlich schon seit zwei Jahren Mitglied dieses Hauses, bin derselbe geblieben, der ich im Jahre 1848 war, und grade deshalb hat man mich ohne mein Zuthun wiedergewählt. Ich sehe aus jenen Aeußerungen des Herrn Minister-Präsidenten, der leider nicht anwesend ist, — ich weiß nicht, ob sie der Herr Abgeordnete für Stargard auch noch als die seinigen anerkennt, — daß auch jene Partei zu meinem Bedauern ganz dieselbe geblieben ist, die sie damals war; denn es ist ja bekannt, daß dieselbe Conspirations-Liebhaberei, die jetzt uns angedichtet wird, grade dieser Person, die zu Ihnen redet, damals durch ein schändliches Bubenstück angedichtet wurde, (Bravo: links) daß aber die Unwahrheit dieser Anschuldigung und die Wahrheit und die Lauterkeit dieser Bestrebungen der Preußischen Demokratie vor Gott und aller Welt und vor Gericht, klar gestellt worden ist. Das will ich hier, wie ich schon einmal gethan habe, solchen Anschuldigungen gegenüber erklären.

Im Uebrigen aber, meine Herren, ich habe, was die Anfechtungen der Rede, die ich hier gehalten habe, betrifft, muß ich gestehen, ich habe sie ja gar nicht zu dem Zwecke gehalten, daß sie den Beifall des Herrn Minister-Präsidenten oder auch selbst den Beifall des Herrn Abgeordneten für Stargard bekommen sollte. Dies ist nicht meine Absicht bei der Rede gewesen. Diese Ausdrücke sollten das sagen, was meine Ansicht war. Es ist von Schergen des Absolutismus die Rede gewesen. Ich habe dadurch die Stellung bezeichnen wollen, welche Preußischen Soldaten eingeräumt wird, wenn diese Convention eine Wahrheit würde, und ich behaupte auch noch, daß die Sache sich so verhält, und damit stimmt eine große Zahl von Rednern überein, die wir sowohl gestern wie heute gehört haben.

Dann habe ich von Gendarmerie-Execution gesprochen. Ich halte den Ausdruck aufrecht. Er ist angefochten. Ich habe das Recht, mich darüber zu erklären, wie ich ihn verstanden habe.

Meine Herren, das liegt gerade darin, daß hier keine völkerrechtliche Convention vorliegt, und daß also Alles, was hier geschieht, sei es von unsern Truppen, sei es von Russischen Truppen *in unserem* Staate, eben den Charakter der Gendarmerie-Execution haben würde. Es haben übrigens *buchstäblich* auch in Lautenburg Preußische Gendarmen eingegriffen gegen Polen

Das ist, was ich über meine Rede zu sagen habe. Im Uebrigen, meine Herren, Jeder spricht nach einem Deutschen Sprüchworte, wie ihm der Schnabel gewachsen ist. Ich habe die Gewohnheit, sowohl klar zu sprechen, als klar zu stimmen. Ich habe aber gar nicht die Gewohnheit, die Reden Anderer zu kritisiren oder zu schulmeistern, wie der Herr Abgeordnete für Straßburg sich vorhin auszudrücken beliebte. Ich lasse Jedem seinen Geschmack, und bitte, daß man mir auch den meinigen läßt,

Vicepräsident Behrend: Der Herr Abgeordnete Freiherr v. Vincke hat das Wort zu einer persönlichen Bemerkung.

Abgeordneter Freiherr v. Vincke (Stargard) [vom Platz]: Ich bitte nur für

Digitized by Google

einige wenige persönlichen Bemerkungen, die sich aber ganz in den Schranken der persönlichen Bemerkung halten werden, um die Nachsicht des Hauses.

Was den letzten Redner anbetrifft, so will ich ihm gern bezeugen, daß er sich nicht geändert hat. Ich erkenne es gern an, daß sowohl er wie der Herr Ministerpräsident noch dieselben sind, die sie im Jahre 1848 waren. Ich habe ihm auch nicht vorgeworfen, daß Alles, was der Demokratie vorgeworfen wird, auch in seiner Person sich herausstelle. Ich halte ihn für einen durchaus ehrenwerthen Mann, und glaube nicht, daß Alles, was man der Demokratie vorwerfen kann, auch ihm zum Vorwurf gemacht werden könnte. Im Uebrigen werde ich ihn nicht darin stören, zu sprechen, wie ihm „der Schnabel gewachsen ist", aber auch ich werde stets meinen Gegnern antworten in einer Weise, wie ich es von meinem Standpunkte aus für angemessen halte. (Bravo! rechts.)

Was den Herrn Abgeordneten für Straßburg anbetrifft, so hat er mir vorgeworfen, daß ich seinen politischen Freund, den Abgeordneten für Dortmund, deshalb kritisirt habe, weil er hier etwas vorgelesen habe, während ich doch eine historische Vorlesung gehalten hätte. Meine Herren, ich habe aus fremden historischen Werken citirt auch der Herr Abgeordnete für Straßburg hat ja seine Privatbriefe vorgelesen; aber der Herr Abgeordnete für Dortmund hat nicht fremde Worte, sondern seine eigene Rede vorgelesen, entgegen dem §. 41 der Geschäfts-Ordnung; und dafür berufe ich mich auf das Zeugniß des Herrn Präsidenten, dessen Kopfschütteln während jener Rede ich sehr wohl bemerkt habe.

Was den fernern Vorwurf anbetrifft, den der Herr Abgeordnete für Straßburg ausgesprochen hat, als ob ich über die Dinge in Westpreußen ein Urtheil nicht haben könnte, weil ich dieser Provinz so fern stände, so will ich dem Herrn Abgeordneten nur erwidern, daß ihm allerdings eine größere Ocular-Inspection zur Seite steht; ich habe aber im Uebrigen die Ehre, mit ihm denselben Landestheil zu vertreten, und zwar einen Kreis, in welchem Polnische und Deutsche Bevölkerung gemischt ist. Ich stehe auch in häufiger mündlicher und schriftlicher Verbindung mit meinen Committenten, und bestreite dem Herrn Abgeordneten das Recht, mir die Legitimation zur Vertretung der Interessen von Westpreußen streitig zu machen.

Was den Herrn Abgeordneten für Berlin anbetrifft, so bedaure ich sehr, daß er mir überhaupt widersprochen hat, ich bedaure es, da ich mich mit ihm auf einem Boden befinde. Er hat ja zum Theil dasselbe wieder vorgelesen, was ich vorhin schon aus seiner Rede vorgelesen hatte. Es besteht zwischen uns nur eine kleine Differenz, aber nicht im Princip, im Princip sind wir einverstanden; er will nur die Vorbereitungen nicht, die ich für zweckmäßig halte. Er will, um ein Gleichniß zu gebrauchen, nur dann gegen seine Gegner auftreten, wenn sie das Haus niederreißen, in welchem er wohnt; ich aber will mich schon widersetzen, wenn sie in den nächsten Umgebungen des Gebäudes Minen graben, die das Fundament und zuletzt das Haus selbst zerstören.

Schließlich habe ich dem Herrn Abgeordneten für Saarbrücken zu antworten. Er hat mir „Weitschweifigkeit" vorgeworfen. Jedem andern Mitgliede würde ich darauf erwidern, daß der Geschmack verschieden ist, wenn aber der Herr Abgeordnete für Saarbrücken mir diesen Vorwurf macht, dann kann ich ihm nur antworten: Quis tulerit Gracchos de seditione querentes! (Heiterkeit.)

Vicepräsident Behrend: Der Herr Abgeordnete Kantak hat das Wort zu einer persönlichen Bemerkung.

Digitized by Google

Abgeordneter **Kantak** (vom Platz): Ich erlaube mir, mich gegen zwei der Herren Collegen zu wenden.

Zuerst gegen den Herrn Abgeordneten für Genthin. Derselbe hat in einer längeren Ausführung sich gegen die Begründung meiner Interpellation gewendet.

Ich behaupte, er hat in dieser Ausführung in Nichts und gar Nichts meine Begründung entkräftet, denn selbst die Thatsachen, die er angeführt hat in den mildesten Formen, stellen es fest, daß waffenlose Haufen auf den Straßen gemordet sind, daß auf Processionen eingehauen ist, daß man in Kirchen eingedrungen und dieselbe mit Blut befleckt hat.

In dieser Hinsicht stände also das Thatsächliche meiner Bemerkungen fest. — Der Herr Abgeordnete für Genthin hat aber ferner gesagt, ich hätte durch meine Darstellung Sympathien hervorrufen wollen für einen Aufstand, der mit Meuchelmord begonnen. Ich stelle es vollständig in Abrede, daß dieser Aufstand mit Meuchelmord begonnen, und wenn der Herr Abgeordnete für Genthin Bezug nehmen sollte auf einzelne frühere Thaten, dann mache ich ihn ausdrücklich darauf aufmerksam, daß weder ich in meiner ganzen Rede, noch irgendwo die Polnische Presse eine Solidarität mit jenen Meuchelmorden übernommen hat, daß es nicht einmal dem Großfürsten Constantin, der doch selbst Gegenstand eines solchen Mordversuchs war, eingefallen ist, die Polnische Nation dafür verantwortlich zu machen; daß übrigens überall, bei den verschiedensten Völkern und zu den verschiedensten Zeiten dergleichen politische Meuchelmorde vorgefallen sind.

Was den Herrn v. Vincke, Abgeordneten für Stargard, anbetrifft, der mir auch die Ehre angethan hat, mich in seiner längeren Rede zu erwähnen, so wäre wohl die ganze Art seines heutigen Auftretens geeignet, sowohl mich als jeden meiner Landsleute dessen zu überheben, wenn wir, sei es persönlich, sei es sächlich, von ihm angegriffen werden, irgend wie weiter darauf zu antworten. Er hat indeß eine Aeußerung von mir angeführt, von der ich hiermit erkläre, daß ich sie vollkommen aufrecht erhalte.

Den übrigen Ausführungen seiner Rede setze ich ein Schweigen entgegen, wobei ich es ihm vollständig überlasse, ob er dieses für ein Schweigen der Zustimmung oder für ein Schweigen sittlicher Entrüstung halten will. Uebrigens glaube ich, daß es selbst ihm nicht gelingen wird, die Sache, welche jetzt ganz Europa in Bewegung setzt, todt zu reden.

Vicepräsident **Behrend**: Der Abgeordnete v. Hennig (Straßburg) hat das Wort zu einer persönlichen Bemerkung.

Abgeordneter v. **Hennig** (Straßburg) [vom Platz]: Es ist mir gar nicht eingefallen dem Herrn Abgeordneten v. Vincke die Legitimation zu bestreiten, über Westpreußische Verhältnisse sich auszusprechen; ich habe vielmehr ganz einfach so argumentirt; der Herr Abgeordnete mahnt den Herrn Abgeordneten Becker, daß er uns eine historische Vorlesung gehalten hat,; er verfällt in denselben Fehler und hält uns auch eine historische Vorlesung, die meiner Ansicht nach nicht zur Sache gehört. Ich will nicht auch noch in denselben Fehler verfallen, und die Irrthümer berichtigen, die er in seiner Vorlesung gemacht hat. Das war meine Argumentation und nebenbei sagte ich natürlich, daß ich glaubte, diese Verhältnisse besser zu kennen als er, weil ich in der Gegend wohne; aber die Legitimation habe ich ihm keineswegs bestritten.

Digitized by Google

Vicepräſident Behrend: Der Herr Abgeordnete Freiherr v. Vincke hat das Wort zu einer perſönlichen Bemerkung.

Abgeordneter Freiherr v. Vincke (vom Platz): Der Unterſchied zwiſchen dem Herrn Abgeordneten und mir iſt, daß er den Accent auf hiſtoriſch legt, und ich auf Vorleſung.

Vicepräſident Behrend: Der Herr Abgeordnete Dr. Becker hat das Wort zu einer perſönlichen Bemerkung.

Abgeordneter Dr. Becker (vom Platz): Wenn der Herr Abgeordnete für Stargard meine ſchriftlichen Vorbereitungen zum Vortrage, ſoweit eben dieſer Vortrag ein vorbereiteter war, mit dem ſtenographiſchen Berichte vergleichen will, ſo wird er ſich überzeugen, daß ich nicht abgeleſen habe. Ich bedaure allerdings, daß ich auf dieſer Tribüne noch nicht ſo geübt bin, daß ich unter fortwährender Störung von der Rechten des Conceptes gänzlich entbehren kann.

Vicepräſident Behrend: Die perſönlichen Bemerkungen ſind geſchloſſen. Es wird alſo in der morgigen Sitzung zunächſt dem Herrn Antragſteller und dann dem Herrn Referenten das Wort zu geben ſein.

Die Sitzung wird um 10 Uhr beginnen. Die Tagesordnung wird aus denſelben Gegenſtänden beſtehen, wie heute. Die heutige Sitzung iſt geſchloſſen.

Schluß der Sitzung 3 Uhr 50 Minuten.

Digitized by Google

Neunzehnte Sitzung

am Sonnabend, den 28. Februar 1863.

Die Sitzung wird um 10 Uhr 20 Minuten durch den Präsidenten Grabow eröffnet.

Am Ministertische befinden sich die Herren Staats-Minister v. Bismarck, Graf v. Itzenplitz, Graf zu Eulenburg und v. Seichow.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Der zweite Gegenstand der Tages-Ordnung ist die Fortsetzung der Berathung des Berichts der XV. Commission über den Antrag der Abgeordneten Freiherrn v. Hoverbeck und v. Carlowitz, betreffend den im Königreiche Polen ausgebrochenen Aufstand. Unter dem Antrag stehen zwei Herren verzeichnet, der Herr Freiherr v. Hoverbeck und der Herr v. Carlowitz.

Wir haben gestern die Debatte zum Schluß gebracht, so daß heute noch einer der Herren Antragsteller und der Herr Referent das Wort haben.

Ich ersuche die betreffenden Herren Antragsteller, mir mitzutheilen, wer von ihnen das Wort ergreifen wird.

Abgeordneter Freiherr v. Hoverbeck (vom Platz): Herr v. Carlowitz hat mir den Auftrag gegeben, die wenigen Worte hinzuzufügen, welche noch nothwendig sind.

Präsident: Dann ertheile ich dem Herrn Abgeordneten Freiherrn v. Hoverbeck das Wort.

(Der Abgeordnete Freiherr v. Hoverbeck begiebt sich auf die Tribüne.)

Abgeordneter Freiherr v. Hoverbeck: Ich habe schon eben berührt, daß eine längere Rede hoffentlich nicht nothwendig sein wird, da wir es den Rednern der Majorität dieses Hauses, die den Commissions-Antrag vertheidigten, zu danken haben, daß sie die Gründe für denselben schon ausreichend erörterten, so daß mir noch sehr wenig nachzutragen sein wird. Wenn ich in der Angelegenheit das Wort ergreife, so geschieht es nur deshalb, um mit wenigen Worten die Amendements zu beleuchten, und dann auf einige Einwendungen zurückzukommen, die Seitens des

Digitized by Google

Hauses und auch vom Ministertische aus gegen die Resolution geltend gemacht worden sind.

Zunächst erlauben Sie mir, daß ich mich gegen das Amendement des Abgeordneten v. Vincke wende. Ich glaube, der Antragsteller hat selbst schon durch die längere Deduction, die er uns gestern vorgetragen hat, uns eine so klare Illustration gegeben von dem, was der Zweck des Antrages sei, eine Illustration, die meiner Meinung nach dem Willen der Majorität dieses Hauses so wenig entspricht, daß ich mich allein dadurch schon überhoben fühlen kann, ein weiteres Wort darüber zu sagen. Dieser Antrag enthält, wenn auch nicht klar und bestimmt ausgedrückt, und vielleicht unter Widerspruch des Antragstellers, dennoch meiner Meinung nach sehr wesentlich eine Cooperation mit Rußland, und diejenigen Herren, die gegen eine Cooperation mit Rußland sind, werden also auch gegen diesen Antrag sich erklären müssen. Auf einem anderen Boden steht meiner Ueberzeugung nach der Antrag, den der Herr Abgeordnete v. Bonin uns gebracht hat. Ich glaube, daß die Absicht dieses Antrages und die Absicht des Commissions-Antrages wesentlich identisch sind; nur habe ich gegen die Fassung des Abgeordneten v. Bonin sehr bedeutende Bedenken, die auch hier schon hervorgehoben worden sind, die aber doch noch mit einem Worte berührt werden müssen.

Ich mache darauf aufmerksam, daß der Antrag des Abgeordneten v. Bonin zunächst über den nothwendigen Schutz unserer Landesgrenzen spricht. Ja, meine Herren, wir sind Alle damit einverstanden, daß unsere Landesgrenzen völlig intact erhalten werden müssen, aber ein großer Theil von uns ist der Ansicht, daß die Landesgrenzen gar nicht bedroht sind.

Wenn das der Fall ist, so glaube ich, würde es nicht rathsam sein, in diesem Augenblicke eine Fassung zu wählen, die in späteren Zeiten, wenn es in Bezug auf die jetzt getroffenen Maßregeln zur Rechnung kommen, die Genehmigung zur Bewilligung der verbrauchten Gelder ertheilt oder verweigert wird, nicht geeignet ist, uns freie Hand zu halten. Ich meinerseits glaube, daß das Ministerium nicht blos einen Schutz der Grenzen im Auge gehabt, sondern durch die Einziehung der Reserven von vier Armeecorps über dieses Ziel weit hinausgeschossen hat, und ich könnte mich daher mit einer Fassung nicht einverstanden erklären, welche, während wir eine so große Machtentfaltung für unzweckmäßig halten, dem Ministerium einen Vorwand bieten könnte, uns dabei für mittelbar mitverantwortlich zu erklären.

Es ist zweitens noch ein gefährlicherer Punkt in dem Antrage des Herrn Abgeordneten v. Bonin, nämlich der Ausdruck, daß Preußen sich einer über diesen Zweck, den der Sicherung der Grenzen, hinausgehenden Einmischung enthalten möchte.

Meine Herren! Wenn wir diesen Ausdruck auf der Kehrseite ansehen, so finden wir, daß eine gewisse Einmischung gerechtfertigt sein soll, nämlich die sich darauf beschränkt, den Schutz der Grenzen ins Werk zu setzen

Nun, meine Herren, wir glauben aber, daß darum keine solche militärische Machtentfaltung, wie sie schon vorhanden, noch viel weniger aber eine Einmischung, oder, wie es nach einem fremden, aber international gewordenen Worte heißt, Intervention nothwendig sei, und deshalb wünschen wir diesen Ausdruck zu vermeiden.

Das hat auch der Abgeordnete v. Diederichs gefühlt, als er das Unter-

Digitized by Google

Amendement stellte, welches ich meinerseits als eine Verbesserung des Boninschen ansehe, aber nicht als eine genügende, denn, meine Herren, wenn wir aus dem Boninschen Antrage die beiden erwähnten Passus streichen, die ich bemängelt habe, dann bleibt dem Sinne nach der Antrag der Commission übrig und wir würden uns dann schon klar und entschieden für den Commissions-Antrag aussprechen können.

Ich muß dann auf das letzte, vom Herrn Abgeordneten v. Bockum-Dolffs eingebrachte Amendement kommen. Sie werden finden, daß dies Amendement keines ist, welches den Commissionsantrag wesentlich alterirt oder alteriren sollte. Es ist eine bloße Fassungsänderung, meiner Meinung nach eine sehr gute und glückliche, und ich meinerseits als Antragsteller erkläre, daß ich das Amendement v. Bockum-Dolffs für eine Verbesserung zu meinem Antrage halte und diejenigen, die für meinen Antrag stimmen wollen, bitte, ihr Votum auf das Amendement v. Bockum-Dolffs zu übertragen.

Meine Herren, es ist scheinbar keine große That, eine solche Veränderung zu machen, wie es hier geschehen ist; aber einerseits ist es doch nicht gleichgültig, daß die Vota des Hauses in einer möglichst correcten Fassung abgegeben werden, andererseits hat auch die Aufstellung und die Formulirung dieses Antrages das weitere Verdienst der Vereinigung scheinbar differenter, in Wirklichkeit aber übereinstimmender Ansichten, was weitläufiger auseinanderzusetzen hier nicht am Orte sein würde. Es gehört die Aufstellung dieses Amendements zu den entschiedenen, aber unscheinbaren Verdiensten, an denen, wie der Abgeordnete v. Vincke (Stargard) einmal bemerkt hat, Herr v. Bockum-Dolffs besonders reich ist. Ich muß bekennen, daß ich die parlamentarische Wirksamkeit des Herrn Abgeordneten v. Bockum-Dolffs, trotzdem er in Bezug auf lange Reden hinter manchem der geehrten Mitglieder zurückstehen mag, in Rücksicht auf den practischen Effect für eine der bedeutendsten halte, die wir hier in dem Hause finden. (Bravo!)

Ich habe mich nun noch an den Abgeordneten v. Vincke zu wenden zur Besprechung einzelner Einwendungen, die er in Betreff des Commissions-Antrages gemacht hat. Zunächst hat er gesprochen von einem Bücklinge, welchen die Redner der Majorität dieses Hauses bei dieser Debatte vor den Mitgliedern, (auf die Polnische Fraction deutend) die hier auf diesen Bänken sitzen, gemacht habe

Ich muß bekennen, ich halte den Ausdruck „Bückling“ in dieser Beziehung für einen nicht glücklich gewählten, und es wundert mich das um so mehr, da der Abgeordnete v. Vincke sonst ein Meister in glücklichen Wendungen ist. Ich vermuthe, daher, daß er absichtlich einen so unglücklichen Ausdruck gewählt hat. Ich würde mich lieber so ausdrücken, daß sich die Redner der Majorität verpflichtet gefühlt haben, diese Herren zu bewundern für die unerschütterliche Treue, womit sie an ihren nationalen Bestrebungen, und an ihrer Sprache festgehalten haben; und in dieser Beziehung kann auch ich nicht unterlassen, denselben meine aufrichtige Hochachtung zu bezeugen. (Bravo!)

In diesem Sinne also mache ich den Bückling mit. Das wird uns nicht abhalten, meine Herren, dasselbe Festhalten an den nationalen Interessen, welches wir an diesen Herren ehren, auch unsererseits zu bethätigen; wir werden unsere Nation in keinem Augenblick verlassen und vernächlässigen, wie es diese Herren mit der ihrigen thun; und das wird die Grenze sein, wo wir dermaleinst in Zukunft uns mit diesen Herren vielleicht werden auseinander zu setzen haben.

Digitized by Google

In Gegenden mit gemischter Bevölkerung — das versteht sich von selbst — werden wir so treu an der Deutschen Bevölkerung halten, wie diese Herren an der Polnischen. Das freilich nennt Herr v. Vincke eine Aeußerung der schwächlichen Humanität.

Meine Herren, es ist mir vor allen Dingen erfreulich gewesen, daß auch ich einmal den Vorwurf der Schwächlichkeit von dem Herrn v. Vincke erfahren habe; (Heiterkeit) in der Regel steht dieser Vorwurf in dem Codex der anderen Partei und wird häufig gegen Herrn v. Vincke und seine Freunde angewandt. (Bravo! links.)

Dann muß ich aber auch sagen, wenn ich die Wahl habe zwischen schwächlicher Humanität und schwächlicher Inhumanität so wähle ich lieber das Erstere. (Heiterkeit. Bravo!)

Herr v. Vincke hat ferner die Polnischen Insurgenten damit gekennzeichnet, sie wären allerdings nicht, wie einer der Zwölfmänner gesagt hat, Räuberbanden, denn — meine Herren, jetzt kommt der Beweis — sie bezahlten ja mit Bons. Ich glaube, meine Herren, Herr v. Vincke wird nichts dagegen haben, wenn ich sein Princip fortsetze und sage, die Consequenz seiner Aeußerung würde dahin führen, daß er nächstens zu dem Beweise käme, die Preußischen Truppen, die jetzt an die Grenze ziehen, sind keine Räuberbanden; denn der Herr v. Werder hat ausdrücklich erklärt, daß, sofern sie nicht geradezu baar bezahlten, sie auch Bons ausstellen würden. (Unruhe rechts.)

Herr v. Vincke hat ferner die Vorsicht der Regierung bei der zeitigen Einberufung der Reserven im höchsten Maße gelobt.

Meine Herren, ich bin in einem Punkte mit ihm ganz derselben Ansicht, daß wir nämlich unsere Landesgrenzen, *falls sie in Gefahr sind*, nicht im Geringsten vernachlässigen dürfen. Ich habe aber in diesem Augenblick erst gesagt, daß ich in Bezug auf das *Factum* anderer Ansicht bin. Dann kann ich es auch nicht recht verstehen, wie man von Seiten der Freunde der Regierung — und in diesem Augenblick muß ich Herrn v. Vincke dazu rechnen — ein so vorzeitiges Berufen der Reserven — so sehe ich es nämlich an — für so heilvoll und zweckmäßig erklären kann.

Man hat uns, meine Herren, gesagt, der ganze Vorzug der Preußischen Heeresverfassung und namentlich der Verbesserung, welche dieselbe jetzt durch die Heeres-Reorganisation gegen das alte System *erlitten* oder *gewonnen* hätte, wäre der, daß *in einem Augenblick* die Truppen mobil gemacht werden können.

Nun, meine Herren, wenn das der Fall ist, so sollte man sich noch eine Weile Zeit gelassen haben zu warten, bis das Bedürfniß eintrat; man könnte ja jeden Augenblick unsere Heeresmacht an der richtigen Stelle ins Leben rufen; warum also dem Lande die Kosten in so ungeheuren Summen vorzeitig verursachen?

Herr v. Vincke hat ferner gesagt, wir unsererseits ließen uns von Sympathien in Bezug auf die Polnische Sache bestimmen; in gewissem Sinne — aber auch nur in *gewissem* Sinne — darf zugegeben werden, daß wir Sympathien haben, aber nicht, daß diese Sympathien auf unsere praktisch-politischen Schritte bestimmend wirken, andererseits aber dürfen wir mit demselben Rechte Herrn v. Vincke antworten, daß man sich noch viel weniger von *Antipathien* darf bestimmen lassen.

Ich komme nun auf einen neuen Einwand den er ebenfalls gemacht hat — einen Einwand kann ich es eigentlich nicht nennen, sondern eine Ausführung, dem jetzigen Ministerium gegenüber — und das ist der einzige Punkt, worin ich mit Herrn v. Vincke in dieser Sache sympathisire, daß wir nämlich Beide das gegenwär-

Digitized by Google

tige Ministerium doch nicht für das glücklichste halten. Er hat gemeint, ein neues Ministerium müsse vor Allem so hergestellt werden, daß es die Majorität in diesem Hause habe, und es wäre zu erwarten, daß vielleicht in einer nahe bevorstehenden Zukunft das Ministerium aus der Majorität dieses Hauses gewählt werde. Ich muß gestehen, für so schnell bevorstehend halte ich die Sache nicht; aber am allerwenigsten kann ich mich damit einverstanden erklären, daß Herr v. Vincke den Ausdruck gebraucht hat, das Land müsse dann „durch Schaden klug werden." Meine Herren, jedenfalls ist ein Ministerium von der Majorität dieses Hauses noch niemals am Ruder gewesen, ich glaube also in der That, es wäre etwas vorzeitig, wenn man sagen wollte, es würde dem Lande entschieden Schaden bringen.

Daß aber die Freunde des Herrn v. Vincke am Ruder gewesen sind und meiner Meinung nach dem Lande bereits Schaden gebracht haben, das wollte ich nicht unterlassen zu sagen. (Bravo! Links.)

Ich werde mich nur noch mit einigen Worten gegen den Abgeordneten v. Bonin richten müssen. Er hat uns nämlich in Bezug auf die völlige Unparteilichkeit, die wir verlangen, die Cartellconvention und vielleicht noch andere Verträge mit Rußland entgegengehalten und gefragt, ob wir nicht der Ansicht wären, daß geschlossene Verträge gehalten werden müssen. Ganz gewiß, meine Herren, sind wir der Ansicht; ein Jeder von uns wird sagen, „wozu Preußen contractlich verpflichtet ist, das muß es bis auf das letzte Titelchen erfüllen." Das ist aber auch keine Begünstigung und steht nicht dem Commissions-Antrage entgegen. Ich muß aber gleichzeitig unsere Erwartung aussprechen, daß bei Auslegung der Cartellconvention und anderer einschlagender Verträge nicht solche Auslegungskünste und Auslegungsprincipien entfaltet werden, wie wir sie in Bezug auf die Cartellconvention gestern von dem Minister des Innern angewendet sahen. (Sehr richtig! Links.)

Ich habe mich nun noch mit einigen Worten an den Herrn Minister-Präsidenten zu wenden. Zunächst, meine Herren, muß ich gestehen, daß ich mich da in einer gewissen Verlegenheit befinde. Ich weiß nicht, wie man mit den Herren gegenwärtig reden soll. Der Herr Minister-Präsident hat gestern ganz ausdrücklich erklärt, daß er sich nicht der Disciplin des Hauses unterworfen halte. Es würde also danach ihm jede beliebige Invective gegen ein Mitglied dieses Hauses gestattet sein, während der Abgeordnete selbst in der Erwiderung, die er zu geben hätte, wie gewöhnlich, der Disciplin des Präsidenten unterläge. Nun, meine Herren, ich kann einen solchen Zustand nur für einen höchst unbilligen erklären. Ich bin der Ueberzeugung, daß sich allein daraus die Unrichtigkeit der Deduction des Herrn Minister-Präsidenten ergiebt. Entweder ist der Minister-Präsident ebenso wie jeder Andere, hier der Disciplin des Präsidenten unterworfen, oder jeder einzelne Abgeordnete ist in den Punkten, die er gegen den Minister-Präsidenten ausführt, nicht der Disciplin des Präsidenten unterworfen. (Sehr richtig.)

Denn daß wir Gleichheit darin fordern können, das, glaube ich, meine Herren, wird das ganze Land uns zugeben. (Zustimmung links.)

Ich weiß freilich nicht, meine Herren, ob der Herr Minister-Präsident, so wie wir, ein Interesse daran hat, daß die Verhandlungen dieses Hauses so objectiv und ruhig als möglich verlaufen. Ich, meinerseits, glaube, ich darf das bestreiten nach den eigenen Worten des Herrn Minister-Präsidenten wonach der ganze Zweck, der ihn gegenwärtig dazu bestimmt, das Haus noch am Leben zu lassen, nichts weiter ist, als die Ausführung einer Abschreckungstheorie, nämlich dem Lande zu zeigen, bis

Digitized by Google

zu welchen Ungeheuerlichkeiten dieses Haus sich versteigen könne. Dann, meine Herren, scheint das Interesse des Herrn Minister-Präsidenten gerade das umgekehrte zu sein, von dem des Hauses und des Volkes, dann muß er wünschen, daß alle Verhandlungen dieses Hauses so tumultuarisch und unreif als möglich sind. Ich überlasse es dem Lande, zu beurtheilen, ob das der richtige Standpunkt für einen Minister-Präsidenten ist. (Sehr gut! Bravo! links.)

Der Herr Minister-Präsident hat sich ferner auch noch gegen den Commissions-Bericht gewendet und ihm namentlich zum Vorwurf gemacht, daß das Interesse Preußens, überhaupt der politische Standpunkt, darin nicht näher motivirt wäre. Ja, ich glaube, da geht der Herr Minister-Präsident von einer ganz unrichtigen Ansicht über den Zweck und die Fassung solcher Berichte aus. Der Zweck eines derartigen Berichtes ist, die Verhandlungen der Commission wiederzugeben. Wenn nun unglücklicher- oder, wie von einer anderen Seite gesagt, glücklicherweise die Commission in diesen Principien völlig einig war, so war es ganz natürlich, daß die Commission sie nicht behandelte und daß der Bericht sie deswegen nicht enthalten konnte. Wenn der Herr Minister-Präsident sich gemüßigt gesehen hätte, von seiner so außerordentlich kostbaren Zeit sich so viel abzubrechen, um den Verhandlungen der Commission beizuwohnen, oder wenn er es wenigstens der Achtung gegen das Haus entsprechend gefunden hätte, Regierungs-Commissarien dahin zu schicken und durch diese seine Bedenken geltend zu machen, so würden sie hoffentlich im Bericht völlig genügend widerlegt worden sein. (Sehr gut!)

Der Herr Minister-Präsident, meine Herren, hat dann noch die bekannte Convention die große Seeschlange genannt, vielleicht deswegen, weil sie ihn schon recht scharf gebissen hat. (Heiterkeit.)

Ich, meinerseits, muß doch erwähnen, daß diese große Seeschlange in seinen Augen offenbar nicht das bedeuten kann, was der Ausdruck gewöhnlich besagt, nämlich die gänzliche Nicht-Existenz, das Garnichtvorhandensein einer Thatsache, die behauptet wird. Der Herr Minister-Präsident hat selbst in den unwilligen oder, ich will sagen, scheinbar nicht gern gegebenen Erläuterungen in Bezug auf die Convention, zu denen er sich hier veranlaßt gesehen hat, doch Das zugeben, daß sie existirt, wenn sie auch nicht vollständig rechtsgültig abgeschlossen sein sollte; er hat nur noch hinzugefügt, daß jedes Ueberschreiten der Grenze noch von einer Genehmigung abhängig bleibe, einer Genehmigung, von der es mir nicht so ganz deutlich ist, ob eine Genehmigung des Herrn Minister-Präsidenten oder des gesammten Staats-Ministeriums oder die Genehmigung eines Unterbeamten, einer militärischen Gewalt oder dergleichen damit gemeint ist. Jedenfalls aber hat er dadurch die Existenz einer Convention zugegeben, und ich glaube, ein anderes Ministerium hätte unter solchen Umständen nicht gezögert, wenigstens die „betreffenden Punkte“ der Convention hier vorzulegen. Nun aber, meine Herren, wenn diese Erklärung richtig ist, wenn die Convention existirt, aber noch nicht vollständig abgeschlossen ist, oder noch rückgängig gemacht werden kann, dann scheint es mir vollkommen rechtzeitig zu sein, daß das Haus eine solche Resolution, wie sie hier vorliegt, fasse. Denn es ist doch wenigstens möglich, daß das Votum dieses Hauses hier einwirken kann. Gott gebe es zum Wohle des Landes! Wenn der Herr Minister-Präsident seinerseits versichert, das Votum dieses Hauses wäre in dieser Frage völlig gleichgültig, so kann mich dies nicht bestimmen. Außer dem Herrn Minister-Präsidenten existiren bekanntlich noch andere Persönlichkeiten im Staate, die in Beziehung auf die Ausführung der Convention ein

Digitized by Google

Wort mitzusprechen haben; außerdem wird mir der Herr Minister-Präsident verzeihen, wenn ich die Vermuthung ausspreche, daß dies Votum ihm so vollständig gleichgültig doch nicht sein würde. Dasselbe wird jedenfalls für Preußen sowohl, als ganz Europa von Wichtigkeit sein, und gerade die Empfindlichkeit, welche der Herr Minister-Präsident in Beziehung auf die Ausführung des Abgeordneten v. Unruh zeigte, deutet mir an, daß die Sache doch ihren Haken hat. Der Abgeordnete v. Unruh ist am bittersten von dem Minister-Präsidenten angegriffen worden, weil er andeutete, wir würden eventuell zur Ausführung dieser Convention und dessen, was sich daran knüpft, dem Ministerium kein Geld bewilligen.

Das ist der eigentliche kritische Casus bei der Sache. Meine Herren, ich glaube, daß es dem Herrn Minister-Präsidenten nicht angenehm sein würde — falls er nämlich in diesem Augenblicke noch Minister-Präsident wäre — wenn er mit einer Geldforderung käme und wir erklärten, daß wir diese Forderung ihm — nicht dem Könige, wie der Herr Minister-Präsident, vielleicht in einer augenblicklichen Vergeßlichkeit, sich ausgedrückt hat, sondern ihm, diesem Ministerium — unter keinen Umständen bewilligen würden.

Meine Herren! Ich glaube, das ist gerade das richtig passende Wort in dieser Frage und mit diesem Worte erlauben Sie mir zu schließen. (Bravo.)

Präsident: Der Herr Minister-Präsident hat, zu einer persönlichen Bemerkung, wie ich glaube, das Wort, da die Discussion geschlossen ist.

Minister-Präsident v. Bismarck: Ich bitte um das Wort.

Präsident: Dann eröffne ich die Discussion wieder. Der Herr Minister-Präsident hat das Wort.

Minister-Präsident v. Bismarck: Der Herr Abgeordnete hat sich wiederholt darüber beklagt, daß die Regierung über den Inhalt dessen, was er Convention nennt, nicht mittheilender gewesen sei. Meine Herren, die ganze Richtung dieser Verhandlungen hat uns allerdings zu Mittheilungen nicht aufmuntern können. Wenn wir Ihnen Mittheilungen gemacht haben, so sind dieselben als Material zu Angriffen auf uns benutzt worden im Wege einer Kritik, die ich eine ausschließlich sächliche und wohlwollende nicht nennen kann. Sobald Sie uns die Ueberzeugung gewähren, daß Sie diejenigen sachlichen Mittheilungen, die wir Ihnen über amtliche, schwebende und wichtige Dinge machen, benutzen wollen, um in gemeinschaftlichen Verhandlungen die Interessen des Landes im Auge zu behalten, so werden wir freigebiger mit solchen Mittheilungen sein.

Präsident: Es ist ein Antrag auf Schluß der Debatte von dem Abgeordneten Parrisius (Brandenburg) und Dr. Lüning eingegangen.

Diejenigen, Herren, welche den Schluß-Antrag unterstützen wollen, bitte ich, aufzustehen. (Ruf: „Rednerliste!“)

Bitte, meine Herren, zuerst muß ich doch den Antrag zur Unterstützung bringen. (Ein Theil der Abgeordneten erhebt sich.)

Der Antrag ist ausreichend unterstützt.

Es hat sich gegen den Antrag der Herr Abgeordnete Dr. Simson eintragen lassen.

Diejenigen Herren, welche den Schluß der Debatte herbeiführen wollen, bitte ich, aufzustehen. (Geschieht.)

Er ist abgelehnt.

Der Herr Abgeordnete Dr. Simson hat das Wort.

Digitized by Google

Abgeordneter Dr. Simson: Meine Herren! Ich werde nicht vergessen, unter wie eigenthümlichen Umständen Sie mir durch die Ablehnung des Schluß-Antrages noch im gegenwärtigen Augenblick das Wort verstatten. Ich werde mich in Acht nehmen, die Fragen, die ich durch die Discussion der beiden letzten Tage im Wesentlichen für erschöpft erachte, für die ich erheblich neue Gesichtspunkte beizubringen mich im Voraus außer Stande erkläre, in ihr Detail zu verfolgen. Vielleicht gestatten Sie mir dagegen in der Kürze dasjenige anzudeuten, was mir von den vorgetragenen Argumenten Zustimmung und was mir das Gegentheil der Zustimmung abnöthigt.

Ich lasse mich auf die staatsrechtliche, die geschichtliche, die statistische Seite des Gegenstandes nicht ein; ich halte daran fest, daß die Vorgänge im Königreich Polen zur Zeit nicht den Namen eines Krieges, auch nicht den Namen eines Bürgerkrieges verdienen, sondern im Augenblicke nichts anderes, als ein Aufstand sind. Soll ich die gegenwärtige Intervention mit irgend einem früheren Vorgang unserer Geschichte vergleichen, so könnte es nur unsere Intervention von 1849 im Königreiche Sachsen und im Großherzogthum Baden, — sowie diejenige sein, die man uns für das Kurfürstenthum Hessen in Aussicht stellte, falls es dort bei der Revolution von oben bliebe.

Was die Thatsachen anlangt, so hebe ich an meinem Theil hervor, daß ich sie nach keiner Seite hin für ausreichend constatirt erachte, und es mag die langjährige Gewöhnung des Richter-Amtes und der Gedanke sein, daß es einem Parlamente vor Allem zustehe, keine Thatsachen zur Grundlage seiner Erörterung zu machen, die nicht vor ihm constatirt sind, die mich abhalten, auf diese Thatsachen irgendwie näher einzugehen.

Auch über die Bedeutung des Aufstandes rede ich nicht; ich untersuche seine Absichten nicht; und ob er im Erlöschen ist oder nicht im Erlöschen, ebensowenig; ich erinnere Diejenigen, die lange genug zurückdenken, an das Jahr 1831. Eben in denjenigen Tagen, in denen man damals die Polnische Revolution für schließlich siegreich hielt, sind wir durch die Einnahme, durch den Sturm von Warschau überrascht worden.

Gegen die Bemerkung des Herrn Minister-Präsidenten, man könne im Sinne des Commissions-Antrages nicht stimmen, ohne Partei für die Polnische Seite zu ergreifen, spreche auch ich mich mit einer einfachen Ablehnung aus.

Meine Herren, ich bin aus einem Landestheile gebürtig, in welchem die Erinnerung vielleicht lebhafter, als in allen übrigen ist, daß die Preußische Krone aus einem Conflict zwischen der Schwedischen und Polnischen, aus der hereinbrechenden Vernichtung der Letzteren hervorgegangen ist. Auch meine Meinung geht dahin, daß es ein Polen- und ein Preußenreich gleichzeitig an der Ostseeküste nicht geben könne. Ich vertraue, daß der Traum, den der große Kurfürst gern träumte, an ihm gehörige Küsten von Stettin bis Königsberg fahren zu können, nach seiner Realisirung durch den großen König, den Preußen des neunzehnten Jahrhunderts gegenüber nicht zerstört werden darf!

Wenn dem gegenüber die neuliche Andeutung des Herrn Minister-Präsidenten dahin gehen sollte, als ob Preußen die Aufgabe hätte, einen jeden Aufstand, gleichviel aus welchen Gründen, gleichviel wo und gegen wen er sich erhebt, entgegenzutreten, dann mag er es mir nicht übel nehmen, wenn ich sage, daß das von meinem Standpunkte aus als eine Donquichoterie erscheint, — gerade so, wie es die ent-

Digitized by Google

gegengesetzte Auffassung wäre, die sich jeden irgendwo ausbrechenden Aufstand zum Gegenstande ihrer Sympathie erwählen möchte.

Von Antipathien gegen das Rußland, meine Herren, wie es die Herrschaft des Kaiser Alexander II. uns an den Tag gestellt hat, weiß ich mich frei. Ich behaupte aber, daß man von Antipathien gegen Rußland frei und doch von dem tiefsten Widerwillen gegen die Veranlassung erfüllt sein kann, die Russischerseits den gegenwärtigen Aufstand hervorgerufen zu haben scheint.

Was die Meinung unseres Landes anlangt, so sage ich kurz, daß in Ansehung deren eine Aufklärung des Landes durch das Abgeordnetenhaus nicht nöthig ist. Das Land weiß, und seine besonders berufenen kaufmännischen Corporationen haben mit großer Evidenz an den Tag gelegt, in wie schwere Gefahren das Gut und Eigenthum, ja selbst die Personen von Staatsbürgern durch die Wege der Königlichen Staats-Regierung gebracht werden. Meine Herren, wenn Sie die diesfälligen Vorstellungen der Kaufmannschaften zu Stettin, Danzig, Posen und Berlin, wie sie in den öffentlichen Blättern vorliegen, gelesen haben, so werden Sie sich überzeugen, daß diese in Wahrheit überzeugende Kraft mit sich führen. Man muß nicht etwa sagen, was ganz gewiß an sich richtig ist, das Hauptinteresse des Kaufmannsstandes sei auch in Polen Ordnung und Sicherheit. Das erkenne ich an. Aber bis es zu dieser Ordnung kommt, können die Getreide-, die Holz-, die Manufacturwaaren-Lager, können die Preußischen Schiffe mit ihrer Mannschaft längst der Gegenstand von Angriffen von der einen oder andern Seite geworden sein. Und von dem Allen abgesehen, kann mindestens die Abfuhr dieser Artikel nach Preußen in diesem Augenblick vereitelt werden, die bekanntlich das Schiffbarsein der Flüsse, d. h. das Frühjahr voraussetzt. Man soll uns nicht in diesem Sinne auf die künftige Ordnung dieser Verhältnisse vertrösten; es heißt in diesem Betracht: interim aliquid fit.

Aber, meine Herren, der Hauptvorwurf, den ich der Staats-Regierung aus der gegenwärtigen Intervention und Convention machen zu müssen glaube, steht auf einem ganz andern Gebiet, und das ist fast der einzige Punkt, in welchem ich vielleicht eine Nüance von Verschiedenheit in die bisherige Betrachtung zu bringen im Stande bin.

Meine Herren, meine Ueberzeugung ist die, daß die Behandlung des Polnischen Aufstandes, zu welcher sich vermöge der Convention vom 8. d. M. unsere Staats-Regierung herbeigelassen hat, wenn sie den Ausdruck gestatten wollen, ein Gelegenheitsgedicht ist. (Heiterkeit.)

Man hätte, will ich sagen, denselben Aufstand nach meiner vollen und darum rücksichtslos ausgesprochenen Ueberzeugung anders behandelt, als man ihn behandelt hat, wenn nicht gleichzeitig der innere Conflict existirt hätte! (Sehr wahr!)

Nun, meine Herren, wissen wir, daß Gelegenheitsgedichte seit dem Vorgange unseres großen Dichters an sich nicht mehr in Mißcredit stehen. Aber dieser Satz macht eine doppelte Voraussetzung; einmal, daß die Gelegenheit sich zu einem Gedicht eignet, und zweitens, daß die Gelegenheit auch einen wirklichen Dichter vorfindet. (Große Heiterkeit.)

Wenn das beides nicht zusammentrifft, meine Herren, dann hat man ein trostloses Impromptu vor sich und das ist, wie ich mit tiefem Bedauern sage, die Stimmung, in welcher ich für meine Person — ich habe nicht das Recht, hier irgend Jemand zu vertreten — mich dieser Convention gegenüber befinde. Nach meinen

Digitized by Google

Gedanken gehört sie unter die vielen Punkte, zu denen die Staats-Regierung durch die innere, nicht ausschließlich, aber wesentlich und schließlich von ihr herbeigeführte Calamität bewogen — so begierig greift, ich sage, dieser Aufstand gehört zu den mehreren Punkten, auf die sich die Aufmerksamkeit der Regierung so hastig lenkt, um aus denselben, um den alten Ausdruck zu gebrauchen, der inneren Lage gegenüber politisches Capital zu machen; (sehr wahr!) dazu, meine Herren, soll meine Hand nicht geboten werden, (Bravo!) und wenn sich unter den Rednern gegen den Antrag der Commission eingeschrieben bin, so soll das nicht etwa heißen, daß ich keinen dem Commissions-Antrage ähnlichen, ja nahen Antrag will. Ich kann auch zu meinem Bedauern nicht vermeiden hinzuzusetzen, es soll nicht heißen, daß ich dem Antrage meines verehrten Freundes, des Mitgliedes für Stargard beizutreten vermöchte. Ich verstehe das „Gegen" hier präcise in dem Sinne, daß ich mich zu dem v. Boninschen Antrag bekenne, innerhalb der Grenzen und Ausführungen, die der in Rede stehende Antragsteller selbst seinem Antrage gestern gegeben hat, oder vielmehr jetzt noch geben wird.

Meine Herren! Ich spreche ebenmäßig kurz meine Zustimmung zu der Auffassung derjenigen Mitglieder aus, welche behauptet haben, die in Rede stehende Convention durfte, wenn eine Landesvertretung versammelt war, nicht ohne Einholung ihrer vorgängigen Zustimmung abgeschlossen, und, wenn sie in Abwesenheit der Landesvertretung abgeschlossen, ihr nicht vorenthalten werden. (Hört! Hört! links.)

Dies zu beweisen, dazu genügt die bloße Verweisung auf Art. 48 der Verfassung; so sehr man vielleicht zugeben kann, daß der Art. 48, bekanntlich buchstäblich aus der Belgischen Verfassung übernommen, in Ansehung des Passus „oder einzelnen Staatsbürgern Verpflichtungen auferlegt werden," sich keiner besonders präcisen und klaren Fassung zu erfreuen gehabt.

Meine Herren! Es ist gegen die erhobenen Anträge vielfach auf die Thatsache hingewiesen worden, daß das Ausland sich bereits in diese Betrachtungen und Erwägungen gemischt habe. Aber Derjenige, der vorhergesagt das Ausland werde sich in diese Vorgänge einmischen; von dem kann man — mit einigem Wohlwollen — doch unmöglich behaupten, daß er solche Einmischung des Auslandes hervorgerufen, provocirt, zu seiner Unterstützung erst ins Leben gerufen habe. Was können wir dafür, daß, während in dem unendlich überwiegenden Theil des Hauses die gewisse Voraussicht verbreitet war, daß Frankreich und England den gegenwärtigen Vorgang nicht unberührt lassen würden, der Herr Minister-Präsident diese Erwartungen nicht theilte? Daß er bei Gelegenheit der von ihm abgelehnten Beantwortung der Interpellation sagte, er erwarte eine solche Einrede nicht? Der Erfolg hat ihn desavouirt: die Einreden sind gekommen, und wir können nun doch unmöglich für seine Nichtvoraussicht in der Weise verantwortlich gemacht werden, daß wir nun, da geschehen ist, was die weit überwiegende Mehrzahl von uns erwartete, nicht mehr das Recht hätten, uns an unserem Theile darauf zu berufen?

Ich mache auch bemerklich, meine Herren, daß der Bericht des Auslandes keineswegs in dem Sinne Erwähnung thut, um sich auf dasselbe irgendwie zu stützen, und daraus Nachdruck für seine eigene Ausführung zu gewinnen.

Der Bericht hat von dem Auslande nichts angeführt, als die Data, die wir leider ausländischen Verhandlungen erst haben entnehmen müssen, über das, was in unserem Lande vorgeht, und von unserer Regierung beschlossen worden ist. Wenn eine Regierung es für in der Ordnung hält, der Landesvertretung vorzuenthalten,

Digitized by Google

was sie dem Auslande, (wie es scheint, auf die erste Aufforderung), bereitwillig dargeboten hat, dann fehlt einer solchen Regierung die Legitimation zu der Einrede: man dürfe sich nicht auf das Ausland berufen. (Sehr wahr!)

Die Regierung hätte uns diese Bezugnahmen ganz ersparen können, wenn sie, was in meinen Augen ihre unerläßliche, dringende und schleunige Pflicht war, uns rechtzeitig von dem Inhalt der Convention Kenntniß gegeben hätte. (Bravo!)

Aber, meine Herren, wir haben die Berufung auf das Ausland in früheren Jahren in ganz anderem Sinne, in ganz anderer Richtung zu hören bekommen; als (auch von Warschau aus) ein bekannter Weg zum Abgrunde, ich meine nach Olmütz, führte, als es sich um die Vereitelung der wesentlichsten nationalen Hoffnungen handelte, hat man uns nicht damals das Ausland entgegen gehalten? Wie kann Derjenige, der jenen Weg mitgegangen ist oder ihn gebilligt hat, wie kann Der sich heut die Legitimation zuschreiben, auf das Ausland im entgegengesetzten Sinne hinweisen zu dürfen? Wenn von beiden Hinweisungen eine gerechtfertigt ist, so ist es die heutige, und wenn es einer an Rechtfertigung gebrach, so war es die erste.

Ich habe, meine Herren, mit Bedauern Klagen — mein verehrter vieljähriger Freund, der Abgeordnete für Oels, mag mir nicht übel nehmen, wenn ich sage, fast elegische Klagen — in diesem Hause darüber vernommen, wie die Regierung uns ohne Mittheilung über Dinge lasse, die doch den eigentlichen Lebenskern der Gegenwart und unseres Staates abgeben. Meine Herren, zu solchen Klagen bin ich zu stolz, (sehr wahr! Sehr richtig!) wir haben keine Machtmittel, wie es scheint, die Regierung zur Erfüllung dieser ihrer Pflicht zu nöthigen. Das sollte, wie mich dünkt, Veranlassung geben, die Gelegenheit zu vermeiden, in denen man die Ohnmacht dieses Hauses unsererseits an den Tag legt; aber dergleichen Klagen weise ich gleichwohl fern von mir weg. (Sehr gut!)

Mir scheint, es soll uns auch bei dieser Gelegenheit deutlich gemacht werden, was ich, ich glaube im October des vorigen Jahres, von dieser Stelle aus als eine Unmöglichkeit bezeichnet habe, daß man in Preußen allerdings anders regieren könne, als auf den Grund der treu eingehaltenen Verfassung.

Meine Herren! Ich bleibe auch allen den Vorgängen gegenüber, die uns seit dem October vorigen Jahres bekümmern, dieser Behauptung treu. Ich verstehe aber freilich unter „regieren“ etwas sehr Positives. Regieren heißt meines Ermessens: Die Geister führen, — es heißt nicht: nothdürftigerweise sich in der Regierungssphäre erhalten. (Sehr gut! Sehr richtig!)

Ich verlange nicht, meine Herren, — denn das Verlangen wäre ein übermäßiges — daß eine Regierung alle Zeit den kühnen Flug des Genies einzuhalten im Stande sein soll. Mehr gerechtfertigt wäre schon die mildere Forderung, daß sie den ruhigen, sicheren Gang des Talents und der Erfahrung zu gehen verstände. Aber in jedem Fall, meine Herren, wird die Bewunderung dafür, daß Jemand nicht fällt, die Bewunderung, die man ja jedem Seiltänzer würde zuwenden müssen, (sehr wahr! Sehr richtig! Bravo!) eine Bewunderung sein, nach der nicht Jedermanns Gaumen und Jedermanns Appetit stände. (Sehr wahr! Bravo!)

Ich, meine Herren, beklage aus der Tiefe meines Herzens (ich sage eines vaterländischen Herzens), daß man die scheinbare, augenblickliche Möglichkeit, die scheinbare Leichtigkeit, den Staat nicht gerade zusammenbrechen zu sehen, um den Preis, wie ich fürchte, einer inneren Auflösung erkauft, die auf die Dauer jede gesunde Staats-Leitung und vielleicht etwas in Gefahr bringt, was uns noch höher steht

Digitized by Google

als die Möglichkeit einer gesunden Staats-Leitung für diesen oder jenen Zeitpunkt. (Lebhafter Beifall.)

Was kann man, meine Herren, Verderblicheres thun, als in der Nation eine Unzufriedenheit mit ihren Rechtszuständen hervorrufen? ihr die Ueberzeugung aufdrängen, daß sie an ihrem Recht das nicht habe, was der göttliche Beruf von allem Recht auf Erden ist, eine Regel zu bilden, durch deren Treue und unverrückte Aufrechterhaltung das sittliche Uebel des Streits vermieden werden kann? (Sehr gut! Bravo!)

Der Herr Minister-Präsident sagte gestern, er wünsche dem Lande Gelegenheit zu geben, sich über den wirklichen Charakter dieses Hauses — er schien mir sagen zu wollen, seiner Majorität — durch weitere Vorgänge und Erlebnisse aufzuklären. Dazu will ich an meinem Theile nur zwei kurze Bemerkungen machen. Der Herr Minister-Präsident täuscht sich, wenn er glaubt, die Verletzung und Mißhandlung der Majorität dieses Hauses sei vereinbar mit dem Versuche, mit irgend einer Minorität desselben, wie er sich einmal ausgedrückt hat, sich zu verständigen. (Bravo!)

Diese Verständigung schließt er durch solchen Versuch aus! (Sehr richtig!)

Er verkennt diejenigen und zwar, wie mich dünkt, nicht ohne Schimpf für sie, bei denen er eine solche Verständigung einer solchen Behandlung ihrer Collegen gegenüber auch nur für möglich achtet! (Bravo! Sehr richtig!)

Wenn aber der Herr Minister-Präsident eine rückläufige Bewegung im Lande hervorzubringen sich im Stande glaubt durch längere Beobachtung einer Majorität, deren Beschlüsse ich bei weitem nicht alle getheilt oder gebilligt habe; dann mag er von seiner Methode abstehen, dem Lande gleichzeitig mit den Ausschreitungen, die er der Majorität vorhält, auch die wirklichen des Ministeriums vor Augen zu stellen. (Bravo! Sehr gut!)

Meine Herren! Ich wiederhole, daß ich den Aufstand, der das Königreich Polen augenblicklich bewegt, auch von seiner sittlichen Seite nicht beurtheilen will — aus dem einfachen Grunde nicht — weil mir dazu die factischen Daten, deren ich zu bedürfen glaube, in mannigfachem Betracht fehlen. Aber einen Satz will ich doch hier, auf eine Autorität gegründet, aussprechen, der sich keine Seite dieses Hauses verschließen wird. Man kann und man soll von der Revolution gerade so denken, wie neulich in einer beredten Ausführung das verehrte Mitglied für Geldern that. Ich fühle mich in diesem Betracht vollständig auf dem Boden, den Dahlmann in seine Politik mit der wunderbaren Wucht seines Wortes gelegt hat. Jede Revolution ist nicht blos ein Unglück, sondern unter allen Umständen auch ein Verbrechen. Ich will aber dazu auch die Autorität von Niebuhr anführen, der kein Bedenken getragen hat, auszusprechen, daß, wenn er in den Niederlanden gelebt hätte bei dem Ausbruche ihres Aufstandes gegen die Spanische Herrschaft, er es für seine Pflicht erachtet haben würde, auf der Seite des Aufstandes zu stehen.

Wenn ich es ablehne, meine Herren, die Tragweite dieses Polnischen Aufstandes, seine ursprünglichen Intentionen in den Chancen seines Gelingens oder Mißlingens zu betrachten, so will ich doch einer gestern hier vorgeführten Betrachtung folgende Bemerkung entgegensetzen. Ich lasse die Frage unentschieden, ob ein Königreich Polen an unserer östlichen Grenze wünschenswerth, gleichgültig oder verderblich für Preußen sei. Welche von den Chancen richtig sein mag, unter keinen Umständen ist nach meiner Ueberzeugung die Königliche Staats-Regierung des Weges gegangen, der zu ihrem Ziele führen konnte. Denken Sie sich, meine Herren, die

Digitized by Google

Entstehung eines Königreichs Polen als einen Glücksfall für uns, dann erlassen Sie mir den Beweis, daß die Königliche Staats-Regierung zu dieser Verbesserung unserer Lage durch die Convention nichts gethan hat. Halten Sie aber, übereinstimmend mit eingehenden und beredten Aeußerungen, die gestern hier vernommen worden sind, das Gegentheil für unseren Staat wünschenswerth, so frage ich, meine Herren, was konnte die Regierung solchen Gedanken gegenüber Schlimmeres thun, als Frankreich und England auch nur die entfernteste Handhabe zu bieten, nun sich in diese Frage überhaupt zu mischen! (Sehr richtig!)

Lag es nicht unendlich nahe, daß, je ruhiger — ich will sagen, je kühler — man sich den Vorgängen im Königreich Polen gegenüber verhielt, man um so ruhiger auch abwarten konnte, wie die Dinge sich dort entwickelten, statt daß man jetzt durch das hastige Zugreifen nichts gethan hat als — dem Kaiser der Franzosen einigermaßen dazu behülflich zu sein: eine Polnische Frage auf die Tages-Ordnung zu bringen. Wenn das, meine Herren, Politik heißt, namentlich eine Politik, die zu dem von ihr beabsichtigten Ziele führt, dann habe ich freilich schon viel zu viel davon gesprochen; mein Verständniß übersteigt eine solche Auffassung der Dinge — ich kann gar nicht sagen, wie weit.

Und was schlimmer ist, meine Herren, wenn man wirklich den Gedanken einer Wiederherstellung der Restaurations-Politik, einer Retablirung der heiligen Alliance oder wie man es sonst nennen will, glaubte ins Auge fassen zu müssen, was war denn verfehlter, als wenn man Oesterreich dabei aus dem Spiel ließ? Wie konnte man sich vorstellen, daß Rußland und Preußen allein diese Rolle jetzt — gegenüber den zu einer gewissen Intimität gelangten Westmächten — zu spielen vermöchten, die auf die Dauer nicht einmal die drei Staaten zusammen haben durchführen können!

Es ist gestern gesagt worden, man habe wenigstens Eines erreicht, nämlich: Die Antipathie von Rußland auf uns abzulenken. Meine Herren, auf allen Bänken dieses Hauses sitzen Mitglieder, mit denen ich die Ehre gehabt habe, in der Paulskirche zusammen zu sein. Sagen Sie mir, verehrte Collegen von damals: Worunter haben wir das Jahr in der Paulskirche schwerer und trauriger gelitten, als unter den Antipathien, die unsere damalige Regierung durch das Stehenbleiben während des Menschenalters von 1815 bis 1848 von Oesterreich ab, und auf uns zu lenken verstanden hatte? (Viele Stimmen lebhaft: Sehr richtig!)

Meine Herren! Wenn ich nun noch mit ein Paar Worten auf die vorliegende Formale komme, so vergeben Sie mir, wenn ich doch etwas ausführlicher spreche, als meine eigentliche Absicht war; Sie wissen, wovon das Herz voll ist, davon geht der Mund über. (Lebhafte Zurufe links: Fortfahren!)

So will ich denn zunächst bemerken, die Cartelconvention von 1857 gehört nicht unter meine Liebhabereien. Ich bin des Dafürhaltens, daß, wie man sich auch den Ausgang der gegenwärtigen Krisis denken mag, wenn die zweiten sechs Jahre durch Existenz der Convention im Jahre 1869 vorüber sein werden, so wird kein Preußischer Staatsmann auf den Stühlen dort (auf die Ministersitze deutend) sitzen, der eine Erneuerung derselben in dem Sinne der Conventionen von 1816, 1828 und 1844, auch nur vorzuschlagen beliebte. Ich halte dafür, daß wir auch mit Rußland auf diejenige Basis solcher Verträge kömmen müssen, auf welchen wir mit Frankreich, Dänemark, Belgien, Luxemburg, den Niederlanden und vielleicht noch andern Staaten, die mir im Augenblicke nicht gegenwärtig sind, bereits stehen.

Ich bin auch nicht abgeneigt, anzunehmen, daß die, wie ich glaube, von dem

Digitized by Google

Herrn Referenten zuerst hervorgehobenen Art. 20 und 21 der Cartelconvention so verstanden werden können, als ob durch dieselben einzelnen Staatsbürgern Lasten auferlegt werden, die ein Staatsvertrag nur irgendwo zu enthalten braucht, damit zu seiner Gültigkeit vermöge des Art. 48 der Verfassung die Zustimmung der Kammer gehört. In einem viel höheren Sinne, als von den beiden Artikeln, die der Herr Referent hervorgehoben hat, muß ich das von dem Artikel — ich glaube 14 — der Convention sagen, der gewisse Bestimmungen der Allgemeinen Gerichts-Ordnung über das Forum, das ein Ausländer durch Anwesenheit im Inlande bei uns erhalten kann, alterirt hat, ohne die Hülfe der gesetzgebenden Factoren in Anspruch zu nehmen.

Aber, meine Herren, wenn eine Landesvertretung, wie die unsrige, sechs Jahre hindurch eine solche Cartelconvention in unserer Gesetzsammlung abgedruckt gesehen hat, so kann sie doch meines Ermessens nun nicht urplötzlich auf den Gedanken kommen, was sechs Jahre lang als Vertrag Verbindlichkeit für unsern Staat gehabt hat, für unverbindlich zu erklären. Ich meine, meine Herren, das ist mit der Stellung eines civilisirten Staates unvereinbar, und, um die Formel des Commissions-Antrages zu gebrauchen, es ist unvereinbar mit dem Interesse Preußens, das ganz gewiß, wie ja auch einer der Herren Antragsteller heute anerkannte, dringend fordert, daß Verträge von uns treu, pünktlich und ausgiebig gehalten werden.

Man kann mir auch nicht etwa sagen: Wenn die Cartelconvention vom Jahre 1859 ohne Gültigkeit ist, so wäre dadurch die vom Jahre 1844 von selber wieder erwacht. Das wäre ein Irrthum. Die Cartelconvention von 1844 war nur bis zum Jahre 1856 geschlossen, und mit dem Ablaufe der Frist, für die sie geschlossen war, erlosch sie von selbst.

Aber, meine Herren, wir stehen ja gegen Rußland keineswegs allein in dem Vertragsverhältnisse dieser Cartelconvention. Wir haben eine ganze Reihe von Verträgen, z. B. Handelsverträge mit ihm geschlossen. Es ist uns, trotz dem Vorgange in Polen, ein befreundeter Staat geblieben und, wenn ich mir auch nicht eingebildet habe, daß man dadurch die Russische Regierung den Aufständischen gleichstelle, daß man in Ansehung beider dieselbe Negative von uns fordert, so scheint mir doch gewiß, wir können ohne entschiedene Vertragsverletzung nicht in Abrede stellen, daß wir der ordentlichen Regierung des Russischen Staates gegenüber Verpflichtungen haben, welche, — der Herr Antragsteller mag sagen, was er will, — in ihrem Sinne und in ihrer Tendenz Begünstigungen dieser Regierung sind, und vor deren Erfüllung man also nicht im Sinne des Commissions-Antrages durch einen Ausspruch des Hauses die Regierung abzuhalten auch nur versuchen darf, ohne dem eben entwickelten Principe entgegen zu treten.

Einen Unterschied zwischen dem Antrage des Abgeordneten v. Bockum-Dolffs und dem Antrage der Commission vermag ich nicht zu erkennen. Sie werden, denke ich, der Minorität dieses Hauses einräumen, daß sie nicht die Verbindlichkeit hat, alle Bewegungen und Veränderungen mit durchzumachen, die es den Herren von der Majorität gefallen hat, innerhalb der letzten vierundzwanzig oder sechsunddreißig Stunden mit ihren Beschlüssen vorzunehmen. Unter dem Antrage des Abgeordneten v. Bonin (Genthin) stand der Name des Abgeordneten v. Bockum-Dolffs. Ich habe nicht zu kritisiren, und enthalte mich nicht blos mit meinem Munde, sondern auch mit meiner Seele einer jeden Kritik der Gründe, welche ihn bewogen haben, innerhalb der letzten Tage zu einer veränderten Meinung zu kommen. Aber ich glaube, wir müßten aufhören, einen Gegenstand Ihrer eigenen Achtung auszumachen, wenn

Digitized by Google

alle solche anderweit eingeleitete und durchgeführte Veränderungen auf uns mit influiren sollten. Ich weiß nur, der Bonin'sche Antrag hat uns vorgestern von seiner Richtigkeit überzeugt. Ich halte ihn auch heute noch dafür, und werde deshalb für den Bonin'schen Antrag und für keinen andern stimmen.

Und nun, meine Herren, zum Schluß. Es ist gestern mit einem herben Ausdruck über diejenigen, oder denjenigen der Stab gebrochen worden, die den Eintritt der gegenwärtigen Regierung — denn ich unterscheide sie durch ihr Haupt auch von der des vergangenen Sommers — mit irgend welcher Hoffnung begrüßt haben.

Je freier ich mich in meiner Seele von allen solchen Hoffnungen von Haus aus gewußt habe, um so unbefangener kann ich doch sagen: ich kann mir die Argumente sehr wohl denken, um derentwillen patriotische und weitdenkende Männer den Eintritt des gegenwärtigen Regimentes etwa mit den Worten begrüßt haben mögen, mit welchen Niebuhr den Kaiser Alexander I bei seinem Eintritt auf den Deutschen Boden 1805 begrüßte, als er ihm seine Uebersetzung der ersten Philippica des Demosthenes übergab. Er bediente sich des alten Verses:

Hic rem Romanam magno turbante tumultu
Sistet eques.

Meine Herren, die damaligen Hoffnungen Niebuhrs sind vereitelt worden, die Schlacht von Austerlitz folgte und die in Rede stehenden Hoffnungen des Jahres 1862 ebenmäßig. Ich muß mit tiefem Gram aussprechen, daß seitdem der Conflict zwischen der Regierung und der Landesvertretung nicht nur erweitert, vertieft, verschärft, sondern, ich sage es rückhaltslos, vergiftet ist. Ich besorge, daß das die Schließung der Wunde nicht erleichtern und ihre Heilung nicht beschleunigen wird. Aber gleichwohl stehe ich mit derselben Hoffnung auf die Zukunft des Vaterlandes vor Ihnen, wie, als ich — ich glaube, am 6. oder 7. October — die Ehre hatte, zu Ihnen zu sprechen, und weil ich, meine Herren, von Jugend auf daran gewöhnt bin, die Ueberzeugung in mir zu tragen, daß andere Leute das, was ich denke, besser auszudrücken verstanden haben als ich selbst, so bitte ich um die Erlaubniß, einige Zeilen aus einem Werke eines der bedeutendsten Schriftsteller der Gegenwart — statt des Endes meiner Rede — vorlesen zu dürfen. Sie werden bald den Mann und werden auch bald sein Werk erkennen. Er sagt:

„Der gesammte politische Streit der Gegenwart, der Kampf gegen die Privilegien, die Verfassungsfragen, die Deutsche Frage, sie alle sind im letzten Grunde nur innere Preußische Fragen. Und die letzte Schwierigkeit der Lösung liegt zunächst in der Stellung, welche das Preußische Königshaus zu ihnen einnimmt. An dem Tage, wo die Hohenzollern sich warm und willig den Bedürfnissen der Gegenwart hingeben, wird ihrem Staate die langentbehrte Empfindung der Stärke und Gesundheit kommen; von da wird die Führung der Deutschen Interessen, die oberste Leitung des Deutschen Lebens ihnen fast mühelos, wie von selbst, zufallen. Das wissen Freunde und Feinde. Wir aber denken treu daran, wie viel wir ihnen verdanken. Und wir wissen wohl, daß der letzte Grund unseres Verhältnisses zu ihnen unzerstörbar ist, wenn sie auch einmal zürnen, weil wir zu dreist fordern, oder wenn wir grollen, weil sie zu zögernd gewähren. Denn es ist eine alte, herzliche Freundschaft zwischen ihnen und dem Geist der Deutschen Nation. Und es ist eine männliche Freundschaft, welche wohl einige Stöße ertragen kann. Der Deutsche Bürger aber empfindet auch ihnen

Digitized by Google

gegenüber mit Stolz, daß er Ehre und Größe ihrer Stellung, Ehre und Glück des Vaterlandes gar nicht niedriger faßt, als sie selbst." (Bravo!)

Präsident: Der Herr Minister-Präsident hat das Wort.

Minister-Präsident v. Bismarck: Meine Herren! Es ist nicht meine Absicht, mich über das Maß einzelner, von dem Vorredner gebrauchter starker Ausdrücke auszusprechen. Derselbe hat das Ministerium mit Don Quixote, später mit Seiltänzern verglichen. Ich fühle keinen Beruf, mich über Fragen des guten Geschmacks und der Schicklichkeit hier in eine Erörterung einzulassen; es wird sich zur Erledigung derselben ein minder persönlicher Weg finden. Ich will mich rein auf das Sachliche beschränken, und habe nur deshalb das Wort ergriffen.

Der Herr Redner hat der Cartelconvention wiederholt erwähnt und deshalb spreche ich diese Worte. Ueber die Bedeutung und Entstehung derselben sind namentlich im Auslande, aber auch im Inlande bei Leuten, die wohl davon unterrichtet sein könnten, mannigfache Irrthümer vorhanden. Den Meisten wird erinnerlich sein, daß in den vierziger Jahren der Versuch gemacht worden ist, die Cartelconvention außer Kraft zu setzen. Die damalige Königliche Regierung ging von der Voraussetzung aus, daß die Nachtheile einer solchen Außerkraftsetzung ausschließlich Rußland zur Last fallen würden; eine ein- oder zweijährige Erfahrung bewies, daß diese Voraussetzung nicht vollständig zutraf. Es wurden die Grenzkreise, wenigstens einzelne derselben, in dem Maße mit ausgetretenen Polen, zum Theil nicht von der besten sittlichen Führung überschwemmt, daß deren Unterhaltung Kosten, deren Ueberwachung Vorsichtsmaßregeln erforderte. In einzelnen Ortschaften überstieg zeitweise die Zahl der aus dem Königreich Ausgetretenen die Zahl der wirklichen Einwohner. Es litt darunter zeitweise die Sicherheit unserer Grenzkreise; die Masse der Ausgetretenen war größer, als wir sie beherbergen und bewachen konnten. Diese Betrachtungen haben damals in den vierziger Jahren die Regierung veranlaßt, den Cartelvertrag zu erneuern und er ist in seiner letzten Fassung im Jahre 1857 aus ähnlichen Erwägungen wiederum erneuert worden. Welchen Nutzen derselbe relativ für Preußen und Rußland hat, ist Sache der Erwägung; hat die Königliche Regierung die Ueberzeugung, daß seine Nachtheile für uns größer sind als seine Vortheile, so wird sie ihn seiner Zeit außer Kraft setzen; bis jetzt aber hat sie diese Ueberzeugung nicht.

Der Herr Vorredner hat mir ferner wiederholt den schon von andern Rednern gemachten Vorwurf ausgesprochen, daß die Königliche Regierung gegen fremde Regierungen über diplomatische Verhandlungen mittheilender wäre als gegen die eigene Volksvertretung. Aber, meine Herren, worin besteht das ganze Wesen der Diplomatie und diplomatischer Verhandlungen? Es besteht in Mittheilungen der Regierungen unter einander.

Sie haben uns gestern vorgeworfen, daß wir uns mit großer Uebereilung über etwas mit Rußland verständigt hätten, ohne uns der Ansicht anderer Cabinette darüber zu vergewissern. Wenn nun durch Aeußerungen anderer Cabinette zu Tage tritt daß der Vorwurf unbegründet ist, daß gerade Verhandlungen über den Gegenstand mit andern Cabinetten schweben, ebenso gut wie mit Rußland, so sagen Sie, die Regierung hätte Unrecht gehandelt, indem sie gegen fremde Regierungen mittheilender wäre als gegen die eigene Landesvertretung. Daraus folgt, daß wir nur dann Ihre Billigung hätten, wenn wir alle beabsichtigten diplomatischen Verhandlungen vorher auf der Tribüne öffentlich verkündigen und Sie fragen: Sollen wir

Digitized by Google

sie einleiten oder nicht? Ich glaube, daß in diesem Vorwurf von neuem eine Bestätigung der Ansicht liegt, die ich aussprach, als ich heute zum ersten Male das Wort nahm, daß wir eine unparteiische und sachliche Beurtheilung unseres Verhaltens von Ihnen nicht erwarten dürfen.

Präsident: Der Herr Abgeordnete v. Carlowitz hat das Wort für den Commissions-Antrag.

Abgeordneter v. Carlowitz: Meine Herren, es ist bekanntlich in der Diplomatie nichts so fein gesponnen, daß es nicht durch England kommt ans Licht der Sonnen. Das hätte sich allerdings der Herr Minister-Präsident sagen sollen, als er sich zuerst weigerte, unsere Interpellation zu beantworten. Damals waren es nur Indicien, die uns zur Seite standen und die uns darauf hinwiesen, daß eine Convention zur Niederwerfung des Polnischen Aufstandes zwischen Preußen und Rußland bestehe. Diese Indicien fanden dadurch Nahrung, daß der Herr Minister-Präsident darüber vollkommen still schwieg. Nun, meine Herren, der Herr Minister-Präsident will, wie wir eben gehört haben, sein Stillschweigen damit erklären und rechtfertigen, daß er sagt, wenn man der Haltung der Kammer so wenig sicher sei, so könnte man ihr gegenüber sich über derlei Fragen nicht auslassen.

Der Herr Minister-Präsident vergißt aber dabei, daß, als die Interpellation eingebracht wurde, noch Niemand in dem ganzen Hause, nicht einmal der Interpellant, der Geschäfts-Ordnung gemäß das Wort erhalten hatte, und, da der Minister-Präsident schwieg, erhalten durfte. Er hätte meines Erachtens erst abwarten sollen, welche Haltung die Kammer einnehmen würde, erst dann ließ sich über diese Haltung ein Urtheil fällen. Seit dieser Zeit hat sich nun allerdings Manches geändert; was hier nur Vermuthung war, ist durch die Verhandlung im Englischen Parlament zur Gewißheit geworden; ja noch mehr, der Herr Minister-Präsident hat im Laufe der dreitägigen Discussion zugestehen müssen, daß eine solche Convention bestehe, dahin gehend, den Russischen Truppen den Uebergang über die Preußische Grenze zu gestatten, um Insurgenten in Preußen zu verfolgen, zu entwaffnen und gefangen zu nehmen. Er hat daran die einzige Bedingung geknüpft, daß von Seiten der Russischen Behörden vor einem solchen Einschreiten angefragt werden müsse. Wo? und bei wem? das wissen wir nicht. Sie sehen also, meine Herren, obschon die große Sphinx durch das Englische Parlament gestürzt worden ist, so ist doch jetzt noch eine kleine Sphinx übrig geblieben. Indessen ich glaube, auch für diese kleine Sphinx wird sich noch mit der Zeit ein Oedipus finden.

Wir sind, wie gesagt, Alle darüber einig, daß es Pflicht der Staats-Regierung sei, die Grenze des Staates zu decken und die Ruhe im Innern des Landes zu wahren. Allein wenn auch schon, als Präventivmaßregel, für diesen Zweck militärische Streitkräfte aufgeboten werden mögen und aufgeboten werden müssen, so müssen doch immer diese Mittel mit dem Zweck im Verhältniß stehen, sie dürfen diesen Zweck nicht überragen. Nun hat es aber allerdings uns geschienen, als ob der von der Staats-Regierung in Uebung gesetzte Apparat ein so großer sei, daß wir daraus schließen müßten, es seien noch Nebengedanken im Hintergrunde, die Staats-Regierung beabsichtige mehr als eine bloße Deckung der Grenzen, sie wolle nebenher auch Rußland begünstigen und Rußland in der Niederwerfung des Aufstandes unterstützen. Wir nun, wie Sie wissen, wir verurtheilen aber diese Politik, wir halten dafür, daß die Wirksamkeit des neuen Ministerii auf dem Felde der auswärtigen Angelegenheiten in der That auf keine traurigere Weise inaugurirt werden konnte, als

Digitized by Google

durch diese Intervention. Wir halten dafür, daß diese Intervention den Interessen des Landes nicht nur nicht förderlich, sondern nachtheilig sei. Wir sind der Ansicht und haben deshalb die Resolution gestellt, daß sich die vollständige Neutralität gegen beide Parteien empfehle. Ich brauche den Ausdruck „Neutralität", weil er am leichtesten verständlich ist, obschon ich zugebe, daß er vielleicht nicht ganz correct sein mag. Neutralität also ist, was wir wollen. Da wirft man uns nun — ich weiß in der That nicht mit welchem Recht — Polnische Sympathien vor. Der Herr Minister-Präsident argumentirt so: er sagt, wenn das Haus Polnische Sympathien habe, so müsse es natürlich baar und ledig alles Preußischen Patriotismus sein. Meine Herren, es hat Niemand das Recht, weder auf der Minister-Bank noch sonst im Hause, unsern Preußischen Patriotismus anzuzweifeln. Ich gebe gern zu, daß die jetzige Regierung in der Haltung, die sie einnimmt, nicht dazu beiträgt, den Preußischen Patriotismus in unsern Herzen anzufachen und zu beleben. Aber ich kann Ihnen, ich glaube im Namen von uns Allen, sagen, unser Preußischer Patriotismus wird sich dadurch nicht beseitigen lassen. Er wird dieses Ministerium noch überdauern. Ein gelehrter Abgeordneter von dieser Seite (rechts), der Herr Abgeordnete für Stolp, fand in der Resolution den Hintergedanken, daß man nur damit umgehe, das Ministerium in seinem Bestande zu erschüttern, vielleicht selbst zum Abgange zu nöthigen, Nun, meine Herren, da muß ich um die Erlaubniß bitten, mich ein für allemal mit dem Herrn Abgeordneten auseinander zu setzen. Ein Motiv dieses Antrages, der ja von mir mit ausgegangen ist, ist diese Absicht nicht; aber ich gestehe ganz offen, daß, wenn irgend ein Antrag und wenn irgend eine Resolution nebenher jemals den Erfolg haben sollte, das Ministerium in seinem Bestande zu erschüttern, vielleicht selbst zum Rücktritt zu bewegen, wir dies allemal mit Freuden in den Kauf nehmen würden. Die Motive zu dem Antrage konnten es freilich darum nicht sein, weil der Herr Abgeordnete v. Gottberg uns natürlich nicht Gewähr zu leisten vermag, daß nach dem Abgange dieses Ministeriums ein besseres an dessen Stelle trete.

Meine Herren! Wir haben es erlebt, man kann bei derlei Wechsel aus dem Regen in die Traufe kommen. Nun ist die Traufe allerdings der Superlativ; aber das bedingt nicht nothwendig, daß man bei abermaligem Wechsel wieder zurück in den Regen oder in den Sonnenschein kommt. Es kann sich auch zutragen, daß man aus einer Traufe in die andere kommt. Ich muß nun allerdings dem Herrn Abgeordneten für Stolp bekennen, daß, wenn nach Abgang dieses Ministeriums ein Ministerium aus den Reihen seiner Parteigenossen und politischen Freunde an das Ruder kommen sollte, wir allerdings in der Lage sein würden, dasselbe als eine zweite Traufe zu betrachten. Meine Herren, die Politik der Regierung, wie sie jetzt bei dieser Convention eingehalten wird, hat ihre großen Nachtheile. Sie hat zuvörderst den Nachtheil, daß sie die commerciellen Interessen Preußischer Angehöriger beschädigt; sie hat weiter den Nachtheil, daß sie das Geld des Landes in Anspruch nimmt, welches für andere Zwecke besser verwendet werden könnte. Sie hat weiter den Nachtheil, daß sie einen Theil unseres Staatsgebiets zum Kriegsschauplatze macht, und dadurch unter Umständen das Eigenthum unserer Staatsangehörigen einer Beschädigung aussetzt. Sie hat den Nachtheil, daß sie uns ohne Noth den Haß der Polnischen Nation zuzieht, und sie hat — was ich in den Verhandlungen dieser drei Tage noch nicht gehört habe — schließlich den Nachtheil, daß sie möglicherweise die Rache der Polen gegen unsere in Polen lebenden Landsleute auf-

Digitized by Google

ſtacheln könnte. Meine Herren, erlaſſen Sie mir die Ausführung aller dieſer Nachtheile. Bei ſo vorgerückter Zeit in der Debatte bin ich darauf angewieſen, ihre Geduld ſo wenig wie möglich in Anſpruch zu nehmen. Aber ich conſtatire nur noch, daß alle dieſe Nachtheile in einer Zeit hervorgerufen worden ſind, wo man ſich im Großherzogthum Poſen noch vollſtändiger Ruhe erfreut. Eine Aufregung mag allerdings dort vorhanden ſein; aber nach den Nachrichten, die uns von dort zugehen, trägt die Hauptſchuld dieſer Aufregung die Staats-Regierung ſelbſt durch Maßregeln, die dieſe Aufregung nicht beſchwichtigen, ſondern ſteigern mußten.

Meine Herren! Es iſt kaum in irgend einem Lande jemals vorgekommen, daß man, ſelbſt wenn es ſich blos um Geldmittel handelte, die ſpäter auf dem Budget erſcheinen, einem Abgeordnetenhauſe auf dieſe Weiſe begegnet. Ueberall würde ſich eine Staats-Regierung, ehe ſie zu ſolchen Maßregeln ſich entſchließt, mit der eben tagenden Landesvertretung verſtändigt haben. Wir aber in Preußen ſind bereits ſo weit von der conſtitutionellen Bahn abgewichen, daß man die Volksvertretung über Landbriefbeſtellgeld u. dergl. ſich gemüthlich unterhalten läßt, während die Staats-Regierung, ohne der Vertretung des Landes darüber auch nur die entfernteſte Mittheilung zu machen, die Reſerven einberuft, Militär an die Grenze wirft, ſelbſt einen Theil des Landes zum Tummelplatz kriegeriſcher Schaaren macht, und endlich, was noch mehr iſt, über das Land die Gefahr, wenn auch noch die entfernte Gefahr kriegeriſcher Verwickelungen mit dem Auslande heraufbeſchwört.

Meine Herren! Ich ſollte glauben, dem Preußiſchen Volke müſſe die Schamröthe ins Geſicht ſteigen, wenn ihm, dem ſo beſonnenen, ſo intelligenten und ſo loyalen Volke, die eigene Staats-Regierung ein ſolches vernichtendes Zeugniß politiſcher Unmündigkeit ausſtellt. Aber man ſcheut ſich nicht, dem Abgeordnetenhauſe gegenüber alle dieſe Maßregeln zu verheimlichen, und ſich der Gefahr auszuſetzen, wenn künftig uns das Budget vorgelegt wird, die für ſolche Zwecke verwendeten Ausgaben abgelehnt zu ſehen.

Meine Herren! Ich hätte noch ſehr viel Ihnen zu ſagen. Die Zeit iſt aber vorgerückt; wir ſtehen im dritten Tage der Discuſſion. Die Aufmerkſamkeit iſt vollſtändig geſchwunden; ich bin kein Redner erſten Ranges, der im Stande wäre, die Aufmerkſamkeit wieder zu feſſeln; ich werde alſo dem Schluß zueilen, ſo viel ich Ihnen auch noch zu ſagen hätte. Ich glaube, die Verantwortlichkeit, die das Miniſterium durch dieſen Schritt auf ſich ladet, iſt kaum eine geringere, als die Verantwortlichkeit, die es ſchon jetzt durch ſein budgetloſes Regiment auf ſich geladen hat. Allerdings immer nur eine moraliſche Verantwortlichkeit, denn uns fehlt noch der Hebel, dieſer Verantwortlichkeit eine praktiſche Geltung zu verſchaffen; allein, meine Herren, ſelbſt als moraliſche Verantwortlichkeit, hinter der das Staats-Miniſterium, wie es ſo oft mit Emphaſe von dem Herrn Finanz-Miniſter geſchehen iſt, ſich zu verſchanzen pflegt, was allerdings ein ſehr bequemes Auskunftsmittel iſt, ſo lange wir noch kein Miniſter-Verantwortlichkeitsgeſetz haben, ſelbſt dieſe blos moraliſche Verantwortlichkeit ſcheint mir eine ſo ungeheure, daß ich glaube, auch der thatkräftigſte, auch der kühnſte Miniſter müſſe vor ihr zurückſchrecken. Meine Herren, wir, das Abgeordnetenhaus, wir haben nur eine einzige Aufgabe zu erfüllen, die Aufgabe, uns von dieſer Politik vollſtändig loszuſagen, die Solidarität mit einem ſolchen Verfahren abzuweiſen. Wir thun dies, wenn wir eine der beantragten Reſolutionen annehmen — welche? darüber ſollte kaum mehr ein Zweifel ſein. Ich ſelbſt will gern zugeben, daß ich mich von Anfang an auch der v. Bonin'ſchen Reſolution zu-

Digitized by Google

geneigt habe. Mir galt es vor Allem für einen der Anträge eine möglichst große Mehrheit zu gewinnen. Ich könnte mich deshalb mit vollem Rechte, um mich eines Kunstausdruckes zu bedienen, ein Mehrheitsgeschöpf nennen, (Heiterkeit) insofern ich entschlossen war, in dieser Frage, wenn anders nur der Zweck erhalten war, mit der Mehrheit zu gehen. Meine Herren, jetzt, nachdem mir darüber kein Zweifel mehr beigeht, daß die Mehrheit der Anwesenden sich für das v. Bockum-Dolffs'sche Amendement zu entscheiden geneigt ist, jetzt allerdings bin ich ebenfalls entschlossen, für dieses Amendement zu stimmen, und ich bitte Sie, treten Sie ihm bei, treten Sie ihm wenigstens noch bei, wenn Sie anfangs sich bewogen fühlen sollten, für das v. Bonin'sche Amendement zu stimmen — ich setze nämlich voraus, daß es zuerst zur Abstimmung kommt, aber fällt, — Sie würden sonst in dem Lichte erscheinen, gar nichts zu wollen. (Bravo!)

Präsident: Meine Herren, die Herren Abgeordneten v. Saucken (Tarputschen), Soenke und Roepell (Danzig) haben den Antrag auf Schluß der Debatte gestellt.

Diejenigen Herren, welche diesen Antrag unterstützen wollen, bitte ich aufzustehen. (Geschieht.)

Der Antrag ist ausreichend unterstützt. Auf der Rednerliste sind noch eingetragen für den Commissions-Antrag die Herren Abgeordneten Behrend (Danzig), Reichensperger (Beckum) und Laßwitz, gegen den Commissions-Antrag der Herr Abgeordnete v. Bonin (Genthin).

Diejenigen Herren, welche den Schluß der Debatte herbeiführen wollen, bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.)

Der Schluß der Discussion ist angenommen. Es hat der Herr Abgeordnete v. Bockum-Dolffs das Wort zu einer persönlichen Bemerkung.

Abgeordneter v. Bockum-Dolffs (vom Platz): Meine Herren! Der Herr Abgeordnete für Montjoie hat es für nöthig erachtet, darauf hinzuweisen, daß ich den Antrag v. Bonin unterschrieben habe und wenige Stunden darauf mit einem selbstständig von mir ausgegangenen Antrage hervorgetreten bin.

Als ich den Bericht der Commission erhalten hatte, habe ich meinen Abänderungs-Vorschlag sofort an den Rand geschrieben. Ich habe ihn jedoch nicht eingereicht, weil ich es überhaupt nicht liebe, meine Persönlichkeit in den Vordergrund zu drängen.

Als ich jedoch sah, daß fast alle Fractionen des Hauses mit eigenen Abänderungs-Vorschlägen kamen, während wir doch in der großen, großen Mehrheit Alle Dasselbe wollen, schien es mir an der Zeit zu sein, mit meiner Formulirung den Versuch zu machen, der eigentlichen Absicht der großen Majorität den geeigneten Ausdruck zu verleihen; da ich hoffen durfte, daß mir solches gelingen würde, so durfte ich auch nicht länger anstehen, obgleich ich bereits einen anderen Antrag unterschrieben hatte, mit dem meinigen hervorzukommen. Meines Erachtens können wir aber nichts Besseres thun, als die im ganzen Lande herrschende Meinung mit so vielen Stimmen in diesem hohen Hause laut werden zu lassen, als dies nur immer möglich ist.

Lassen Sie uns, meine Herren, mit möglichster Einigkeit dem Ministerium zeigen, was wir schließlich doch Alle wollen. (Bravo!)

Präsident: Der Herr Abgeordnete v. Bonin (Genthin) hat das Wort zu einer persönlichen Bemerkung.

Digitized by Google

Abgeordneter v. Bonin (Genthin) [vom Platz]: Der Herr Antragsteller hat in seiner Entgegnung auf meinen Antrag besonders das hervorgehoben, daß der Antrag die Handhabe zu einer Interpretation darbieten könne, die er in keiner Weise für wünschenswerth halte. Ich glaube aus dem Schluß seiner Rede entnehmen zu können, daß die Befürchtung und Unterlegung der Absicht einer solchen Interpretation nicht gegen mich persönlich hat gerichtet sein sollen; demungeachtet aber muß ich doch auf diese Entgegnung mir die Bemerkung zu machen erlauben, daß die Verhältnisse in dem benachbarten Königreich Polen in den letzten Tagen eine so wesentlich andere Entwickelung genommen haben, daß selbst aus der Provinz Posen in den letzten Tagen eine nicht unbedeutende unmittelbare Betheiligung an dem Aufstande eingetreten, seitdem Mieroslawski den Oberbefehl officiell übernommen und angekündigt hat, daß ich diesen Erfahrungen und Erscheinungen gegenüber, meinen Antrag nicht nur aufrecht erhalten muß, sondern noch besonders wünsche, daß Sie aus diesen Erscheinungen Veranlassung nehmen mögen, in größerer Zahl demselben beizutreten.

Präsident: Der Herr Abgeordnete Freiherr v. Hoverbeck hat das Wort zu einer persönlichen Bemerkung.

Abgeordneter Freiherr v. Hoverbeck: Meine Herren, indem ich mich streng in den Grenzen einer persönlichen Bemerkung halte, erkläre ich nur, daß ich allerdings dem Herrn Abgeordneten v. Bonin niemals eine solche Interpretation als seine unterschoben habe.

Präsident: Es fragt sich jetzt, ob der Herr Antragsteller noch das Wort begehrt. (Derselbe verzichtet.)

Dann ertheile ich dem Herrn Referenten das Wort.

Berichterstatter Abgeordneter v. Sybel: Meine Herren! Ich will sofort beginnen mit der Ankündigung meines Standpunktes. Ich werde des Näheren auszuführen haben, weshalb nach allen Für- und Gegenreden in unserer Verhandlung dieser Standpunkt noch immer der des Commissions-Antrages ist. Von diesem Standpunkt aus ist es nach den Gründen, welche gestern der Herr Abgeordnete für Berlin und heute der erste Antragsteller Ihnen dargelegt haben, unmöglich, Ihnen die Annahme der Verbesserungs-Anträge der Herren Abgeordneten für Stargard oder Genthin oder des zu dem letzteren eingebrachten Unter-Amendements zu empfehlen. Dagegen befinden wir uns in einem anderen Falle bei dem Verbesserungs-Antrage des Herrn Abgeordneten für Soest. Dieser Antrag entfernt aus dem Commissions-Antrage die nach unserer Meinung immer unverfänglichen Worte „weder der Russischen Regierung noch den Aufständischen," Worte, die jedoch auf verschiedenen Seiten Anstoß gegeben haben. Er ersetzt sie durch die Worte „keinem der kämpfenden Theile," Worte, welche der Herr Abgeordnete für Genthin in seinem ursprünglich in der Commission eingebrachten Amendement selbst aufgenommen und damit seinerseits für unbedenklich erklärt hatte.

Meine Herren! Mit dieser Verbesserung in der Fassung, bei der Festhaltung des gleichen Grundsatzes des Commissions-Antrages, erlaube ich mir auch meinerseits dem hohen Hause die Annahme dieses Amendements zu empfehlen.

Wenn ich mich nun zu der Frage selbst wende, die uns beschäftigt, so habe ich sie vor allen Dingen nach den verschiedenen Wendungen, Erläuterungen und Leugnungen des Herrn Minister-Präsidenten möglichst genau zu formuliren und zu präcisiren. Es handelt sich, meine Herren hier erstens nicht um ein Bestreben, welches irgendwie in einem Zusammenhange mit vergangenen Dingen, in irgend einem

Digitized by Google

Zusammenhange namentlich mit den Polnischen Theilungen des vorigen Jahrhunderts stände. Die verehrten Herren Abgeordneten für Dortmund und Stargard haben über diese historische Frage ausführlich gestritten. Ich muß auch zwischen Ihnen schlechterdings auf unserm neutralen Standpunkt bestehen. Jena und Tilsit haben uns von aller Beute, von allem schädlichen Gewinn jener Verträge befreit; was wir heute haben, besitzen wir seit dem Jahre 1815, nicht nach einseitigen Handlungen, sondern nach Europäischem Rechte. Somit haben wir unsererseits keine Pflicht, für die längst gebüßten Sünden unserer Vorfahren zu haften, wie wir umgekehrt kein Recht haben, die heutigen Polen wegen der Sünde ihrer Vorfahren irgendwie in Anspruch zu nehmen. (Sehr richtig!)

Der Standpunkt, den ich in dieser Beziehung bei meinem einleitenden Vortrage zu nehmen mir erlaubte, ist mir durch langjährige Forschung der vergangenen Zustände klar geworden. Meine Herren, ich bin sehr weit davon entfernt, Sie deshalb mit der Erwähnung dieser Studien zu behelligen, weil ich dieselben irgendwie für das Werk eines großen Historikers hielte, aber ich muß jenes Lob meines verehrten Freundes, des Herrn Abgeordneten für Stargard, hier lediglich mit einer Verwahrung begleiten. Denn wenn sein Lob in diesem Falle auf richtigem Grunde beruht hätte, so würde mir nach meiner Ueberzeugung der erste Titel zu einem guten Historiker, es würde mir das richtige Urtheil fehlen. Es steht nun so, daß er Ihnen gestern aus meiner Geschichte der Revolutionszeit das „Zwar" vorgelesen, das „Aber" aber weggelassen hat; er hat Ihnen ausgeführt, daß ich die Preußische Einverleibung Posens und Gnesens im Jahre 1793 nach den damaligen Verhältnissen als die vergleichsweise leidlichste Auskunft bezeichnet habe; er hat Ihnen auch gesagt, daß ich für Preußen die Linie der Weichsel und Narew begehrte, und Letzteres ist allerdings insofern richtig, als ich bei der Darstellung des Jahres 1795 es beklage, daß diese Linie in Russische Hände gefallen ist; aber er hat Ihnen nicht angeführt, daß ich gleich nach dem von ihm verlesenen Satze fortfahre — Sie werden mir gestatten, daß ich Ihnen kurz den Satz, der hier einschlägt, vorlese:

> „Jener Landstrich um die mittlere Weichsel, den Bug und Narew bildet, nach den geographischen und politischen Verhältnissen Mittel-Europa's, so wie nach den geschichtlichen Erfahrungen aller Jahrhunderte, eine der großen Angriffs-Positionen, die in die Hand eines Mächtigen gelegt, weithin nach allen Seiten Uebergewicht und Herrschaft verbreiten. Dergleichen sind im Westen Europas die Alpen und die Niederlande, im Osten das Flachland der unteren Donau: ihr Schicksal ist stets dasselbe; die großen Nationen ringen Jahrhunderte lang um ihren Besitz, bis Friedensbedürfnisse und Bildung sie neutralen und ungefährlichen Inhabern unter dem Gesammtschutze Aller anvertraut. Nach diesem Standpunkt, dem einzigen, auf welchem eine sachliche Prüfung der Deutschen wie der Europäischen Interessen führen kann, war für die Deutschen Mächte das Streben nach der Einschränkung Polens, welches von Galizien her sich mehrmals in Ungarn und Böhmen, so wie von Großpolen aus in Ost- und Westpreußen festgesetzt hatte, vollkommen gerechtfertigt; nimmermehr aber ein Schritt, der zu der gänzlichen Vernichtung dieses Mittelstaates den Weg eröffnete. Nach allen Verhältnissen konnte ein solcher zuletzt keiner anderen Macht, außer der Russischen, als der gewaltigsten und angriffslustigsten, zu Gute kommen.

Digitized by Google

So haben es seit 1793 die Thatsachen in unaufhaltsamer Entwickelung gezeigt."

Sie sehen, meine Herren, daß ich nach diesen Erwägungen wie vorgestern sagen darf, in der Frage von Polens Herstellung kommt es für den Preußischen Staatsmann viel weniger auf die Frage des „ob" als die Frage des „wie" und „wann" an und daß ich in voller Folgerichtigkeit es heute wiederholen kann: seit den Anordnungen des Wiener Congresses hat die Polnische Theilung nichts mit unserem Rechtszustande und nichts mit unserer heutigen Erörterung zu thun.

Es handelt sich zweitens nicht um irgend eine Sympathie dieses Hauses für den Polnischen Aufstand. Es müßte denn ein Zeugniß für eine solche Sympathie in dem höchst gewissen, höchst evidenten, höchst unzweifelhaften Verhältnisse liegen, daß zwar das Königliche Staats-Ministerium ohne Beachtung irgend eines anderen Rechtes, irgend einer anderen Rücksicht, den Aufstand sofort mit Fäusten todtschlagen will — wir aber nicht gesonnen sind, uns kopfüber in aller Hast in eine brennende und schwebende Europäische Frage hineinzuwerfen. Oder es müßte nach der mir nicht ganz verständlichen Logik des Herrn Abgeordneten für Stolp ein Zeichen von Sympathie für die Aufständischen sein, wenn unsere Anträge ausdrücklich sagen, daß wir die Aufständischen nicht unterstützen und nicht begünstigen wollen.

Es handelt sich drittens nicht um ein Stück der solidarischen und Europäischen Revolutions-Propaganda. Ich vermag auch dorthin dem Herrn Abgeordneten für Stolp nicht zu folgen, daß in unserem Antrage deshalb eine Art von revolutionärem Geruche liege, weil der entscheidende Satz desselben die Kaiserlich Russische Regierung und die Aufständischen in einem Athem nenne; gleichsam ohne einen Gedankenstrich zwischen beiden zu machen, den man etwa als den bildlichen Ausdruck einer submissen Verbeugung gegen die Kaiserlich Russische Regierung betrachten könnte. Ich gestehe übrigens, ich befürchte nach dem Inhalte seiner vorgestrigen Rede, daß, wenn wir das Unglück hätten, wirklich einen Agenten der ungeheuren Europäisch-Polnischen Revolutions-Propaganda in unserem Hause zu sehen, der dringendste Verdacht, dieser Agent zu sein, sich auf ihn lenken müßte. (Große Heiterkeit.)

Denn, meine Herren, schlechterdings kein anderes Mitglied dieses Hauses hat uns eine so eingreifende Kenntniß von dem Aufstande hier an den Tag gelegt, als der geehrte Abgeordnete. Er hat uns erklärt, daß derselbe planlos sei, daß er auf die Errichtung eines selbstständigen Königreichs Polen gerichtet und daß er durch und durch panslawistisch sei, Nun, ich frage, kann es einem Laien jemals in den Sinn kommen, einen Blumenstrauß von so contrastirenden Prädikaten über die Sache zu Stande zu bringen? (Heiterkeit.)

Leider steht es so in unsern schlimmen Zeiten, daß auch der allerconservativste Mann nicht mehr ganz vor einem schlimmen revolutionären Verdachte gesichert ist. Der geehrte Abgeordnete für Stolp befindet sich hier allerdings in der hohen Gesellschaft des Herrn Minister-Präsidenten. Sie erinnern sich vielleicht, wie vor einigen Wochen der „Morning Herald," das torystischste aller torystischen Blätter Englands sich ausdrücklich dagegen verwahrte, daß unser Herr Minister-Präsident auf das Prädikat eines Tory Anspruch machen könne; er sei vielmehr ein verkappter Agent der Europäischen Demokratie, mit dem Auftrage, den Thron der Hohenzollern zu unterwühlen — und beiläufig gesagt, meine Herren, in unseren Verhandlungen selbst könnte man wenigstens einen Zug eines solchen Charakters bei ihm herausfühlen — ich meine in dem ganz demokratisch modellirten Sprachgebrauch des Herrn Minister-

Digitized by Google

Präsidenten, in den Verhandlungen des Hauses bei Erwähnung der einzelnen Abgeordneten immer nur kurzweg deren Namen zu nennen, ohne jenes doch noch von dem alten Regime her gebräuchliche Prädikat „Herr" dabei anzuwenden, — ein Sprachgebrauch, der meines Wissens kein historisches Muster in den Parlamenten anderer constitutionellen Länder hat, als den Sprachgebrauch des Französischen Conventé von 1793. (Heiterkeit.)

Wenn übrigens der Herr Abgeordnete für Stolp uns in seinem Zusammenhange das stete Erscheinen der Polen auf allen Europäischen Barrikaden betont und dann in der daraus gefolgerten Solidarität aller Europäischen Revolutionen das wesentliche Motiv für die Schritte unserer Regierung gefunden hat, so bin ich, meine Herren, hier nicht in dem Falle, ihm zu widersprechen; denn es bestätigt das durchaus meine von Anfang an gefaßte Meinung, daß es sich bei den Schritten unserer Regierung nicht um eine sachliche, praktische Preußische Politik, sondern lediglich um contrerevolutionäre Tendenzpolitik gehandelt hat. (Sehr gut!)

Der Herr Minister-Präsident selbst hat in ähnlichem Sinne zum Schrecken aller politischen Kinder die Steuerverweigerer von 1848 und selbst — doppelter Schrecken! — selbst Mazzini ins Feld geführt.

Meine Herren, im Jahre 1848 würde ich zu den Steuerverweigerern — nicht gehört haben; soviel aber scheint mir gewiß, daß, wenn sie damals unser positives Recht verletzten, sie in den letzten drei Jahren schlechterdings nichts gethan haben, was nicht eben die Vertheidigung unseres positiven Rechtes zum Zweck gehabt hätte, und ich wünschte eine gleiche Aenderung des Handelns bei dem Herrn Minister-Präsidenten constatiren zu können, während ich nur höchstens die entdecke, daß er im Jahre 1851 unsere großen Städte zu zerstören wünschte, und dagegen heute das platte Land unserer Grenzbezirke den Schäden des Krieges öffnet. (Hört! Hört!)

Wenn er aber vor Mazzini besorgt ist, so erlaube ich mir ihn für das Mittel zur Abwehr auf Mazzinis Heimath zu verweisen. Vor Mazzinis Namen zitterte halb Italien, so lange die politischen Parteigenossen des Herrn Minister-Präsidenten Italien regierten; Mazzini's Name war aber dort sofort nicht blos nicht mehr gefürchtet, sondern beinahe verschollen, als ein constitutioneller König jenen großen und tugendhaften Staatsmann an die Spitze der Geschäfte berief, der nicht blos seiner weitern Heimath zur Einheit verhalf, sondern schon vorher seiner engeren Heimath Wohlstand und Unterricht und Rechtssicherheit und constitutionelle Freiheit verschaffte. Und wenn heute Mazzini's Name wieder gehört wird, so weiß die Welt, daß nicht Cavours Wirken, sondern Cavours Gegner dafür die Verantwortung tragen.

Alle diese schrecklichen Dinge, meine Herren, sind es also nicht, um die es sich in unseren heutigen Verhandlungen handelt.

Es handelt sich bei uns um eine sehr einfache Sache, um einen Protest gegen jeden etwaigen Einmarsch Russischer Truppen in unser Gebiet im Interesse unserer schwer bedrohten Grenzlande und um einen Protest gegen jeden etwaigen Einmarsch Preußischer Truppen in Russisch-Polnisches Gebiet im Interesse unserer schwer bedrohten Europäischen Lage. Das sind die einfachen unzweideutigen Fragen, und daß diese bei dem Innehalten der durch unsere Staats-Regierung abgeschlossenen Convention zur Sprache kommen, das leugne der Herr Minister-Präsident, wenn er es kann! Ich erkläre ihm, daß der Inhalt der Convention grade durch seine ablehnende Wendung sich in immer bedenklicheren Formen dargestellt hat. Er erklärte vorgestern, es sei diese Convention die ungefährlichste Sache von der Welt; denn

Digitized by Google

Russische Truppen dürften doch niemals ohne Genehmigung unsere Staatsgrenzen überschreiten. Meine Herren, sollten wir daraus etwa den Schluß ziehen, daß der Segen der Convention darin bestehe, daß von nun an, d. h. seit Abschluß der Convention, die Russischen Truppen nicht ohne Genehmigung über unsere Grenzen kommen dürfen, während Herr v. Bismarck es ihnen früher vielleicht auch ohne Genehmigung gestattet hatte?

Oder sollen wir vermuthen, daß jene Genehmigung durch die Convention bereits im Voraus in sichere Aussicht gestellt worden wäre, sei es nun, daß sie durch den Landrath oder den Bürgermeister, durch den Regiments- oder den Bataillonscommandeur zu ertheilen wäre? Nach der gestrigen Erklärung aber des Herrn Minister-Präsidenten scheint nicht einmal dieses die exacte Vorstellung zu sein, sondern ein sehr viel Schlimmeres Platz zu greifen. Nach seiner gestrigen Erklärung wird man den Inhalt dahin formuliren müssen, daß die Convention nicht die Befugniß für das Einrücken mit diesseitiger Genehmigung ausspricht, sondern umgekehrt die Verpflichtung des Einrückens auf jenseitige Requisition, eine Wendung, bei der allerdings die materielle Bedrohung unserer Grenzbezirke verringert, aber die Europäische Gefahr unseres Gesammtstaates verdoppelt erscheint. Und es ist diese Furcht keine hypothetische mehr. Sie haben gestern gehört von jener Meldung eines Preußischen Offiziers, daß er soeben ausrücke auf Requisition des Russischen Obersten drüben, um mit seinen Truppen an der Operation der Russischen Truppen gegen die Insurgenten Antheil zu nehmen. Der Herr Minister-Präsident nennt das freilich einen dürftigen Beleg; wir wollen Gott danken, wenn es bei der Dürftigkeit dieser Belege bleibt, aber das behaupten wir, daß die von uns gefürchtete Convention für die Zukunft uns mit einem reichen Schwall solcher Belege bedroht, und sollen wir dahin den Sinn des Herrn Minister-Präsidenten auffassen, nachdem er uns heute schon erklärt hat, daß die Europäische Frage hier eine brennende sei, daß er erst dann unsere Belege nicht mehr für dürftige halten wird, wenn nicht blos die Europäische Frage, sondern wenn auch die Dörfer und Ortschaften unserer Grenzbezirke brennen? Der Herr Minister-Präsident warnt uns vor lügnerischen Zeitungs-Artikeln, aus denen jene Gürteltheorie, jene ganz unrichtige und gehaltlose Gürteltheorie hervorgegangen sei. Ich bedauere, ihn in diesem Augenblick nicht an seinem Platze zu sehen, ich würde ihn sonst fragen, ob auch jene Zeitungs-Artikel absolut lügnerische gewesen sind, welche die Nachricht brachten, daß er selbst gegen einen der Herren Vice-Präsidenten dieses Hauses diese Gürteltheorie entwickelt hat.

Der Herr Minister-Präsident erklärt sodann, die Mittheilung des Herrn Grafen Russel im Englischen Parlamente für ungenau, er setzt allerdings gleich hinzu, der Graf Russel sei ein ehrenwerther Mann, der gewiß nichts mitgetheilt haben würde, was er nicht erfahren hat. Sind nun aber seine Mittheilungen ungenau, wo ist dann die Quelle dieses Fehlers? Soll etwa durch die Erörterung des Herrn Minister-Präsidenten unser Londoner Botschafter, der Graf v. Bernstorf, in Anspruch genommen werden? Hier würde ohne Zweifel der Herr Minister-Präsident wieder erklären und wieder das ganze Land ohne Zweifel mit ihm ausrufen: der Graf von Bernstorf ist ein ehrenwerther Mann, der gewiß nichts anderes mitgetheilt hätte, als was er erfahren hat. Nun, meine Herren, was hat er denn erfahren? O! der Herr Minister-Präsident weiß es nicht mehr genau, er hat uns hier von seinem Platze aus erklärt, sein Gedächtniß sage ihm nicht mit Bestimmtheit, ob der Botschafter in London die Convention schon damals ihrem vollen Wortlaute nach ge-

Digitized by Google

kannt habe. So stehen wir also vor der furchtbar einfachen Alternative; entweder unser Botschafter hat den Wortlaut erfahren und Einer der edlen Grafen Russel oder Bernstorff hat dann in der frevelhaftesten Weise Europa über den Inhalt getäuscht. Oder unser Botschafter hat von dem Wortlaute der Convention einen so unvollkommenen Auszug erhalten, daß er den Grafen Russel und mit diesem ganz Europa in einer für Preußen höchst gefährlichen Weise darüber täuschen mußte. (Hört! Hört!)

Welche Seite dieser Alternative nun Ihnen als die richtige erscheinen wird, darüber, glaube ich, wird weder innerhalb noch außerhalb dieses Hauses ein Zweifel möglich sein.

Wohl aber, meine Herren, tritt hier die Frage ein, ob jemals mit den Geschicken eines großen Landes ein unverantwortlicheres Spiel getrieben worden ist, als wir es hier vor unseren Augen erlebt haben. (Bravo!)

Und eine solche Regierung, meine Herren, erklärt uns, sie würde uns mit Vergnügen weitere Aufschlüsse gegeben haben, wenn wir ihr etwas freundlicher entgegenkämen, bereiter wären, gemeinsam in ihrem Bunde mit ihrem Vertrauen beglückt, an die Geschäfte die Hand anzulegen.

Meine Herren! Ich erkläre ein für alle Mal, daß ich lieber über die Geheimnisse der Preußischen Diplomaten völlig unwissend bleiben, als mich in eine solche Gemeinsamkeit begeben will. (Bravo!)

Ich gestehe, meine Herren, daß es mir nicht ganz leicht wird, gegenüber einer Staats-Praxis solchen Schlages große und ernste Fragen, wie jene der Einmischung oder Nichteinmischung Preußens in den Polnischen Aufstand, eingehend zu discutiren. Ich fasse mich um so mehr hier kurz, je mehr die entscheidenden Punkte bereits von einigen der geehrten Vorredner berührt worden sind.

Eines, meine Herren, steht doch außer allem Zweifel bei dieser Convention (selbst wenn sie für die Erhaltung Posens absolut nothwendig gewesen wäre, was von uns Niemand einräumt), Eines, sage ich, steht außer allem Zweifel: wie die Dinge jetzt liegen, befindet sich aller Vortheil auf Seiten Rußlands und aller Nachtheil auf Seiten Preußens. Rußland ist von der Revolution heimgesucht, wir nicht; Rußland würde bei einer Feindseligkeit der Westmächte in zweiter Linie stehen, wir in erster; Rußland würde eine wirksamere Unterstützung durch die Convention empfangen, wir aber sind gewiß, daß uns wenig materielle Unterstützung von Rußland zu Theil werden kann. Bei solchen Gefahren also auf unserer und bei solchen Vortheilen auf Rußlands Seite wäre es für uns die nächste Pflicht gewesen, die Frage zu erwägen, ob es vielleicht auf anderen Gebieten nicht die Möglichkeit gebe, Gegenleistungen und Entschädigungen für uns zu gewinnen. Oder sollte es unserer Regierung völlig aus dem Gedächtniß entschwunden sein daß in den letzten Decennien gar manche Gebiete Europas existirt haben, wo wir uns über wenig freundschaftliche Einmischungen Rußlands zu beklagen hatten. Oder hat das Ministerium an solche Dinge bei jenen oft besprochenen und immer wieder halb verleugneten geheimen Artikeln der Convention gedacht? Hat es an solche Preußischen und Deutschen Interessen gedacht, hat es sich bei diesem Artikel erinnert an die Deutschen Verfassungswirren von 1850, an die permanente Mißhandlung der Deutschen Herzogthümer an der Elbe, bei welcher Rußland immer in erster Linie gestanden hat, oder an den eben auftauchenden Gedanken eines Handelsvertrages, den wir nach altem Rechte von Rußland längst hätten fordern können?

Digitized by Google

Meine Herren, wäre das Ministerium in der Lage, eine dieser Fragen rund und klar zu bejahen, ich würde immer noch die Gegengründe gegen die Convention für überwiegend halten. Aber ich würde mit Freuden einräumen, daß man wenigstens Stoff zur Erwähnung gäbe, daß einige Gründe für die Convention vorlägen, und daß sie nicht ausschließlich das Werk politischer Uebereilung und politischer Pflichtwidrigkeit sei. Allerdings aber, meine Herren, ehe ich auch dann im Stande wäre, sie der Sanction dieses Hauses zu empfehlen, müßte, scheint mir, noch eine zweite, ebenso wesentliche Bedingung hinzutreten. Wenn es die erste Pflicht eines Staatsmannes ist, die Interessen des eigenen Staates nicht zu verwahrlosen, so bildet überall das edelste Kleinod in dieser Pflicht die Ueberzeugung, daß man die Interessen des Staates überall nur in Einklang mit den ewigen Gesetzen der Gerechtigkeit und Humanität wahrnehmen kann, daß man also, wo man ein solches Gesetz der Humanität und des Rechtes übertritt oder übertreten hilft, dann auch das unmittelbare Interesse des eignen Staates beschädigt. Und so würde ich, wenn der Herr Minister des Innern an seinem Platze wäre, unmittelbar an ihn die Frage richten: Glaubt er, daß die von ihm vertheidigte und wie ein düsteres Gerücht besagt, — ich bedaure, daß er nicht hier ist, um dies sofort widerlegen zu können, und nur deshalb führe ich es an — daß die von ihm persönlich gegen die abweichende Meinung der Localbehörden verfügte sogenannte Ausweisung der vier in ihre Heimath reisenden Polen, jeden Anforderungen der Menschlichkeit entspricht? (Bravo!) Glaubt er bei einer so überspannten, bei einer so verfälschten Anwendung des Vertragsbuchstabens, wenn er dem harten Vorwurf der Vertragsbrüchigkeit entgeht, zugleich auch der Anklage wegen kühler und berechneter Grausamkeit zu entrinnen? (Bravo! links.)

Im Art. 23 des Cartelvertrages heißt es nicht, daß die Preußische Regierung verpflichtet sei auszuweisen, sondern es heißt, daß umgekehrt die Russische Regierung verpflichtet sei, aufzunehmen, wenn die Preußische Regierung ausweisen will. (Hört! Hört!)

Wenn eine Ausweisung erfolgt ist, so ist dies ein Act freien Willens unserer Regierung. (Sehr gut! Hört!)

Ich habe schon in meinem einleitenden Vortrage die Bedenken erörtert, nach welchen es mir im höchsten Grade zweifelhaft erscheint, ob hier von einer juristisch-bindenden Kraft des Cartelvertrages die Rede sein kann. Statt dessen hält man uns jetzt eine Convention entgegen, die wieder in ähnlicher Weise erwogen und angewandt unser Land mit noch größeren Calamitäten und empörenden Vorgängen erfüllen müßte. Diese Convention verstattet unter gewissen Voraussetzungen — ich lasse wieder unerörtert, unter welchen Voraussetzungen — den Russischen Truppen — und das ist eingestanden — die Verfolgung und Bekämpfung und Verhaftung sei es Russischer, sei es in dem betreffenden Falle Preußischer Insurgenten auf den Preußischen Gebieten. Diese Convention, meine Herren, ist in Preußen nicht verkündigt, diese Convention ist, — mag man von ihrem diplomatischen Werthe denken, wie man wolle — kein Gesetz dieses Landes, sie kann schlechterdings keinen Bürger dieses Staates zu irgend einer Handlung oder Unterlassung verpflichten. (Sehr richtig!

Und denken sie sich die Fälle, daß ein Russisches Detachement einen Haufen zersprengter Insurgenten auf unser Gebiet hineinwirft, daß unsere Behörden nach der Convention das Nachsetzen verstatten, daß die Insurgenten sich in die Häuser Preu-

Digitized by Google

bischer Bewohner zerstreuen, daß die Russen ihnen nachsetzen, und daß unsere Bauern nach echt Preußischem, echt Deutschem Sinne sagen: Wir warten auf die Behörden unseres Staates, wenn es sich um die Gefangennehmung verfolgter Leute handelt, wir wahren gegen diese fremden Verfolger unser Hausrecht. Soll ich Ihnen die Scene noch weiter ausmalen, welche mit einem Leichtsinn ohne Gleichen unser Ministerium über unsern Staat verhängt hat? (Lebhaftes Bravo!)

Geht es nicht aus dieser Auseinandersetzung klar hervor, daß bei einer solchen Sachlage über den Cartelvertrag nichts Schlagenderes gesagt werden konnte, als was der erste Herr Antragsteller gesagt hat; Wir wollen unsere Stipulationen und alten Contracte halten, aber wir verwahren uns gegen jede Auslegung über den ursprünglichen Sinn hinaus.

Und weiter, meine Herren, wenn wir hier beschließen, daß es nicht im Sinne dieses Hauses liege, den Cartelvertrag zu spannen und auszudehnen bis auf die Bekämpfung dieser Insurgenten, — fordern wir damit von der Regierung einen sofortigen Bruch, ein blindes Sich-Hinwegsetzen über die Bestimmungen der Cartelconvention? Giebt es denn nicht auch hier wieder das Einfachste und Nächstliegende? Ist es für unsere Regierung nicht, wenn sie auf die Stimmung des Hauses und Landes Rücksicht nimmt, ist es nicht das Einfachste von der Welt, daß sie auch in dieser Richtung ihre Vorstellungen in St. Petersburg geltend macht? Oder glaubt sie etwa, daß, während der Aufstand in Polen sich ausdehnt, unsere Stimme von geringerem Gewicht als in friedfertigen Zeiten sein würde? Glaubt sie nicht, daß sie es durchsetzen würde, bei der Petersburger Regierung auch die Bestimmungen der Cartelconvention auf ein billiges, ein menschliches, den jetzigen Umständen entsprechendes Maß zurückzuführen? Aber leider stehen wir hier gleich vor der anderen, gerade entgegengesetzten Frage. Enthält denn die Convention überhaupt irgend eine Erinnerung an die Gebote der Menschlichkeit? Ich sollte denken, wenn es wirklich nöthig gewesen wäre, eine solche Convention zur Bekämpfung des Polnischen Aufstandes abzuschließen: ein jeder Preußischer Minister, der den Kopf und das Herz auf dem rechten Fleck hat, würde vor allen Dingen der Forderung eingedenk gewesen sein, daß zu diesem Zweck kein Mann marschiren dürfe, bis er sicher wäre, daß derselbe nur der Sache der Ordnung und der Gesetzlichkeit, nicht aber dem Amte des Henkers dienen müsse. (Hört! Hört!)

Ich darf demnach fragen: Enthält diese Convention irgend eine Bestimmung, welche eine menschliche Kriegsführung anstatt der jetzt täglich gemeldeten Gräuel begehrt? Enthält sie irgend eine Bestimmung, welche menschliche Regel und gesetzliche Praxis anstatt der bisherigen Tyrannei in der Polnischen Rekrutirung ausbedingt? Enthält sie irgend eine Bestimmung, welche die Preußischen Heere von dem Brandmal reinigt, die Mitschuld, die Verantwortlichkeit für alle jene Frevel und Gräuel auf sich genommen zu haben? Sähe ich mir gegenüber am Minister-Tisch einen Mann, der bereits Zeugniß gegeben hätte von weitblickender Einsicht und einem Herzen für die Gerechtigkeit, so würde ich weiter fragen ob seine Convention auch an die Verträge von 1815 erinnert, an das dort verbriefte Recht der Polen, unter ihrer eigenen selbstständigen Verfassung zu leben, an das dort verbriefte Recht Preußens und Europas, daß in Warschau nicht der Czar von Rußland, sondern der König von Polen herrsche. (Bravo in der Polnischen Fraction.)

Aber freilich, meine Herren, wir sind in dem Falle, uns hier solche Fragen ersparen zu können.

Digitized by Google

Welch ein Anlaß war bei der so plötzlich auftauchenden Verwickelung für unsere Regierung, welch ein Anlaß war für eine positive, fruchtbare, schöpferische Politik eröffnet! Wenn unser Ministerium diese Polnische Sache selbst in die Hand nahm mit dem redlichen Willen, endlich diesen Stachel aus der Ferse Europas herauszuziehen, endlich diese alte Europäische Wunde schließen zu helfen, welche Stellung hätte es damit im eigenen Lande und in Europa eingenommen! (Bravo!)

Mit welch anderm Nachdruck als heute hätte es dem Polnischen Volke ihre gerechten Forderungen geltend machen können! Mit welch anderm Nachdruck als heute hätte es ihm zurufen können, daß das Mittel zum Emporkommen aus einem selbstverschuldeten Sturze nicht das Nachjagen nach goldenen Träumen ist, welches die drei Mächte, deren jede einzeln übermächtig ist, nur immer enger zum Bunde gegen das Polnische Volk zusammenschließen kann! Welch ein besseres und einfacheres und wirksameres Mittel hätte Preußen gehabt, um seinem Besitz in jenen östlichen Marken aufs Neue die verstärkte Sanction Europas und der öffentlichen Meinung zu verschaffen — als wenn es sich auf das Bestimmteste von der Russischen Gewaltherrschaft und ihren Folgen losgesagt, als wenn es die Verschiedenheit des Charakters seiner und der Russischen Herrschaft auf das Schärfste markirt hätte! Was denn endlich giebt in dieser Welt einem Staate den Titel, als Großmacht aufzutreten, als die Kraft und die Einsicht, Aufgaben zu stellen, behandeln und lösen zu helfen, welche die Schicksale des Welttheils bestimmen. Und uns, der kleinsten der Europäischen Großmächte, trug hier der Weltlauf eine solche Aufgabe entgegen, groß und dankbar, wie keine andere, und Preußen hat diese Aufgabe wie mit Füßen von sich weggestoßen. Die von unserm Ministerium langersehnte große Action bot sich ihm hier von selbst dar. Aber, meine Herren, wen Gott verderben will, den verblendet er! Unsere Minister sehen nicht, wie ihnen hier die Zustimmung der Völker und das Einverständniß der mächtigsten Europäischen Regierungen, wie ihnen eine Aufgabe weltgeschichtlicher Versöhnung und weltgeschichtlichen Ruhmes entgegenströmte. Meine Herren, wo das Herz nicht mitredet, ist auch der Geist nicht in dem Besitz seiner Kraft. (Sehr wahr!)

Das Herz unseres Ministeriums aber, meine Herren, das scheint leider nur an Bildern der Unfreiheit und Unterdrückung zu hängen, und so schrumpft denn auch ihre Staats- und Kriegskunst wie ihr Verfassungsleben zu der Glorie der polizeilichen Chicane zusammen. (Bravo! Sehr wahr!) Sie erinnern sich, meine Herren, mit welcher Wendung seinen Hohnes von dem Herrn Minister-Präsidenten eine jede derartige Einmischung in die Polnischen Angelegenheiten zurückgewiesen wurde, wie er bemerkte, wenn man einem benachbarten Staate Rathschläge über sein Verfassungswesen ertheilte, so habe man die Reciprocität zu befürchten. Ich gestehe, daß die leichte Bestimmtheit, mit welcher der Herr Minister-Präsident eine solche Reciprocität zurückwies, mich im ersten Momente frappirt hat; es ging mir der Gedanke durch den Sinn: „Sollte wirklich ein Kurhessischer Feldjäger hier angekommen sein? (Heiterkeit)

Aber, meine Herren! Wir brauchen leider hier nicht an Kassel zu denken. In Petersburg steht es wirklich so, daß, wenn nicht Polnisch-Russische, wenn Russische, wenn Moskowitische Anschauungen auf unser Staatsrecht Einfluß gewönnen, nicht wir, sondern nur die Königliche Staats-Regierung dadurch beengt würde, daß also die Besorgniß des Herrn Minister-Präsidenten vor der Reciprocität Russischer Rathschläge von seinem Standpunkte aus vollkommen gegründet war. Wie, meine Herren,

Digitized by Google

wenn ihm auf einen solchen Rathschlag ein Russischer Staatsmann geantwortet hätte: Sehn wir einmal ab von Polen, wo wir alle an den Sünden der vergangenen Jahrhunderte kranken. Lassen Sie uns einmal von Preußen und von Rußland reden. Freilich gehen da unsere Wege aus einander; wir arbeiten unter Alexander II. trotz höchster Gefahr, die Bauern von dem Joch der Gutsherrschaft zu befreien; ihr aber, ihr erschafft eurem Staat erst die Gefahr, um die Bauern unter dem Joche einer solchen Abhängigkeit zu halten. Wir bauen angestrengt und auf die Zukunft blickend an der Grundlegung einer Verfassung und die Summe eures Wirkens, welches überall an einer abgestorbenen Vergangenheit klebt, ist und kann nichts anderes sein, als das Untergraben und die Verfälschung einer Verfassung. Wir haben uns losgerissen von den Ueberlieferungen der letzten Regierung, und ihr haltet wieder genau an der Stelle, wo der hochselige Kaiser Nicolaus hielt. Aber seht auf die Folgen. Nachdem damals Rußland mit Vernachlässigung aller intelligenten und materiellen Interessen, alle Mittel des Reichs auf seine Armee verwandt hat, nachdem es in seiner Armee mit Vernachlässigung aller moralischen und nationalen Momente alles auf die Aeußerlichkeiten des Dienstes verwandt hat, so, daß man der Verwirklichung des Ideals nahe stand, daß alle Cavalleriepferde bei dem Commando „Marsch" mit dem linken Fuße antreten: danach haben wir es erlebt, daß bei dem Fall von Sebastopol das Volk in Moskau grimmig jubelte, die Militärherrschaft sei da draußen gescheitert und müsse nun auch drinnen zusammenbrechen. Lernet bei Zeiten von unserem Unglück, und vermeidet, so lange es noch Zeit ist, in eurem Volke das höchste Gut, den Patriotismus, zu tödten; vermeidet das schlimmste Unheil, das ein Land treffen kann; die entsetzliche Freude der Nation, wenn sie in einer auswärtigen Niederlage wenigstens auch die Zerstörer des inneren Rechts mit begraben sieht. (Sehr wahr!) Noch, meine Herren, sind wir so weit nicht gekommen, und grade, daß unser Volk noch gesund und patriotisch ist, das können wir nicht besser, als durch die Energie unserer Warnung bethätigen.

Der Herr Minister-Präsident und einige der geehrten Herren Abgeordneten haben uns, weil wir öffentlich und vor den Augen des Auslandes den Werth unserer Regierung herabsetzten und ihre Schritte erschwerten, des Mangels an Patriotismus und eines pessimistischen Handels bezüchtigt. Meine Herren, ich bin bereit, uns von diesem Vorwurf, wie ich hoffe, ein für allemal und von Grund aus zu reinigen. Meine Herren, denken wir uns einmal, der Vorwurf wäre begründet, wir wären das, wofür man uns ausgiebt, wir wären in Wahrheit so unselige Pessimisten, so fanatische Parteigänger, daß wir das Interesse des Landes gering achteten, so lange unsere Partei nicht herrsche; denken wir uns, es wäre so: nun, meine Herren, wie würden wir uns unter solchen Voraussetzungen in verständiger und consequenter Weise verhalten? Würden wir unter dieser Voraussetzung dann nicht ganz gewiß das grade Gegentheil von alledem thun, was wir thun? Würden wir, meine Herren, unter dieser Voraussetzung unsere geringen Kräfte aufbieten, um die Regierung zum Nutzen des Staates abzuhalten, daß sie sich nicht in auswärtigen Verwickelungen festfahre? Würden wir nicht grade umgekehrt eine jede Hindeutung auf eine etwaige Creditverweigerung sorgfältig vermeiden, statt uns dem eben wiederholten Vorwurf nach unserer Gewissenspflicht bereitwillig auszusetzen? Würden wir unter einer solchen Voraussetzung nicht mit stiller schadenfroher Genugthuung zusehen, wie die Regierung bei der ersten auswärtigen Action die jetzige Verwirrung und Hülflosigkeit unserer Finanzen steigert, wie sie bei dem halb unfertigen, halb ein-

Digitized by Google

gerosteten Stande unserer Armeeverfassung ganz nothwendig in eine schwere Katastrophe gerathen würde, wie sie bei jeder ernsten Gefahr, der Begeisterung und der Unterstützung der Nation beraubt, nothwendig erliegen müßte? Dies alles, meine ich, würde doch offenbar und handgreiflich unser Verfahren sein, wenn uns, wie einst den Schöpfern von Bronzell und Olmütz der Sieg der Partei über das Heil des Vaterlandes ginge. (Sehr wahr! Bravo!)

Wir aber stehen auf anderem Grund und Boden. Es ist ganz wahr, wir decken schonungslos alle Schäden unseres Staatswesens auf, ebenso schonungslos, wie einst das Englische Parlament alle Schäden seiner Armeeverwaltung aufdeckte, als die Englischen Truppen vor Sebastopol inmitten ungeheurer Geldmassen froren und hungerten — im folgenden Jahr hungerte und fror die Englische Armee nicht mehr. (Bravo!)

Es ist wahr, wir thun Alles, um unsere Regierung zu keiner verkehrten Action gelangen zu lassen, und ich will mit voller Offenheit hinzusetzen, wir würden Alles thun, auch um sie von auswärtigen Actionen abzuhalten, welche selbst unter Umständen vielleicht zweckmäßige Ziele ins Auge nehmen. Wir thun das und ich weiß, daß die unendliche Mehrheit unseres Volkes das begehrt und billigt und gutheißt, so daß auch für die Zukunft ein Jeder, der sich trotz dieses Willens der Nation an einer solchen Action betheiligen möchte, dreimal über sein Interesse nachzudenken Ursache hätte. Wir thun so aus einem äußerst einfachen Grunde — wahrhaftig nicht, meine Herren weil wir etwa eine politische Furcht vor auswärtigen Lorbeeren unserer Minister hätten; wir würden solche Lorbeeren mit Freude als äußere Ehren unseres Staates begrüßen und für unser Inneres keinen Schaden davon erwarten, denn wir wissen, daß unser Volk nicht des Stoffes ist, um Recht und Gesetz und Freiheit gegen ein Lorbeergericht zu verhandeln. (Sehr wahr!)

Wir thun so nach der gerade entgegengesetzten Ueberzeugung, daß dieses Ministerium an keiner Stelle Lorbeer ernten wird, eine Ueberzeugung, die uns gerade durch die Convention und die daran geknüpften Verhandlungen bis zur höchsten und sonnenhellsten Deutlichkeit gediehen ist. Wir ziehen in unserer Lage einen bescheidenen und selbst demüthigen Frieden einer traurigen Niederlage, selbst in einem gerechten Kriege vor; und weil wir von der Wahrheit durchdrungen sind, daß unter diesen Führern die Niederlage überall die unvermeidliche Folge sein wird, so wird unser Wort stets: Gewehr bei Fuß! lauten, so lange die Krone diese Minister behält. Wundere sich Niemand, meine Herren, daß auch die besten Patrioten bei dem Rufe: Freiwillige vor, zurückbleiben, so lange notorisch unfähige und unglückliche Befehlshaber an der Spitze stehen Wundere sich Niemand, daß sich keine freiwillige Matrosen melden, wenn zur Expedition ein notorisch seeuntüchtiges Schiff gewählt wird.

Meine Herren, unser Staat ist das einst so stolze Kriegsschiff, dessen scharfer Kiel mit Brausen die Wellen der Jahrhunderte durchschnitt, dessen Seiten, oft vom Sturme wund gepeitscht, mit dem Eisenpanzer Preußischer Volkskraft gefestigt waren, und welches jetzt, mit thöricht überhöhten Masten, des besten Theiles seines Eisens und seiner Dampfkraft beraubt, mit Herrn v. Roon im Maschinenraum und Herrn v. Bismarck am Steuer in den gährenden Ocean der Europäischen Händel sich hinauswagen soll. Dafür mag stimmen wer will, ich vermag es nicht, und ich hoffe, Sie Alle werden es nicht vermögen. Wir wollen unser Land seinem Könige, und unsern König seinem Lande erretten, — (Lebhaftes Bravo!) und deshalb werden wir heute und morgen und immerdar unsere Stimmen gegen die falschen Rathschläge

Digitized by Google

der jetzigen Rathgeber der Krone erheben, schonungslos und rücksichtslos! (Erneutes lebhaftes Bravo!)

Wahrhaftig, meine Herren, es ist keine Freude, so vom eigenen Staate und von der eigenen Regierung zu reden. Es ist ein bitterer Schmerz, und ich darf wohl sagen, man wird mir glauben, daß es mir ein bitterer Schmerz ist, denn von mir weiß es Mancher, daß ich die beste, ehrenvollste, wirkungsreichste Stellung nur um deshalb verlassen habe, weil ich dort nicht mehr von Preußens Ehre reden sollte! Aber wenn wir heute diesen Schmerz empfinden, und kein Mittel haben, ihn zu vermeiden, so haben wir wenigstens den einen Trost, meine Herren: Wir wissen, daß die Gluth dieses Schmerzes in unserm Volke alle faulen und trägen Stoffe verzehren, daß er unsere Gedanken aufhellen, unseren Rechtssinn kräftigen und unsere Zukunft begründen wird. So schwer wie wir den äußeren Unsegen unserer Zustände empfinden, ich bitte Gott dennoch, daß er ihn nicht vor der Zeit abkürze, bis diese innere Reinigung und Läuterung sich vollständig vollzogen hat. (Lebhafter Beifall.)

Unter allen vorübergehenden Leiden des Tages ist es ein bleibender und ewiger Gewinn, den ein Volk durch den stetigen allgegenwärtigen Kampf für das Recht davon trägt. Wer Tag für Tag gezwungen ist, meine Herren, alle seine Anstrengungen, all sein Dichten und Trachten auf die Wahrung der Gerechtigkeit zu wenden, den hebt ein solcher Verkehr mit dem Urquell jegliches Guten über das Niedrige und Gemeine, über Selbstsucht und anarchisches Gelüste unwiderstehlich empor. Wir sehen schon heute, meine Herren, wie aller alter Parteihader sich löst, wie $^{9}/_{10}$ unseres Volkes um das leuchtende Banner des Gesetzes geschaart, jeden Tag neue Disciplin und Ordnung, praktische Klugheit und Standhaftigkeit, gegenseitiges Vertrauen und anerkennende Gerechtigkeit lernen. Und jetzt, auf der tiefsten Stufe unserer Erniedrigung, jetzt dürfen wir es froh aussprechen, wir kennen und üben die Kräfte, auf deren vollendeter Wirkung Preußen dereinst seine Zukunft wieder aufbauen wird. (Lebhaftes Bravo!)

Präsident: Es hat sich nach dem Vortrage des Herrn Referenten der Herr Abgeordnete Behrend (Danzig) zu einer persönlichen Bemerkung gemeldet; ich ertheile ihm das Wort.

Abgeordneter Behrend (Danzig): Der Herr Referent hat in seinem Vortrage Bezug genommen auf ein Privatgespräch des Herrn Minister-Präsidenten und eines der Vice-Präsidenten dieses Hauses. Ich darf wohl annehmen, daß er mit dem letzteren mich gemeint hat. Das giebt mir Veranlassung zu der folgenden persönlichen Erklärung. Meine Freunde auf dieser Seite des Hauses (links) werden mir bezeugen, daß eine Mittheilung in die öffentlichen Blätter über ein Privatgespräch, welches der Herr Minister-Präsident und ich gehabt haben, nicht mit meinem Willen geschehen ist; sie werden mir vielmehr bezeugen müssen, daß diese Veröffentlichung gegen meinen Willen stattgefunden hat. Da aber andere öffentliche Blätter, hiesige und auswärtige, die Thatsache ableugnen, daß ich ein Gespräch mit dem Herrn Minister-Präsidenten gehabt habe, so bin ich es denen gegenüber, welchen ich vertraulich Mittheilung über dasselbe gemacht habe und meiner eigenen Ehre schuldig, hiermit zu erklären, daß ein solches Privatgespräch in der That stattgefunden hat. Ueber den Inhalt desselben mich auszusprechen, werde ich erst dann Veranlassung haben, wenn dem wahren Theile jener Veröffentlichungen von dem Herrn Minister-Präsidenten widersprochen werden sollte. (Sehr gut! links)

Digitized by Google

Präsident: Der Herr Abgeordnete v. Gottberg hat das Wort zu einer persönlichen Bemerkung mit Rücksicht auf das Referat des Herrn Referenten.

Abgeordneter v. Gottberg: Der Herr Berichterstatter hat mich mit einem Blumenstrauß von Widersprüchen geschmückt, (Heiterkeit) und ich muß außerdem — (Ruf: Lauter!) ich kann nicht lauter sprechen, nemo ultra posse obligatur, — und hat außerdem mich einen „verkappten Agenten der Revolutions-Partei" genannt. (Heiterkeit.)

Ich glaube, daß, wie er die letzte Aeußerung nicht ernstlich gemeint, er auch in Bezug auf die erstere nur ironisch gesprochen hat. Es wird ihm doch nicht entgangen sein, daß man sehr wohl, wie ich es gethan, von einem allgemeinen Zweck der Polnischen Aufstände sprechen und sagen könne, er gehe da und da hin, und doch meinen, daß die jetzigen Mittel, die man dazu braucht, um den Zweck zu erreichen, planlos seien, der jetzige Aufstand also ein planloser sei. Was übrigens die Bemerkung betrifft, wegen des verkappten Agenten, so geht schon daraus, daß mir so wenig von dem Aufstande bekannt ist, daß ich nicht einmal weiß, ob er dahin geht, ein selbstständiges Königreich Polen herzustellen, oder ein föderalistisches, sogenanntes panslavistisches Reich, hervor, daß ich kein verkappter Agent sein kann.

Präsident: Wir kommen nunmehr zur Abstimmung. Die Fragen, über welche wir abzustimmen haben, würde ich Ihnen in Folgendem vorschlagen.

Ich würde zuerst über das Amendement des Herrn Abgeordneten Freiherrn v. Vincke (Stargard) abstimmen lassen; wird dasselbe verworfen, dann würde ich eventuell über das Unter-Amendement des Herrn Abgeordneten v. Diederichs zu dem Abänderungs-Vorschlage des Herrn Abgeordneten v. Bonin (Genthin) abstimmen lassen. Je nachdem dies Unter-Amendement angenommen oder abgelehnt wird, würden wir dann zu dem Abänderungs-Vorschlage des Herrn Abgeordneten v. Bonin (Genthin) übergehen. Würde dies verworfen, dann würden wir über den Abänderungsvorschlag des Herrn Abgeordneten v. Bockum-Dolffs abzustimmen haben und würde auch dieser verworfen dann würden wir endlich über den Commissions-Antrag abstimmen müssen.

Sind die Herren mit dieser Fragestellung einverstanden? (Pause.)

Der Herr Abgeordnete v. Bonin (Genthin) hat das Wort zur Fragestellung.

Abgeordneter v. Bonin (Genthin) [vom Platz]: Der Herr Präsident hat die Absicht, nach der zuerst vorzunehmenden Abstimmung über den Antrag des Herrn Abgeordneten v. Vincke (Stargard) über den „seiner Ueberschrift nach" allerdings als „Unter-Amendement" bezeichneten Antrag des Herrn Abgeordneten v. Diederichs eventuell abstimmen zu lassen und dann erst über meinen Antrag. Der Abänderungs-Vorschlag, den der Herr Abgeordnete v. Diederichs gestellt hat, ist aber, wenn er auch als Unter-Amendement bezeichnet wird, doch ein vollständiger, in sich „selbstständiger Antrag," indem der Herr Abgeordnete v. Diederichs dahin angetragen hat, diese Resolution in einer bestimmten Fassung auszusprechen. Ich glaube daher, daß der Antrag des Herrn Abgeordneten v. Diederichs auch als selbstständiger Antrag angesehen werden muß, und, da er sich nicht so weit von dem Commissions-Antrag entfernt, als mein Antrag, daß mein Antrag dem Abänderungsvorschlage des Herrn Abgeordneten v. Diederichs in der Abstimmung vorausgehen muß.

Präsident: Ich habe bei der Fragestellung mich nur danach richten können, daß der Herr Abgeordnete v. Diederichs sein „Unter-Amendement" zum v. Bonin'schen Amendement „als solches" bezeichnet hatte, da er zwischen den Worten „hinaus-

Digitized by Google

gehende" und „Einmischung" noch die Worte „Anordnung, so wie jede" hineingefügt wissen will. Im Uebrigen aber reproducirt der Abänderungs-Vorschlag des Herrn Abgeordneten v. Diederichs vollständig den Abänderungsvorschlag des Herrn Abgeordneten v. Bonin. Als ein selbstständiger Antrag ist er nicht gestellt, sondern ausdrücklich nur als ein Unter-Amendement. Nach dem Usus des Hauses muß ich zuerst in eventum über das Unter-Amendement abstimmen lassen, um zu wissen, ob das Unter-Amendement angenommen wird, und dann über den Abänderungsvorschlag des Herrn Abgeordneten v. Bonin, wenn das Unter-Amendement angenommen würde, in Verbindung mit dem v. Boninschen Abänderungsvorschlage.

Es hat also der Herr Abgeordnete v. Bonin gegen meine Fragestellung eine Einwendung erhoben; er wünscht nähmlich, daß das Unter-Amendement des Herrn Abgeordneten v. Diederichs erst nach der Abstimmung über das Amendement des Herrn Abgeordneten v. Bonin (Genthin) folgen möge. Das Haus hat über diesen Widerspruch zu entscheiden.

Der Herr Abgeordnete v. Mallinckrodt hat das Wort.

Abgeordneter v. Mallinckrodt (vom Platz:) Ich wollte mir eine Bemerkung erlauben zur Unterstützung der vom Herrn v. Bonin ausgesprochenen Ansicht. Ich glaube nämlich, die Ansicht des Herrn Präsidenten widerlegt sich durch die Betrachtung daß der Antrag des Herrn v. Diederichs eine solche Fassung hat, die nach der Annahme des v. Diederichs'schen Antrages, eine weitere Abstimmung über den Antrag des Herrn v. Bonin überhaupt unmöglich mache. Das Amendement v. Diederichs sagt: „Das Haus wolle beschließen:"

„die von dem Abgeordneten v. Bonin beantragte Erklärung in nachstehender Fassung abzugeben."

Und nun folgt die ganze Erklärung, welche den Antrag v. Bonin plus der Worte enthält, die Herr v. Diederichs noch hinzusetzen will. Es bleibt also offenbar die Möglichkeit einer weiteren Abstimmung durch die Annahme des v. Diederichs'schen Antrages ausgeschlossen. Ich glaube deshalb, das Richtige wird sein, den v. Diederichs'schen Antrag als ein selbstständiges Amendement zu behandeln, welches sich dann zwischen dem Antrage des Herrn v. Bonin und dem Antrage des Herrn v. Bockum-Dolffs einschiebt, so daß die Reihenfolge der Abstimmung sein würde: zuerst das Amendement v. Diederichs und endlich das Amendement v. Bockum-Dolffs.

Präsident: Der Herr Abgeordnete v. Bonin hat das Wort zur Fragestellung.

Abgeordneter v. Bonin (Genthin) (vom Platz:) Meine Herren! der Herr Abgeordnete v. Mallinckrodt hat soeben die Gründe noch weiter entwickelt, die mich bestimmten, gegen die von dem Herrn Präsidenten vorgeschlagene Frage-Ordnung-Einspruch zu erheben. Ich sehe auch, obgleich das Amendement des Herrn Abgeordneten v. Diederichs die Ueberschrift trägt: „Unter-Amendement," dasselbe doch der Sachlage nach als ein selbstständiges an und schließe mich dem Antrage des Herrn v. Mallinckrodt daher vollständig an.

Präsident: Der Herr Abgeordnete Freiherr v. Vincke (Stargard) hat das Wort zur Fragestellung.

Abgeordneter Freiherr v. Vincke (Stargard) [vom Platz]: Ich habe bei der Sache durchaus kein sachliches oder persönliches Interesse. Ich glaube aber, daß die Ansicht des Herrn Präsidenten doch den Regeln entspricht, die bisher in dem Hause befolgt worden sind. (Sehr richtig!)

Es kommt darauf an, ob der geehrte Abgeordnete für Brandenburg seinen An-

Digitized by Google

trag als Unter-Amendement ausdrücklich eingebracht hat, nicht ob er in der Faſſung weniger correct geweſen iſt. Die Faſſung läuft doch am Ende darauf hinaus, daß der Herr Abgeordnete v. Diederichs den Antrag v. Bonin mit Einſchiebung der geſperrt gedruckten Worte angenommen wiſſen will; das heißt, daß die geſperrt gedruckten Worte in den Antrag eingefügt werden ſollen. Das iſt der Gegenſtand der eventuellen Abſtimmung, die der Herr Präſident vorgeſchlagen hat. Wir haben niemals anders in dieſem Hauſe verfahren.

Präſident: Ich ſchließe nunmehr die Discuſſion über die Frageſtellung. Der Herr Abgeordnete v. Bonin (Genthin) wünſcht, daß zuerſt abgeſtimmt werde über das Amendement des Herrn Abgeordneten Freiherrn v. Vincke (Stargard), dann über ſein Amendement, ſodann über das Amendement des Herrn Abgeordneten v. Diederichs.

Diejenigen Herren, welche in dieſer Reihenfolge die Fragen geſtellt wiſſen wollen, bitte ich, ſich zu erheben. (Geſchieht.)

Die Minorität hat ſich für dieſe Frageſtellung ausgeſprochen. Es ſteht alſo die von mir proponirte Frageſtellung feſt.

Meine Herren, es liegen zwei verſchiedene Anträge vor, der eine von dem Herrn Abgeordneten Karſten, welcher die namentliche Abſtimmung über den Abänderungsvorſchlag des Herrn Abgeordneten v. Bonin (Genthin) verlangt. Derſelbe iſt bereits durch 54 Mitglieder unterſtützt, die Unterſtützung alſo ausreichend. Der zweite mir vorliegende Antrag verlangt die namentliche Abſtimmung über das Amendement des Herrn Abgeordneten v. Bockum-Dolffs und iſt ebenfalls ſchon von mehr als 50 Mitgliedern unterſtützt. Es wird alſo über das Amendement des Herrn Abgeordneten v. Bonin (Genthin) und über das Amendement des Herrn Abgeordneten v. Bockum-Dolffs der Namensaufruf ſtattfinden.

Wir kommen nunmehr zur Abſtimmung. Das Amendement des Herrn Freiherrn v. Vincke (Stargard) lautet:

„Das Haus der Abgeordneten wolle beſchließen, zu erklären:
das Intereſſe Preußens erfordert, daß die Königliche Staats-Regierung, gegenüber dem im Königreich Polen ausgebrochenen Aufſtande, den Ruſſiſchen Truppen nicht geſtatte, das Preußiſche Gebiet, zum Zwecke der Verfolgung der Polniſchen Inſurgenten, zu betreten.

Diejenigen Herren, welche dies Amendement annehmen wollen, bitte ich, aufzuſtehen. (Geſchieht.)

Das Amendement iſt verworfen.

Wir kommen zum Unter-Amendement des Herrn Abgeordneten v. Diederichs. In der Vorausſetzung, daß das Amendement des Herrn Abgeordneten v. Bonin (Genthin) angenommen wird, fragt es ſich nach dieſem Unter-Amendement, ob zwiſchen den Worten jenes Amendements „darüber hinausgehende“ und „Einmiſchung“ die Worte eingeſchoben werden ſollen „Anordnung, ſo wie jede.“ Diejenigen Herren, welche dieſem Unter-Amendement beitreten wollen, bitte ich, ſich zu erheben. (Geſchieht.)

Auch das Unter-Amendement iſt verworfen.

Wir kommen nunmehr zur namentlichen Abſtimmung über den Abänderungs-Antrag des Herrn Abgeordneten v. Bonin (Genthin), welcher lautet:

Das Haus der Abgeordneten wolle beſchließen,
die von der Commiſſion beantragte Erklärung in nachſtehender Faſſung abzugeben:

Digitized by Google

„Das Interesse Preußens erfordert, daß die Königliche Staats-Regierung, dem im Königreich Polen ausgebrochenen Aufstande gegenüber, sich lediglich auf die zum Schutz der Preußischen Landesgrenze erforderlichen Maßregeln beschränke, jede darüber hinausgehende Einmischung vermeide, und Bewaffneten nicht gestatte, das Preußische Gebiet ohne gleichzeitige Entwaffnung zu betreten."

Diejenigen Herren, welche diesen Abänderungs-Antrag beim Namens-Aufruf annehmen wollen, bitte ich mit „Ja," diejenigen Herren dagegen, welche ihn verwerfen wollen, mit „Nein" zu antworten. Ich ersuche nunmehr die Herren Schriftführer, den Namensaufruf mit dem Buchstaben G zu beginnen.

Meine Herren! Das Resultat der namentlichen Abstimmung über den Abänderungs-Antrag des Herrn Abgeordneten v. Bonin (Genthin) ist folgendes. Es haben überhaupt gestimmt 306 Mitglieder. Von diesen haben mit „Ja" gestimmt 77, mit „Nein" 229. Es ist somit der Antrag des Herrn Abgeordneten v. Bonin (Genthin) verworfen.

Wir kommen nun zu der namentlichen Abstimmung über den Abänderungs-Vorschlag des Herrn Abgeordneten v. Bockum-Dolffs. Derselbe lautet:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen zu erklären:

Das Interesse Preußens erfordert, daß die Königliche Staats-Regierung gegenüber den im Königreiche Polen ausgebrochenen Aufstande, keinem der kämpfenden Theile irgend eine Unterstützung oder Begünstigung zuwende, noch auch Bewaffneten gestatte, das Preußische Gebiet ohne gleichzeitige Entwaffnung zu betreten.

Diejenigen Herren, welche diesen Abänderungs-Vorschlag annehmen wollen, haben bei dem Namens-Aufruf mit „Ja," diejenigen, welche ihn verwerfen wollen, beim Namens-Aufruf mit „Nein" zu antworten. Ich ersuche die Herren Schriftführer, den Namens-Aufruf, welcher mit dem Buchstaben H beginnt, vorzunehmen.

Meine Herren! Die Herren Schriftführer haben mir angezeigt, daß der Herr Abgeordnete Freiherr v. Vincke (Olbendorf) nicht anwesend ist; sie haben aber gleichzeitig bemerkt, daß beim Aufrufe seines Namens zweimal gestimmt worden sei. Da nun feststeht, daß der Herr Freiherr v. Vincke (Olbendorf) krank und beurlaubt ist, so hat die vorige Abstimmung noch rectificirt werden müssen.

Es haben also nur 305 Mitglieder gestimmt und zwar mit Ja 76, mit Nein 229.

Das Resultat der Abstimmung über den Abänderungs-Vorschlag des Herrn Abgeordneten v. Bockum-Dolffs ist folgendes.

Es haben 303 Mitglieder gestimmt, von diesen mit „Ja" 246, mit „Nein" 57 Mitglieder.

Es ist somit der Antrag angenommen, und wir werden nicht weiter über den Commissions-Antrag abzustimmen haben.

(Der Abgeordnete Freiherr v. Richthofen [Striegau] bittet ums Wort zur Geschäfts-Ordnung.)

Der Herr Abgeordnete Freiherr v. Richthofen (Striegau) hat das Wort zur Geschäfts-Ordnung.

Abgeordneter Freiherr v. Richthofen (Striegau [vom Platz]: Ich habe vorhin gerufen, daß der Abgeordnete Freiherr v. Vincke (Olbendorf) „krank" sei und dies ist mißverstanden worden für „Ja."

(Schluß der Sitzung 2 Uhr 10 Minuten)

Digitized by Google